

Umweltforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Forschungskennzahl 3716 16 308 0
UBA-FB-00 [trägt die UBA-Bibliothek ein]

Klimaneutrale Regionen und Kommunen als Metastrategie zur Förderung nachhaltiger Lebensstile: Empirische Analyse und Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen

von

Dr. Pauline Rioussel, Dr. Frieder Rubik, Dr. Steven Salecki
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin/ Heidelberg

Unter Mitarbeit von Belinda Bäßler, Anja Crusius, Tabea Habermehl, Florian Hüge,
Oliver Klinkhammer, Evgenia Levotskaya, Ria Müller, Jan-Moritz Niesten und
Joyce-Ann Syhre

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig
Potsdamer Straße 105
D-10785 Berlin

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

April 2019

Kurzbeschreibung

Der vorliegende Bericht entstand im Rahmen des vom Umweltbundesamt geförderten Vorhabens „*Klimaneutrale Regionen als Strategieansatz zur Förderung nachhaltiger Konsummuster: Analyse und Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen*“. Das Vorhaben untersucht, inwiefern regionale Klimaschutzkonzepte als Metastrategie zur Diffusion nachhaltiger Lebensstile und nachhaltigen Konsums genutzt werden können. Dafür wurden zum einen Klimaschutzkonzepte, die das Ziel einer Klimaneutralität verfolgen, hinsichtlich Aspekte nachhaltigen Konsums analysiert und zum anderen quantitative und qualitative Befragungen mit Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen in den Kommunen durchgeführt: Klimaschutzmanager und -managerinnen sprechen dem Einbezug von Bürgern und Bürgerinnen generell eine hohe strategische Bedeutung zu. Konsumbezogene Maßnahmen können dabei als Türöffner für die Sensibilisierung der privaten Haushalte für das Thema „Klimaschutz“ dienen. Eine geringere Bedeutung wird hingegen der Förderung des nachhaltigen Konsums zugesprochen. Hier wird deutlich, dass Klimaschutzmanager und -managerinnen das Thema „nachhaltiger Konsum“ nicht als Teil ihres Aufgabenspektrums sehen. Priorisierte Bedürfnisfelder liegen eher im Bereich von Energiethemen und Mobilität, konsumbezogene Maßnahmen im Bereich „Ernährung“ und „Arbeit“ gewinnen jedoch an Bedeutung. Bedürfnisfeldübergreifende Maßnahmen und Maßnahmen, die mit einer z. B. hohen erwarteten Wirkung und/ oder Kosteneffizienz einhergehen, werden generell bevorzugt. Auch die Treibhausgas-Bilanzierung spielt eine zentrale Rolle für die Maßnahmenauswahl, da die Legitimation und das Monitoring hier leichter sind. Konsumbezogene Maßnahmen finden dadurch aufgrund der mangelnden Datenverfügbarkeit oft weniger Beachtung in Klimaschutzkonzepten. Auf Basis der Erkenntnisse im Vorhaben werden zentrale Strategien und Empfehlungen auf verschiedenen Ebenen abgeleitet: nationale Umweltpolitik, kommunale Ebene und Wirkungsebene der Klimaschutzmanager und -managerinnen.

Abstract

This report has been produced within the scope of the project funded by the German Environment Agency entitled “*Climate-neutral regions as a strategy to promote sustainable consumption patterns – analysis and development of policy recommendations*”. The project analyses to what extent regional climate protection concepts could be used as a metastrategy for the diffusion of sustainable lifestyles and sustainable consumption. For this purpose, firstly climate protection concepts which pursue the aim of climate neutrality have been analysed in regard to aspects of sustainable consumption and, secondly, quantitative and qualitative surveys have been conducted with contact persons in the municipalities. Climate protection managers generally attach a high strategic importance to the involvement of citizens; consumption-based measures can serve as a door-opener for raising private households’ awareness of climate protection. On the other hand, a lower importance is ascribed to the promotion of sustainable consumption; in this case, it is clear that climate protection managers do not see the subject of sustainable consumption as part of their remit. Prioritised fields of need tend to be more in the areas of “Energy” and “Mobility”, although consumption-based measures in the areas of “Food” and “Work” are gaining in importance. In general, measures covering different areas of need and measures which are accompanied by, for example, a high expected effect and/ or cost efficiency are preferred. The greenhouse gas statement also plays a key role when it comes to the selection of measures, since legitimisation and monitoring are easier in this case. Consumption-based measures are, however, often given less consideration in climate protection concepts due to the lack of data availability. On the basis of the project findings, central strategies and recommendations are derived at various levels, namely at the level of national environmental policy, at municipal level and at the level of effectiveness of climate protection managers.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	12
Zusammenfassung.....	13
1 Einführung	30
2 Methodik	33
3 Übersicht über klimaneutrale Kommunen und Regionen.....	40
3.1 Zusammengetragene Klimaschutzkonzepte.....	40
3.2 Verschiedene Typen von regionalen Klimaschutzkonzepten	40
3.3 Regionale Verteilung und Erscheinungsjahre der Klimaschutzkonzepte	42
3.4 Wirtschaftsstruktur der Regionen mit Klimaschutzkonzepten.....	44
3.5 Klimaneutralitätsziele in regionalen Klimaschutzkonzepten.....	46
3.5.1 Status Quo und Zielstellungen in den Regionen	46
3.5.2 Treibhausgas-Bilanzierungsprinzipien.....	48
4 Konsum und Klimaneutralität – Verbreitung und Relevanz	52
4.1 Strategische Bedeutung der Förderung nachhaltigen Konsums im Rahmen von Klimaschutzkonzepten	52
4.1.1 Gesamtauswertung	52
4.1.2 Differenzierung nach Landkreisen/ Kommunen	53
4.1.3 Differenzierung nach Einwohnerzahl	55
4.1.4 Einschätzung der operativen Berücksichtigung des Themas „Nachhaltiger Konsum“	57
4.2 Bedeutung, Verbreitung und Maßnahmen des nachhaltigen Konsums in Klimaschutzkonzepten	58
4.2.1 Adressierte Bedürfnisfelder in Klimaschutzkonzepten und Priorisierung aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen: Ein Überblick	58
4.2.2 Bevorzugte konsumbezogene Maßnahmen in konkreten Bedürfnisfeldern.....	60
4.2.3 Bevorzugte Maßnahmentypen in Klimaschutzkonzepten und aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen.....	68
4.2.4 Rolle von Prosuming.....	69
4.3 Rolle der Akteure	70
4.4 Das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ – Kenntnisse und Erwartungen	77
5 Erfolgsfaktoren und Hemmnisse	84
5.1 Motivation zur Förderung nachhaltigen Konsums	84
5.2 Erfolgsfaktoren und typische Barrieren.....	85

5.2.1	Gründe der fehlenden Berücksichtigung nachhaltigen Konsums.....	85
5.2.2	Erfolgsfaktoren – Zusammenfassung.....	86
5.3	Rolle der Kommunen, Regionen und Landkreise.....	89
6	Strategien und Empfehlungen.....	95
6.1	Klimaneutralität als strategisches Konzept.....	95
6.2	Klimaneutralitätsziele in Kommunen & Regionen.....	98
6.3	Das nationale Programm für nachhaltigen Konsum.....	100
6.3.1	Klimaschutz und -neutralität: ein untergeordneter Teil des nationalen Programms für nachhaltigen Konsum	100
6.3.2	Klimaschutz und -neutralität: eine Gelegenheit für den nachhaltigen Konsum.....	101
6.4	Implikationen für nationale und kommunale Umweltpolitiken	102
6.4.1	Implikationen für die nationale Umweltpolitik.....	102
6.4.2	Kommunen und Regionen als Akteure.....	109
6.5	Klimaschutzmanager und -managerinnen als zentrale Akteure.....	111
6.6	Zentrale Empfehlungen	115
7	Literaturverzeichnis	120
8	Anhang.....	126
8.1	Liste der zur Analyse der Klimaschutzkonzepte verwendeten Schlagworte	127
8.2	Verzeichnis der aufgefundenen regionalen Klimaschutzkonzepte	130
8.3	Fragebogen der quantitativen Befragung.....	143
8.4	Gesprächsleitfaden der qualitativen Interviews.....	154
8.5	Abgrenzung konsumrelevanter Maßnahmen auf regionaler Ebene	157

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Aufbau des Vorhabens und analytische empirische Basis.....	33
Abbildung 2:	Aufbau des Fragebogens und Fragenführung der quantitativen Befragung.....	38
Abbildung 3:	Verteilung und Kurzcharakterisierung der interviewten Kommunen	39
Abbildung 4:	Wichtigkeit der Einbeziehung von Verbrauchern und Verbraucherinnen, Bürgerinitiativen und/ oder zivilgesellschaftlichen Organisationen	52
Abbildung 5:	Strategische Bedeutung von privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen und nachhaltigem Konsum.....	53
Abbildung 6:	Wichtigkeit der Einbeziehung von Verbrauchern und Verbraucherinnen sowie Bürgerinitiativen	54
Abbildung 7:	Strategische Bedeutung der privaten Verbraucher und Verbraucherinnen im Klimaschutzkonzept (Vergleich Landkreise/ Regionen und Kommunen).....	54
Abbildung 8:	Bedeutung des nachhaltigen Konsums im Klimaschutzkonzept (Vergleich Landkreise/ Regionen und Kommunen).....	55
Abbildung 9:	Strategische Bedeutung privater Verbraucher und Verbraucherinnen (Landkreise)	56
Abbildung 10:	Strategische Bedeutung der privaten Verbraucher und Verbraucherinnen (Kommunen).....	56
Abbildung 11:	Bewertung der operativen Berücksichtigung von Verbrauchern und Verbraucherinnen und nachhaltigem Konsum durch die Klimaschutzmanager und -managerinnen.....	57
Abbildung 12:	Rolle der Bürger und Bürgerinnen in prioritären konsumbezogenen Maßnahmen	71
Abbildung 13:	Einbezug der Bürger und Bürgerinnen als Individuen bzw. über Organisationen	73
Abbildung 14:	Zeitpunkt des Einbezugs privater Verbraucher und Verbraucherinnen bzw. zivilgesellschaftlicher Organisationen und Bürgerinitiativen.....	74
Abbildung 15:	Einbezug der Bürger und Bürgerinnen in priorisierte konsumbezogene Maßnahmen	74
Abbildung 16:	Art der einbezogenen und einzubeziehenden Bürgerinitiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.....	75
Abbildung 17:	Gründe des Einbezugs von Individuen versus zivilgesellschaftlichen Organisationen	76
Abbildung 18:	Erfahrung mit Partizipationsansätzen	78
Abbildung 19:	Nutzen des „Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum“ für die Maßnahmenplanung	79
Abbildung 20:	Einschätzung der Förderung durch die Bundesregierung	80

Abbildung 21:	Beeinflussbarkeit des nachhaltigen Konsums auf lokaler Ebene	80
Abbildung 22:	Einschätzung der Effektivität von kommunalen Klimaschutzzielen zur Förderung eines nachhaltigen Konsums.....	81
Abbildung 23:	Gründe der Nicht- oder nicht stärkeren Berücksichtigung von nachhaltigem Konsum in Klimaschutzkonzepten	86
Abbildung 24:	Erfolgsfaktoren der Förderung von nachhaltigem Konsum im Rahmen vom Klimaschutz.....	87
Abbildung 25:	Klimaschutz im Mehrebenensystem: Von Paris zu den Kommunen..	95
Abbildung 26:	Ansatzpunkte für die nationale Umweltpolitik zur Förderung nachhaltigen Konsums im Rahmen der „Klimaneutralität“.....	103
Abbildung 27:	Übersicht der zentralen Empfehlungen zur Förderung eines nachhaltigen Konsums im Rahmen der Metastrategie „Klimaneutrale Regionen“	116

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Übersicht über die Anzahl regionaler Klimaschutzkonzepte als Untersuchungsgegenstand	34
Tabelle 2:	Anzahl aufgefundener Klimaschutzkonzepte nach Konzeptbezeichnung	41
Tabelle 3:	Fördermittelgeber der untersuchten Klimaschutzkonzepte	41
Tabelle 4:	Regionale Verteilung und durchschnittliches Erscheinungsjahr der aufgefundenen Klimaschutzkonzepte	43
Tabelle 5:	Anzahl aufgefundener Klimaschutzkonzepte nach administrativer Ebene der abgedeckten Regionen	44
Tabelle 6:	Durchschnittlich umfasste Einwohnerzahl der Klimaschutzkonzepte nach administrativen Ebenen	45
Tabelle 7:	Mittelwerte ausgewählter regionalökonomischer Kennzahlen	45
Tabelle 8:	Status Quo und mittel- und langfristige Minderungsziele der THG-Emissionen (alle Konzepte).....	48
Tabelle 9:	Status Quo und mittel- und langfristige Minderungsziele der THG-Emissionen (nur Konzepte mit Zieljahren der Bundesregierung).....	48
Tabelle 10:	Verteilung der Bilanzierungsprinzipien in den regionalen Klimaschutzkonzepten.....	50
Tabelle 11:	Häufigkeiten der Berücksichtigung einzelner Bedürfnisfelder (Anzahl Konzepte).....	59
Tabelle 12:	Anzahl der aus der Sicht von Klimaschutzmanagern und -managerinnen prioritären Maßnahmen nach Bedürfnisfeldern.....	60
Tabelle 13:	Anzahl identifizierter konsumrelevanter Maßnahmen nach Maßnahmentypen und Anzahl untersuchter Konzepte ohne Maßnahmen eines bestimmten Typs	68
Tabelle 14:	Anzahl der aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen prioritären Maßnahmen nach Maßnahmentyp	69
Tabelle 15:	Schlagworte der Konzeptanalyse für die Bedürfnisfelder	127
Tabelle 16:	Schlagworte der Konzeptanalyse für die Maßnahmentypen	128
Tabelle 17:	Schlagworte der Konzeptanalyse für Prosuming-Aspekte	129

Abkürzungsverzeichnis

AEE	Agentur für Erneuerbare Energien
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BWS	Bruttowertschöpfung
EE	Erneuerbare Energien
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
FNR	Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe
ICLEI	International Council for Local Environmental Initiatives
IKT	Informations- und Kommunikationstechnik
KSM	Klimaschutzmanager und -managerinnen
LK	Landkreis
NKI	Nationale Klimaschutzinitiative
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PV	Photovoltaik
SKEW	Servicestelle der Kommunen in der Einen Welt
THG	Treibhausgas(e)

Zusammenfassung

Ausgangslage, Forschungsfragen und Vorgehen

Der vorliegende Bericht entstand im Rahmen des vom Umweltbundesamt geförderten Vorhabens „Klimaneutrale Regionen als Strategieansatz zur Förderung nachhaltiger Konsummuster: Analyse und Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen“. Er basiert auf der Beobachtung, dass Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Konsummuster sowohl auf kommunaler als auch regionaler Ebene eine gewisse Bedeutung erreicht haben und globale Nachhaltigkeitsziele, wie der Klimaschutz, durch aktives Handeln auf lokaler Ebene vorangebracht werden können. Kommunale Klimaschutz- und Energiekonzepte sind ein weit verbreitetes Instrument zur Entwicklung regionaler Klimaschutzmaßnahmen. Besonders ambitionierte Regionen streben langfristig das Ziel der Klimaneutralität an, also eine Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) um 80 bis 95 % gegenüber dem Jahr 1990. Den in Deutschland relevanten Rahmen zur Förderung nachhaltiger Konsummuster bildet das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ (Bundesregierung 2016b), in dem sowohl verschiedene Bedürfnisfelder des Konsums als auch Maßnahmentypen zur Erreichung nachhaltiger Konsummuster und Lebensstile behandelt werden. Eine inhaltliche Konkretisierung auf regionaler Ebene findet bisher noch nicht statt.

Hier ließe sich an Klimaschutzkonzepte und speziell an Klimaneutralitätskonzepte¹ anknüpfen, woraus sich neue Möglichkeiten für nachhaltigen Konsum ergeben könnten. Klimaneutralität erfordert neue Schwerpunkte und Maßnahmen wie z. B. die Einbeziehung privater Haushalte. Das hier beschriebene Vorhaben analysierte, ob und inwiefern regionale Klimaschutzkonzepte als Metastrategie zur Diffusion nachhaltiger Lebensstile und nachhaltigen Konsums genutzt werden können, wobei folgende Fragen beantwortet werden sollten: Welche prioritären Bedürfnisfelder zur Förderung nachhaltiger Konsummuster lassen sich in den Kommunen identifizieren? Welche Hemmnisse bestehen? Welche politischen Handlungsempfehlungen sind abzuleiten?

Zur Überprüfung und kritischen Reflektion der Geeignetheit des Strategieansatzes „Klimaneutrale Regionen“ wurden Klimaschutzkonzepte analysiert sowie eine quantitative und qualitative Befragung relevanter Akteure und Akteurinnen durchgeführt. Insgesamt wurden 160 Klimaschutzkonzepte, welche auf lokaler bzw. regionaler Ebene als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für Klimaschutzmaßnahmen entwickelt und veröffentlicht worden sind (BMU 2016a, S. 3), herangezogen. 89 Konzepte davon verfolgen das Ziel der Klimaneutralität und werden tiefgehender im Vorhaben analysiert. Daneben wurden in einer Online-Befragung 154 Klimaschutzmanager und -managerinnen kontaktiert, von denen 85 antworteten. Zusätzlich vertieften acht qualitative Interviews mit Klimaschutzmanagern und -managerinnen die Ergebnisse der Online-Befragung. Die Online-Befragung ergab eine Differenzierung zwischen Starter-, Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Gebieten: Während Starter-Gebiete konsumbezogene Maßnahmen bisher weder planen noch umsetzen, planen Einsteiger-Gebiete konsumbezogene Maßnahmen und Fortgeschrittenen-Gebiete führen diese bereits durch.

Klimaschutzkonzepte und Klimaneutralität als Grundlage nachhaltigen Konsums auf kommunaler Ebene

Regionale Klimaschutzkonzepte können vom Typ her unterschiedlich sein, was sich in verschiedenen Herangehensweisen, Konzepten, Zielen und Reichweiten der behandelten konsumbezogenen Bedürfnisfelder äußert. Im vorliegenden Projekt waren Integrierte Klimaschutzkonzepte am häufigsten vertreten. Die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) war dabei der bedeutsamste Fördermittelgeber.

¹ Als klimaneutrale Ziele wurden eine mittelfristige THG-Senkung um 40 % bis 2020 gegenüber 1990 und eine langfristige THG-Senkung um mindestens 80 % bis 2050 gegenüber 1990 angenommen.

Dabei liegen deutlich mehr Konzepte in den alten Bundesländern sowie in Regionen mit überdurchschnittlich hohen Einwohnerzahlen vor. Über die Hälfte der Klimaschutzkonzepte stammen aus Städten, 8 % aus Gemeinden und ca. 30 % aus Landkreisen.

Eine Analyse der Konzepte hinsichtlich der THG-Emissionen zeigt, dass bereits beim Status Quo des Jahres 2010 Kommunen mit Klimaneutralität als Ziel höhere Reduktionen verfolgten bzw. erreicht hatten als solche ohne ein solches Ziel. Diese Schere geht mit Blick auf mittel- und langfristige Ziele noch weiter auseinander: Kommunen mit Klimaneutralitätsziel streben bis 2050 eine Reduktion der THG-Emissionen um durchschnittlich 90 % an, solche ohne dieses Ziel nur um durchschnittlich 68 %.

Die Erfassung der THG-Emissionen unterscheidet zwei Prinzipien: das Territorial- oder Quellenprinzip sowie das Verursacherprinzip. Ersteres erfasst alle THG-Emissionen, die innerhalb einer Region entstehen; Emissionen, die bei der Erzeugung und dem Transport importierter Güter und Energiemengen anfallen, werden nicht in die Bilanz einbezogen, während THG-Emissionen, die innerhalb der Region für Exportgüter und –energiemengen anfallen, berücksichtigt werden. Dieses Bilanzierungsprinzip ist am weitesten verbreitet. Das Verursacherprinzip erfasst auch Emissionen, die durch den regionalen Konsum außerhalb der Region für Herstellung und Transport von Gütern und Energiemengen anfallen. Hier bleiben regionale Güterprodukte für den Export jedoch außen vor. Aufgrund der schwierigen Datenlage wird das Verursacherprinzip in seiner reinen Form nur in einem Klimaschutzkonzept verwendet. Am häufigsten ist ein Mix aus beiden Prinzipien zu finden.

Die THG-Bilanzierung ist zentral für die Zielsetzung regionaler Klimaschutzambitionen, da sie die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen legitimiert. Aufgrund der mangelnden Datenverfügbarkeit für einige wichtige Bedürfnisfelder des Konsums finden diese folglich in den Klimaschutzkonzepten oft keine Berücksichtigung. Hier können andere, konsumbezogene Indikatoren Abhilfe schaffen, um den Status Quo und Zielsetzungen zu beschreiben oder den Fortschritt umgesetzter Maßnahmen zu monitoren.

Strategische Bedeutung der Förderung nachhaltigen Konsums

In der durchgeführten Befragung von Klimaschutzmanagern und -managerinnen war deren überwiegende Mehrheit der Ansicht, dass die Einbeziehung von Verbrauchern und Verbraucherinnen, Bürgerinitiativen und gesellschaftlichen Organisationen wichtig ist, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Allerdings misst nur ein Viertel der Förderung nachhaltigen Konsums eine hohe bis sehr hohe Bedeutung bei. Diese Divergenz deutet darauf hin, dass Klimaschutzmanager und -managerinnen die Rolle der Verbraucher und Verbraucherinnen bzw. der privaten Haushalte nicht vorrangig über die Förderung des nachhaltigen Konsums definieren: Nachhaltiger Konsum wird als ein breiteres Feld betrachtet, das die Kapazität eines Klimaschutzkonzeptes übersteigen würde. Eine Differenzierung der Antworten nach Kommunen und Landkreisen/ Regionen zeigt, dass auf kommunaler Ebene fast alle Befragten die Einbeziehung der privaten Haushalte als sehr wichtig betrachten, auf Landkreis- und Regionen-Ebene sind dies knapp zwei Drittel. Auch die strategische Bedeutung privater Verbraucher und Verbraucherinnen sowie die Förderung nachhaltigen Konsums werden auf kommunaler Ebene als deutlich wichtiger empfunden als auf Ebene der Landkreise/ Regionen. Dies wird darauf zurückgeführt, dass Landkreise eher als Koordinatoren und Multiplikatoren der Klimaschutzaktivitäten der kreisangehörigen Gemeinden agieren, während die direkte Kommunikation mit Bürgern und Bürgerinnen eher in der Hand der Kommunen liegt.

Auch die Bevölkerungsgröße spielt eine zentrale Rolle für die Bedeutung von privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen im Klimaschutzkonzept: Die Mehrheit der kleineren Landkreise und Regionen (< 150.000 Personen) schreibt privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen eine gewisse bis hohe strategische Bedeutung zu, während nur weniger als die Hälfte der größeren Landkreise und Regionen (> 150.000 Personen) dies tun. Das gleiche Bild findet sich auf kommunaler Ebene: Während kleinere

Kommunen (< 25.000 Personen) privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen eine höhere strategische Bedeutung zuschreiben, tun dies deutlich weniger in mittelgroßen und großen Kommunen (> 25.000). Dies könnte damit erklärt werden, dass je größer ein(e) Landkreis/ Region/ Kommune ist, desto schwieriger wird es, den Kontakt zu den privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen zu halten und diese direkt, persönlich und/ oder zielgruppenspezifisch anzusprechen. Bei der Förderung von nachhaltigem Konsum hingegen verkehrt sich diese Situation ins Gegenteil: Größere Kommunen schreiben der Thematik deutlich häufiger eine gewisse bis hohe Bedeutung zu, für Landkreise scheint dies unabhängig von ihrer Größe kein wichtiges Thema zu sein: Landkreise scheinen sich zu „weit“ von der Förderung nachhaltigen Konsums entfernt zu fühlen, während kleinere Kommunen sich bei diesem Thema überfordert fühlen.

Insgesamt besteht nur eine geringe Lücke zwischen der *strategischen* Berücksichtigung von Verbrauchern und Verbraucherinnen im Hinblick auf nachhaltigen Konsum und der jeweiligen operativen Berücksichtigung des Themas im Verwaltungsalltag.

Nachhaltiger Konsum in Klimaschutzkonzepten

Wie werden konsumrelevante Bedürfnisfelder in den Klimaschutzkonzepten behandelt? In Anlehnung an das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ wurden in der Studie acht Bedürfnisfelder unterschieden: Die Analyse der Klimaschutzkonzepte erbrachte, dass die beiden Bedürfnisfelder „Strom- und Wärmeverbrauch“ in Haushalten und „Mobilität“ in fast allen Konzepten behandelt werden; zugleich sind diese beiden Bedürfnisfelder auch am häufigsten mit konkreten konsumbezogenen Maßnahmen unterlegt. Das Bedürfnisfeld „Arbeit“ taucht in über der Hälfte der untersuchten Klimaschutzkonzepte auf, „Ernährung“ und „Geldanlagen“ finden sich in ca. einem Drittel der Konzepte wieder. Die Bedürfnisfelder „Freizeit“, „Bekleidung“ und „Wohnen“ werden selten thematisiert und mit Maßnahmen unterlegt. Keines der 89 Klimaschutzkonzepte berücksichtigt alle acht Bedürfnisfelder, drei Konzepte behandeln mehr als fünf Bedürfnisfelder. Hier lässt sich ein deutlicher Bedarf für verstärktes Engagement in den übrigen Bedürfnisfeldern ableiten. Klimaschutzmanager und -managerinnen priorisieren Bedürfnisfelder und Maßnahmen etwas anders: Ihre Befragung ergab, dass hier vor allem die Bedürfnisfelder „Energieverbrauch in privaten Haushalten“, „Ernährung“ und „Arbeit“ als prioritär angesehen werden, Mobilitätsmaßnahmen dagegen werden nicht in den Vordergrund gestellt.

Umwelt- und klimaschonende Konsummuster können seitens regionaler und kommunaler Akteure mit Hilfe verschiedener Maßnahmen angeregt werden. Im Rahmen des Vorhabens wurde zwischen Bildungsmaßnahmen, Verbraucherinformationen, Umwelt- und Sozialzeichen, Maßnahmen im Bereich der umweltgerechten Ausgestaltung von Produkten und Produktionsprozessen, der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, der Forschung für nachhaltigen Konsum, der finanziellen Förderung sowie Monitoring-Maßnahmen unterschieden.

Welche konsumbezogenen Maßnahmen werden in den Klimaschutzkonzepten für die einzelnen Bedürfnisfelder aufgeführt?

Im Bedürfnisfeld **„Energieverbrauch in privaten Haushalten“** kommen am häufigsten Informationsmaßnahmen wie Informationskampagnen und -broschüren zu Energieeinsparmaßnahmen im Haushalt sowie Beratungsangebote in kommunalen und regionalen Anlaufstellen zum Tragen. Daneben finden sich in den Konzepten auch Bildungsmaßnahmen zur Beeinflussung des Energieverbrauchs im privaten Bereich sowie in jedem zweiten Konzept finanzielle Fördermaßnahmen.

Auch das Bedürfnisfeld **„Mobilität“** zählt zu den „klassischen“ Bedürfnisfeldern regionaler Klimaschutzkonzepte. Der am häufigsten identifizierte konsumbezogene Maßnahmentyp ist die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand. In knapp zwei Dritteln der Konzepte werden Informationsmaßnahmen, in je einem Drittel Bildungsmaßnahmen zur direkten Einwirkung auf die Konsumgewohnheiten im Alltag und finanzielle Fördermaßnahmen aufgeführt. In ländlichen Regionen sticht die Stärkung des öffentli-

chen Personennahverkehrs als konkrete Maßnahme hervor. Bemerkenswert ist, dass das Bedürfnisfeld "Mobilität" vergleichsweise selten unter den prioritären Bedürfnisfeldern von Klimaschutzmanagern und -managerinnen genannt wird: Es ist anzunehmen, dass diese Mobilitätsmaßnahmen nicht als klassische konsumbezogene Maßnahmen gesehen werden, sondern als Teil eines ganzheitlichen kommunalen Mobilitätskonzepts.

Das Bedürfnisfeld „**Arbeit**“ fokussiert sich vor allem auf die Nutzung von Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik sowie auf den Strom- und Papierverbrauch im beruflichen Umfeld. Intendiert ist, dass sich eine Sensibilisierung im Arbeitsumfeld auch auf Konsumententscheidungen auswirkt. Die Maßnahmen konzentrieren sich auf Vorbildmaßnahmen der öffentlichen Hand, primär bezogen auf die Ausgestaltung der öffentlichen Beschaffung und die Arbeitsprozesse in öffentlichen Verwaltungen. Auch die Interviews bestätigten diese Interpretation.

Das Bedürfnisfeld „**Ernährung**“ umfasst die Ernährungsgewohnheiten auf Konsumentenseite. In den Klimaschutzkonzepten werden am häufigsten die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand (Angebot nachhaltiger Lebensmittel in den Kantinen) sowie Bildungs- und Informationsmaßnahmen aufgeführt. Weitere Maßnahmen drehen sich um die Unterstützung von Urban-Gardening-Projekten. In geringem Umfang werden auch Maßnahmen zu regionalen Umwelt- und Sozialzeichen bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln ergriffen. Das Bedürfnisfeld "Ernährung" genießt sowohl in den Klimaschutzkonzepten als auch bei den befragten Klimaschutzmanagern und -managerinnen einen hohen Bedeutungszuspruch, da Konsumenten und Konsumentinnen leicht über das Thema angesprochen werden können und da Maßnahmen mit sozialen- und Freizeitaktivitäten kombiniert werden können.

Das Bedürfnisfeld „**Geldanlagen**“ wird in ca. einem Drittel der Klimaschutzkonzepte thematisiert, insgesamt konnten nur drei konkrete Maßnahmen identifiziert werden, wobei es sich ausschließlich um Informationsveranstaltungen zu Beteiligungsmöglichkeiten an regionalen EE-Anlagen handelt. In den Interviews wurde dies auf die beschränkten Einflussmöglichkeiten von Kommunen, Landkreisen und Regionen in diesem Bedürfnisfeld zurückgeführt. Allerdings ist diese Annahme kritisch zu betrachten vor dem Hintergrund, dass zumindest Sparkassen in der Trägerschaft der Gebietskörperschaften stehen und zudem dem Gemeinnützigkeitsprinzip verpflichtet sind.

Das Bedürfnisfeld „**Freizeit**“ wurde mit Blick auf die Förderung von bestehenden und die Entwicklung spezieller Angebote klima- und umweltfreundlicher Freizeitaktivitäten innerhalb der untersuchten Regionen analysiert: Ein Großteil der identifizierten Maßnahmen fällt in die Kategorie der Informationsmaßnahmen sowie der Vorbildwirkung der öffentlichen Hand, in geringem Umfang handelt es sich um finanzielle Fördermaßnahmen. Die befragten Klimaschutzmanager und -managerinnen gaben zudem an, dass sich Landkreise beim Thema "Freizeit" mehr zuständig zu fühlen scheinen als Kommunen. Angebote für nachhaltigen Tourismus können verstärkt von Kooperationen zwischen Kommunen und Landkreisen vermarktet werden.

Das Bedürfnisfeld „**Bekleidung**“ wird in nur einem einzigen der Klimaschutzkonzepte behandelt. Hier handelt es sich um eine Förderung von offenen Werkstätten, die explizit auch die Reparatur von beschädigten Kleidungsstücken ermöglichen sollen, um die Nutzungsdauer und die Wiederverwendungsrate zu erhöhen. Auch in den Befragungen wird das Bedürfnisfeld kaum berücksichtigt.

Ähnlich verhält es sich mit dem Bedürfnisfeld „**Wohnen**“, welches nur in zwei Konzepten behandelt wird. Als konkrete Maßnahme wird die finanzielle Förderung von Wohntausch-Netzwerken zur Senkung der individuellen Wohnfläche identifiziert. Wichtigstes Hemmnis ist eine mangelnde Informationsbasis bezüglich der Umwelt- und Klimawirkungen der Konsumententscheidungen.

Die Verbindung von Konsum- und Produktionsrolle wird unter dem Thema „Prosuming“ behandelt. In zehn der 89 untersuchten Klimaschutzkonzepte finden sich Hinweise auf die Förderung des Prosuming. Dazu gehören konkrete Maßnahmen im Bereich der Energieerzeugung, Informationsver-

staltungen zu rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der energetischen Eigenversorgung oder Pilotprojekte zur Bilanzierung des Eigenverbrauchs im Strombereich. In allen Fällen bezieht sich Prosuming auf die Energieerzeugung und insbesondere auf die Stromproduktion durch Photovoltaik-Anlagen.

Vor allem auf Basis der Befragungen lässt sich festhalten, dass Klimaschutzmanager und -managerinnen nicht in den Kategorien des nationalen Programms denken, sondern gerne bedürfnisfeldübergreifende Maßnahmen ergreifen und Maßnahmen anhand von erwarteter Wirkung, Zuständigkeit, Vorhandensein von fachlichen Kompetenzen, Zugängen und Erfahrungen sowie Kosteneffizienz der Maßnahmen priorisieren.

Rollenverständnis und Partizipation von Akteuren

Die Bundesregierung betrachtet die Förderung von nachhaltigem Konsum als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für Handel, Industrie, öffentliche Hand und jede Einzelperson. Die Analyse der Klimaschutzkonzepte ergab, dass diese zu etwa einem Drittel konkret Verbraucher und Verbraucherinnen beispielsweise über Maßnahmen adressieren und konkrete Verantwortlichkeiten zur Erreichung der Klimaschutzziele benennen. Die restlichen zwei Drittel der Konzepte erwähnen hingegen nicht die Notwendigkeit einer breiten Mitwirkung von Akteuren und Akteurinnen. Einige Klimaschutzkonzepte behandeln Suffizienzmaßnahmen sowie das Ziel „Wandel des Lebensstils“.

Die Online-Befragung ergänzte diese Ergebnisse: Zwei Drittel der befragten Klimaschutzmanager und -managerinnen gaben an, Bürger und Bürgerinnen vorrangig in ihrer Rolle als Konsumenten und Konsumentinnen anzusprechen. In jeweils rund einem Drittel der Fälle wurden ihnen andere Rollen (Familienmitglied, Privatinvestor(in), Ehrenamtliche(r), Eigenproduzent(in) und politisch Engagierte(r)) zugesprochen. Die Nutzung dieser Rollen könnte aber verstärkt aktiviert werden, um private Verbraucher und Verbraucherinnen für die Erreichung der Klimaschutzziele zu mobilisieren.

Die Partizipation sowie aktive Einbindung von Bürgern und Bürgerinnen ist in vielen Kommunen ein Thema: Ca. 50 % der Klimaschutzkonzepte werden im Rahmen einer Teilhabe der Bürger und Bürgerinnen erstellt und bei einzelnen Prozessen mitgestaltet. Betrachtet man die Befragung der Klimaschutzmanager und -managerinnen, so zeigen sich unterschiedliche Antworten bei Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Gebieten: Einsteiger-Gebiete sind bei der Einbeziehung von Bürgern und Bürgerinnen als Individuen bzw. über Organisationen in der Umsetzung und Planung von Maßnahmen wesentlich zögerlicher als Fortgeschrittenen-Gebiete. Bezüglich des Zeitpunktes des Einbezugs von Bürgern und Bürgerinnen wird nur in einem Drittel der Fälle angegeben, dass dies zu Beginn, also bei der Initiierung und Planung der Maßnahmen, erfolgt. Organisationen, vor allem Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen, hingegen werden auch zu diesem frühen Zeitpunkt vermehrt einbezogen. Bei der Umsetzung und Verstetigung der Maßnahmen werden beide Zugänge in gleichem bzw. höherem Maße genutzt. Bemerkenswert ist auch, dass Kommunen im Vergleich zu Landkreisen deutlich öfter Bürger und Bürgerinnen einbeziehen. Dies könnte daran liegen, dass auf kommunaler Ebene bereits vielfältige Kanäle und Wege der Einbeziehung bestehen, während dies auf Landkreisebene seltener der Fall ist.

Mit Blick auf die Gründe für den Einbezug von Bürgerinitiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie von Bürgern und Bürgerinnen dominiert die Aktivierung der privaten Haushalte zur Erreichung der Klimaziele. Als zweiter Grund wird die Erhöhung der Akzeptanz durch den Einbezug genannt. Weniger Relevanz zeigte die Begründung der Herstellung eines Interessenausgleichs zwischen unterschiedlichen Meinungen. Die Ergebnisse verdeutlichen insgesamt, dass Bürger und Bürgerinnen als Zielgruppe von einer großen Zahl der befragten Klimaschutzmanager und -managerinnen wahrgenommen und akzeptiert sowie auch in strategischer und akzeptanzfördernder Art eingesetzt werden. Eine deutliche Mehrzahl der Befragten betrachtet Partizipation als unabdingbar für die Erreichung der

Klimaschutzziele. Partizipation helfe vor allem dabei, Haushalte und Privatpersonen für den Klimaschutz zu aktivieren und eine zielgruppenspezifische Gestaltung der Maßnahmen zu erarbeiten.

Kenntnis des und Erwartungen an das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum

Das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ ist nur einer Minderheit der befragten Klimaschutzmanager und -managerinnen bekannt. Unter denen, die angaben es zu kennen, gaben knapp die Hälfte an, dass das Programm Ansatzpunkte für Maßnahmenentwicklungen und -planungen aufweist. Dies deutet darauf hin, dass eine Dissemination des Programms das Verständnis des Ansatzes erweitern könnte. Eine Mehrheit der Klimaschutzmanager und -managerinnen wünscht sich seitens der Bundesregierung Unterstützung bei der Förderung von nachhaltigem Konsum in Klimaschutzkonzepten. Zwei Drittel meinen, dass nachhaltiger Konsum auf lokaler Ebene beeinflusst werden kann.

Erfolgsfaktoren bei der Förderung von nachhaltigem Konsum im kommunalen Klimaschutz

Die Befragung von Klimaschutzmanagern und -managerinnen ergibt, dass diese der Überzeugung sind, dass ohne Verhaltensänderungen auf Seiten der Bürger und Bürgerinnen die Klimaschutzziele nicht erreicht werden können. Konsumbezogene Maßnahmen können ein Türöffner für die Sensibilisierung der Bürger und Bürgerinnen für das Thema „Klimaschutz“ sein.

Weswegen wird nachhaltiger Konsum dennoch nicht in Klimaschutzkonzepten behandelt? Sowohl für die Einsteiger- und Fortgeschrittenengebiete als auch für die Starter-Gebiete ergab sich, dass rund die Hälfte der jeweils befragten Klimaschutzmanager und -managerinnen fehlende personelle und finanzielle Ressourcen als dominante Gründe nannte. In Starter-Gebieten wurde als wichtigster Grund die Nicht-Zuordnung des Themas „Nachhaltiger Konsum“ zu ihrem Aufgabenbereich angegeben. Einen weiteren wichtigen Grund für die Nicht-Berücksichtigung stellt auch das fehlende Fachwissen des Personals dar. Bei den Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Gebieten hingegen wird das fehlende öffentliche Interesse als wichtiges Hindernis genannt sowie das Fehlen an Unterstützung von Seiten wichtiger Akteure. Es wird zudem angemerkt, dass das Thema „Nachhaltiger Konsum“ oft mit Maßnahmen der Informationsbereitstellung und Öffentlichkeitsarbeit adressiert wird, die jedoch nicht ausreichen, um Verhaltensänderungen bei Bürgern und Bürgerinnen zu erreichen. An dieser Stelle bedarf es einer stärkeren finanziellen Förderung der Kommunen, um das Thema tiefgreifend und mit vielfältigen Maßnahmen angehen zu können. Insgesamt wird das Thema vor allem auf politischer Ebene auch als unbequem und unbeliebt eingeschätzt. Die Sorge um fehlende politische, aber auch öffentliche Akzeptanz wirkt als starke Bremse. Zudem lässt sich die Wirkung von Projekten zu nachhaltigem Konsum nicht über die derzeit genutzten Monitoring-Instrumente erfassen.

Aus den Befragungen wurde eine Reihe von Erfolgsfaktoren und Hemmnissen zusammengestellt, die zur stärkeren Berücksichtigung des nachhaltigen Konsums im Rahmen lokaler und regionaler Klimaschutzkonzepte beitragen könnten bzw. gegenwärtig eine Herausforderung darstellen. Zum einen bedarf es der Unterstützung politischer Akteure und der Zuweisung politischer Priorität für das Thema „Nachhaltiger Konsum“, um verwaltungsinterne Hemmnisse wie die wahrgenommene mangelnde Unterstützung wichtiger Akteure sowie die administrative Zuständigkeit für das Thema abzubauen. Unabdingbar für den Erfolg ist auch die Bereitstellung von genügend finanziellen und personellen Ressourcen. Kommunen werden in ihrer Rolle als lokale Multiplikatoren und Vernetzer gesehen. Folglich besteht die zentrale Aufgabe darin, Personen mit einer gewissen Kontinuität zu führen und diese vor allem auch mit den nötigen Kompetenzen, die für die Kommunikation mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen erforderlich sind, auszustatten. Um nachhaltigen Konsum mit kommunalem Klimaschutz zusammenzubringen, müssen weitere Bedürfnisfelder - neben „Energieverbrauch“ und „Mobilität“ - adressiert werden, vor allem das Feld „Ernährung“. Voraussetzung hierfür ist, dass die Verwaltungen sich überhaupt als für diese Themen zuständig wahrnehmen, denn nur so können effektive

Maßnahmenbündel umgesetzt werden. Die Aktivitäten von Klimaschutzmanagern und -managerinnen benötigen darüber hinaus öffentlichen Rückhalt und Interesse. Als weiterer Erfolgsfaktor wurde die Ansprache über das Eigeninteresse der Akteure identifiziert, vor allem durch positive Anreize und Assoziationen. Diese kann auch über die Vernetzung mit lokalen Unternehmen, Organisationen, Initiativen und Netzwerken erfolgen. Das Vorhandensein und die Stärkung von lokalen/ regionalen Basisinitiativen, die im Bereich nachhaltigen Konsums aktiv sind, die dauerhafte Einbindung der Zivilgesellschaft sowie die Vernetzung und stärkere Zusammenarbeit mit Unternehmen, dem lokalen Handel und Handwerk ist ein Anliegen vieler Klimaschutzmanager und -managerinnen. Um solche Initiativen in der eigenen Kommune oder Region anstoßen zu können, bedarf es eines guten Informationsaustauschs sowie einer Dokumentation und Dissemination in klimabezogenen Netzwerken. Auch Anreize über Förderbedingungen müssen angestoßen werden, um konsumbezogene Maßnahmen auf lokaler Ebene zu legitimieren und die politische Vermittelbarkeit auf lokaler Ebene zu stärken.

Zentrale abgeleitete Strategien und Empfehlungen

Kommunen, die das Ziel einer Klimaneutralität auf lokaler Ebene verfolgen, setzen nationale Klimaschutzziele und die Ziele des internationalen Pariser Klimaschutz-Übereinkommens am ambitioniertesten um. Diese Aktivitäten werden als Aufgabe freiwilliger kommunaler Selbstverwaltung wahrgenommen. Um dieser Aufgabe erfolgreich nachzukommen, schließen sich Kommunen oft in überregionalen Netzwerken, wie den 100 %-EE-Regionen, zusammen. Diese dienen dem Austausch, der Vernetzung sowie der Interessensbündelung. Kommunen mit dem Klimaneutralitätsziel sind die Vorreiter der bundesweiten Klimaschutzbewegung, ihre Verbreitung in allen Regionen Deutschlands, über städtische und ländliche sowie ärmere und reichere Gebiete hinweg, macht deutlich, dass diese regionalen Aktivitäten längst keine kleine Nischenbewegung mehr darstellen. Vorreiterrollen, Vernetzungsaktivitäten und Kooperationen über mehrere administrative Ebenen hinweg sind Aspekte, welche diese Bewegung von innen heraus stärken und weiterwachsen lassen.

Regionale Klimaschutzanstrengungen sind erfolgreich, dies dokumentieren die Entwicklungen der THG-Bilanzen. Dabei erfolgt in aller Regel eine Bilanzierung nach dem Territorialprinzip, welches den Blick auf die direkten THG-Emissionen der regionalen Energieerzeugung lenkt sowie auf den Ausbau erneuerbarer Energien (EE) als wichtige Klimaschutzmaßnahme hinweist. Regionale Erfolge im Klimaschutz erbringen beträchtliche „Big points“, dabei gilt: Je erfolgreicher diese sind, desto mehr wird der Blick auf andere Bereiche gelenkt, die bisher weniger im Blick standen und an strategischer Bedeutung gewinnen können – womit private Haushalte und deren Konsummuster, Verhaltensweisen und Lebensstile ins Spiel kommen.

Das Ziel der Klimaneutralität ist also einerseits eine Grundbedingung für die Erreichung der nationalen Klimaziele und andererseits ein starkes Instrument für die Umsetzung von Maßnahmen für einen Wandel der Konsumpraktiken, wie sie im Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum festgelegt sind; diese Konsummuster werden dabei in mehrere Bedürfnisfelder aufgeteilt. Über eine explizite Verknüpfung der Klimaschutzziele und der Ziele des nachhaltigen Konsums könnte der Mehrwert für den nachhaltigen Konsum herausgestellt und die Erreichung der Ziele des nachhaltigen Konsums beschleunigt werden, um so Synergien zu nutzen. Eine Aktivierung der Akteure und Strukturen „vor Ort“ über die Klimaschutzmanager und -managerinnen sowie Klimaschutzstellen könnte eine Schlüsselrolle in der Verankerung des nachhaltigen Konsums auf kommunaler bzw. regionaler Ebene spielen. Hierfür bedarf es einer klaren politischen Unterstützung des Klimaneutralitätsziels sowie eines klaren Auftrages an Klimaschutzmanager und -managerinnen konsumbezogene Maßnahmen als Teil von Klimaschutzkonzepten mitaufzunehmen.

Hierzu werden vier Vorschläge entwickelt:

A) Push und pull der nationalen Umweltpolitik

Dazu werden auf Ebene der **nationalen Umweltpolitik** vier Schritte vorgeschlagen:

- 1) Erstens wird empfohlen, Klimaschutz in das „Pflichtprogramm“ der Kommunen mitaufzunehmen. Die **Institutionalisierung** muss dabei durch eine entsprechende Finanzausstattung abgesichert werden und bedarf eines rechtlichen Impulses durch Bund und Bundesländer, ohne dass diese sich anschließend von ihrer Klimaschutzaufgabe loslösen.
- 2) Zweitens bedarf es einer Erhöhung der Relevanz des nachhaltigen Konsums für die Klimaschutzmanager und -managerinnen durch zum Beispiel entsprechend angepasste **Förderprogramme**. Die bisherigen Formate zielen zwar zum Teil bereits auf Klimaneutralität ab, eine direkte Adressierung von konsumbezogenen Bedürfnisfeldern über die Förderbedingungen erfolgt jedoch nicht. Hier können Förderkriterien angepasst werden, um konsumbezogene Maßnahmen zu begünstigen. Zudem braucht es Hilfestellungen wie die Bereitstellung von Schulungen für Klimaschutzmanager und -managerinnen oder die Schaffung einer Plattform zum z. B. Austausch über gute Praxisbeispiele.
- 3) Drittens sollte der einseitigen Fokussierung auf das Territorialprinzip bei der **THG-Bilanzierung** in Klimaschutzkonzepten entgegengewirkt werden, um so konsumbezogene Maßnahmen in das Repertoire aufnehmen zu können. Fehlende Daten zu regionalspezifischen Konsummustern sind dabei eine zentrale Herausforderung. Die Nutzung von Abschätzungen der THG-Emissionen indirekt energierelevanter Bedürfnisfelder könnte hier Abhilfe schaffen. Für die Erfolgskontrolle konsumbezogener Maßnahmen sind auch Indikatoren notwendig, wenn eine detaillierte THG-Bilanzierung nicht möglich ist. Dazu gehören beispielsweise Statistiken zu Marktanteilen nachhaltiger Produkte in verschiedensten Branchen oder zur Marktdurchdringung von Umweltzeichen. Auch in grundsätzlich gut überblickbaren Konsumfeldern, wie etwa dem Verkehr, können weitergehende Indikatoren, wie die Car-Sharing-Quote oder der Modal Split in den Blick genommen werden. Falls THG-Bilanzen als Monitoring-Instrument nicht vorliegen, sollten konsumbezogene Maßnahmen, die als geeignet angesehen werden, dennoch frühzeitig geplant und umgesetzt werden. Dazu gehören vor allem einfache, kostengünstige und erfolversprechende Maßnahmen.
- 4) Viertens sollte eine **Diffusion von Erfahrungswissen** unterstützt werden. Praktiker Events, die Identifizierung von Schlüsselakteuren wie Vorbildern und/ oder Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, die Zusammenstellung einer Sammlung von guten Praxisbeispielen sowie ein Angebot von Weiterbildungsangeboten für Klimaschutzmanager und -managerinnen sind dabei mögliche Instrumente.

B) Verankerung der Klimaneutralität im nachhaltigen Konsum

Analog zur Integration von nachhaltigen Konsumzielen in regionalen Klimaschutzkonzepten soll auch das Klimaneutralitätsziel im „Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum“ verankert werden. Insbesondere soll die Rolle des Konsums für die Erreichung der Klimaschutzziele stärker herausgearbeitet und quantifiziert werden.

C) Kommunale Ebene als Impulsgeber

Aktivitäten und Maßnahmen auf kommunaler Ebene können die Impulse der nationalen Umweltpolitik zur Nutzung von Synergien zwischen regionalen Klimaschutz und nachhaltigen Konsum weiter verstärken. Dafür ist eine Institutionalisierung des Klimaschutzes in der kommunalen Verwaltung essenziell, wofür vier Elemente erforderlich sind: erstens, das **Einholen eines politischen Mandats**, um eine langfristige Ausrichtung sicherzustellen und ein „Klimaschutz-Mainstreaming“ zu ermöglichen.

Zweitens, benötigt es eine **langfristige Verankerung** von Klimaschutz-Stellen in der kommunalen Verwaltung. Nur so können Klimaschutzmanager und -managerinnen als „Sprachrohr“ für eine langfristige Zielsetzung agieren. Die personelle Ausstattung sollte dabei ausreichend sein, um die mit der Institutionalisierung verbundenen Aufgaben auch wahrnehmen zu können. Aufgaben müssen auch klar definiert und zugewiesen werden. Diese **Klärung des Aufgabenspektrums** ist der dritte Schritt auf kommunaler Ebene und bedarf auf politischer Ebene ein generell erhöhtes Bewusstsein für alle konsumbezogenen Bedürfnisfelder sowie deren nachhaltige Umsetzung auf lokaler Ebene. Viertens müssen **verwaltungsinterne Kooperationen** geschaffen und Kommunikationsflüsse organisiert werden. Der amtsübergreifende Austausch macht dabei eine zentrale Klimaschutzstelle zur Koordination notwendig. Zuletzt ist die Notwendigkeit der kommunalen Zusammenarbeit zu nennen, die auf verschiedene Art und Weise erfolgen kann und klimabezogene Konsumfragen aktiv aufgreift, fördert und verbreitet.

D) Klimaschutzmanager und -managerinnen als zentrale Akteure

Klimaschutzmanager und -managerinnen als Impulsgeber können an ihren bisherigen Aktivitäten anknüpfen und in konsumstrategischer Absicht erweitern. Hierzu ist eine **Akteursanalyse** zentral, um ein umfassendes Bild über die Akteurskonstellation, die Interessenslagen sowie die bestehenden Vernetzungen untereinander und die notwendige Einbindung relevanter Akteure zu erhalten. Auch die **Einbeziehung von interessierten Bürgern und Bürgerinnen** sowie **zivilgesellschaftlichen Organisationen** ist notwendig, um in die Breite zu wirken. Der Austausch von Wissen und Erfahrungen in Sachen regionaler Klimaschutz sollte weiterhin auf Ebene der bestehenden **überregionalen Netzwerke** stattfinden. Gemeinsam kann hier das Verantwortungsbewusstsein für Konsumaspekte geschärft werden. Wichtige Knotenpunkte sind Energie- und Klimaschutzagenturen, die als Informationsportale Materialien zur Förderung nachhaltigen Konsums verbreiten.

Ins Aufgabengebiet der Klimaschutzmanager und -managerinnen fällt auch die **Erstellung und Überarbeitung von Klimaschutzkonzepten**, bei der erste konsumbezogene Maßnahmen unter Einbindung der Zivilgesellschaft skizziert werden sollen. Letztendlich muss der regionale Klimaschutz durch die Vielfalt an strategischen Ansätzen und Maßnahmentypen sowie die Akteurskonstellationen als **dynamischer Prozess** gesehen werden. Regionale Klimaschutzkonzepte sind folglich kein starres Instrument, sondern anpassungsfähig in Hinsicht auf konsumbezogene Zielsetzungen und Maßnahmen. Die Dynamik, die durch erste Erfolge einfach umzusetzender Maßnahmen Ziele stützen kann, kann auch zu neuen Ideen, Akteurskonstellationen und strategischen Allianzen in der Zukunft führen.

Summary

Initial situation, research questions and approach

This report has been produced within the scope of the project funded by the German Federal Environmental Agency (UBA) titled “*Climate-neutral regions as a strategic approach to promoting sustainable consumption patterns: analysis and development of policy recommendations*”. It is based on the observation that measures for promoting sustainable consumption patterns have achieved a certain relevance at both local and regional level and that global sustainability targets such as climate protection can be furthered by taking concrete actions at local level. Climate protection and energy concepts at local level are a widely used instrument for developing regional climate protection measures. Particularly ambitious regions aim to achieve the goal of climate neutrality in the long term, which means a reduction of greenhouse gas (GHG) emissions by 80 to 95 % compared to 1990. The relevant framework for promoting sustainable consumption patterns in Germany is the German “*National Programme for Sustainable Consumption*” (Bundesregierung 2016b), in which both different consumption-related fields of need and types of measures for achieving sustainable consumption patterns and lifestyles are discussed. So far, a detailed specification of content has not taken place at regional level.

At this point, one could draw on climate protection concepts and, in particular, climate neutrality concepts², which might lead to new possibilities for sustainable consumption. Climate neutrality requires new priorities and measures, such as the involvement of private households. The project described here analyses whether and to what extent regional climate protection concepts could be used as a metastrategy for the diffusion of sustainable lifestyles and sustainable consumption, with answers being sought to the following questions: Which priority fields of need for promoting sustainable consumption patterns can be identified in local communities? What obstacles are there? What policy recommendations can be inferred?

To examine and critically reflect on the suitability of the strategic approach of “climate-neutral regions” climate protection concepts were analysed and a quantitative and qualitative survey of the relevant stakeholders was carried out. In total 160 climate protection concepts that had been developed and published at local and regional level as a basis for decision-making and as a planning tool for climate protection measures (BMU 2016a, S. 3) were used and of these specifically the 89 concepts pursuing the ambitious goal of climate neutrality were analysed. In addition, 154 climate protection managers were contacted in an online survey, 85 of whom replied. Furthermore, eight qualitative interviews with climate protection managers expanded upon the results of the online survey. The online survey revealed a differentiation between starter, beginner and advanced regions. While starter regions are as yet not planning or implementing consumption-related measures, beginner regions are planning consumption-related measures and advanced regions are already executing them.

Climate protection concepts and climate neutrality as a basis for sustainable consumption at local level

The nature of regional climate protection concepts can differ, which is reflected in the different approaches, concepts, goals and ranges of the consumption-related fields of need discussed. In the

² Climate-neutral targets are assumed to be a medium-term reduction in GHG by 40% by 2020 compared with 1990 and a long term reduction in GHG by at least 80% by 2050 compared with 1990.

project at hand integrated climate protection concepts were the most common, with the German “National Climate Initiative” (*NCI*) as the main funding body.

Significantly, more concepts can be found in the former West German states and in regions with above average population numbers, with over half of the climate protection concepts originating from cities, 8 % from smaller municipalities and approximately 30 % from districts.

An analysis of the concepts relating to GHG emissions shows that based on the status quo in 2010 municipalities aiming for climate neutrality at that time had already pursued or achieved higher reductions than those without such an objective. This gap widens even further when it comes to medium and long-term targets, with municipalities whose aim is climate neutrality aspiring to cut GHG emissions by an average of 90 % by 2050, and those without this objective by only 68 % on average.

The measurement of GHG emissions distinguishes between two principles, namely the territoriality (or source) principle and the polluter pays principle. The former measures all GHG emissions produced within a region; emissions occurring during the production and transport of imported goods and energy quantities are not included in the statement, whereas GHG emissions occurring within the region for exported goods and energy quantities are included. This accounting principle is the most widespread. The polluter pays principle also measures emissions caused by regional consumption outside the region for the production and transport of goods and energy quantities, although in this case regional goods for export are excluded. Owing to the difficult data situation the polluter pays principle in its pure form is only used in one climate protection concept. The most common approach is a mixture of the two principle types.

The GHG emissions statement is central to the aim of regional climate protection ambitions, since it legitimises the development and implementation of measures. As there is a lack of available data for some key consumption-related fields of need, these are therefore often not included in climate protection concepts.

Strategic importance of promoting sustainable consumption

In the conducted survey of climate protection managers, the vast majority thought it was important to involve consumers, local pressure groups and social organisations to achieve climate protection goals. Roughly a quarter considered the promotion of sustainable consumption to be of high to very high importance. This divergence indicates that climate protection managers do not define the role of consumers and private households primarily on the basis of the promotion of sustainable consumption. Sustainable consumption is seen as a broader field that would exceed the capacity of a climate protection concept. Differentiation of replies by municipality and district/ region shows that at local level almost all those surveyed believed the involvement of private households was very important, and at district/ regional level it was just under two-thirds. The strategic importance of private consumers and the promotion of sustainable consumption are also considered to be much more important at local level than at district/ regional level. This is attributed to the fact that districts act more as coordinators and multipliers of the climate protection activities of the municipalities within a district, whereas direct communication with citizens is more the responsibility of the municipalities.

Population size also plays a key role when it comes to the importance of private consumers in the climate protection concept, with the majority of smaller districts and regions (< 150,000 persons) attaching a certain to high strategic importance to private consumers, whereas only less than half of the larger districts and regions (> 150.000 persons) do so. The same picture emerges at local level.

While smaller municipalities (< 25,000 persons) ascribe an increased strategic importance to private consumers, this is far less the case in medium-sized and large municipalities (> 25,000). The reason for this might be that the larger a district/ region/ municipality, the more difficult it is to maintain contact with private consumers and address them directly, personally and/ or by way of a specific target group. On the other hand, when it comes to promoting sustainable consumption the opposite is true. Larger municipalities attach certain to high importance to this subject far more frequently, whereas for districts this does not appear to be important, regardless of their size. Districts seem to feel they are too “far” removed from the promotion of sustainable consumption, while smaller municipalities feel overwhelmed by this issue.

Overall, there is only a small gap between the *strategic* inclusion of consumers in terms of sustainable consumption and the respective operational inclusion of the subject in day-to-day administration.

Sustainable consumption in climate protection concepts

How are fields of need which are relevant to consumption handled in climate protection concepts? Based on the “National Programme on Sustainable Consumption” eight fields of need were differentiated. The analysis of the climate protection concepts showed that the two fields of need “Heat and electricity consumption in households” and “Mobility” are dealt with in almost all concepts; at the same time, these two fields of need are also most frequently underpinned with specific consumption-related measures. The field of need “Work” appears in over half the examined climate protection concepts and “Food” and “Financial investments” turn up in approximately a third of the concepts. The fields of need “Leisure”, “Clothing” and “Home” are seldom addressed and underpinned with measures. None of the 89 climate protection concepts includes all eight fields of need, and three concepts deal with more than five fields of need. A clear necessity for greater commitment in the other fields of need can be inferred from this. Climate protection managers prioritise fields of need and measures somewhat differently. The survey of these individuals showed that they see above all the fields of need “Energy consumption in private households”, “Food” and “Work” as a priority, whereas “Mobility” measures are not placed in the foreground.

Environment- and climate-friendly consumption patterns can be encouraged by regional and local stakeholders using various measures. Within the project a distinction was made between educational measures, consumer information, eco and social labels, measures for developing greener products and production processes, the role model function of the public sector, research for sustainable consumption, financial support and monitoring measures.

Which consumption-related measures for the individual fields of need are listed in the climate protection concepts?

In the field of need “**Energy consumption in private households**” information measures such as information campaigns and brochures on energy-saving measures in the home as well as advisory services in local and regional drop-in centres feature most often. Educational measures for influencing energy consumption in the private sector also appear in the concepts and one out of two includes financial support measures.

“**Mobility**” is another “classic” field of need of regional climate protection concepts. The most frequently identified type of consumption-based measure is the role model effect of the public sector. Just under two-thirds of all concepts include information measures, one third includes educational measures for directly influencing everyday consumption habits and one third lists financial support measures. In rural regions improving the quality of public transport stands out as a specific measure. It is interesting to note that “Mobility” is mentioned comparatively rarely amongst the priority fields of need of climate protection managers. One can only assume that these mobility measures are not seen as classic consumption-based measures, but rather as part of an all-round local mobility concept.

“Work” mainly focuses on the use of information and communication technology equipment and on the consumption of electricity and paper in the workplace. The intention is that raising awareness in the workplace will also have an impact on consumption decisions. The measures focus on public sector role model measures, primarily in regard to the organisation of public procurement and work processes in public authorities. The interviews back up this interpretation.

“Food” covers consumers’ eating habits. In climate protection concepts the role model function of the public sector (serving sustainable food in canteens) as well as educational and information measures are cited most frequently. Other measures are about supporting urban gardening projects. A limited number of measures are also taken with regard to regional eco and social food labelling. The field of need “Food” is considered an important factor both in climate protection concepts and amongst the surveyed climate protection managers, since consumers can easily be approached via this subject and measures can be combined with social and leisure activities.

“Financial investments” is addressed in approximately a third of climate protection concepts, and in total only three specific measures could be identified. These relate exclusively to information events on opportunities for investing in regional renewable energy plants. In the interviews this was attributed to the limited opportunities for municipalities, districts and regions to exert influence in this field of need.

“Leisure” was analysed in regard to promoting existing and developing special offers for climate- and environment-friendly leisure activities within the examined regions. The majority of the identified measures fall into the category of information measures and the role model effect of the public sector, and a few relate to financial support measures. The surveyed climate protection managers also said that the districts appeared to feel more responsible for “Leisure” than the municipalities. Sustainable tourism offers can be marketed more intensively by cooperations between municipalities and districts.

“Clothing” is only dealt with in one single climate protection concept. This relates to the promotion of open workshops, which are also aimed explicitly at enabling the repair of damaged clothing items to increase their useful life and reuse rate. This field of need is hardly mentioned in the surveys.

A similar pattern emerges for **“Home”**, which is only discussed in two concepts. As a concrete measure financial assistance for house swap networks to reduce individual living space is identified. The biggest obstacle is the lack of information on the environmental and climate effects of consumer decisions.

Combining the role of consumption and production is dealt with under **“Prosuming”**. Ten of the 89 examined climate protection concepts refer to the promotion of prosuming. These include direct measures in the area of energy production, information events on the general legal and economic conditions for energetic self-sufficiency or pilot projects for self-consumption audits in the electricity sector. In all cases, prosuming refers to energy consumption and, in particular, energy production by photovoltaic systems.

Particularly the surveys revealed that climate protection managers do not think along the lines of the categories of the national programme, but prefer to take measures covering different areas of need and prioritise measures based on expected effect, responsibility, availability of specialist skills, approaches and experience as well as cost-efficiency.

Role perception and participation of stakeholders

The German government sees the promotion of sustainable consumption as a task for commerce, industry, the public sector and every individual that needs to be tackled by the whole of society. The analysis of the climate protection concepts showed that roughly a third specifically address consumers, e.g. via measures, and name specific responsibilities for achieving climate protection goals. The remaining two-thirds of the concepts, however, do not mention the need for a broad involvement

of stakeholders. Some climate protection concepts deal with sufficiency measures and the goal of “changing lifestyle”.

The online survey complemented these results, with two-thirds of surveyed climate protection managers saying that they approached citizens primarily in their role as consumers. About one third assigned other roles (family member, private investor, volunteer, individual producer and political activist). The use of these roles could, however, be increasingly activated to mobilise private consumers for achieving climate protection targets.

The subject of participation and active involvement of citizens is dealt with by many municipalities. Approximately 50 % of climate protection concepts are created with citizen involvement. If one looks at the survey of climate protection managers, it becomes apparent that the replies from beginner and advanced regions are different. Beginner regions are much more hesitant than advanced regions to involve citizens as individuals or via organisations in the implementation and planning of measures. In terms of the timing of the inclusion of citizens in only a third of cases is it stated that this occurs at the beginning, i.e. when initiating and planning the measure. Organisations (particularly environmental and civil society organisations), on the other hand, are increasingly being included at this early stage. When implementing and consolidating the measure both approaches are used to the same or an increased extent. It is also noticeable that municipalities include citizens much more frequently than districts. This could be because at local level there are already multiple channels and means of inclusion, whereas this is more seldom the case at district level.

As regards the reasons for including citizens’ action groups and civil society organisations as well as citizens the activation of private households to achieve climate goals dominates. A second reason is an increase of acceptance through inclusion. A less relevant reason is to strike a balance between differing interests and opinions. The results illustrate overall that citizens are perceived and accepted as a target group by a large number of the surveyed climate protection managers and are employed in a strategic and acceptance-furthering way. The vast majority of those surveyed regard participation as essential for achieving climate protection goals. They say participation especially helps to motivate households and private individuals to engage in climate protection and to work out and shape measures to suit specific target groups.

Knowledge and expectations of the German National Programme for Sustainable Consumption

Only a minority of the climate protection managers surveyed had known about the “National Programme on Sustainable Consumption”. Of those who were aware of it, just under half said the programme provided a starting point for developing and planning measures. This indicates that dissemination of the programme could increase understanding of the approach. The majority of climate protection managers would like the German government to support the promotion of sustainable consumption in climate protection concepts. Two-thirds believe that sustainable consumption can be influenced at local level.

Success factors when promoting sustainable consumption in local climate protection

The survey of climate protection managers shows they are convinced that unless citizens change their behaviour climate protection goals cannot be achieved. Consumption-based measures can be a door-opener for raising citizens’ awareness of climate protection.

Why then is sustainable consumption still not addressed in climate protection concepts?

Both in the case of beginner and advanced regions as well as starter regions it transpired that around half the climate protection managers surveyed said a lack of personnel and financial resources was the

dominant factor in this connection. In starter regions the non-allocation of “sustainable consumption” to their remit was cited as the key reason. Another important reason for non-inclusion is the lacking specialised knowledge of staff. On the other hand, beginner and advanced regions say the lack of public interest is an important obstacle as well as the lack of support by key stakeholders. Another comment was that the subject of “sustainable consumption” is often addressed by means of information provision and public relations measures, which are insufficient to achieve behavioural changes in citizens. At this point municipalities need greater financial assistance to tackle the subject more thoroughly and with a variety of measures. All in all, the subject is seen as awkward and unpopular especially at a political level. Concerns about a lack of political and public acceptance have a strong braking effect. Moreover, the effect of sustainable consumption projects cannot be measured with the currently used monitoring tools.

A number of success factors and obstacles were compiled from the surveys which could help to increase the inclusion of sustainable consumption within the scope of local and regional climate protection concepts or currently pose a challenge. Firstly, the support of political stakeholders and the political prioritisation of “sustainable consumption” is needed in order to break down internal administrative barriers such as the perceived lack of support by key stakeholders and administrative responsibility for the subject. To succeed, it is also vital that sufficient financial and personnel resources are provided. Municipalities are seen in their role as local multipliers and networkers. Consequently, the central task is to manage people with a certain degree of continuity and to equip them above all with the necessary skills to communicate with different population groups. To combine sustainable consumption with municipal climate protection other fields of need must be addressed in addition to “Energy consumption” and “Mobility”, especially the area of “Food”. This is subject to the administrative bodies accepting responsibility for these issues, as this is the only way effective groups of measures can be implemented. The activities of climate managers also require public backing and interest. Another identified success factor is to appeal to the self-interest of the stakeholders, especially through positive incentives and associations. This can also be achieved by networking with local companies, organisations, initiatives and networks. The existence and strengthening of local/regional basic initiatives that are active in the area of sustainable consumption, the lasting integration of civil society as well as networking and stronger cooperation with companies, local commerce and craftsmen is an objective of many climate protection managers. To be able to launch such initiatives in their own community or region, a good information exchange as well as documentation and dissemination in climate-related networks is needed. Incentives must also be initiated through funding conditions in order to legitimise consumption-related measures at local level and strengthen political conveyability at local level.

Strategies and recommendations

Municipalities pursuing the goal of climate neutrality at local level implement national climate protection targets and the targets of the international Paris Agreement on Climate Change most ambitiously. These activities are seen as the responsibility of voluntary local self-government. To be able to perform this function successfully, municipalities often join forces in supraregional networks, such as the 100 % energy regeneration regions. These facilitate personal exchange, networking and bundling of interests. Municipalities with a climate neutrality goal are the pioneers of the national climate protection movement, and their prevalence in all the German regions, across urban and rural as well as poorer and more affluent regions, makes it clear that these regional activities have long since ceased to be a small niche movement. Pioneering roles, networking activities and cooperation across several administrative levels are aspects which enable this movement to fortify itself from the inside out and continue growing.

Regional climate protection efforts are successful - this is documented by the developments of the GHG statements. Normally auditing is carried out according to the territoriality principle, which focuses attention on the direct greenhouse gas emissions from regional energy production and underlines the development of energy regeneration as a key climate protection measure. Regional climate protection successes generate sizeable “big points”, and the greater these are, the more attention is focused on other areas which have been less prominent and can gain in strategic importance – which brings private households and their consumption patterns, habits and lifestyles into the equation.

The aim of climate neutrality is therefore, on the one hand, a basic condition for achieving national climate targets and, on the other hand, a strong tool for implementing measures for changing consumption practices as laid down in the National Programme for Sustainable Consumption; these consumption patterns are divided into several fields of need. By explicitly linking climate protection goals and sustainable consumption goals the added value of sustainable consumption could be emphasised and the attainment of sustainable consumption goals accelerated so as to exploit synergies. The activation of stakeholders and structures locally via climate protection managers and climate protection offices could play a key role in anchoring sustainable consumption at local and regional level. For this purpose, clear political support of the climate neutrality goal and a clear mandate to climate protection managers to include consumption-related measures as part of climate protection concepts is needed.

Four proposals have been developed for this purpose:

A) Push and pull of national environment policy

To this end, four steps are recommended at **national environment policy** level:

- 1) Firstly, it is recommended to include climate protection in the “mandatory programme” of the municipalities. **Institutionalisation** must be safeguarded through corresponding funding and requires a legal initiative by the federal government and the federal states to stop them subsequently extricating themselves from their climate protection function.
- 2) Secondly, an increased relevance of sustainable consumption for climate protection managers is needed through, for example, appropriately adapted **support programmes**. The existing formats are already partly geared to climate neutrality, but the promotion conditions do not directly address consumption-related fields of need. At this point, promotion criteria can be adjusted to facilitate consumption-based measures. In addition, assistance is needed such as the provision of training for climate protection managers or the creation of a platform, for instance to exchange examples of good practice.
- 3) Thirdly, the one-sided focus on the territoriality principle for the **GHG statement** in climate protection concepts should be discouraged so that consumption-related measures can be included in the repertoire. The lack of data on regionally specific consumption patterns is a major challenge in this context. The use of estimates of GHG emissions of indirectly energy-relevant fields of need could provide assistance here. For monitoring the success of consumption-related measures indicators are needed if a detailed GHG statement is not possible. Developing and executing consumption-related measures at an early stage is possibly even preferable so that GHG statements as a monitoring tool can be supplemented with the corresponding fields of need later on. Indicators are also necessary for monitoring the success of consumer-related measures if detailed GHG accounting is not possible. These include, for example, statistics on market shares of sustainable products in various industries or market penetration of ecolabels. Even in consumer areas that are generally easy to survey, such as traffic, further indicators such as the car sharing quota or the modal split can be taken into consideration. If GHG balances are not available as a monitoring tool, consumer-related measures that are considered appropriate should nevertheless

be planned and implemented early. These include above all simple, cost-effective and promising measures.

- 4) Fourthly, **diffusion of practical knowledge** should be supported. Practitioner events, the identification of key stakeholders as role models and/ or multipliers, a compilation of examples of good practice and a range of further training offers for climate protection managers are possible tools in this context.

B) Anchoring of climate neutrality in sustainable consumption

In line with the integration of sustainable consumption goals in regional climate protection concepts, the climate neutrality objective should be anchored in the German National Programme for Sustainable Consumption. In particular, the role of consumption in achieving climate protection targets should be carved out more clearly and quantified.

C) Local level as initiator

Activities and measures at local level can further strengthen the impetus of national environment policy to use synergies between regional climate protection and sustainable consumption. For this purpose, the institutionalisation of climate protection in local government is essential. Four elements are needed here: firstly, the **obtaining of a political mandate** to ensure long-term orientation and to enable the mainstreaming of climate protection. Secondly, the **long-term integration** of climate protection centres in local governments is required. This is the only way climate protection managers can act as a mouthpiece for long-term goals. Personnel resources should be sufficient to be able to perform the tasks associated with institutionalisation. Tasks must also be clearly defined and allocated. This **clarification of the task range** is the third step at local level and requires a generally increased awareness at political level of all consumption-related fields of need and sustainable implementation at local level. Fourthly, **internal administrative cooperation** must be created and communication flows organised. Interdepartmental exchange will necessitate the establishment of a central climate protection centre for coordination purposes. Lastly, there is a need for local cooperation, which can take place in various ways and actively picks up on, promotes and disseminates climate-related consumption issues.

D) Climate protection managers as key stakeholders

Climate protection managers as initiators can draw on their existing activities and extend them for consumption strategy purposes. To do this, a **stakeholder analysis** is key to obtaining an overall view of the player constellation, their interest, the existing links between them and the necessary integration of relevant stakeholders. The **inclusion of interested citizens** and **civil society organisations** is also needed to have a wide-ranging effect. The exchange of knowledge and experiences on regional climate protection matters should also take place at the level of the existing **supraregional networks**. The sense of responsibility for consumption aspects can be jointly heightened here. Important hubs are energy and climate protection agencies that disseminate materials for promoting sustainable consumption as information portals.

The remit of climate protection managers also includes the creation and revision of climate protection concepts, where initial consumption-related measures are to be drafted with the integration of civil society. Ultimately, regional climate protection must be seen as a dynamic process due to the variety of strategic approaches and types of measures and the constellation of stakeholders. Regional climate protection concepts are consequently not a rigid tool, but can rather be adapted in regard to consumption-related targets and measures. The dynamism which can support targets through initial successes of easy-to-implement measures can also lead to new ideas, constellations of stakeholders and strategic alliances in the future.

1 Einführung

Hintergrund und Ausgangslage

Der vorliegende Bericht entstand im Rahmen des vom Umweltbundesamt geförderten Vorhabens „Klimaneutrale Regionen als Strategieansatz zur Förderung nachhaltiger Konsummuster: Analyse und Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen“³. Das Vorhaben beruht auf der doppelten Beobachtung, dass – *zum einen* – auf kommunaler sowie regionaler Ebene Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Konsummuster eine gewisse Bedeutung erreicht haben, hinzuweisen ist etwa auf die Lokale Agenda 21, Städtenetzwerke wie etwa zu biologischer Ernährung⁴, die Zusammenarbeit im Rahmen der International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) u.a. sowie auch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die vielfach auch bottom-up initiiert worden sind. Im Rahmen der Fokussierung auf soziale Innovationen wurden diese Ansätze in den letzten Jahren vielfach beachtet und auch vom Umweltbundesamt begleitet (Rückert-John et al. 2014; Rückert-John et al. 2016). Allerdings stehen Kommunen und Regionen immer wieder vor der Herausforderung, die lokalen bzw. regionalen Einzelmaßnahmen mit den Impulsen der Bundesebene zu verbinden bzw. auf lokaler Ebene eine Strategie für nachhaltigen Konsum anzustoßen.

Zum anderen ist zu beobachten, dass globale Nachhaltigkeitsziele – wie der Klimaschutz – durch aktives Handeln auf lokaler Ebene vorangebracht werden⁵. Diese bedürfen in vielen Bedürfnisfeldern jedoch ein Mitwirken aller gesellschaftlichen Akteure, also auch der Bürger und Bürgerinnen (vgl. beispielsweise Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ 2011, S. 42). Im Handlungs- und Verantwortungsbereich der Kommunen liegen dabei auch die Klimaschutzziele, die auf globaler Ebene vereinbart und auf nationaler Ebene verankert sind (vgl. beispielsweise BMU 2016d). Insbesondere im Bereich der Energiewende sind dabei regionale bzw. kommunale⁶ Klimaschutz- oder Energiekonzepte⁷ ein weit verbreitetes Instrument, um regionale Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln. Auf Basis von Energie- und Treibhausgas-Bilanzen sowie von Potenzialstudien werden Ansatzpunkte für verschiedene Arten regionaler Maßnahmen herausgearbeitet. Je nach regionalpolitischem Prozess, Datenlage und Detailgrad der Konzepte werden konkrete Zielstellungen zur THG-Minderung festgelegt, so dass die Wirkungen einzelner Maßnahmen eingeschätzt und dargestellt werden können. Unter den Regionen mit Klimaschutzkonzepten stechen insbesondere diejenigen Regionen heraus, die als langfristiges Ziel Klimaneutralität anstreben. Unter Klimaneutralität wird dabei die Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase um 80 bis 95 % gegenüber dem Jahr 1990 verstanden, wie sie auch im nationalen Klimaschutzplan anvisiert wird (Bundesregierung 2016a).

Die besondere Bedeutung der Nachfrageseite zur nachhaltigen Ausgestaltung einer globalen Wirtschaft wird auf nationaler Ebene im „Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum“ der Bundesregierung adressiert (Bundesregierung 2016b). Hier werden sowohl verschiedene Bedürfnisfelder des Konsums als auch Maßnahmentypen zur Erreichung nachhaltiger Konsummuster definiert, die für die Ausgestaltung nachhaltiger Lebensstile zu berücksichtigen sind. Dabei zielen die Inhalte nicht konkret auf die regionale Ebene als administrative Handlungsebene ab, weil aufgrund weitreichender globaler

³ Der Begriff „Klimaneutralität“ ist umstritten. Es werden hierzu auch andere Begriffe wie (bilanzielle) Treibhausgas-Neutralität“ (UBA) oder Null-Emissionen vorgeschlagen, die im Fortgang aufgrund der Sperrigkeit dieser Begriffe nicht aufgegriffen werden.

⁴ Vgl. bspw. www.biostaedte.de (Zugriff vom 10.11.2017).

⁵ Vgl. bspw. den Prozess zur Lokalen Agenda 21 (Frings et al. 2002).

⁶ Unter Regionen werden dabei alle administrativen Gebietskörperschaften unterhalb der Bundesländer verstanden. Dazu zählen auch Zusammenschlüsse mehrerer Gebietskörperschaften zu Zwecke der Konzeption und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen verstanden.

⁷ Im Folgenden als regionale Klimaschutzkonzepte zusammengefasst.

Wirtschaftsverflechtungen kaum mehr regionalspezifische Konsummuster mit großen Unterschieden bestehen.

Die vorliegende Untersuchung im Auftrag des Umweltbundesamtes geht nun der These nach, ob und inwiefern regionale Klimaneutralitätskonzepte als Metastrategien zur Diffusion nachhaltiger Lebensstile als Transformationsansatz genutzt werden und welche Hemmnisse möglicherweise bestehen.

Forschungsfragen

Basierend auf diesem doppelten Hintergrund wird in diesem Bericht folgenden Forschungsfragen nachgegangen:

- ▶ Aufbereitung der konzeptionellen Grundlagen zur Überprüfung sowie kritische Reflektion der Eignetheit des Strategieansatzes „Klimaneutrale Regionen“ als Metastrategie für nachhaltigen Konsum in Deutschland;
- ▶ Identifikation der für Kommunen prioritären Bedürfnisfelder zur Förderung nachhaltiger Konsummuster;
- ▶ Erarbeitung von politischen Handlungsempfehlungen zur stärkeren Einbindung von Kommunen in die Umsetzung des „Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum“ (Bundesregierung 2016b);
- ▶ Beantwortung der grundsätzlichen Frage zur Eignung des Ansatzes „Klimaneutrale Regionen“ als Metastrategie zur Förderung des nachhaltigen Konsums.

Im Sinne dieser Forschungsfragen bilden konkrete kommunale bzw. regionale Klimaschutzkonzepte den Ausgangspunkt des vorliegenden Berichts. Darunter werden Konzepte verstanden, die auf lokaler bzw. regionaler Ebene als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für Klimaschutzmaßnahmen entwickelt und veröffentlicht werden (BMU 2016b, S. 3).

Definition zentraler Begriffe

In diesem Bericht werden einige Begriffe vielfach verwendet, die wie folgt definiert werden:

- ▶ Klimaschutzkonzept: In Anlehnung an (BMU 2016a, S. 3) werden als Klimaschutzkonzepte solche Konzepte verstanden, die auf lokaler bzw. regionaler Ebene als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für Klimaschutzmaßnahmen entwickelt und veröffentlicht werden.
- ▶ Klimaneutralität: Als Klimaneutralität wird die Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase um mindestens 40 % bis 2020 und 80 bis 95 % bis 2050 gegenüber dem Jahr 1990 verstanden, wie sie auch im nationalen Klimaschutzplan anvisiert wird (Bundesregierung 2016a).
- ▶ Region: Der Begriff der „Regionen“ wird in diesem Bericht nicht auf die politisch-administrative Ebene der Kommunen beschränkt. Er umfasst alle Gebietskörperschaften unterhalb der Ebene der Bundesländer. Ausnahmen bilden die Stadtstaaten als Bundesländer sowie Metropolregionen, die keine Gebietshoheit besitzen. Diese werden auch diesem Begriff zugeordnet.

Aufbau des Berichts

Der Bericht führt in **Kapitel 2, „Methodik“** in das methodische Vorgehen bei der Generierung der empirischen Informationen ein. Im folgenden **Kapitel 3, „Übersicht über klimaneutrale Kommunen und Regionen“** wird die Verbreitung des Ansatzes „Klimaneutralität“ untersucht und charakterisiert; dabei werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Konzepte dargestellt. Das anschließende **Kapitel 4, „Konsum und Klimaneutralität – Verbreitung und Relevanz“** beleuchtet die strategische Bedeutung eines nachhaltigen Konsums im Rahmen der Klimaschutzkonzepte sowie die Bedeutung und Verbreitung eines nachhaltigen Konsums in derartigen Konzepten; daneben wird die Rolle der Akteure beleuchtet und auf Erwartungen an das Programm der Bundesregierung (Bundesregierung 2016b) eingegangen. Dieses Kapitel beruht auf den durchgeführten empirischen Arbeiten. **Kapitel 5 „Erfolgsfaktoren und Hemmnisse“** wertet die vorgefundenen empirischen Materialien umfassend

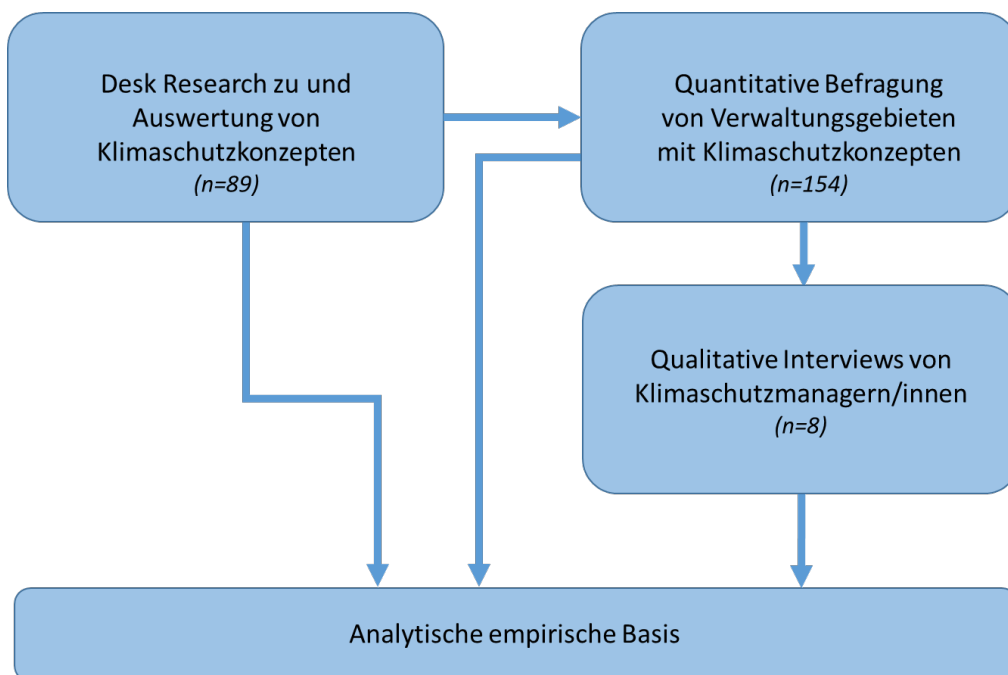
aus und beleuchtet die Relevanz des Ansatzes eines nachhaltigen Konsums im Rahmen des Klimaschutzes bzw. der Erreichung einer Klimaneutralität. Daneben werden zentrale Erfolgsfaktoren und Herausforderungen abgeleitet und es wird auf positive Erfahrungen eingegangen. Im abschließenden **Kapitel 6 „Strategien und Empfehlungen“** werden Empfehlungen vorgelegt. In den **Anhängen** zum Bericht werden die verwendete Schlagwortliste, die ausgewerteten Klimaschutzkonzepte, der Fragebogen und der Gesprächsleitfaden dokumentiert.

2 Methodik

Im Rahmen des vorliegenden Berichts wurden verschiedene Zugänge gewählt, um die eingangs aufgeworfenen Forschungsfragestellungen zu bearbeiten (vgl. Abbildung 1):

- ▶ Identifikation konkreter lokaler bzw. regionaler Klimaschutzkonzepte: Dieser Zugang erfolgte als Desk Research durch Auswertung relevanter Förderprogramme und Kommunikationsprojekte.
- ▶ Quantitative Online-Befragung von Regionen mit einem Klimaschutzkonzept, wobei auf den Ergebnissen der Desk Research aufgebaut wurde.
- ▶ Qualitative Interviews mit verantwortlichen Klimaschutzmanagern und -managerinnen aus Regionen, die im Rahmen der Recherchen als instruktiv ermittelt wurden.

Abbildung 1: Aufbau des Vorhabens und analytische empirische Basis



Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Im Fortgang werden diese drei Zugänge näher dargestellt.

Kommunen und Regionen mit Klimaschutzkonzepten

Im Sinne der eingangs formulierten Forschungsfragen bilden konkrete regionale Klimaschutzkonzepte den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Forschungsarbeit. Darunter werden Konzepte verstanden, die auf regionaler Ebene als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für Klimaschutzmaßnahmen entwickelt und veröffentlicht werden (BMU 2016b, S. 3). Grundsätzlich liefert die Statistik geförderter Klimaschutzkonzepte der Kommunalrichtlinie der NKI Hinweise auf die Anzahl bestehender regionaler Konzepte. Die Konzepte mussten jedoch vom Projektteam selbst zusammengetragen werden. Dazu wurden möglicherweise relevante Regionen in Förder- und Kommunikationsprojekten identifiziert. Dazu gehören

- ▶ die „Masterplan-Kommunen“ (vgl. Projektträger Jülich 2017),
- ▶ die „100 %-EE-Regionen“ (vgl. Universität Kassel 2017),
- ▶ die „Energie-Kommunen“ (vgl. AEE 2017a) sowie
- ▶ die „Bioenergie-Regionen“ (vgl. FNR 2017a).

In diesen Förderprogrammen und Kommunikationsprojekten sind insgesamt 300 Kommunen und Regionen verzeichnet. Durch zusätzliche Recherchen konnten elf weitere Regionen mit Klimaschutzkonzepten identifiziert werden. Die insgesamt 311 identifizierten Regionen stellen also Regionen mit Klimaschutzkonzepten dar, von denen 160 einer Analyse zugänglich gemacht werden konnten.

Die Gesamtzahl der Regionen mit fertig ausgearbeiteten Klimaschutzkonzepten ist für einen Vergleich nur schwer zu bestimmen. Als Hilfsgröße können die von der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des BMU zur Förderung bewilligten Klimaschutzkonzepte und -teilkonzepte herangezogen werden. Zwischen 2008 und 2015 wurden 1.825 Anträge zur Erstellung von Klimaschutzkonzepten bewilligt, von denen 1.019 Klimaschutz-Teilkonzepte mit einem thematischen Fokus auf einzelne Bedürfnisfelder (Energie, Mobilität, Gebäude u.a.) und 806 vollständige Klimaschutzkonzepte unter Berücksichtigung der wichtigsten klimarelevanten Bedürfnisfelder darstellen (BMU 2017a). Da für die Erstellung vollständiger Konzepte eine Förderung von bis zu 65 % der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt wird (BMU 2017b), ist davon auszugehen, dass sich der größte Teil der Regionen, die seit 2008 die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes planen oder angegangen sind, diese Förderung auch in Anspruch genommen haben und unter den bewilligten Anträgen zu finden sind. Verglichen mit den zur Förderung bewilligten vollständigen Klimaschutzkonzepten sind mit dem oben erläuterten Vorgehen also ca. 38 % der Regionen mit Klimaschutzkonzepten identifiziert worden. Dabei ist zu beachten, dass unter den 806 bewilligten Förderanträgen mindestens 64 erst im Jahr 2015 gestellt wurden und zum Zeitpunkt dieser Untersuchung wahrscheinlich noch nicht vollständig ausgearbeitet vorlagen.

Tabelle 1: Übersicht über die Anzahl regionaler Klimaschutzkonzepte als Untersuchungsgegenstand

Untersuchungs-Ebene	Anzahl Konzepte
Über die NKI geförderte regionale Klimaschutzkonzepte	1.825
... davon Teilkonzepte	... 1.019
... davon vollständige Konzepte	... 806
Identifizierte Regionen mit Klimaschutzkonzepten	311
Aufgefundene Klimaschutzkonzepte	160
... davon mit Klimaneutralitätszielen*	... 89

* Grundgesamtheit der weiteren Untersuchung auf Konsum-Aspekte.

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Von den 311 identifizierten Regionen wurden für insgesamt 160 Regionen Konzepte gefunden und archiviert, die als regionale Klimaschutzkonzepte nach der obenstehenden Definition gelten und daher als Grundgesamtheit für die Untersuchung herangezogen werden können. Es haben also nicht alle Regionen mit energetischen Selbstversorgungszielen oder umfassenden Klimaschutzambitionen tatsächlich solche Konzepte vorliegen bzw. stellen diese nicht öffentlich zur Verfügung. Bezogen auf die in der NKI geförderten vollständigen Klimaschutzkonzepte liegen mit den 160 aufgefundenen Konzepten also ca. 20 % der regionalen Klimaschutzkonzepte deutscher Regionen vor und bilden als Grundgesamtheit den Untersuchungsgegenstand. Dieser Anteil ist relativ gering und daher bei der Interpretation der weiteren deskriptiven Auswertung der Konzepte zu beachten. Nach regionalökonomischen Gesichtspunkten bilden die Regionen der aufgefundenen Klimaschutzkonzepte eine repräsentative Grundgesamtheit. Ob die Konzepte selbst bezüglich der inhaltlichen Struktur, der Zielsetzungen und der entwickelten Maßnahmen repräsentativ sind, ist aufgrund mangelnder Vergleichsdaten nicht zu bewerten. Eine Übersicht über die Anzahl der geförderten Klimaschutzkonzepte, der identifizierten Regionen mit Klimaschutzkonzepten und der aufgefundenen Konzepte gibt Kapitel 3.1 wieder.

Einzelaktivitäten, wie etwa Informationskampagnen, einzelne finanzielle Förderprogramme oder Kommunikationsmaßnahmen, werden nicht in die Untersuchung einbezogen. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass das Vorliegen eines konkreten Konzeptes, das die oben genannten Kriterien eines Klimaschutzkonzeptes bietet, notwendig ist, um eine konkrete Region in die Liste der untersuchten Klimaschutzkonzepte aufzunehmen. Dabei wird der Begriff der „Regionen“ nicht auf die politisch-administrative Ebene der Kommunen beschränkt. Vielmehr werden alle Gebietskörperschaften unterhalb der Bundesländer inbegriffen, da vielfach auch Landkreise, kommunale oder regionalen Zusammenschlüsse, wie z. B. Planungsregionen, und auch Regierungsbezirke Klimaschutzkonzepte erarbeiten. Ausnahmen bilden die Stadtstaaten als Bundesländer sowie Metropolregionen, die keine Gebietshoheit besitzen.

Jedes der 89 Klimaschutzkonzepte, in dem Klimaneutralitätsziele identifiziert werden konnten, wurde einzeln untersucht. Viele regionale Klimaschutzkonzepte sind inhaltlich nach Bedürfnisfeldern strukturiert. Die Abgrenzung von Bedürfnisfeldern oder Sektoren wird zumeist bereits für die Differenzierung der Energie- und THG-Bilanzen vorgenommen und entsprechend für die Maßnahmenentwicklung und das Monitoring beibehalten (vgl. beispielsweise Eisenmann et al. 2014, S. 12). Dabei gleichen einige Bedürfnisfelder weitestgehend den hier zugrunde gelegten Bedürfnisfeldern des Konsums. Weiterhin weisen viele Klimaschutzkonzepte konkrete Kapitel zur Vorstellung einzelner Maßnahmen, gegebenenfalls untergliedert nach Bedürfnisfeldern, auf (vgl. beispielsweise Hirschl et al. 2015a, S. 187ff.). Dieser inhaltlichen Struktur folgend kann ein gezieltes Screening einzelner Maßnahmen und der genauen Beschreibungen offenbaren, ob in einzelnen Bedürfnisfeldern Maßnahmen konzipiert werden und welchem Maßnahmentyp sie zuzuordnen sind.

In Ergänzung zu dieser Konzeptanalyse und für die Analyse derjenigen Konzepte, die keine nach Bedürfnisfeldern oder konkreten Maßnahmen differenzierte inhaltliche Struktur aufweisen, wurde zusätzlich eine Schlagwortsuche durchgeführt. Dazu wurden für die Bedürfnisfelder und für die Maßnahmentypen jeweils mehrere Schlagworte zusammengetragen, die mittels der digitalen Suchfunktion in den PDF-Konzepten gesucht wurden. Eine Übersicht der angewandten Schlagworte findet sich in Abschnitt 8.1 im Anhang.

Sofern mit den oben beschriebenen Vorgehensweisen konkrete Maßnahmen in konkreten Bedürfnisfeldern aufgefunden wurden, wurde in einer MS-Excel-basierten Datenbank ein positiver Eintrag verzeichnet. Dabei wurde jedes Konzept in jedem Bedürfnisfeld auf alle Maßnahmentypen geprüft. Werden Maßnahmen ohne einen konkreten Bezug zu einem Bedürfnisfeld oder über mehrere Bedürfnisfelder hinweg aufgefunden, wie etwa Bildungsmaßnahmen in schulischen Einrichtungen, die Konsum- und Energieverbrauchsmuster im Allgemeinen adressieren, so wurde für den jeweiligen Maßnahmentyp ein positiver Datenbank-Eintrag als „allgemeine Maßnahme“ verzeichnet. Wird ein Bedürfnisfeld erwähnt oder diskutiert bzw. seine Bedeutung für die Klimaszutzziele herausgestellt, ohne es zugleich mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen, so wurde ein positiver Datenbank-Eintrag für die allgemeine Erwähnung verzeichnet. Werden in einem Konzept für ein einzelnes Bedürfnisfeld mehrere Maßnahmen des gleichen Typs gefunden, so wurde nur ein einziger positiver Datenbank-Eintrag vorgenommen. Nach Einschätzung des Projektteams liegen solche Fälle allerdings nur sehr selten vor. Vielmehr ist die Spannbreite der in einem Bedürfnisfeld angewandten Maßnahmentypen von Bedeutung (vgl. die Ausführungen in Kapitel 4.2.3). Mit diesem Vorgehen werden die Handlungsempfehlungen des „Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum“ (Bundesregierung 2016b) auf die regionale Ebene gespiegelt und die Durchdringung dieses Programms in regionalen Klimaschutzkonzepten als strategisches Instrument zur nachhaltigen Ausgestaltung von Konsummustern und Lebensstilen untersucht.

Neben der Analyse zu einzelnen Maßnahmen in den verschiedenen Bedürfnisfeldern wurden weitere Aspekte in den einzelnen Konzepten untersucht. Dazu gehören die Herausstellung und Betonung der besonderen Verantwortung individueller Konsummuster und -entscheidungen für den Klimaschutz

und Verweise auf die Notwendigkeit von Suffizienzmaßnahmen, die besonders in individuelle Lebensstile eingreifen können.

Des Weiteren wurden die einzelnen Konzepte auf Maßnahmen untersucht, die Prosuming-Aktivitäten in jeglicher Form fördern sollen (vgl. Kapitel 4.2.5).

Positive Datenbank-Einträge wurden für alle Maßnahmentypen und weiteren Aspekte verzeichnet, die sich im jeweiligen Konzept finden. Ließen sich einzelne Maßnahmentypen in einzelnen Bedürfnisfeldern oder weitere untersuchte Aspekte in einem Konzept nicht finden, so wurde ein negativer Datenbank-Eintrag verzeichnet.

Dieses Vorgehen der Dokumentenanalyse kann nur diejenigen Maßnahmen erfassen, die im jeweiligen Prozess der Erstellung der regionalen Klimaschutzkonzepte entwickelt wurden. Auch wenn die meisten Konzepte als Handlungsgrundlage dienen und teilweise wie beispielsweise beim Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm die Grundlage für gesetzlich verankerte Zielsetzungen sind (vgl. § 4 Berliner Energiewendegesetz 2016), ist ohne weiteren Rechercheaufwand keine Einschätzung zur Umsetzung dieser geplanten Maßnahmen möglich. In Konzepten geplante Maßnahmen können in der darauffolgenden Umsetzungsphase beispielsweise aufgrund einer niedrigen Priorisierung unberücksichtigt bleiben. Weitere Gründe können eine unzureichende Finanzierung seitens der kommunalen Haushalte oder auch zwischenzeitlich neu gewonnene Informationen sein, die eine Umgestaltung oder gar das Streichen einzelner geplanter Maßnahmen bewirken.

Quantitative Befragung

Die Befragung wurde als Online-Befragung durchgeführt. Avisiert war eine maximale Dauer von 15-20 Minuten und ein Umfang von etwa 20 Fragen mit entsprechenden Antwortvorgaben. Der Fragebogen (vgl. Kapitel 8.3) bestand überwiegend aus geschlossenen Fragestellungen und einigen offenen Antwortmöglichkeiten. Ergänzend wurde in der Regel jeweils ein Antwortfeld angeboten, in dem die Teilnehmenden noch nicht aufgeführte Aspekte (z. B. Begründungen, Erfahrungen, Bedarfe) benennen konnten. Der Fragebogen war in vier inhaltliche Themen- bzw. Fragenblöcke eingeteilt:

- ▶ In **Block 1** wurde die Bedeutung von nachhaltigem Konsum innerhalb der Klima- und Energiekonzepte und -strategien (z. B. Klimaschutzkonzept, Beschluss zur Klimaneutralität) abgefragt.
- ▶ In **Block 2** benannten und erläuterten die Regionen Maßnahmen, die ihre Verwaltung umsetzt oder plant, und die sie als prioritär einschätzen. Die Fragen zielten auch darauf ab, die relevantesten Maßnahmen und Bedürfnisfelder für Regionen und Kommunen zu identifizieren. Zu der ersten Maßnahme wurden Fragen zur Rolle und Einbeziehung von privaten Verbrauchern und Organisationen gestellt sowie zu zugehörigen hindernden Faktoren und Rahmenbedingungen. Durch eine Filterfrage wurden die Regionen in drei Typen bezüglich nachhaltigen Konsums unterschieden:
 - **Starter-Gebiete**, die konsumbezogene Maßnahmen derzeit weder planen noch umsetzen, nannten die Gründe dafür und erläuterten – falls zutreffend – geplante Aktivitäten zur Förderung nachhaltigen Konsums.
 - **Einsteiger-Gebiete**, die noch keine konsumbezogenen Maßnahmen umsetzen, diese aber planen, erläuterten geplante Aktivitäten zur Förderung nachhaltigen Konsums. In einer detaillierten Abfrage zu einer prioritären Maßnahme wurden die Teilnehmenden jeweils zu Titel, Zielsetzung(en), Durchführungsmethode und Einbindung der Bürger und Bürgerinnen (Rolle bzw. Kontext) befragt.
 - **Fortgeschrittenen-Gebiete**, die konsumbezogene Maßnahmen durchführen, benannten bis zu drei exemplarische Maßnahmen. In einer detaillierten Abfrage wurden die Teilnehmenden zu einer prioritären Maßnahme, insb. zu Titel, Zielsetzung(en), Durchführungsmethode und Einbindung der Bürger und Bürgerinnen (Rolle bzw. Kontext) befragt.

- ▶ In **Block 3** wurden Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Gebiete zu ihrer Erfahrung mit Partizipationsansätzen und mit der Integration von nachhaltigem Konsum in die Klimaschutzkonzepte gefragt sowie zu Herausforderungen/ Erfolgsbedingungen.
- ▶ In **Block 4** wurde der Kenntnisstand zum nationalen Programm für nachhaltigen Konsum abgefragt und die Regionen und Kommunen gebeten, den politischen, organisatorischen, finanziellen und fachlich-inhaltlichen Unterstützungsbedarf an die Umweltpolitik zu spezifizieren, der aus ihrer Sicht hilfreich wäre, um Klimaschutz/ Klimaneutralität und nachhaltigen Konsum stärker zu verbinden.

Der Fragebogen bestand an mehreren Stellen aus Filterfragen. Die Struktur des Fragebogens und die Fragenführung sind in der Abbildung 2 dargestellt.

Die Befragung wandte sich an die Regionen, bei denen Klimaschutzkonzepte aufgefunden werden konnten. In jeder Region wurde dazu eine konkrete Ansprechperson ermittelt, die für die Klimaschutzkonzepte die Gesamtverantwortung trug und damit keine Person, die spezifisch für das Themenfeld „Nachhaltiger Konsum“ zuständig ist. Insgesamt wurden 154 Kommunen, Landkreise und Regionen angeschrieben und eingeladen, an der Befragung teilzunehmen. Insgesamt antworteten 117 Regionen. 32 der 117 Regionen gaben ihre Basisdaten nicht an: Damit konnten insgesamt 85 Regionen in die quantitative Auswertung einbezogen werden, was einer Antwortrate von 55 % entspricht.

Interviews

Die qualitativen Interviews mit ausgewählten Vertretern und Vertreterinnen verschiedener Regionen sollte die Ergebnisse aus der Online-Befragung vertiefen und ergänzende Informationen für die Integration des Themas nachhaltigen Konsums in die übergeordnete Klimaschutzstrategie bereitstellen.

Insgesamt wurden dazu zwölf Regionen kontaktiert. Auswahlkriterien waren:

- ▶ Beispielhafte Integration des Themas in die Gesamtstrategie: Es wurden Kommunen ausgewählt, die mindestens in vier Bedürfnisfelder aktiv sind und die eine Maßnahme planen, welche nicht zu den weit verbreiteten Maßnahmen in dem jeweiligen Bedürfnisfeld zählt⁸. Gleichzeitig sollte jede Kommune auch mindestens zwei zusätzliche weitere Maßnahmen in diesem Bedürfnisfeld planen.
- ▶ Maßnahmen nicht nur in Planung, sondern auch in Umsetzung (Information über die Online-Befragung und Internet-Recherchen verfügbar).
- ▶ Bereitschaft an einem Interview teilzunehmen.

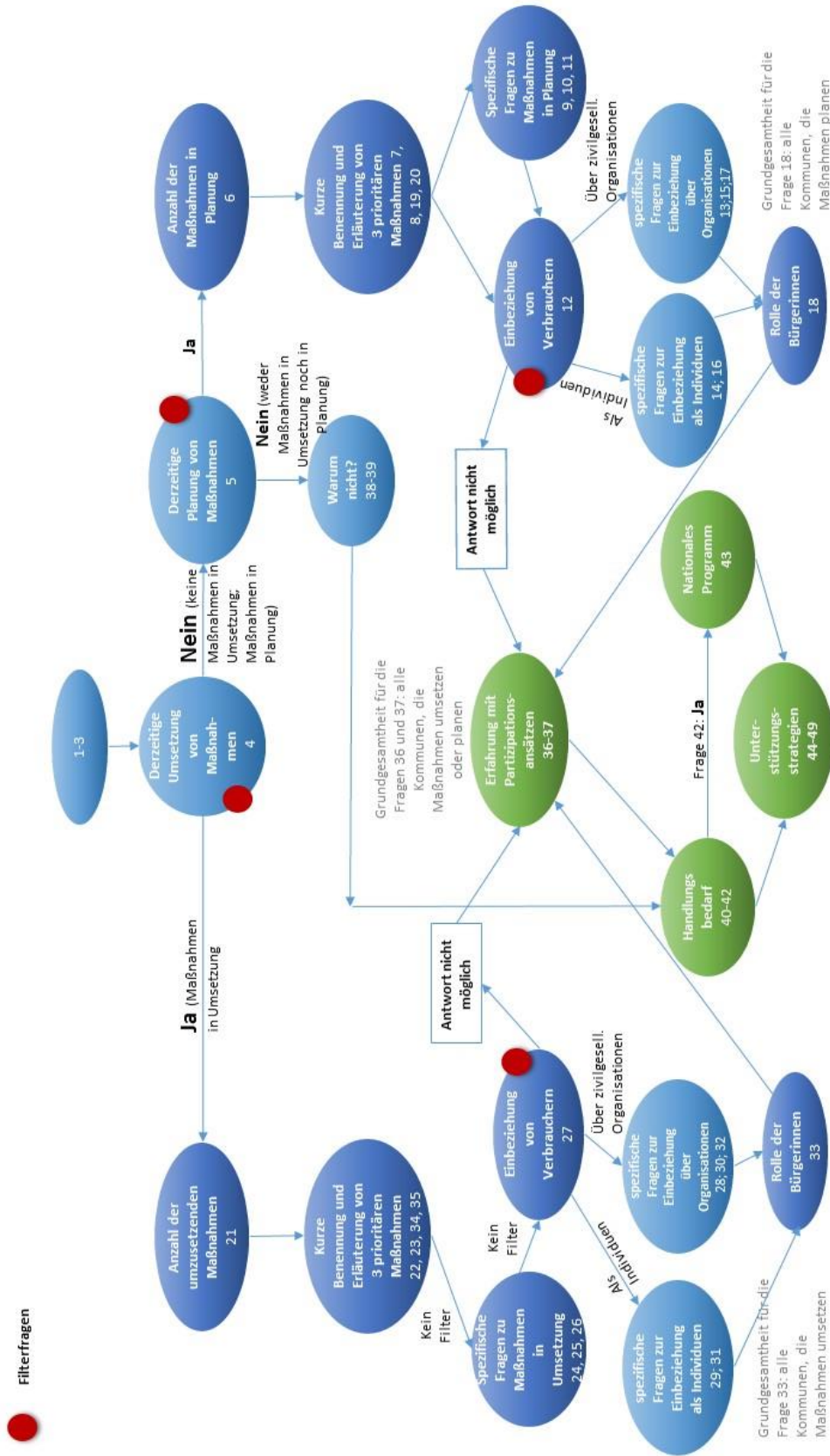
Nach Ausschöpfung des theoretischen Potenzials und Absage einiger Regionen, erfolgte eine Orientierung an den Ergebnissen der Online-Befragung; es wurden die Regionen, die interessante Ansätze und Maßnahmen in der Online-Befragung angegeben hatten, kontaktiert und zum Interview eingeladen.

In der Regel wurden die für die Klimaschutzkonzepte verantwortlichen Personen interviewt. Die Interviews erfolgten anhand eines Gesprächsleitfadens (vgl. Kapitel 8.4) und dauerten zwischen 45 und 100 Minuten. Der Gesprächsleitfaden, den die Interviewten vorab erhielten, umfasste fünf Themenblöcke:

- ▶ Organisationale Verortung,
- ▶ Aktivitäten in konsumbezogenen Bedürfnisfeldern,
- ▶ Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Förderung nachhaltigen Konsums,

⁸ Dafür wurden anhand der Ergebnisse aus der Dokumentanalyse spezielle Maßnahmen identifiziert. Sie sind im Anhang aufgelistet.

Abbildung 2: Aufbau des Fragebogens und Fragenführung der quantitativen Befragung

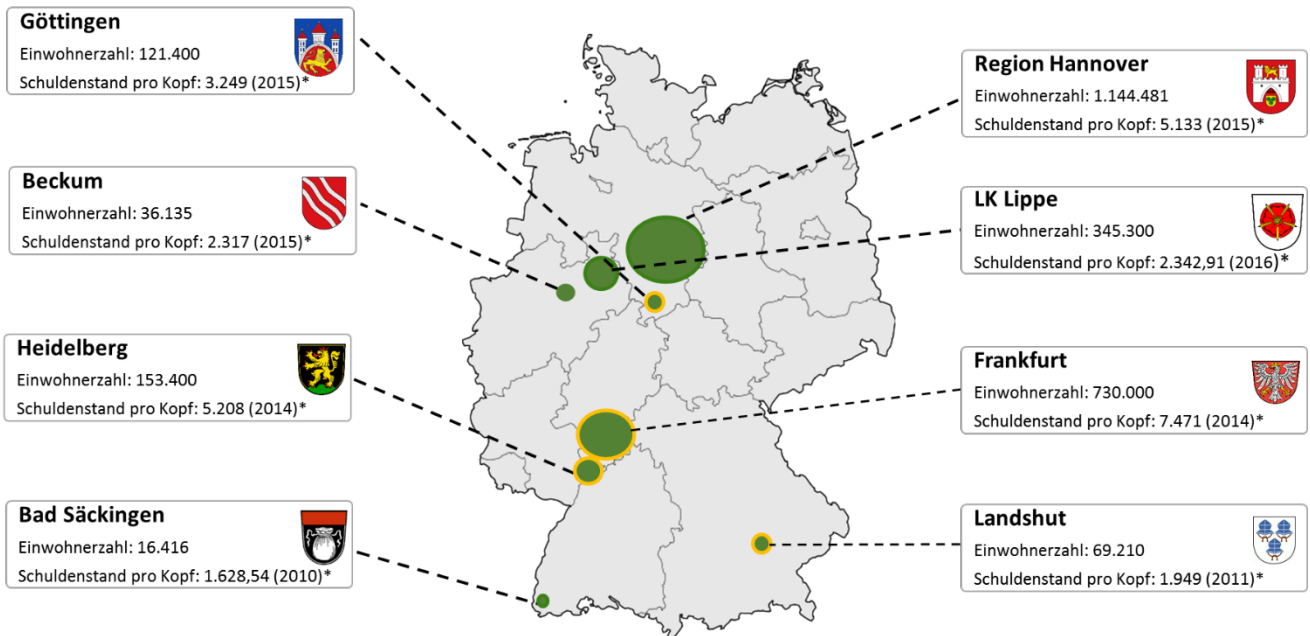


Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

- ▶ strategische Bedeutung nachhaltigen Konsums und privater Verbraucher und Verbraucherinnen im Aufgabenbereich „Klimaschutz“,
- ▶ Beispiele prioritärer Maßnahmen.

Die Interviews wurden transkribiert und inhaltlich unter Nutzung der Software MAXQDA ausgewertet.

Abbildung 3: Verteilung und Kurzcharakterisierung der interviewten Kommunen



Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

3 Übersicht über klimaneutrale Kommunen und Regionen

3.1 Zusammengetragene Klimaschutzkonzepte

Insgesamt wurden 311 Regionen mit Klimaschutzkonzepten identifiziert, von denen für insgesamt 160 Regionen Konzepte gefunden und archiviert⁹ werden konnten, die als regionale Klimaschutzkonzepte nach der obenstehenden Definition gelten und daher als Grundgesamtheit für die weiteren Untersuchungen gelten können. Es haben also nicht alle Regionen mit energetischen Selbstversorgungszielen oder umfassenden Klimaschutzambitionen tatsächlich solche Konzepte vorliegen bzw. stellen diese nicht öffentlich zur Verfügung. Für nicht veröffentlichte Konzepte sind mehrere Gründe vorstellbar: Beispielsweise könnten einige Konzepte noch nicht fertiggestellt sein, wie solche im Rahmen der noch laufenden Masterplan-Förderung. Ebenfalls möglich ist, dass existierende Konzepte nicht veröffentlicht werden, weil sie als interne Arbeitsdokumente dienen und von vornherein nicht den Zweck der Information und Beteiligung der Öffentlichkeit erfüllen sollten. Eine Übersicht über die Anzahl der geförderten Klimaschutzkonzepte, der vom Projektteam identifizierten Regionen mit Klimaschutzkonzepten und der aufgefundenen Konzepte gibt Tabelle 1 (Kapitel 2) wieder.

Die 160 aufgefundenen Klimaschutzkonzepte liegen in digitaler Form vor und beinhalten jeweils ein PDF-Dokument sowie in Einzelfällen mehrere Dokumente, die verschiedene Kapitel, wie einzelne Bedürfnisfelder, Energie- und THG-Bilanzen oder auch Maßnahmenblätter und technische Anhänge, aufweisen. Die Konzepte wurden neben der Eintragung in die MS-Excel-Datenbank zur weiteren Analyse auch in der Literatur-Verwaltungssoftware Zotero erfasst.¹⁰

3.2 Verschiedene Typen von regionalen Klimaschutzkonzepten

Bei den aufgefundenen Konzepten handelt es sich um unterschiedliche Konzepttypen, die sich in der Herangehensweise der Konzepterstellung sowie in der Zielstellung und der Reichweite der behandelten Bedürfnisfelder unterscheiden. Eine erste Unterscheidung lässt sich daher bereits an der Bezeichnung der Konzepte festhalten. Wie Tabelle 2 darstellt, wird die überwiegende Mehrheit der aufgefundenen Konzepte als „Integriertes Klimaschutzkonzept“ bezeichnet. Diese Bezeichnung wird vor allem bei den über die Kommunalrichtlinie des BMU geförderten Klimaschutzkonzepten verwendet, deren Förderbedingungen eine Integration mehrerer Bestandteile eines geförderten Klimaschutzkonzeptes voraussetzen (vgl. BMU 2016b). Eine ähnliche Bezeichnung ist mit „Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept“ gegeben. Hier wird explizit das Bedürfnisfeld der Energieerzeugung und -nutzung berücksichtigt, da dieses in der Regel zu den für den Klimaschutz bedeutendsten Bedürfnisfeldern gehört. Die Bezeichnung „Masterplan“ leitet sich aus dem NKI-Förderprogramm der Masterplan-Kommunen ab und ist daher nur bei den Konzepten der Masterplan-Kommunen zu finden. Weitere Bezeichnungen sind „Integriertes Energiekonzept“, „Energie-Effizienz-Konzept“ und „Energie-Entwicklungskonzept“, welche sich explizit nur auf das Bedürfnisfeld der Energieerzeugung und -nutzung beziehen. Letztere Bezeichnung ist eng an den Energienutzungsplan angelehnt, der im Bundesland Bayern ein informelles Planungsinstrument für Kommunen darstellt.

⁹ Vgl. Tabelle 1.

¹⁰ Ein Verzeichnis der untersuchten Konzepte findet sich im Anhang in Abschnitt 8.2.

Tabelle 2: Anzahl aufgefundener Klimaschutzkonzepte nach Konzeptbezeichnung

Konzeptbezeichnung	Anzahl Konzepte
Integriertes Klimaschutzkonzept	130
Masterplan	14
Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept	9
Integriertes Energiekonzept	5
Energie-Effizienz-Konzept	1
Energie-Entwicklungskonzept	1
Summe	160

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Die Zielstellungen der untersuchten Klimaschutzkonzepte werden auch durch die Vorgaben der für die Konzepterstellung in Anspruch genommenen Förderrichtlinien beeinflusst. Verschiedene Bedürfnisfelder zu integrieren und möglichst viele regionale Akteure zu beteiligen gehört beispielsweise zu den grundlegenden Anforderungen der Förderung über die Nationale Klimaschutzinitiative (BMU 2016b, S. 3). Daher wurden die Klimaschutzkonzepte auch hinsichtlich der Fördermittelgeber untersucht. Tabelle 3 gibt diese Ergebnisse wieder.

Tabelle 3: Fördermittelgeber der untersuchten Klimaschutzkonzepte

Förderprogramm	Anzahl Konzepte
Nationale Klimaschutzinitiative (NKI)	97
BMU (ohne Nennung der NKI)	15
Masterplan-Kommunen	14
Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung	5
Sonstige Fördermittelgeber	3
Keine Angabe	26
Summe	160

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Tabelle 3 zeigt auf, welche in Anspruch genommenen Förderprogramme unter den aufgefundenen Klimaschutzkonzepten vertreten sind. Unter der Annahme, dass bei reiner Nennung des BMU als Fördermittelgeber die NKI gemeint ist und auch das NKI-Unterprogramm der Masterplan-Kommunen einbezogen wird, werden 79 % der 160 untersuchten Klimaschutzkonzepte über die NKI gefördert. Die Förderung der Masterplan-Kommunen als ambitionierte Fortgeschrittenen-Regionen ist begrenzt und umfasst derzeit 14 abgeschlossene Masterpläne. Fünf Konzepte werden über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefördert und sind wahrscheinlich Teil einer größeren Regionalentwicklungsstrategie. Drei Konzepte wurden von sonstigen, teilweise regionalen öffentlichen und/ oder privaten Fördermittelgebern gefördert und in 26 Konzepten wurden keine relevanten Angaben zu Fördermitteln für die Konzepterstellung identifiziert.

3.3 Regionale Verteilung und Erscheinungsjahre der Klimaschutzkonzepte

Tabelle 4 stellt die Verteilung der 160 aufgefundenen Klimaschutzkonzepte auf die Bundesländer dar. Die Bundesländer sind dabei absteigend nach Anzahl der aufgefundenen Klimaschutzkonzepte sortiert. Außer für den Stadtstaat Hamburg liegen aus jedem Bundesland regionale Klimaschutzkonzepte vor. Der Eintrag für Bremen ergibt sich aus dem Integrierten Klimaschutzkonzept Bremerhaven, welches neben der Stadt Bremerhaven mehrere umliegende Landkreise und Gemeinden umfasst und somit zugleich für Regionen in zwei Bundesländern gilt (Scheele et al. 2014). Mit 32 Konzepten stammen die meisten der aufgefundenen Klimaschutzkonzepte aus Bayern, dicht gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 28 Konzepten. Mit 115 von 160 aufgefundenen Klimaschutzkonzepten liegen deutlich mehr Konzepte aus den alten Bundesländern vor. Dabei ist zu beachten, dass es in den alten Bundesländern deutlich mehr Gemeinden und auch deutlich mehr Einwohner und Einwohnerinnen als in den neuen Bundesländern gibt. So liegen aus den bevölkerungsreichsten Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen die meisten Konzepte vor und auch die Bevölkerung der in den Klimaschutzkonzepten umfassten Regionen ist hier absolut am höchsten. Allerdings werden damit 25 % bzw. 18 % der gesamten Bevölkerung in den Bundesländern abgedeckt. Dagegen werden in Hessen und im Saarland mit einer geringeren Anzahl an Konzepten jeweils über 30 % der Bevölkerung in den Bundesländern abgedeckt. Insgesamt liegen aus den neuen Bundesländern weniger Konzepte vor, die auch einen unterdurchschnittlichen Anteil der Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes abdecken.

Über alle 160 aufgefundenen Klimaschutzkonzepte hinweg aggregiert wird eine Bevölkerungszahl von fast 23 Mio. Einwohnern und Einwohnerinnen abgedeckt, was ca. 28 % der gesamten Einwohnerzahl Deutschlands ausmacht. Dieser Wert deckt sich mit dem vermuteten Anteil der aufgefundenen Konzepte an den insgesamt existierenden Klimaschutzkonzepten. Allerdings ist davon auszugehen, dass nicht alle Regionen Deutschlands ein Klimaschutzkonzept oder eine Förderung für die Konzepterstellung erhalten haben. Daher umfassen die aufgefundenen Klimaschutzkonzepte wahrscheinlich Regionen mit überdurchschnittlich hohen Einwohnerzahlen.

Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte in den 160 Regionen beträgt 579 Einwohner/ km² und liegt damit deutlich über dem bundesweiten Mittelwert von ca. 230 Einwohnern/ km². Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein Großteil der zusammengetragenen Konzepte von Städten stammen, die grundsätzlich eine höhere Bevölkerungsdichte aufweisen. Die Spannweite der Bevölkerungsdichte liegt zwischen 40 und 3.846 Einwohnern/ km² und umfasst damit sowohl dünn besiedelte, ländliche Gebiete bis hin zu dicht besiedelten Großstädten und eine Vielzahl an Landkreisen, Gemeinden und kleinen bis mittleren Städten dazwischen. Es werden also verschiedene relevante, strukturelle Charakteristika deutscher Kommunen und Regionen abgedeckt. Nachfolgend wird auf einige Charakteristika genauer eingegangen.

Weiterhin gibt Tabelle 4 in der letzten Spalte das für jedes Bundesland durchschnittliche Erscheinungsjahr der Klimaschutzkonzepte wieder. Über alle 160 aufgefundenen Konzepte hinweg ergibt sich ein durchschnittliches Erscheinungsjahr von 2013. Auffällig ist, dass das durchschnittliche Erscheinungsjahr in den Bundesländern mit mehr aufgefundenen Klimaschutzkonzepten niedriger ist. Hier wurden mehr Klimaschutzkonzepte aufgefunden, weil in diesen Bundesländern mehrere Regionen bereits früher Klimaschutzkonzepte erstellt haben. Dabei ist zu beachten, dass in Bundesländern mit einer geringeren Anzahl an aufgefundenen Klimaschutzkonzepten wenige Ausreißer den einfachen Mittelwert erheblich beeinflussen können. So sind beispielsweise vier der sechs für das Bundesland Sachsen aufgefundenen Klimaschutzkonzepte nach 2011 erschienen. Das durchschnittliche Erscheinungsjahr kann trotzdem als Hinweis auf frühzeitige Aktivitäten in den Bundesländern mit einer hohen Anzahl an aufgefundenen Klimaschutzkonzepten verstanden werden, vor allem wenn ein Nachahmungseffekt in benachbarten Regionen oder aufgrund der landesweiten Vernetzung der Regionen zum Thema Klimaschutz unterstellt wird.

Das älteste aufgefundene Klimaschutzkonzept ist im Jahr 2006 erschienen (Stadt Aachen). Es wurden insgesamt nur sieben Klimaschutzkonzepte aufgefunden, die vor dem Jahr 2010 erschienen sind. Damit ist ein Zusammenhang der im Jahr 2008 gestarteten Klimaschutzinitiative der Bundesregierung und des damit eingerichteten Förderprogramms der Kommunalrichtlinie zu erkennen. Im Rahmen der Klimaschutzinitiative ist erst im Jahr 2009 mit fast 400 Klimaschutzkonzepten erstmalig eine signifikante Anzahl regionaler Klimaschutzkonzepte gefördert worden, die dann ab dem Jahr 2010 veröffentlicht wurden (vgl. Welke o.J., S. 10). Bis zum Jahr 2010 sind fast ein Viertel der aufgefundenen Klimaschutzkonzepte veröffentlicht worden. Ca. 50 % erschienen in den Jahren 2012 und 2013 und fallen damit wahrscheinlich noch in die ersten Jahre der Förderung über die Nationale Klimaschutzinitiative.

Tabelle 4: Regionale Verteilung und durchschnittliches Erscheinungsjahr der aufgefundenen Klimaschutzkonzepte

Bundesland	Anzahl Dokumente	Regionale Bevölkerung	Anteil an Bevölkerung im Bundesland	Durchschnittliches Erscheinungsjahr
Bayern	32	3.260.014	25 %	2012
Nordrhein-Westfalen	28	3.160.689	18 %	2012
Hessen	18	2.323.995	38 %	2012
Niedersachsen	18	2.776.198	35 %	2012
Baden-Württemberg	16	1.930.547	18 %	2012
Rheinland-Pfalz	11	1.330.353	33 %	2012
Schleswig-Holstein	8	1.014.384	35 %	2013
Sachsen	6	959.833	23 %	2011
Brandenburg	5	551.344	22 %	2013
Mecklenburg-Vorpommern	5	644.369	40 %	2012
Saarland	5	384.211	39 %	2013
Thüringen	4	327.672	15 %	2013
Sachsen-Anhalt	2	247.198	11 %	2015
Berlin	1	3.520.031	100 %	2015
Bremen	1	395.000	59 %	2014
Hamburg	0	0	0 %	k.A.
Summe bzw. Durchschnitt über alle Bundesländer	160	22.825.838	28 %	2013

k.A. = keine Angabe;

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Ein weiteres Merkmal zur Unterscheidung regionaler Spezifika stellt die administrative Ebene der in den Klimaschutzkonzepten abgedeckten Regionen dar. Hier wird zwischen Städten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen in unterschiedlichster Form, wie beispielsweise Planungsregionen oder Erneuerbare-Energien-Regionen unterschieden. Tabelle 5 stellt die Verteilung der administrativen Ebenen der abgedeckten Regionen in den aufgefundenen Klimaschutzkonzepten dar. Es sind auffällig viele Klimaschutzkonzepte aus Städten vertreten (60 %), die zusammen mit den Gemeinden (7,5 %) als kommunale Verwaltungseinheiten Zielgruppe des Förderprogramms der Kommunalrichtlinie zur Erstellung von Klimaschutzkonzepten sind. Als nächstgrößere administrative Verwaltungseinheit werden in 45

der 160 aufgefundenen Klimaschutzkonzepte Landkreise abgedeckt. Diese nehmen gegenüber der Gemeindeebene zusätzliche für den Klimaschutz relevante Aufgaben, wie beispielsweise die Bereitstellung des öffentlichen Personennahverkehrs, wahr. Die acht Klimaschutzkonzepte, deren regionale Reichweite auf Ebene der Regionen eingeordnet wird, betreffen sowohl Planungsregionen als auch regionale Zusammenschlüsse zwischen Städten und umliegenden Gemeinden und Landkreisen. Insgesamt nimmt die regionale Ebene einen vergleichsweise geringen Stellenwert unter den administrativen Ebenen ein.

Tabelle 5: Anzahl aufgefundener Klimaschutzkonzepte nach administrativer Ebene der abgedeckten Regionen

Administrative Ebene	Anzahl	Anteil
Gemeinden	12	8%
Städte	95	59%
Landkreise	45	28%
Regionen	8	5%
Summe	160	100 %

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

3.4 Wirtschaftsstruktur der Regionen mit Klimaschutzkonzepten

Insgesamt decken die aufgefundenen Konzepte 22,8 Mio. Einwohner und Einwohnerinnen ab und repräsentieren damit ca. 28 % der deutschen Bevölkerung (Stand: 2014; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2015). Im Durchschnitt decken die Klimaschutzkonzepte eine Bevölkerungszahl von 142.198 Einwohnern und Einwohnerinnen ab (vgl. Tabelle 6), wobei der Median bei 73.672 Einwohner und Einwohnerinnen liegt. Der große Unterschied ist vor allem auf die beiden sehr großen statistischen Ausreißer Berlin und Hannover (Region) zurückzuführen, die bereits 20 % der gesamten Einwohnerzahlen abdecken. 64 der 160 aufgefundenen Konzepte umfassen eine Einwohnerzahl von weniger als 50.000. Bei 36 Konzepten liegt die Einwohnerzahl zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen und bei 58 Konzepten über 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen. Letztere zählen bereits zu Großstädten, sofern es sich um einzelne Städte handelt. Mit der Region Hannover und dem Stadtstaat Berlin liegen zwei Konzepte aus zwei Regionen mit über 1 Mio. Einwohner und Einwohnerinnen vor. Mit fünf Konzepten aus Regionen mit 500.000 bis 1 Mio. Einwohnern und Einwohnerinnen werden auch ca. 50 % der deutschen Halbmillionenstädte erfasst. Insgesamt ergibt sich eine Spannweite zwischen 6.900 (Gemeinde Enkenbach-Alsenborn 2014) und 3,4 Mio. Einwohnern und Einwohnerinnen (Berlin: Hirschl et al. 2015a).

Auf Ebene der Gemeinden beträgt der Durchschnitt der von den jeweiligen Konzepten abgedeckten Einwohnerzahl ca. 14.000 (vgl. Tabelle 6), während der Mittelwert über alle Gemeinden Deutschlands 7.382 Einwohner und Einwohnerinnen beträgt und der Median 1.711 Einwohner und Einwohnerinnen (Statistisches Bundesamt 2015). Dabei ist zu beachten, dass nur 12 Konzepte gefunden wurden, die auf Gemeindeebene angesiedelt sind (vgl. Tabelle 5). Liegt auf übergeordneter Landkreisebene ein Konzept vor, so besteht für die darin umfassten Gemeinden kein Grund ein eigenes Konzept zu erstellen. Höchstwahrscheinlich liegen aus diesem Grund nur Konzepte für größere Gemeinden vor.

Auf Ebene der Städte¹¹ liegt die durchschnittliche Einwohnerzahl bei 117.127 und ist damit bereits deutlich höher als bei den Gemeinden. Sie liegt aber immer noch unter der durchschnittlichen Einwoh-

¹¹ Kreisfreie Städte und Kommunen mit Stadtrechten.

nerzahl der Konzepte der Landkreise mit 194.690 Einwohnern und Einwohnerinnen. Dabei ist zu beachten, dass Berlin hier als Stadt erfasst wird und den Durchschnitt der Städte stark nach oben anhebt. Ohne Berlin würde dieser 81.715 Einwohner und Einwohnerinnen betragen.

Auf Ebene der Regionen, die Planungsregionen als auch Regierungsbezirke oder beispielsweise Stadt- und Landkreis-Zusammenschlüsse wie Hannover umfassen, beträgt die durchschnittliche von den jeweiligen Konzepten umfasste Einwohnerzahl 953.307 und liegt damit knapp unter der Millionen-Marke.

Tabelle 6: Durchschnittlich umfasste Einwohnerzahl der Klimaschutzkonzepte nach administrativen Ebenen

Administrative Ebene	Durchschnittliche Einwohnerzahl
Gemeinden	14.003
Städte	117.127
Landkreise	194.690
Regionen	336.934
In allen Konzepten	142.198

Hinweis: Berlin wird hier als Stadt berücksichtigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt (2017) und Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (2015).

Aus amtlichen Statistiken wurden ausgewählte wirtschaftsbezogene Kennzahlen zusammengetragen (vgl. Tabelle 7). Kennzahlen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und zur Bruttowertschöpfung (BWS) liegen in Deutschland allerdings nicht auf Gemeindeebene vor, sondern nur für Landkreise, kreisfreie Städte und höhere administrative Ebenen. Aus diesem Grund werden die Mittelwerte nur aus insgesamt 77 der insgesamt 160 Regionen mit Klimaschutzkonzepten ermittelt und gelten nicht für alle Konzepte, sowie beispielsweise die durchschnittlichen Einwohnerzahlen.

Tabelle 7: Mittelwerte ausgewählter regionalökonomischer Kennzahlen

Kennzahl	Mittelwert
Bruttoinlandsprodukt/ Kopf	35.210
Anteile der Sektoren an der Bruttowertschöpfung:	
Land- und Forstwirtschaft	1 %
Verarbeitendes Gewerbe	30 %
Dienstleistungen	69 %

Nur für Landkreise und kreisfreie Städte vorliegend (n=77).

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (2015)

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf gilt als Maßzahl für die Wirtschaftskraft einer Region und liegt über die 77 Landkreise, Städte und Regionen hinweg bei 35.201 Euro im Jahr 2014. Dieser Wert liegt nur knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt von 36.003 Euro (Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2015). Die Spannweite liegt dabei zwischen 19.978 Euro (Bottrop: infas enermetric Consulting GmbH 2011) und 99.343 Euro (Landkreis München: Karg et al. 2013).

Einen weiteren Hinweis zur Wirtschaftsstruktur liefert die regionale Bruttowertschöpfung – auf die drei Sektoren aufgeteilt. Äquivalent zu den Vergleichswerten im gesamten Bundesgebiet werden im Mittelwert 1 % der Bruttowertschöpfung im Land- und Forstwirtschaftssektor generiert, 30 % im Verarbeitenden Gewerbe und 69 % durch Dienstleistungen inkl. öffentlicher Dienstleistungen. Die Spannweite

für die Land- und Forstwirtschaft liegt dabei zwischen 0,004 % und 5,3 %, für das Verarbeitende Gewerbe zwischen 8 % und 64 % und für die Dienstleistungen zwischen 36 % und 92 %. Die Durchschnittswerte gleichen genau dem bundesweiten Durchschnitt (Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2015).

3.5 Klimaneutralitätsziele in regionalen Klimaschutzkonzepten

3.5.1 Status Quo und Zielstellungen in den Regionen

Die Analyse der in den aufgefundenen Klimaschutzkonzepten enthaltenen Angaben zum Status Quo der regionalen THG-Bilanz und den Zielsetzungen der THG-Minderung soll einen Überblick über die Ausgangssituation der Regionen und die Zielsetzungen der Klimaschutzkonzepte geben. Zugleich wird damit die Grundgesamtheit der weiteren Untersuchung von Konsumaspekten in den regionalen Klimaschutzkonzepten abgegrenzt. Gegenstand der in Kapitel 4.1 präsentierten Analyse von Konsumaspekten sind diejenigen Klimaschutzkonzepte, die als langfristiges Ziel Klimaneutralität anstreben. Aufgrund der besseren Datenlagen zu den regionalen THG-Emissionen, der nicht eindeutigen Zusammenhänge zwischen regionalem EE-Ausbau- und THG-Minderungszielen und weil die THG-Minderungsziele übergeordnete Klimaschutzziele darstellen, werden nur die THG-Minderungsziele als Kriterium für die Einordnung von Konzepten mit und ohne Klimaneutralitätszielen angewandt.

Als klimaneutrale Zielstellungen gelten dabei eine mittelfristige THG-Senkung um 40 % bis 2020 gegenüber 1990 und eine langfristige THG-Senkung um mindestens 80 % bis 2050 gegenüber 1990. Diese Werte sind aus den Zielstellungen der Bundesregierung abgeleitet, die explizit auf Klimaneutralität abzielen (BMU 2014, S. 10; BMU 2016d, S. 17). Werden in einem untersuchten Klimaschutzkonzept keine langfristigen Zielstellungen genannt, so wird die mittelfristige Zielstellung herangezogen. Ist hier gegenüber dem Status Quo eine deutliche Senkung der THG-Emissionen vorgesehen und wird zugleich der mittelfristige Grenzwert von -40 % THG-Emissionen gegenüber 1990 erreicht, so wird das Klimaneutralitätsziel unterstellt. Diese Zuordnung zur Grundgesamtheit von Regionen mit Klimaneutralitätszielen allein auf Basis mittelfristiger Zielstellung wird in 43 Fällen vorgenommen. Als mittelfristige Zieljahre finden sich in den Konzepten je nach Veröffentlichungsjahr und Planungshorizont mehrere Jahre in der Spannweite von 2018 bis 2035. Die langfristigen Zielstellungen werden zumeist auf das Jahr 2050 bezogen, mit einer Ausnahme für das Jahr 2040.

Die Auswertung der mittel- und langfristigen THG-Minderungsziele der 160 untersuchten regionalen Klimaschutzkonzepte ergibt 89 Konzepte, die mittelfristige THG-Minderungszielen von mindestens -40 % bis 2020 gegenüber 1990 und/ oder langfristige THG-Minderungsziele von mindestens -80 % bis 2050 gegenüber 1990 angeben und damit dem Kriterium der Klimaneutralitätsziele der vorliegenden Untersuchung genügen. **Diese 89 regionalen Klimaschutzkonzepte bilden die Grundgesamtheit der weiteren Untersuchung von Konsumaspekten in Kapitel 4.** Dabei ist zu beachten, dass 21 der 160 aufgefundenen Konzepte weder zu mittelfristigen noch zu langfristigen THG-Minderungszielen Angaben machen.

Die im Folgenden dargestellten Angaben zu Zielstellungen der THG-Minderung und des regionalen EE-Ausbaus beziehen sich dagegen weiterhin auf die 160 aufgefundenen Konzepte.

In insgesamt 104 der 160 aufgefundenen Klimaschutzkonzepte werden Angaben zum Status Quo der regionalen THG-Emissionen gemacht (vgl. Tabelle 8). Ca. ein Drittel der Klimaschutzkonzepte machen also keine Angaben zur Ausgangssituation in der jeweiligen Region. Das ist vor allem im Hinblick auf die Förderbedingungen der Kommunalrichtlinie verwunderlich. 35 der 56 Konzepte ohne Angaben zum Status Quo der regionalen THG-Emissionen umfassen Regionen auf kommunaler Ebene, die potenziell die Förderung der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes in Anspruch nehmen können. Die Förderbedingungen der Kommunalrichtlinie geben die Erstellung einer Energie- und THG-Bilanz als ersten Arbeitsschritt vor (vgl. BMU 2016b, S. 10). Auch die Möglichkeit der Erstellung einer Kurzbilanz für kleine Kommunen mit weniger als 50.000 Einwohnern und Einwohnerinnen scheint nicht in allen

Konzepten Eingang zu finden, da 20 der 35 Konzepte auf Gemeindeebene und ohne Angabe zum Status Quo der regionalen THG-Emissionen zu dieser Gruppe kleiner Regionen gehören.

Über alle aufgefundene Klimaschutzkonzepte hinweg wird für den Status Quo der regionalen THG-Emissionen ein Mittelwert der THG-Reduktion um 19 % gegenüber 1990 ermittelt (vgl. Tabelle 8). Es ist zu berücksichtigen, dass die Klimaschutzkonzepte auf unterschiedliche Bilanzjahre für den Status Quo beruhen und nur 104 der 160 aufgefundenen Konzepte Angaben zur Ausgangssituation machen. Die 59 der Konzepte mit Angaben zum Status Quo, denen Klimaneutralitätsziele unterstellt werden können, weisen einen durchschnittlichen Status Quo der Reduktion von regionalen THG-Emissionen um 24 % gegenüber 1990 auf, während der entsprechende Wert bei Konzepten ohne Klimaneutralitätszielen bei minus 13 % liegt. Es wird deutlich, dass Regionen mit ambitionierten Klimaschutzzielen, die der Definition der Klimaneutralitätsziele dieser Untersuchung genügen, eine deutlich bessere Ausgangssituation bezüglich der bis zur Erstellung ihrer Klimaschutzkonzepte erreichten Emissionsminderungen haben. Ähnliche Verhältnisse lassen sich auch bei den mittel- und langfristigen Zielen der regionalen THG-Emissionssenkung feststellen. Insgesamt geben 122 der 160 aufgefundenen Klimaschutzkonzepte mittelfristige Zielwerte für die THG-Senkung an. Über alle 122 Konzepte hinweg ergibt sich ein mittlerer Reduktionswert von 47 % gegenüber 1990. Dies deckt sich mit den nationalen Klimaschutzzielen, die bis zum Jahr 2020 eine Senkung der jährlichen THG-Emissionen um 40 % gegenüber 1990 vorsehen (vgl. BMU 2014, S. 10). Betrachtet man nur die 74 Konzepte mit Klimaneutralitätszielen, so beträgt der Mittelwert der mittelfristigen Zielstellung 54 % gegenüber 1990, während die Konzepte ohne Klimaneutralitätsziele im Durchschnitt einen Zielwert von 37 % gegenüber 1990 angeben. Auch hier unterliegen den Zielwerten unterschiedliche Zieljahre. Jeweils ein Drittel der Konzepte bezogen auf die Gesamtzahl von 160 Konzepten gibt als Zieljahr 2020 bzw. 2030 an. Andere Angaben liegen auf verschiedenen Jahren und ergeben sich hauptsächlich aus einem fixen absoluten Planungshorizont der Konzepte ab dem Basisjahr der Veröffentlichung oder der Bilanzerstellung. Weiterhin ist zu beachten, dass bereits die Unterscheidung der Konzepte bezüglich der Klimaneutralitätsziele einen Grenzwert für die beiden festlegt, da die Klimaneutralitätsziele an den THG-Emissionszielen festgemacht werden. Gleiches gilt für die langfristigen Ziele der Emissionssenkung. 54 der 160 aufgefundenen Konzepte machen Angaben zu langfristigen Zielen und im Durchschnitt beträgt die Zielstellung -88 % gegenüber 1990. Dieser Wert liegt bereits über dem Mindestwert der nationalen Klimaschutzziele, die bei mindestens -80 % gegenüber 1990 liegen (Bundesregierung 2016a, S. 21). Hier ist zu beachten, dass 45 der 53 Konzepte mit Angaben zu langfristigen Zielen der Emissionssenkung Klimaneutralität im Sinne dieser Untersuchung als langfristiges Ziel verfolgen. Es ist davon auszugehen, dass der Großteil der Konzepte ohne Angaben zu langfristigen Emissionszielen ein ähnliches Ambitionsniveau aufweisen, wie die Konzepte mit langfristigen Zielen, die nicht als Klimaneutralitätsziele bewertet werden. Im Mittel wird in diesen Konzepten eine langfristige Zielsetzung von -68 % gegenüber 1990 verfolgt. Dagegen weisen Klimaschutzkonzepte mit Klimaneutralitätszielen einen durchschnittlichen Zielwert von -91 % gegenüber 1990 auf. Dieser liegt über dem Mindestwert von -80 % gegenüber 1990, den die Bundesregierung als nationales Ziel der langfristigen Klimaneutralität anvisiert.

Über alle aufgefundenen Konzepte hinweg wird im Mittel als Bilanzjahr das Jahr 2010 angegeben. Der Mittelwert des Status Quo der regionalen THG-Emissionen derjenigen Regionen, deren Bilanzjahr mit 2010 angegeben wird, liegt bei -17 % (vgl. Tabelle 9). Zum Vergleich kann der bundesweite Wert der Entwicklung der THG-Emissionen bis 2010 herangezogen werden. Dieser beträgt -24,6 % (vgl. Umweltbundesamt 2017a). Auch Regionen mit Klimaneutralitätszielen und dem Bilanzjahr 2010 weisen einen demgegenüber ebenfalls geringeren Mittelwert von -20 % auf. Erst in den mittel- und langfristigen Zielstellungen nähern sich die ermittelten Werte für die Konzepte mit den gleichen Zieljahren wie die der Bundesregierung an die nationalen Zielwerte an: -39 % bis 2020 und -87 % bis 2050. Dabei liegen allerdings noch immer Unterschiede zwischen den Konzepten mit und ohne Klimaneutralitätszielen vor. Konzepte ohne konkrete Klimaneutralitätsziele weisen Zielwerte deutlich unter den nationalen Zielwerten auf, während die Zielwerte in Konzepten mit Klimaneutralitätszielen im Mittel leicht darüber liegen.

Hierbei ist zu beachten, dass aufgrund der Begrenzung der Analyse in Tabelle 9 auf Konzepte mit den gleichen Zieljahren wie die Bundesregierung bzw. mit dem mittleren Bilanzjahr 2010 eine deutlich geringere Grundgesamtheit vorliegt. Es wird bewusst auf eine Extrapolation der von den Zieljahren der Bundesregierung abweichenden Werte verzichtet, da die Zielstellung der regionalen Klimaschutzkonzepte oftmals auf Potenzialanalysen beruhen und Umrechnungen auf bestimmte Zieljahre deutlich von den geplanten Maßnahmen der Regionen abweichen können.

Tabelle 8: Status Quo und mittel- und langfristige Minderungsziele der THG-Emissionen (alle Konzepte)

Gruppierung	Status Quo (gegenüber 1990)	THG-Minderungsziel (mittelfristig)	THG-Minderungsziel (langfristig)
Anzahl Regionen mit Angaben zu ...	104	122	54
... davon mit Klimaneutralitätsziel	59	74	47
Erreichte und angestrebte THG-Minderung			
Alle Konzepte	-19 %	-47 %	-88 %
Konzepte mit Klimaneutralitätsziel	-24 %	-54 %	-92 %
Konzepte ohne Klimaneutralitätsziel	-13 %	-37 %	-68 %

Prozentwerte: Entwicklung gegenüber dem Jahr 1990; Bilanzjahr des Status Quo, sowie mittel- und langfristige Zieljahre mit teilweise breiter Streuung;

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Tabelle 9: Status Quo und mittel- und langfristige Minderungsziele der THG-Emissionen (nur Konzepte mit Zieljahren der Bundesregierung)

Gruppierung	Status Quo (2010)	Mittelfristig (2020)	Langfristig (2050)
Anzahl Regionen mit Angaben zu ...	37	54	54
... davon mit Klimaneutralitätsziel	25	35	46
Erreichte und angestrebte THG-Minderung			
Alle Konzepte ...	-17 %	-39 %	-87 %
Konzepte mit Klimaneutralitätsziel	-20 %	-45 %	-90 %
Konzepte ohne Klimaneutralitätsziel	-9 %	-28 %	-68 %

Prozentwerte: Entwicklung gegenüber dem Jahr 1990; nur Konzepte mit Bilanzjahr des Status Quo, sowie mittel- und langfristige Zieljahre die den Klimaschutzplänen der Bundesregierung gleichen (n=54).

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

3.5.2 Treibhausgas-Bilanzierungsprinzipien

Um ein vollständiges Bild der in den regionalen Klimaschutzkonzepten identifizierten Klimaschutzziele zu erhalten, werden auch die angewandten THG-Bilanzierungsprinzipien untersucht. Für das Verständnis der Herangehensweise und für die Interpretation der Ergebnisse dieses Untersuchungsaspektes müssen zuerst die Unterschiede zwischen Bilanzierungsmethoden, Bilanzierungsprinzipien und Bilanzierungsbereich deutlich gemacht werden.

Unter Bilanzierungsmethoden werden zwei Ansätze unterschieden, die im Energiebereich einer regionalen THG-Bilanz zum Einsatz kommen. Zum einen können ausschließlich Endenergieverbräuche in

der THG-Bilanz berücksichtigt werden. Dieses Vorgehen grenzt THG-Emissionen aus, die zur Bereitstellung von Endenergiemengen anfallen. Da diese bei Energiebezügen aus anderen Regionen nicht innerhalb der betrachteten Region anfallen und auch innerhalb der Region für Exporte erzeugte Energiemengen nicht zum regionalen Endenergieverbrauch zählen, beschränkt sich diese Methode ausschließlich auf die Verbraucherseite. Mit einer Primärenergiebilanz dagegen werden alle THG-Emissionen entlang der Wertschöpfungsketten zur Endenergiebereitstellung berücksichtigt. Darunter fallen dann auch regional erzeugte Energiemengen, die außerhalb der Region verbraucht werden (vgl. Länderarbeitskreis Energiebilanzen 2017). Je nach Ansässigkeit von Großkraftwerken innerhalb der Region kann die Bilanz also sehr unterschiedlich ausfallen. Die Unterscheidung beider Methoden beschränkt sich nur auf den direkten Energieverbrauch und wird daher nicht auf Bedürfnisfelder des Konsums mit indirektem Energieverbrauch angewandt. Dennoch lässt die Unterscheidung dieser beiden Bilanzierungsmethoden bzw. die Wahl für eine der Methoden in konkreten regionalen Klimaschutzkonzepten Rückschlüsse auf die Sichtweise der regionalen Verantwortung zu, die sich aufgrund überregionaler Lieferketten sowohl im Energiebereich als auch bei anderen Gütern über die Regionsgrenzen hinaus erstreckt.

Weiterhin werden zwei Bilanzierungsprinzipien unterschieden. Nach dem Territorial- oder Quellenprinzip werden die berücksichtigten THG-Emissionen auf die innerhalb der Region generierten Mengen beschränkt. Emissionen, die bei der Erzeugung und dem Transport importierter Güter und Energiemengen anfallen, werden nicht in die Bilanz einbezogen. Andererseits werden THG-Emissionen, die innerhalb der Region für Exportgüter und -energiemengen anfallen, berücksichtigt. Dieses Bilanzierungsprinzip ist in regionalen Klimaschutzkonzepten am weitesten verbreitet (vgl. Tabelle 10), da hierfür, zumindest in den Bedürfnisfeldern Energieverbrauch und Mobilität, zumeist regionalspezifische Daten vorliegen.

Emissionen, die durch den Konsum regional ansässiger Konsumenten und Konsumentinnen außerhalb der Region für Herstellung und Transport von Gütern und Energiemengen anfallen, werden dagegen im Verursacherprinzip in die Bilanz einbezogen. Da allerdings nur die von den regionalen Konsumenten und Konsumentinnen bezogenen Güter und die damit verbundenen THG-Emissionen berücksichtigt werden, bleiben regionale Güterproduktionen für den Export außen vor (vgl. beispielsweise Difu 2011, S. 215ff.). Zumeist liegen allerdings für einige Bedürfnisfelder des Konsums, wie beispielsweise der Ernährung oder der Bekleidung, keine regionalspezifischen Verbrauchsdaten vor, sodass hier eine Bilanzierung nicht möglich ist oder nur mit ungenauen bundesweiten Durchschnittswerten geschätzt werden kann, sofern diese vorliegen. Eine Ausnahme bildet hierbei oftmals das Bedürfnisfeld Verkehr. Um Pendlerbewegungen, aber auch emissionsintensive Flugreisen zu berücksichtigen, wird das bevorzugte Territorialprinzip oftmals um das Verursacherprinzip in diesem Bedürfnisfeld ergänzt, indem Mobilitätsleistungen, die von ortsansässigen Personen außerhalb der Region verursacht werden, in die Bilanz einbezogen werden. Gegenüber den oben abgegrenzten Bilanzierungsmethoden der End- und Primärenergiebilanz, umfassen die Bilanzierungsprinzipien grundsätzlich alle Bedürfnisfelder und sind nicht ausschließlich auf den Energiebereich beschränkt. Aufgrund mangelnder Daten zu Verbrauchsmengen in einigen Bedürfnisfeldern wird aber zumeist eine faktische Einschränkung auf den Bereich des Energieverbrauchs und der Mobilität vorgenommen.

Sowohl die Bilanzierungsmethoden im Energiebereich als auch die Konsumgüter übergreifenden Bilanzierungsprinzipien ermöglichen eine relativ enge Abgrenzung der regionalen THG-Bilanz. Die Gründe können sowohl in einem enger gefassten Verständnis der Verantwortung regionaler Akteure für globale THG-Emissionen als auch in einer gegebenenfalls unzureichenden Datenlage über regionalspezifische Verbrauchsstrukturen in einzelnen Bedürfnisfeldern liegen. In der vorliegenden Untersuchung werden die THG-Bilanzen der regionalen Klimaschutzkonzepte auf die Bilanzierungsprinzipien untersucht, da diese gegenüber den Bilanzierungsmethoden grundsätzlich alle Bedürfnisfelder umfassen können.

Tabelle 10 zeigt die Verteilung der Bilanzierungsprinzipien in den untersuchten Klimaschutzkonzepten auf und differenziert dabei auch nach Regionen mit und ohne Klimaneutralitätszielen. Insgesamt wird in nur einem der 160 untersuchten Klimaschutzkonzepte das Verursacherprinzip in Reinform identifiziert, nämlich in der Gemeinde Niestetal (Darge et al. 2009). Dort werden auch THG-Mengen, die durch Güter- und Dienstleistungsimporte nicht vor Ort erzeugt, aber durch regionale Konsumenten und Konsumentinnen verursacht werden, berücksichtigt. Dieses Konzept gehört auch zu den wenigen, die den privaten Konsum explizit als Bedürfnisfeld, zumindest in der THG-Bilanz, berücksichtigten. In 52 weiteren Konzepten wird das Territorialprinzip angewandt. Man blendet damit THG-Emissionen aus, die aufgrund regionaler Konsummuster außerhalb der Region entstehen. In 73 Konzepten wird das Territorialprinzip in einzelnen Handlungs- bzw. Bedürfnisfeldern um das Verursacherprinzip ergänzt. In fast allen Fällen handelt es sich hier um das Bedürfnisfeld „Mobilität“, da hier Kennzahlen zu THG-Emissionen ortsansässiger Personen außerhalb der Regionen vorliegen oder gut durch bundesweit durchschnittliche Werte abgeschätzt werden können. Diese Kombination von zwei Bilanzierungsprinzipien zeigt die Komplementarität der beiden Ansätze auf. Die genaue Abgrenzung regionaler Endenergieverbräuche und über graue Energie importierter Energie- und THG-Emissionsmengen in den beiden Prinzipien ermöglicht eine gegenseitige Ergänzung in einzelnen Fällen in denen Informationen über beispielsweise importierte graue Energiemengen vorliegen. Insofern ist die fallweise Ergänzung des Territorialprinzips um nach dem Verursacherprinzip bilanzierte Energie- und THG-Emissionsmengen als eine lobenswerte Anstrengung zur Verbesserung der Datengrundlage zu verstehen. In 34 Konzepten wird keine konkrete Angabe zum angewandten Konzept identifiziert bzw. keine umfassende THG-Bilanz vorgefunden. Der hohe Anteil der kombinierten Verwendung von Territorial- und Verursacherprinzip darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit dem Bedürfnisfeld „Mobilität“ nur ein Teil des privaten Konsums in der THG-Bilanz berücksichtigt wird. In 99 % der untersuchten Konzepte werden neben dem direkten Energieverbrauch und der Mobilität keine weiteren Bedürfnisfelder in den THG-Bilanzen berücksichtigt. Zwischen Konzepten mit und ohne Klimaneutralitätsziel kann daher nur ein Unterschied zwischen dem Anteil des reinen Territorialprinzips und der kombinierten Anwendung von Territorial- und Verursacherprinzip festgestellt werden. Letztere findet in einem leicht höheren Anteil der Konzepte mit Klimaneutralitätsziel Anwendung. Dies könnte darauf hinweisen, dass zumindest im Bedürfnisfeld „Mobilität“ vermehrt eine Sensibilität für überregionale Verantwortung in Regionen mit Klimaneutralitätsziel vorliegt.

Tabelle 10: Verteilung der Bilanzierungsprinzipien in den regionalen Klimaschutzkonzepten

Bilanzierungsprinzip	Anzahl Konzepte		
	Alle Regionen	mit Klimaneutralitätsziel	ohne Klimaneutralitätsziel
Verursacherprinzip	1	1	0
Territorialprinzip	52	28	24
Territorial- und Verursacherprinzip*	73	44	29
Keine Angabe	34	16	18
Summe	160	89	71

*Zumeist Fokus auf Territorialprinzip mit Ergänzung des Verursacherprinzips im Handlungs-/ Bedürfnisfeld Verkehr/ Mobilität.

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass bereits bei der regionalen THG-Bilanzierung einige wichtige Bedürfnisfelder des Konsums ausgeblendet werden. Da die THG-Bilanz zumeist die Grundlage für die Zielsetzung der regionalen Klimaschutzambitionen und für die zur Zielerreichung konzipierten Maßnahmen bilden, fehlt es entsprechend auch oft an konkreten Maßnahmen in diesen Bedürfnisfeldern.

Denn die in der Bilanzierung festgestellten THG-Emissionsbeiträge einzelner Verbrauchs-Sektoren und -Bereiche legitimiert oftmals erst die darauf aufbauend entwickelten Maßnahmen und deren Eingriffswirkungen. Bei der Maßnahmenentwicklung erwartete und im Rahmen des THG-Monitorings im weiteren Prozess auch nachweisbar erfolgreiche Wirkungen der Maßnahmen bilden oft die stärksten Anreize Maßnahmen überhaupt zu entwickeln und ihnen eine würdige Priorität in der Umsetzungsphase zuzuweisen. Wie die im folgenden Kapitel dargestellten und diskutierten Erkenntnisse der Dokumentenanalyse und der Befragungen aufzeigen, ist ein Zusammenhang zwischen der Datenlücke in der THG-Bilanzierung und einem Mangel an konsumrelevanten Maßnahmen zu vermuten.

Diese Datenlücken, die daraus entstehenden Probleme und Lösungsansätze werden in Kapitel 6 nochmals aufgegriffen.

4 Konsum und Klimaneutralität – Verbreitung und Relevanz

4.1 Strategische Bedeutung der Förderung nachhaltigen Konsums im Rahmen von Klimaschutzkonzepten

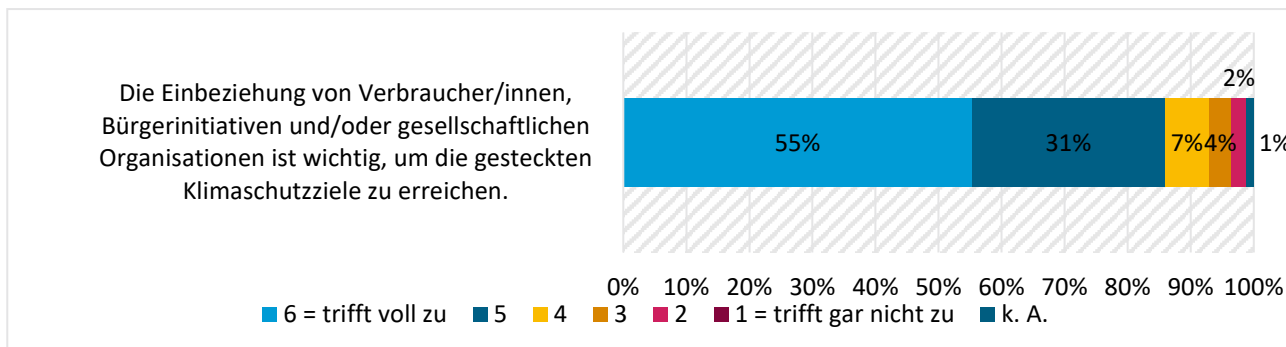
In diesem Kapitel werten wir die strategische Bedeutung der privaten Verbraucher und Verbraucherinnen und des nachhaltigen Konsums in den Klimaschutzkonzepten aus. Hierfür werden die Einschätzungen der Klimaschutzmanager und -managerinnen aus der quantitativen Befragung sowie aus den qualitativen Interviews dargestellt und untersucht, welche Faktoren diese beeinflussen (Größe der Region, Unterscheidung Landkreis/ Kommune). Danach wird die Einschätzung der Klimaschutzmanager und -managerinnen zur operativen Berücksichtigung der Verbraucher und Verbraucherinnen und des nachhaltigen Konsums vorgestellt.

4.1.1 Gesamtauswertung

Über die quantitative Befragung wurden 154 Klimaschutzmanager und -managerinnen nach ihrer Einschätzung der Wichtigkeit des Einbezugs von Verbrauchern und Verbraucherinnen, Bürgerinitiativen und/ zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie nach der strategischen Bedeutung von privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen und von nachhaltigem Konsum im Klimaschutzkonzept ihrer Kommune gefragt, von denen 85 antworteten.

86 % der Klimaschutzmanager und -managerinnen geben an, dass die Einbeziehung von Verbrauchern und Verbraucherinnen, Bürgerinitiativen oder gesellschaftlichen Organisationen wichtig sei, um die Klimaschutzziele zu erreichen (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Wichtigkeit der Einbeziehung von Verbrauchern und Verbraucherinnen, Bürgerinitiativen und/ oder zivilgesellschaftlichen Organisationen

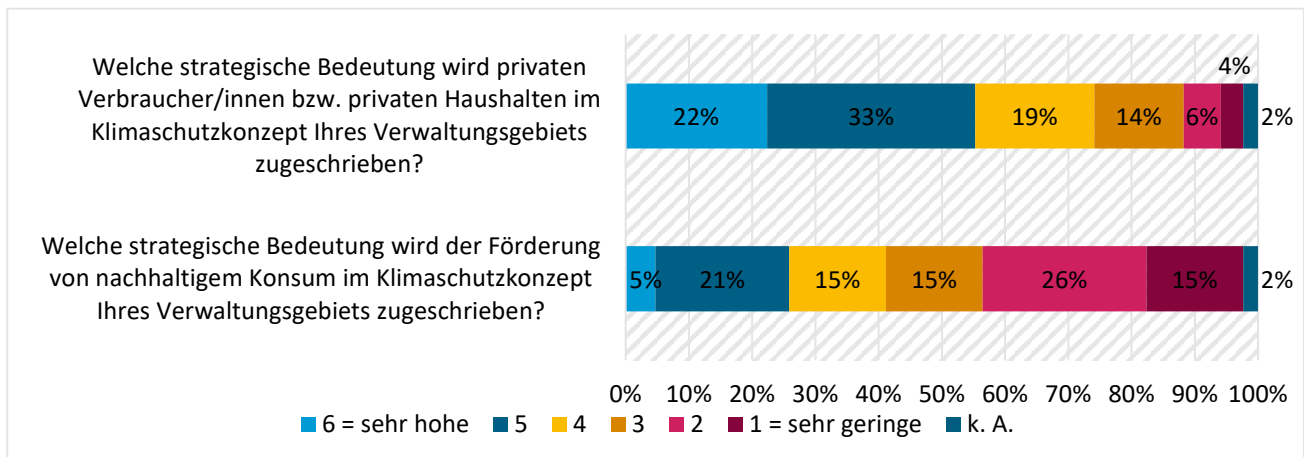


n = 85

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Konkreter danach gefragt, welche strategische Bedeutung privater Verbraucher und Verbraucherinnen im Klimaschutzkonzept ihrer Region zugesprochen wird, werden die Zustimmungswerte zwar geringer, bleiben aber immer noch hoch. So sind 55 % der Befragten der Ansicht, dass ihr Klimaschutzkonzept, den Verbrauchern und Verbraucherinnen eine hohe bis sehr hohe strategische Bedeutung zuweist, 9 % bewerten diese als gering oder sehr gering (vgl. Abbildung 5). Interessant ist, dass sich diese Bedeutungszuschreibung bezüglich der privaten Haushalte nicht in der Einschätzung der strategischen Bedeutung des nachhaltigen Konsums widerspiegelt. Nur noch 26 % der Befragten sind der Ansicht, dass die Förderung eines nachhaltigen Konsums im Klimaschutzkonzept eine hohe bis sehr hohe Bedeutung hat, während 41 % diese für gering bis sehr gering halten (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Strategische Bedeutung von privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen und nachhaltigem Konsum



n = 85

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Diese Divergenz zwischen einer (vergleichsweise) hohen strategischen Bedeutung von privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen und einer vergleichsweise niedrigen Bedeutung der Förderung von nachhaltigem Konsum deutet an, dass Klimaschutzmanager und -managerinnen die Rolle der privaten Haushalte im Klimaschutzkonzept vorrangig nicht über die Förderung des nachhaltigen Konsums definieren. Das könnte bedeuten, dass sie „Nachhaltigen Konsum“ im Rahmen des Klimaschutzes als ein breiteres Feld ansehen, was deutlich über die Ansprache der Bürger und Bürgerinnen in ihrer Rolle als Konsumenten und Konsumentinnen hinausgeht. In den telefonischen Gesprächen, die sowohl in Vorbereitung auf die Online-Befragung (Pre-Test Gespräche) als auch parallel zu der Online-Befragung geführt wurden, sowie in den offenen Antwortfeldern (vgl. Kapitel 5.2.1) wird genannt, dass „Nachhaltiger Konsum“ ein breiter, schwer definierbarer Begriff sei, der von den Klimaschutzmanager und -managerinnen noch selten angewendet werde. Es wurde jedoch auch angemerkt, dass die Berücksichtigung von nachhaltigem Konsum im Klimaschutzkonzept zu viel sei¹².

Die Gegenüberstellung der Antworten zu den Fragen zeigt: Die Einbeziehung privater Verbraucher und Verbraucherinnen zur Umsetzung der Klimaschutzziele wird von den Klimaschutzmanagern und -managerinnen überwiegend als wichtig anerkannt. Etwas mehr als die Hälfte betrachtet dies auch in strategischer Absicht. Es wird aber ersichtlich, dass Ansätzen zur systematischen und strategischen Förderung des nachhaltigen Konsums im Rahmen des Klimaschutzes nur von etwa einem Viertel der Klimaschutzmanager und -managerinnen eine sehr hohe bzw. hohe Bedeutung zugeschrieben wird.

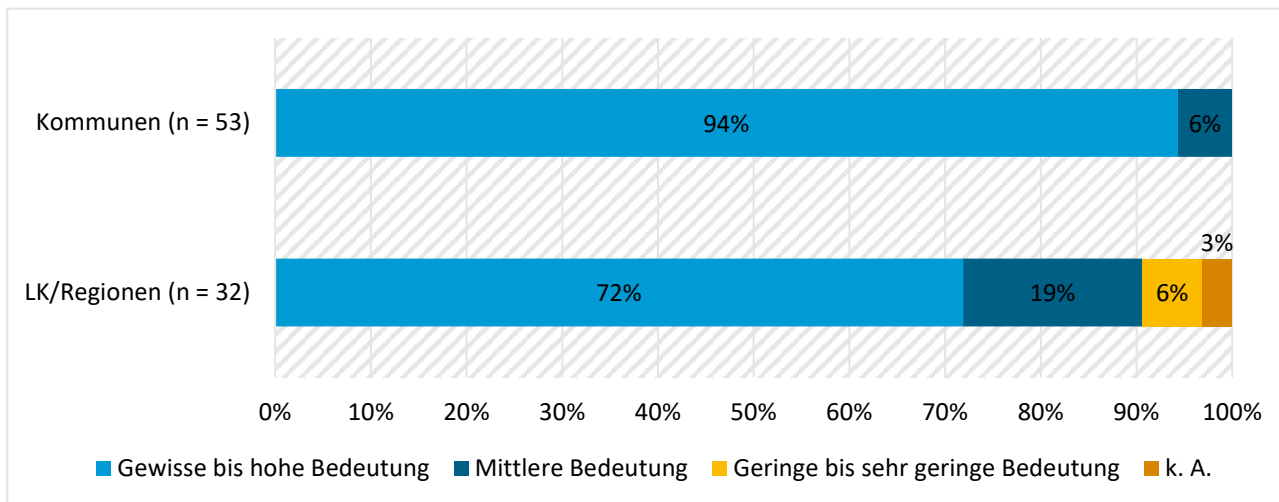
4.1.2 Differenzierung nach Landkreisen/ Kommunen

Ergänzend dazu wurde geprüft, inwieweit der Verwaltungstyp (Kommune oder Landkreis/ Region¹³) einen Einfluss auf die Bedeutung der privaten Verbraucher und Verbraucherinnen und des nachhaltigen Konsums hat. 94 % der Kommunen betrachten die Einbeziehung der Verbraucher und Verbraucherinnen als wichtig, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Bei den Landkreisen und Regionen erachten dies insgesamt 72 % als wichtig (vgl. Abbildung 6).

¹² Eine befragte Person merkte in ihrer Antwort auf eine offene Frage an, dass die Berücksichtigung von nachhaltigem Konsum im Rahmen des Klimaschutzes den Aufgabenbereich des Klimaschutzes überfrachten würde.

¹³ In die Kategorie „Landkreisen/ Regionen“ fallen auch Landkreisverbände.

Abbildung 6: Wichtigkeit der Einbeziehung von Verbrauchern und Verbraucherinnen sowie Bürgerinitiativen



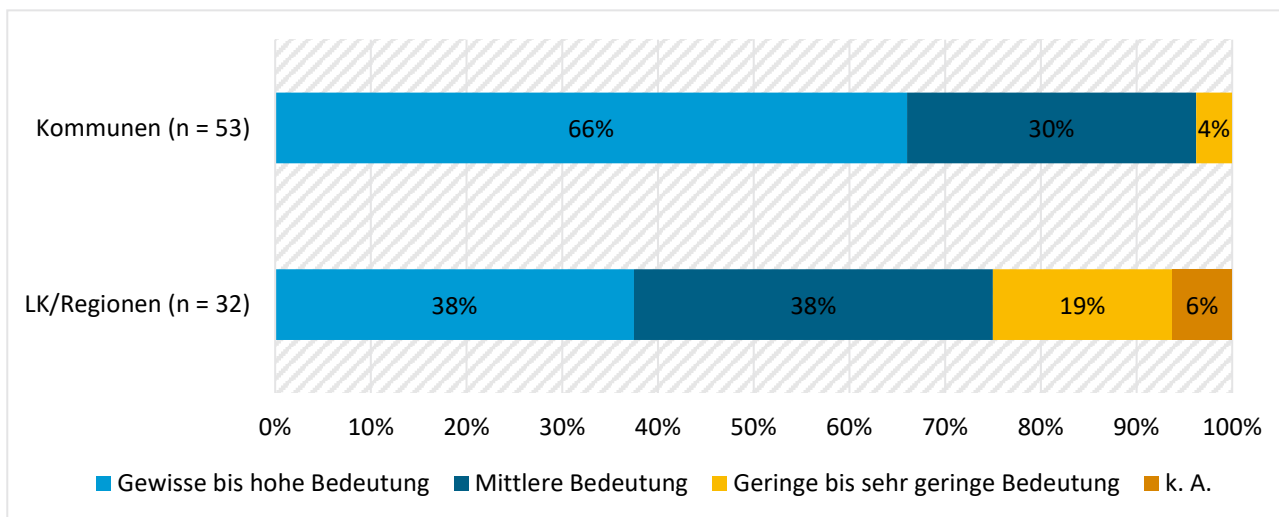
n = 85

Frage: Die Einbeziehung von Verbrauchern und Verbraucherinnen, Bürgerinitiativen und/ oder zivilgesellschaftlichen Organisationen ist wichtig, um die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen.

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Die strategische Bedeutung privater Verbraucher und Verbraucherinnen wird auch zwischen Kommunen und Landkreisen stark differenziert betrachtet: Während 66 % der Kommunen privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen eine gewisse bis hohe strategische Bedeutung zuschreiben (vgl. Abbildung 7), tun dies nur 38 % der Landkreise und Regionen.

Abbildung 7: Strategische Bedeutung der privaten Verbraucher und Verbraucherinnen im Klimaschutzkonzept (Vergleich Landkreise/ Regionen und Kommunen)



n = 85

Frage: Welche strategische Bedeutung wird privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen bzw. privaten Haushalten im Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets zugeschrieben?

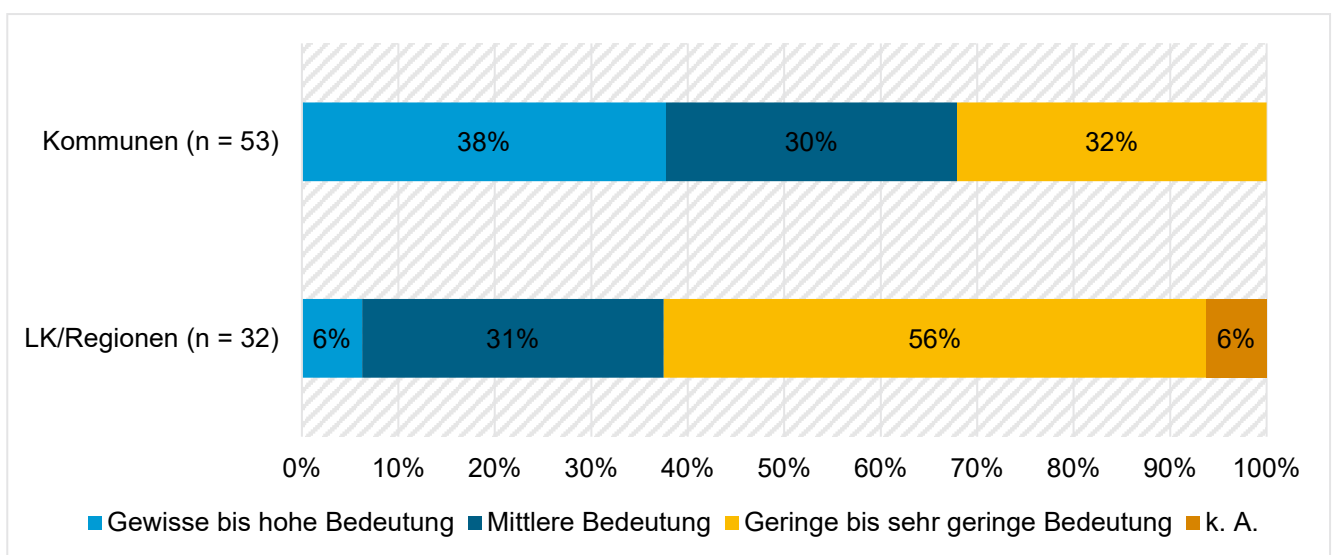
Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Auch die Förderung des nachhaltigen Konsums wird von Kommunen als deutlich wichtiger empfunden als von Landkreisen und Regionen: 38 % der Kommunen schreiben nachhaltigem Konsum eine

gewisse bis hohe Bedeutung zu, dagegen treffen bei den Landkreisen und Regionen insgesamt nur 6 % diese Aussage (vgl. Abbildung 8).

Hier wird deutlich, dass Kommunen eine stärkere Rolle in der Berücksichtigung und Einbeziehung privater Verbraucher und Verbraucherinnen und in der Förderung nachhaltigen Konsums für sich wahrnehmen als Landkreise. Die Personen, die wir im Rahmen von Interviews befragten, wiesen darauf hin, dass Landkreise eher als Koordinatoren und Multiplikatoren der Klimaschutzaktivitäten der kreisangehörigen Gemeinden agieren, während die direkte Kommunikation mit Bürgern und Bürgerinnen eher in der Hand der Kommunen liegen würde. Kommunen verfügten in der Regel bereits über langjährige Erfahrung in der Einbeziehung von Bürgern und Bürgerinnen über kommunale Instrumente wie z. B. der Raum- und Landschaftsplanung.

Abbildung 8: Bedeutung des nachhaltigen Konsums im Klimaschutzkonzept (Vergleich Landkreise/ Regionen und Kommunen)



n = 85

Frage: Welche strategische Bedeutung wird der Förderung von nachhaltigem Konsum im Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets zugeschrieben?

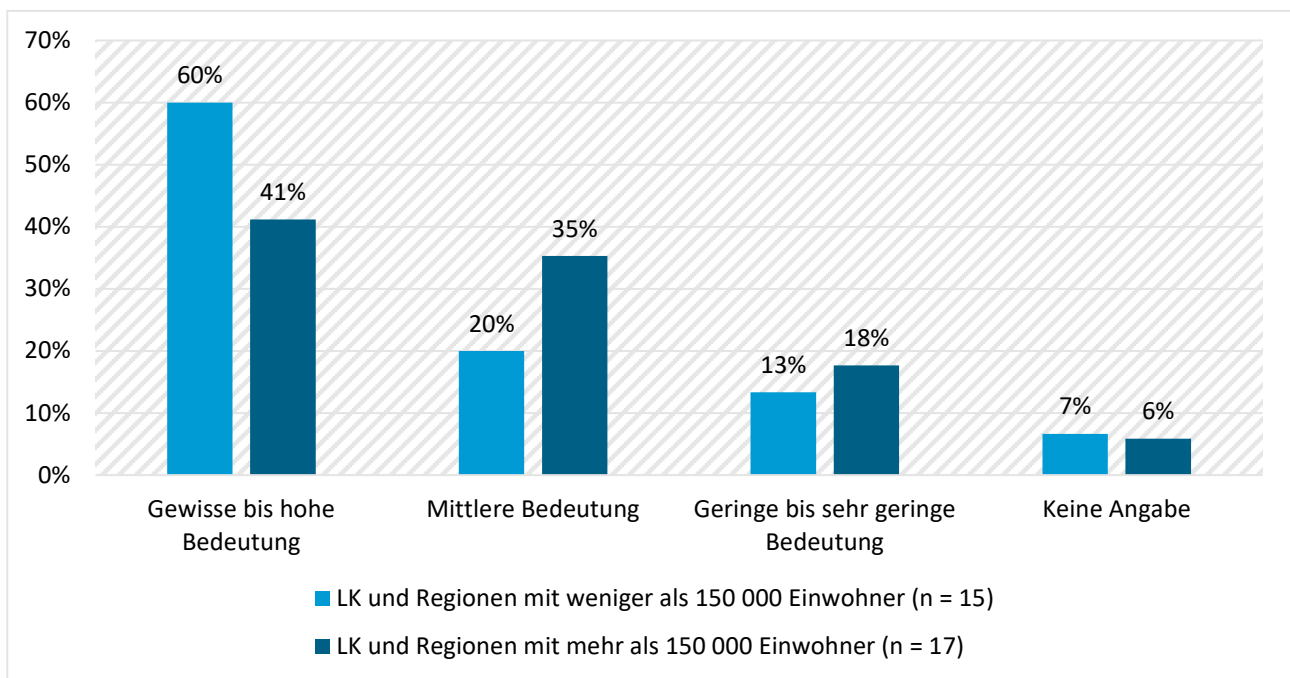
Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

4.1.3 Differenzierung nach Einwohnerzahl

Die Bevölkerungsgröße der Region spielt eine zentrale Rolle für die Bedeutung von privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen im Klimaschutzkonzept. Hier erfolgte bei den Landkreisen eine Unterteilung in kleinere Landkreise mit einer Bevölkerungsgröße von weniger als 150.000 Einwohnern und Einwohnerinnen und größere Landkreise mit mehr als 150.000 Einwohnern und Einwohnerinnen und bei Kommunen in solche mit weniger als 25.000 (kleinere Kommunen), zwischen 25.000 und 100.000 (mittlere Kommunen), sowie mit mehr als 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen (größere Kommunen).

60 % der kleineren Landkreise und Regionen schreiben privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen eine gewisse bis hohe strategische Bedeutung zu, während nur 41 % der größeren Landkreise und Regionen dies tun (vgl. Abbildung 9). Auch kleinere Kommunen schreiben privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen eine höhere strategische Bedeutung zu: Hierbei handelt es sich um 75 % der kleineren Kommunen, die privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen eine gewisse bis hohe strategische Bedeutung zuschreiben (vgl. Abbildung 10). Dagegen geben nur 53 % der mittleren und 64 % der größeren Kommunen diese Antwort an.

Abbildung 9: Strategische Bedeutung privater Verbraucher und Verbraucherinnen (Landkreise)

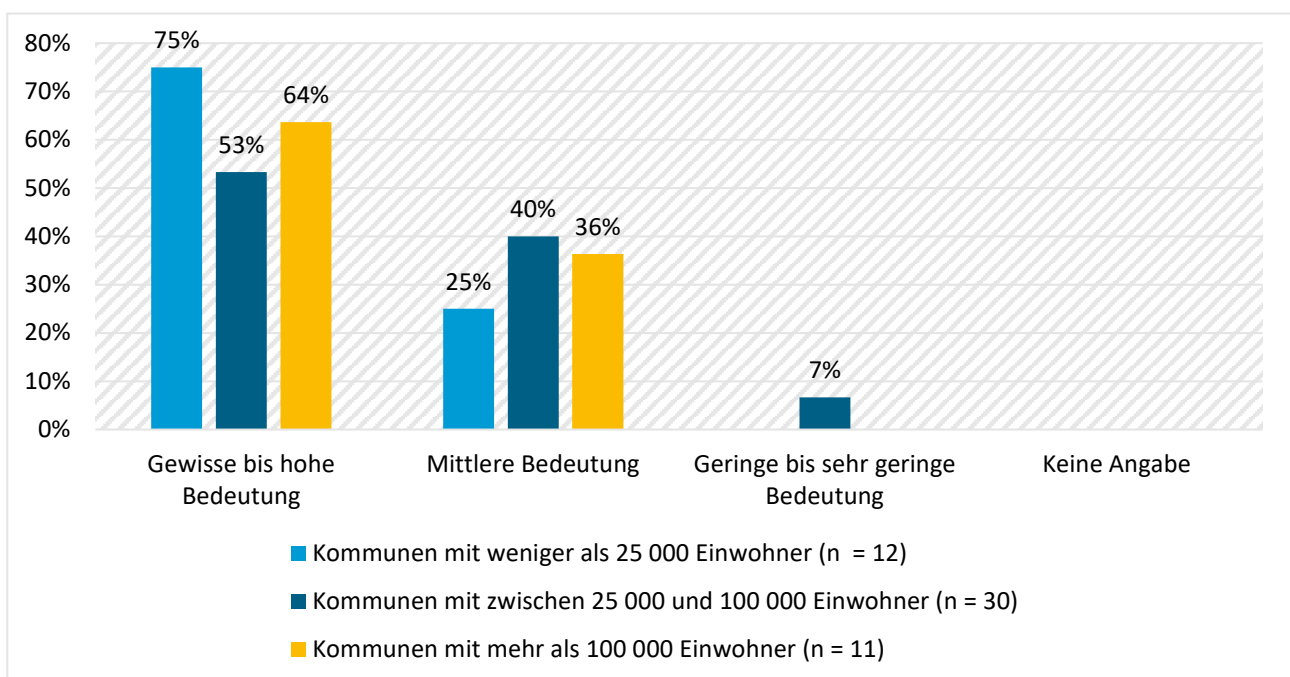


n = 32

Frage: Private Verbraucher und Verbraucherinnen bzw. private Haushalte werden im Klimaschutzkonzept unseres Verwaltungsgebiets angemessen berücksichtigt, um die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen.

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Abbildung 10: Strategische Bedeutung der privaten Verbraucher und Verbraucherinnen (Kommunen)



n = 53

Frage: Welche strategische Bedeutung wird privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen bzw. privaten Haushalten im Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets zugeschrieben?

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

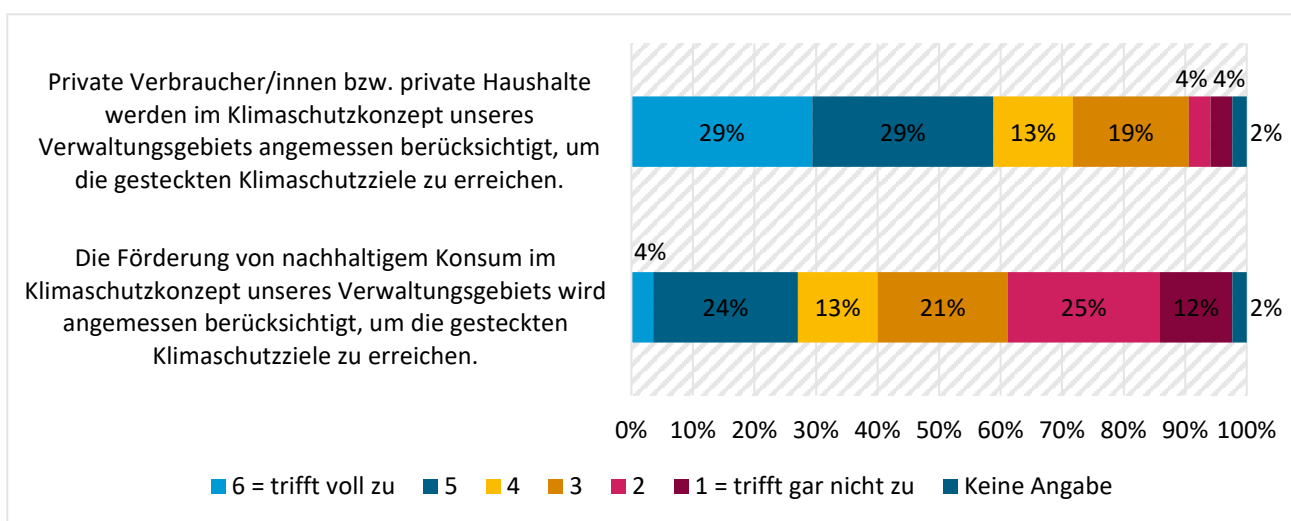
Dies könnte damit erklärt werden, dass es umso schwieriger wird, den Kontakt zu den privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen zu halten und diese direkt anzusprechen, je größer ein Landkreis, eine Region oder Kommune ist. Die große Anzahl an Bewohnern und Bewohnerinnen und die Anonymität größerer Kommunen und Regionen/ Landkreise erhöht die Komplexität, Verbraucher und Verbraucherinnen direkt, persönlich und/ oder zielgruppenspezifisch (nach räumlichen Spezifitäten, nach sozialen Milieus) anzusprechen, da die Vielfalt der Betroffenen mit der Anzahl der Bewohner und Bewohnerinnen zunimmt. Kleinere Gebiete verfügen über persönliche Kontakte und Netzwerke, die als bestehende strategische Ressource zu betrachten sind, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Die höheren Werte bei den größeren gegenüber den mittleren Kommunen ist allerdings ein Hinweis, dass diese Interpretation nicht der einzige Erklärungsansatz sein kann.

Diese Tendenz kehrt sich um, wenn es um die Bedeutung der Förderung von nachhaltigem Konsum geht. In diesem Falle schreiben größere Kommunen dieser im Vergleich zu kleinen Kommunen deutlich öfter eine gewisse bis hohe Bedeutung zu. Für Landkreise scheint dies unabhängig von ihrer Größe kein wichtiges Thema zu sein. Daraus ist zum einen zu schließen, dass sich offenbar Landkreise aufgrund ihrer Struktur zu „weit“ von der Förderung nachhaltigen Konsums entfernt fühlen; zum anderen kleinere Kommunen sich bei diesem Thema überfordert fühlen.

4.1.4 Einschätzung der operativen Berücksichtigung des Themas „Nachhaltiger Konsum“

Wie wird die tatsächliche, operative Einbeziehung von nachhaltigem Konsum in den Klimaschutzkonzepten eingeschätzt? Bei der operativen Berücksichtigung des nachhaltigen Konsums geht es im Gegensatz zur strategischen Berücksichtigung im Konzept um die Berücksichtigung bei der Planung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen. Dazu wurden in zwei Fragen die Meinungen der Klimaschutzmanager und -managerinnen eingeholt: Zum einen hinsichtlich der Berücksichtigung von privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen, zum anderen hinsichtlich der angemessenen Berücksichtigung der Förderung nachhaltigen Konsums im Klimaschutzkonzept (vgl. Abbildung 5 und Abbildung 11).

Abbildung 11: Bewertung der operativen Berücksichtigung von Verbrauchern und Verbraucherinnen und nachhaltigem Konsum durch die Klimaschutzmanager und -managerinnen



n = 85

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Insgesamt besteht nur eine geringe Differenz zwischen der strategischen Berücksichtigung privater Verbraucher und Verbraucherinnen und nachhaltigem Konsum und der jeweiligen operativen Berücksichtigung.

sichtigung des Themas im Verwaltungsalltag (vgl. Abbildungen 5 und 11). Kommunale Klimaschutzmanager und -managerinnen vertreten häufiger als Klimaschutzmanager und -managerinnen in Landkreisen die Meinung, dass ihre jeweilige Verwaltung private Verbraucher und Verbraucherinnen eine gewisse bis hohe strategische Bedeutung im Klimaschutzkonzept zuschreibt. Ebenfalls wird von einem höheren Anteil von Kommunen als von Landkreisen der Förderung des nachhaltigen Konsums im jeweiligen Klimaschutzkonzept eine gewisse bis hohe Bedeutung zugemessen, dabei wird die Berücksichtigung privater Verbraucher und Verbraucherinnen als wichtiger als Förderung von nachhaltigem Konsum angesehen (vgl. Abbildungen 7 und 8).

4.2 Bedeutung, Verbreitung und Maßnahmen des nachhaltigen Konsums in Klimaschutzkonzepten

Welche Bedürfnisfelder sind auf kommunaler Ebene im Rahmen der Klimaschutzkonzepte wichtig und welche Maßnahmen können dafür eingesetzt werden? Hierauf wird in diesem Kapitel eingegangen, indem zunächst ein Überblick über die Adressierung der einzelnen Bedürfnisfelder in den Klimaschutzkonzepten gegeben wird sowie über die Priorisierung der Bedürfnisfelder, die durch die quantitative Befragung und die angegebenen Maßnahmen der Klimaschutzmanager und -managerinnen ermittelt wurden. Darüber hinaus werden konsumrelevante Maßnahmentypen auf kommunaler und regionaler Ebene definiert. Drittens werden konsumbezogene Bedürfnisfelder sowie die Bedürfnisfeldspezifischen konsumbezogenen Maßnahmen, welche über die Dokumentenanalyse identifiziert wurden, jeweils vorgestellt. Hier wird der Grad der Adressierung in den Klimaschutzkonzepten und der Grad der Priorisierung verglichen. Viertens werden die favorisierten Maßnahmentypen Bedürfnisfeldübergreifend ausgewertet. Abschließend wird die Rolle der Prosuming-Maßnahmen in Klimaschutzkonzepten vorgestellt.

4.2.1 Adressierte Bedürfnisfelder in Klimaschutzkonzepten und Priorisierung aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen: Ein Überblick

In diesem Unterkapitel wird ein Überblick über die in den Klimaschutzkonzepten adressierten Bedürfnisfelder gegeben. Im Anschluss wird die Priorisierung dieser Bedürfnisfelder aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen vorgestellt.

Zunächst werden die Häufigkeiten der verschiedenen Maßnahmentypen in den einzelnen Bedürfnisfeldern zusammengestellt. Darüber hinaus werden die Häufigkeiten der Erwähnung und der Betonung der Bedeutung einzelner Bedürfnisfelder aufgeführt, die nicht im Zusammenhang mit einzelnen konkreten Maßnahmen stehen.

Nicht immer finden alle Bedürfnisfelder des Konsums Eingang in die Ausgestaltung konkreter Maßnahmen in den analysierten 89 Klimaschutzkonzepten. In einigen Fällen finden sich zumindest kurze Erwähnungen einzelner Bedürfnisfelder oder kurze Abschnitte, in welchen die unzureichende Datenerläuterung wird. Vor allem in letzteren Fällen wird versucht, die Bedeutung des jeweiligen Bedürfnisfeldes für die Erreichung der Klimaschutzziele qualitativ darzustellen.

Tabelle 11 stellt dar, in wie vielen der untersuchten Konzepte die einzelnen Bedürfnisfelder berücksichtigt werden. Die zweite Spalte beinhaltet dabei die Anzahl derjenigen Konzepte, die zugleich konkrete Maßnahmen im jeweiligen Bedürfnisfeld beinhalten.

Die in Tabelle 11 aufgeführten Kennzahlen machen deutlich, dass vor allem die in Klimaschutzkonzepten zentralen Bedürfnisfelder des Strom- und Wärmeverbrauchs in Haushalten und der Mobilität als konsumrelevant auftauchen. Zugleich sind diese beiden Bedürfnisfelder auch am häufigsten mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Das Bedürfnisfeld „Arbeit“ taucht in über der Hälfte der untersuchten Klimaschutzkonzepte auf. Die Bedürfnisfelder „Ernährung“ und „Geldanlagen“ finden sich in ca. einem Drittel der Konzepte, während das Bedürfnisfeld „Freizeit“ in nur jedem fünften Konzept berücksichtigt wird. Die Bedürfnisfelder „Bekleidung“ und „Wohnen“ werden in nur einem bzw. zwei Konzepten

berücksichtigt, während sie in jeweils nur einem Konzept auch mit Maßnahmen unterlegt sind. Vor allem das Bedürfnisfeld „Geldanlagen“ wird in vielen Konzepten berücksichtigt ohne eine Vorstellung konkreter Maßnahmen.

Tabelle 11: Häufigkeiten der Berücksichtigung einzelner Bedürfnisfelder (Anzahl Konzepte)

Bedürfnisfeld	Allgemeine Erwähnung	... mit Maßnahmen unterlegt
Ernährung	30	28
Freizeit	19	16
Bekleidung	1	1
Arbeit	49	47
Energieverbrauch in privaten Haushalten	89	89
Wohnen	2	1
Mobilität	84	81
Geldanlagen	30	3

Untersuchungsgegenstand: n = 89 regionale Klimaschutzkonzepte.

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Diese übergreifende Analyse macht deutlich, dass längst nicht alle konsumrelevanten Bedürfnisfelder in regionalen Klimaschutzkonzepten berücksichtigt werden. In keinem der 89 untersuchten Klimaschutzkonzepte werden alle acht Bedürfnisfelder berücksichtigt und in nur drei Klimaschutzkonzepten werden mehr als fünf Bedürfnisfelder berücksichtigt. Knapp über die Hälfte der untersuchten Klimaschutzkonzepte behandeln maximal drei Bedürfnisfelder, darunter am häufigsten die klassischen energierelevanten Bedürfnisfelder in regionalen Klimaschutzkonzepten, deren THG-Emissionen auch am umfassendsten nach dem Territorialprinzip bilanziert werden können: Strom, Wärme und Verkehr. Hier besteht demnach Potenzial für verstärktes Engagement in den übrigen Bedürfnisfeldern.

Priorisierung der Bedürfnisfelder aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen

Klimaschutzmanager und -managerinnen priorisieren Bedürfnisfelder und Maßnahmen anders als sie in den Klimaschutzkonzepten erwähnt werden. In diesem Unterkapitel wird Bezug auf die Ergebnisse der Befragung zu den prioritärsten Maßnahmen genommen und mit den Ergebnissen aus der Dokumentenanalyse verglichen.

In der Online-Befragung wurden Kommunen, Landkreise und Regionen gebeten, einige Anhaltspunkte zu den im Rahmen des jeweiligen Klimaschutzkonzepts geplanten bzw. umzusetzenden konsumbezogenen Maßnahmen zu geben. Des Weiteren wurden die Teilnehmenden aufgefordert, für jeden gegebenen Anhaltspunkt eine Maßnahme zur Förderung nachhaltigen Konsums im Rahmen des Klimaschutzkonzepts zu nennen (Titel der Maßnahme) und diese kurz zu beschreiben (Zielsetzung und Art der Aktivität). Bis auf drei Kommunen beschrieben alle mindestens eine Maßnahme.

Eine Zuordnung der Maßnahmen zu den oben eingeführten acht Bedürfnisfeldern zeigt, dass Maßnahmen in den Bedürfnisfeldern „Energieverbrauch in privaten Haushalten“, „Ernährung“ und „Arbeit“ – in absteigender Reihenfolge – als prioritär angesehen werden. Hier spiegeln sich die Ergebnisse aus der Dokumentenanalyse zum Teil wieder. Bemerkenswert ist, dass Mobilitätsmaßnahmen nicht in den Vordergrund gestellt werden.

Tabelle 12: Anzahl der aus der Sicht von Klimaschutzmanagern und -managerinnen prioritären Maßnahmen nach Bedürfnisfeldern

	Über- greifend	Energie- ver- brauch in priv. Haus- halten	Ernäh- rung	Arbeit	Mobili- tät	Woh- nen	Geld- anlagen	Freizeit	Beklei- dung	Sonsti- ges
M. 1	18	13	11	3	1	1	1	0	0	7
M. 2	6	10	9	9	3	0	0	0	0	1
M. 3	11	11	8	5	0	0	0	0	0	7
Summe	35	34	28	17	4	1	1	0	0	15

n = 60

Frage: Bitte geben Sie einige Anhaltspunkte zu den im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes umzusetzenden konsumbezogenen Maßnahmen / in Planung. [...] Nennen Sie die aus Ihrer Sicht prioritäre Maßnahme im oberen Feld, gefolgt von weiteren wichtigen Maßnahmen. Bitte nennen Sie zunächst die Titel der Maßnahmen.

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

4.2.2 Bevorzugte konsumbezogene Maßnahmen in konkreten Bedürfnisfeldern

In diesem Unterkapitel grenzen wir die Bedürfnisfelder jeweils ein. Unterschiedliche Maßnahmentypen wie Bildung oder Verbraucherinformation werden einem Bedürfnisfeld untergeordnet, um nicht nur zu sehen, wie nachhaltiger Konsum adressiert wird, sondern auch in welchem Bereich dies geschieht. Die Unterscheidung der Konsumbereiche geschieht in Anlehnung an die Bedürfnisfelder, die im nationalen Programm für nachhaltigen Konsum beschrieben werden (vgl. auch im Folgenden Bundesregierung 2016b, S. 26ff.). Nach Eingrenzung des jeweiligen Bedürfnisfeldes wird beschrieben, wie es in den Klimaschutzkonzepten aufgegriffen und mit Maßnahmen unterlegt wird. Im Anschluss gehen wir darauf ein, inwiefern, wie, und warum die Bedürfnisfelder von den Klimaschutzmanagern und -managerinnen über die quantitative Befragung priorisiert werden und welche Hemmnisse dabei bestehen.

Energieverbrauch in privaten Haushalten

Das Bedürfnisfeld „Energieverbrauch in privaten Haushalten“ stellt eine spezifische Differenzierung für die vorliegende Untersuchung dar. In Bundesregierung (2016b, S. 35ff.) werden im Bedürfnisfeld „Wohnen und Haushalte“ sowohl direkte energetische Verbräuche als auch indirekte energetisch wirksame Konsumfelder, wie die individuelle Wohnfläche, Einrichtungsgegenstände und Möbel, zusammengefasst. Da regionale Klimaschutzkonzepte oftmals einen Fokus auf die regionale Energieerzeugung und auch auf die regionalen Energieverbräuche legen, werden diese hier im Bedürfnisfeld „Energieverbrauch in privaten Haushalten“ berücksichtigt. Dazu gehören also Strom- und Wärmeverbräuche.

Das Bedürfnisfeld „Energieverbrauch in privaten Haushalten“ wird in allen untersuchten 89 Klimaschutzkonzepten berücksichtigt, da Energieeinsparungen zu den zentralen Handlungsansätzen für den Klimaschutz gehören. Zu den häufigsten in diesem Bedürfnisfeld identifizierten Maßnahmentypen gehören Informationsmaßnahmen. Diese umfassen sowohl Informationskampagnen und -broschüren zu Energieeinsparmaßnahmen im Haushalt als auch Beratungsangebote in kommunalen oder regionalen Anlaufstellen. In zwei Dritteln der untersuchten Konzepte werden auch Bildungsmaßnahmen entwickelt, um den Energieverbrauch im privaten Bereich zu beeinflussen. Maßnahmen der direkten finanziellen Förderung finden sich auch in ca. 50 % der untersuchten Konzepte. Sie umfassen beispielsweise Abwrackprämien für alte Haushaltsgeräte (vgl. beispielsweise Hirschl et al. 2015a; S. 347) oder generell

Zuschüsse für Neugeräte, Gutscheine für Energiespar-Checks (vgl. beispielsweise Kreis Ostholstein 2016, S. 116) oder auch den Austausch von Heizanlagen oder Anlagenkomponenten (vgl. beispielsweise Dezernat Klimaschutz Stadt Karben 2012, S. 79). Sie setzen also zumeist an konkreten Produkten oder Produktgruppen an und erlauben gezielte und kurzfristig wirksame Einflussnahmen auf den Energieverbrauch in privaten Haushalten. Zugleich stellen sie eine nicht unerhebliche Kostenposition für die öffentlichen Haushalte dar, sodass vor allem kleinere und finanziell schlechter ausgestattete Kommunen und Regionen diesen Maßnahmentyp nicht immer vorsehen.

Zu den Maßnahmen der nachhaltigen Ausgestaltung von Produkten und Produktionsprozessen gehören in diesem Bedürfnisfeld vor allem die Förderung von privaten EE-Anlagen, wie beispielsweise Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen auf oder an Wohngebäuden (vgl. beispielsweise Eichstädt et al. 2010, S. 408; Arff et al. 2013, S. 29), aber auch die Umsetzung erneuerbar gespeister Nahwärmenetze, die neben der Wärmeversorgung eigener kommunaler Liegenschaften auch private Haushalte adressieren (vgl. beispielsweise Schön 2011, S. 73).

Das Bedürfnisfeld „Energieverbrauch in privaten Haushalten“ ist aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen das prioritärste Bedürfnisfeld. Dessen Nennung überrascht nicht, da es in den Klimaschutzkonzepten am häufigsten erwähnt und mit Maßnahmen unterlegt wird. Die Ergebnisse aus der quantitativen Befragung zeigen, dass Klimaschutzmanager und -managerinnen dabei nicht nur den Konsum privater Haushalte berücksichtigen, sondern auch Investitionen in Infrastrukturen, um einen nachhaltigen Verbrauch zu unterstützen.

Die Klimaschutzmanager und -managerinnen, mit denen wir im Rahmen von Interviews sprachen, berichten, dass das Bedürfnisfeld „Energieverbrauch“ traditionell eine Kernkompetenz der Klimaschutzstelle sei. Daher sei es auch zugleich ein Themenfeld, in dem eine Kommune bereits gute Ansatzpunkte habe. Ein Fokus auf Energieverbrauch bei privaten Haushalten erlaube es, von vorhandenen Kompetenzen und Zuständigkeiten zu profitieren. Klimaschutzmanager und -managerinnen könnten über die rechtlichen und planerischen Verfahren einer Kommune (Baugenehmigungsvorhaben usw.) andocken. Zudem erhoffen sich die Städte den größten Beitrag im Bereich der Energieversorgung. Auch mit Informationen zu Verhaltensänderungen und Beratungsangeboten für Haussanierungen könnte man in diesem Bereich viel bewegen. Den Bereich „Bauen“ haben nicht alle Klimaschutzmanager und -managerinnen „auf dem Radar“ berichtet ein Befragter. Dort sei noch viel zu tun. Als Hemmnisse für eine verbrauchssenkende Entwicklung werden vor allem Rebound-Effekte gesehen, also die Anschaffung mehrerer Elektrogeräte, wodurch die Effizienzgewinne einzelner technologischer Entwicklungen (über-)kompensiert werden (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 35ff.). Aber auch Wissensdefizite bezüglich energiesparender Verhaltensweisen spielen eine Rolle. Demnach werden als notwendige Maßnahmen auf nationaler Ebene vor allem die Stärkung und Verbreitung von Energieeffizienz-Labels und Beratungsangeboten für Energiesparpotenziale angeführt (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 35ff.)

Mobilität

Der Verkehrssektor trägt in Deutschland zu ca. 30 % des Endenergieverbrauchs¹⁴ bei und zählt damit zu den wichtigsten energierelevanten Sektoren im Rahmen der Energiewende (BMW 2016). Das Bedürfnisfeld „Mobilität“ umfasst gegenüber der ansonsten breiten Auslegung des Verkehrssektors nur private Verkehrsleistungen. Darunter fallen neben Freizeitaktivitäten und Urlaubsreisen auch alltägliche Verkehrswege inklusive den Arbeitswegen. Letztere werden daher auch nicht im Bedürfnisfeld „Arbeit“ berücksichtigt. Mit einem Anteil von ca. 25 % nimmt die Mobilität bei den THG-Emissionen des

¹⁴ Darunter fallen nicht nur private Verkehrsleistungen, sondern auch sämtliche gewerblichen Leistungen.

privaten Konsums eine wichtige Stellung ein, die mit spezifischen Maßnahmen, auch auf regionaler Ebene, bedacht wird.

Das Bedürfnisfeld „Mobilität“ gehört zu den „klassischen“ Bedürfnisfeldern regionaler Klimaschutzkonzepte. Es wird in 84 der 89 untersuchten Konzepte behandelt. Nur in neun Konzepten ist keine konkrete Maßnahme unterlegt. Der am häufigsten identifizierte Maßnahmentyp in diesem Bedürfnisfeld ist die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand. Die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen mit Vorbildwirkung ist sehr unterschiedlich. So finden sich Maßnahmen zur Umstellung des ÖPNV auf klimafreundlichere Verkehrsmittel und Antriebe (vgl. beispielsweise Hirschl et al. 2015a, S. 336f.; Arff et al. 2013, S. 81f.), aber auch die Anschaffung klimafreundlicherer Verkehrsmittel für den öffentlichen Fuhrpark (vgl. beispielsweise Hirschl et al. 2015a, S. 339f.; Hilse et al. 2013, S. 67).

Ebenfalls in knapp zwei Dritteln der untersuchten Konzepte finden sich Informationsmaßnahmen, die entweder allgemein über regionale Mobilitätskonzepte beraten oder direkt einzelne Verkehrsmittel oder den Umweltverbund als umwelt- und klimafreundliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV) bewerben (vgl. beispielsweise Steinhoff et al. 2013, S. 120; Karg et al. 2012, S. 160f.). Sie zielen damit direkt auf konkrete Konsumaktivitäten im Alltag ab und begleiten die angebotsseitigen Maßnahmen, wie beispielsweise den Ausbau von Radwegenetzen. Eine ähnliche Zielrichtung wird mit Bildungsmaßnahmen verfolgt, die in ca. einem Drittel der untersuchten Konzepte identifiziert werden. Insgesamt ein Drittel der untersuchten Konzepte weisen Fördermaßnahmen in diesem Bedürfnisfeld auf. Darunter finden sich Zuschüsse zu ÖPNV-Tickets, sowohl für Arbeitswege (vgl. beispielsweise Barden et al. 2013, S. 84) als auch für touristische Aktivitäten (vgl. beispielsweise Münch et al. 2012, S. 144f.) oder generell in Form von Angeboten „zum Ausprobieren“ (vgl. beispielsweise Adapton Energiesysteme AG 2011, S. 119).

12 der 19 insgesamt identifizierten Forschungsmaßnahmen werden ebenfalls im Bedürfnisfeld „Mobilität“ identifiziert. Hierunter fallen Konzept- und Potenzialstudien (vgl. beispielsweise Arff et al. 2013, S. 32; Barden et al. 2013, S. 84) und Pilotprojekte, die wissenschaftlich begleitet oder zumindest ausgewertet werden (vgl. beispielsweise Hirschl et al. 2015a, S. 318; Planersocietät 2013, S. 42).

Umwelt- und Sozialzeichen finden sich in nur wenigen der untersuchten Konzepte. Hierbei handelt es sich um Auszeichnungen für fahrradfreundliche Regionen (Demmeler et al. 2011, S. 235) oder Unternehmen (Hohmeyer et al. 2010, S. 316) oder um Kennzeichnungen elektrisch betriebener, privater Verkehrsmittel (infas enermetric Consulting GmbH 2014, S. 76).

Bemerkenswert ist, dass das Bedürfnisfeld „Mobilität“ vergleichsweise selten unter den prioritärsten Bedürfnisfeldern von Klimaschutzmanager und -managerinnen in der Online-Befragung genannt wird. Jedoch zeigt die Dokumentanalyse, dass Maßnahmen im Bereich Mobilität sehr verbreitet sind. Daraus lässt sich ableiten, dass diese von Klimaschutzmanagern und -managerinnen nicht unter nachhaltigem Konsum erfasst werden bzw. zum Standardmaßnahmenportfolio gehören. In diesem Bereich seien auch klare Kompetenzen im Kommunalrecht, Planungskompetenzen und Zugang und deshalb „weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten“ vorhanden, berichtet ein Befragter in einem Interview. Maßnahmen in diesem Bereich würden nicht als tatsächlich konsumbezogene Maßnahmen angesehen werden, sondern als Teil eines ganzheitlichen kommunalen Mobilitätskonzepts, in welchem auch Anreize für Änderungen im Mobilitätsverhalten gesetzt werden würden. Jedoch wird als bedeutendes Hemmnis in diesem Bedürfnisfeld die geringe Anpassungsfähigkeit alltäglicher Routinen angeführt (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 26ff.). Weiterhin spielen die Kostenrelationen verschiedener Verkehrsträger eine wichtige Rolle bei individuellen Konsumentscheidungen, sodass umwelt- und klimarelevante Aspekte in den Hintergrund gedrängt werden würden. In ländlichen Räumen wird weiterhin eine mangelnde öffentliche Verkehrsinfrastruktur bei gleichzeitig erhöhten Mobilitätsbedürfnissen als entscheidender Aspekt der vorzufindenden Konsummuster hervorgehoben. Auf diese Problemstellung zielen vorgeschlagene Maßnahmen ab, unter denen die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs als kon-

krete Maßnahme hervorsteht. Aber auch weichere Maßnahmen, die auf die Verlagerung der Verkehrsleistung auf andere umwelt- und klimafreundliche Mobilitätsformen abzielen, werden als wichtig erachtet. Dazu gehören beispielsweise innovative Nutzungsformen wie Carsharing, aber auch Potenziale regionalplanerischer Maßnahmen zur Förderung und Sicherung wohnortnaher Einrichtungen des alltäglichen Bedarfs (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 26ff.).

Arbeit

Das Bedürfnisfeld „Arbeit“ fokussiert vor allem auf die Nutzung von Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) sowie auf den Strom- und Papierverbrauch im beruflichen Umfeld. Hier wird darauf abgezielt, dass sich eine Sensibilisierung im Arbeitsumfeld auch auf Konsumententscheidungen auswirkt.

Das Bedürfnisfeld „Arbeit“ wird in insgesamt 49 der untersuchten Klimaschutzkonzepte adressiert. Die Verteilung der identifizierten Maßnahmen zeigt einen eindeutigen Schwerpunkt auf Vorbildmaßnahmen der öffentlichen Hand. Dabei ist zu beachten, dass diese Maßnahmen, wie auch in anderen Bedürfnisfeldern, nicht ausschließlich auf die Vorbildwirkung abzielen, sondern zumeist primär auf die nachhaltige Ausgestaltung der öffentlichen Beschaffung und der Arbeitsprozesse in öffentlichen Verwaltungen und anderen Einrichtungen. Zu den Maßnahmen mit Vorbildwirkung gehören daher die Einrichtung von Energiemanagementsystemen, nachhaltige Standards in der Beschaffung von Strom- und Wärmeenergie und Vorgaben für die nachhaltige Ausgestaltung von Arbeitsprozessen. Bildungs- und Informationsmaßnahmen werden gesondert aufgeführt, zielen aber in diesem Bedürfnisfeld auch auf die nachhaltige Ausgestaltung von Arbeitsprozessen ab. Angesichts des festgestellten Schwerpunkts auf Vorbildmaßnahmen in öffentlichen Verwaltungen und anderen Einrichtungen besteht im Bedürfnisfeld „Arbeit“ noch ein großes Ausbaupotenzial in Richtung privatwirtschaftlicher Unternehmen. Hier wären Bildungs- und Informationsangebote denkbar und mittels Fördermaßnahmen ließen sich Unternehmen auf Basis ihrer Bestrebungen zur Kosteneinsparung ansprechen.

In der quantitativen Befragung nimmt das Bedürfnisfeld „Arbeit“ die dritte Position ein, wird jedoch in den meisten Nennungen mit Maßnahmen der öffentlichen Beschaffung und zur Vorbildfunktion der öffentlichen Hand zusammengebracht. Dies bestätigt die Ergebnisse aus der Dokumentanalyse, aus der ein dringender Bedarf für eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitsprozesse der Unternehmen abgeleitet wurde.

Aus den Interviews lässt sich ableiten, dass viele Kommunen mit eigenen Verhaltensänderungen anfangen, um als Vorbild zu dienen, bevor sie von Bürgern und Bürgerinnen verlangen, das gleiche zu tun. Als Hemmnisse werden vor allem die geringe Verbreitung fundierter Labels sowie die teilweise sehr kurzen Produkt- und Innovationszyklen der Hersteller gesehen (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 39ff.). Demnach wird als Maßnahme die Bewusstseinsbildung bei Verbrauchern und Verbraucherinnen durch Informationsbereitstellung und eine stärkere Durchsetzung aussagekräftiger Labels gesehen. Weiterhin ist die Verlängerung der Nutzungsdauer der IKT-Geräte als relevante Maßnahme angeführt. Dies kann sowohl über die Sensibilisierung der Konsumenten und Konsumentinnen bezüglich der Nutzungs- und Konsumgewohnheiten geschehen, als auch über die Förderung von Reparatur- und Wieder- oder Weiterverwendungsangeboten (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 39ff.).

Ernährung

Das Bedürfnisfeld „Ernährung“ umfasst die Ernährungsgewohnheiten auf Konsumentenseite. Dabei wird allerdings die gesamte Wertschöpfungskette der Nahrungsmittelproduktion bis zur Abfallverwertung einbezogen. Es wird also vor allem auf die nachhaltige Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte zur Nahrungsmittelbereitstellung abgezielt, allerdings auch auf nachgelagerte Verarbeitungs-

und Transportprozesse. Die geringsten klimaschädlichen Wirkungen werden einer ökologischen und saisonalen Bereitstellung von Nahrungsmitteln unterstellt (Bundesregierung 2016b, S. 30).

Das Bedürfnisfeld „Ernährung“ wird in insgesamt 30 der untersuchten Klimaschutzkonzepte angesprochen. Die häufigsten Maßnahmentypen sind die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand und Bildungs- und Informationsmaßnahmen. Die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand ergibt sich zumeist aus Maßnahmen, mit denen in den Kantinen öffentlicher Einrichtungen, wie beispielsweise Ämtern, Schulen und Hochschulen, die Verwendung und das Angebot nachhaltiger Lebensmittel umgesetzt werden soll.

Maßnahmen zur nachhaltigen Ausgestaltung von Produkten und Produktionsprozessen im Bedürfnisfeld beinhalten vor allem eine Unterstützung von Urban Gardening Projekten, beispielsweise durch die Bereitstellung geeigneter kommunaler Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln (vgl. beispielsweise Kriebs et al. 2013, S. 292; Ahlborn et al. 2014, S. 73; Arff et al. 2013, S. 107). Eigens entwickelte regionale Umwelt- und Sozialzeichen werden im Bedürfnisfeld „Ernährung“ in nur geringfügiger Anzahl identifiziert. Dabei wird für die Kennzeichnung von Lebensmitteln mit Siegeln vor allem auf die Regionalität, aber auch auf Bio-Standards der Nahrungsmittel abgestellt (vgl. beispielsweise Demmeler et al. 2011, S. 192; Blumberg et al. 2015, S. 92).

Das Bedürfnisfeld „Ernährung“ kommt an zweiter Stelle der Priorisierung der Klimaschutzmanager und -managerinnen. Sowohl in den Interviews als auch in der quantitativen Befragung ergab sich, dass dieses Bedürfnisfeld eine hohe Priorität genießt, weil die Konsumenten und Konsumentinnen sich oft angesprochen fühlen und weil Maßnahmen in diesem Bedürfnisfeld sich leicht mit sozialen- und Freizeitaktivitäten kombinieren lassen (z. B. Verkostungen, Kochkurse). Maßnahmen in diesem Bedürfnisfeld werden aber nicht immer von politischen Verantwortlichen (Gemeinderat) gebilligt, da diese zum Teil als übergriffig empfunden werden.

Interessanterweise ist die Anzahl der Nennungen des Bereichs „Ernährung“ proportional viel höher, als die Anzahl der Erwähnung dieses Bereichs in den Klimaschutzkonzepten. Dies zeigt, dass Klimaschutzmanager und -managerinnen ein hohes Potenzial für eine stärkere Berücksichtigung dieses Bedürfnisfeldes wahrnehmen und dass zusätzliche Maßnahmen in diesem Bereich prioritär umgesetzt werden können und sollen.

Klimaschutzmanager und -managerinnen berichten, dass das Thema „Ernährung und Klimawandel“ zunehmend Leute interessiere und daher leicht zu adressieren wäre. Zudem lasse sich das Thema Ernährung leicht mit anderen Argumenten und Themen verbinden. Beispielsweise könne eine Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt erfolgsversprechend sein. Ernährung sei ein Themenfeld, das lebensnah ist, welches sich den Bürgern und Bürgerinnen „gut erklären lässt“ und bei dem sich positive Assoziationen gut entwickeln lassen. Auch spielten die Verwaltung als Vorbild sowie weitere Multiplikatoren und Multiplikatorinnen eine wichtige Rolle, die mit regionalen bzw. klimafreundlichen Produkten bei Veranstaltungen die Idee verbreiten können.

Die größten Hemmnisse für die Entwicklung nachhaltiger Konsummuster im Bedürfnisfeld der Ernährung werden in starren Gewohnheiten gesehen. Die Bundesregierung forciert auf nationaler Ebene folgende Maßnahmen, die sich auch zur Umsetzung auf regionaler Ebene eignen: Bildungs- und Informationsmaßnahmen in Schulen und Kitas, die Verringerung von Lebensmittelabfällen und ein stärkerer Fokus auf regionale Potenziale zur Nahrungsmittelbereitstellung.

Geldanlagen

Im Kontext der bisherigen, größtenteils dezentralen Energiewende in Deutschland wird die Bedeutung der Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den teilweise umfangreichen Investitionen in beispielsweise EE-Erzeugungsanlagen hervorgehoben, nicht zuletzt um die Akzeptanz für Energiewendemaßnahmen zu steigern (vgl. beispielsweise Schweizer-Ries et al. 2010).

Um diesen Aspekt, der in besonderem Maße auch Eingang in regionale Klimaschutzstrategien findet, zu berücksichtigen, wird das Bedürfnisfeld „Geldanlagen“ eingeführt. Berücksichtigt werden sollen hier vorrangig kommunale bzw. regionale Beteiligungsangebote an die lokale Bevölkerung. Diese können direkter Natur sein, wenn beispielsweise konkrete EE-Anlagen-Investitionen in kommunaler Hand für die Beteiligung der lokalen Bürger und Bürgerinnen geöffnet werden. Indirekte Maßnahmen können auch mit der Bereitstellung von Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten oder Beratungsmaßnahmen zur Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten über bestimmte Gesellschaftsformen konzipiert werden.

Die Entscheidung der Bürger und Bürgerinnen im Bedürfnisfeld „Geldanlagen“ in Finanzinstitute mit nachhaltigem Geschäftskonzept oder in konkrete regionale Klimaschutzprojekte zu investieren, wird in ca. einem Drittel der untersuchten Konzepte thematisiert. Dabei ist die Zuordnung zu einem Maßnahmentyp nicht immer eindeutig, sodass insgesamt nur drei konkrete Informationsmaßnahmen identifiziert werden. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Informationsveranstaltungen, mit denen den Bürgern und Bürgerinnen die Beteiligungsmöglichkeiten an regionalen EE-Anlagen näher gebracht werden sollen (Bottenbruch et al. 2013, S. 200; infas enermetric Consulting GmbH 2014, S. 104; Steinhoff et al. 2013, S. 118).

Auch unter den prioritären Maßnahmen, die von Klimaschutzmanagern und -managerinnen in der Online-Befragung gegeben wurden, werden Maßnahmen in diesem Bedürfnisfeld nur einmal erwähnt. In den Interviews wurde es damit erklärt, dass Kommunen, Landkreise und Regionen – außer über Bewusstseinskampagnen – wenig Einfluss darauf nehmen könnten. Hinweise auf Einflussmöglichkeiten zumindest auf die in Trägerschaft der Gebietskörperschaften befindlichen Sparkassen wurden nicht gegeben. Dennoch könnte gemeinsam mit Banken für nachhaltige Geldanlagen geworben werden. Ob es dafür Interesse gäbe und ob sich der Aufwand lohnen würde, wäre sehr ungewiss, berichten zwei Klimaschutzmanager und -managerinnen in Interviews. Deswegen würden Geldanlagen nicht als Priorität angesehen werden. Bürgerwindparks und Bürgerenergiegenossenschaften würden jedoch von manchen Kommunen unterstützt werden.

Freizeit

Das Bedürfnisfeld „Freizeit“ umfasst im „Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum“ neben Kultur- und Sportaktivitäten vor allem den Tourismusbereich. Letzterer ist bezüglich der Klimawirkung vor allem durch Reiseaktivitäten geprägt. In der vorliegenden Untersuchung wird der Bereich der Urlaubsreisen ausgeblendet und im Bedürfnisfeld Mobilität berücksichtigt, denn der regionale Fokus der untersuchten Klimaschutzkonzepte berücksichtigt keine überregionalen Reiseaktivitäten der Einwohner und Einwohnerinnen. Die Untersuchung beschränkt sich daher auf die Förderung von bestehenden und die Entwicklung konkreter Angebote klima- und umweltfreundlicher Freizeitaktivitäten innerhalb der untersuchten Regionen. Als wichtige Maßnahmen in diesem Bedürfnisfeld werden die Sensibilisierung der Konsumenten und Konsumentinnen durch gezielte Informationsbereitstellung und die Verbreitung von Labels und Kennzeichnungen gesehen. Es wird aber auch das Potenzial der Ausgestaltung regionaler Freizeitangebote als nachhaltigkeitsorientierte Lernorte herausgestellt (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 45ff.).

Das Bedürfnisfeld „Freizeit“ gehört unter allen für die vorliegende Untersuchung relevanten Bedürfnisfeldern zu dem in den untersuchten Klimaschutzkonzepten am wenigsten berücksichtigten. In nur 19 der untersuchten 89 Konzepte finden sich Hinweise auf eine Beschäftigung mit Konsumaspekten in der Freizeitgestaltung und nur 16 dieser Konzepte präsentieren konkrete regionalspezifische Maßnahmen (vgl. Tabelle 1). Ein Großteil der identifizierten Maßnahmen in diesem Bedürfnisfeld fällt in die Kategorie der Informationsmaßnahmen. Die weiteren in diesem Bedürfnisfeld zum Einsatz kommen-

den Maßnahmen umfassen die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand, indem öffentliche Veranstaltungen klimaneutral geplant und durchgeführt werden, aber auch in geringem Umfang finanzielle Fördermaßnahmen.

Dieses Bedürfnisfeld wurde von Klimaschutzmanagern in ihren Angaben in der Online-Befragung vernachlässigt. Aus den Interviews lässt sich ableiten, dass sich Landkreise beim Thema „Freizeit“ mehr zuständig zu fühlen scheinen als Kommunen. Angebote für nachhaltigen Tourismus können verstärkt von Kooperationen zwischen Kommunen und Landkreisen vermarktet werden.

Bekleidung

Im Bedürfnisfeld „Bekleidung“ tragen mehrere Aspekte zur besonderen Klimarelevanz bei. Der gestiegene Anteil an Importen sowie eine geringe durchschnittliche Nutzungsdauer und eine damit einhergehende höhere Konsummenge begründen den gestiegenen Umfang umwelt- und klimaschädlicher Wirkungen. Auch hier sind die gesamten Wertschöpfungsketten beginnend bei der Fasergewinnung (Baumwollanbau oder Synthetikfaserproduktion) Gegenstand der Problemstellung und der Lösungsansätze. Es werden mehrere Hemmnisse für die Etablierung nachhaltiger Konsummuster diskutiert: mangelndes Wissen der Konsumenten und Konsumentinnen um die sozialen und ökologischen Wirkungen, starre Konsumgewohnheiten und der Fokus auf Kostenaspekte bei den Konsumententscheidungen. Entsprechend werden mehrere Maßnahmen vorgeschlagen: die Bereitstellung von Informationen zum nachhaltigen Kleidungskonsum, die Förderung von Wiederverwendungs- und Recycling-Ketten sowie die Schärfung des Umweltbewusstseins der Konsumenten und Konsumentinnen.

Das Bedürfnisfeld „Bekleidung“ wird in nur einem einzigen der untersuchten regionalen Klimaschutzkonzepte behandelt. Hier handelt es sich um eine Förderung von offenen Werkstätten, die explizit auch die Reparatur von beschädigten Kleidungsstücken ermöglichen sollen, um die Nutzungsdauer und die Wiederverwendungsrate zu erhöhen (Arff et al. 2013, S. 34). Alle anderen untersuchten 88 Klimaschutzkonzepte blenden dieses Bedürfnisfeld komplett aus. Das Bedürfnisfeld „Bekleidung“ wurde sowohl in den Interviews als auch in der Online-Befragung kaum erwähnt.

Aufgrund der weit verzweigten und globalen Verankerung der Wertschöpfungsketten sind die Handlungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene begrenzt. Gerade im Rahmen umfassender Klimaschutzkonzepte kann das Bedürfnisfeld Bekleidung aber beispielsweise in übergeordneten Informations- und Bildungskampagnen berücksichtigt werden (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 41ff.).

Wohnen

Als Ergebnis der für die vorliegende Untersuchung spezifischen Abspaltung des Bedürfnisfeldes „Energieverbrauch in privaten Haushalten“ verbleiben im Bedürfnisfeld „Wohnen“ diejenigen haushaltsbezogenen Konsumtätigkeiten, die die individuelle Wohnfläche sowie Einrichtungsgegenstände und Möbel umfassen. Wenn auch die individuelle Wohnfläche über den flächenspezifischen Raumwärmebedarf energetisch wirksam ist, so leitet sich die Entwicklung dieser Kennzahl dennoch aus dem langfristigen Trend zu kleineren Haushalten ab, der eher als übergreifender Lebensstil, denn als bewusst energierelevante Konsumententscheidung zu verstehen ist.

Im Rahmen der spezifischen Abgrenzung des Bedürfnisfeldes „Wohnen“ werden nur zwei regionale Klimaschutzkonzepte identifiziert, die dieses Feld berücksichtigen (Arff et al. 2013, S. 107f.; Eisenmann et al. 2014, S. 32 im Anhang). Während Arff et al. (2013) lediglich grobe Empfehlungen für Maßnahmen bzw. Zielsetzungen geben, präsentieren Eisenmann et al. (2014) die einzige für dieses Bedürfnisfeld vorgefundene konkrete Maßnahme. Diese beschäftigt sich mit der individuellen Wohnfläche, deren Durchschnitt durch die Förderung von Wohnungstausch-Netzwerken gesenkt werden soll. Die Einordnung in den Maßnahmentyp der finanziellen Förderung wird vorgenommen, da explizit eine

Umzugsprämie vorgesehen ist. Insgesamt findet das Bedürfnisfeld in den untersuchten regionalen Klimaschutzkonzepten also nahezu keine Beachtung.

Auch in ihren Angaben in der Online-Befragung wird dieses Bedürfnisfeld von Klimaschutzmanagern und -managerinnen vernachlässigt.

Hier wird als wichtigster Hemmnisfaktor eine mangelnde Informationsbasis bezüglich der Umwelt- und Klimawirkungen der Konsumententscheidungen angeführt, sodass Informationsbereitstellung, Beratungsmaßnahmen und Produktkennzeichnungen als relevante Maßnahmen gelten (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 35ff.). Bezüglich der individuellen Wohnfläche wird die Unterstützung neuer gemeinschaftlicher Wohnformen als zielführende Maßnahme angeführt. Hier werden vor allem die Kommunen für die entsprechende Stimulierung des lokalen Wohnungsmarktes und die Vernetzung relevanter Akteure gesehen, während Bund und Länder finanzielle Mittel, Informationen und Beratungen bereitstellen können (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 35ff.).

Schlussfolgerungen zur Priorisierung der Bedürfnisfelder

Es wurde in den Interviews und über die von den Klimaschutzmanagern und -managerinnen gegebenen Definitionen des „nachhaltigen Konsums“ in der Online-Befragung ersichtlich, dass Klimaschutzmanager und -managerinnen nicht in den Kategorien des nationalen Programms denken und dass sie die verschiedenen Bereiche nicht systematisch präsent haben. Hier spiegelten sich die Ergebnisse aus der Dokumentenanalyse wider: Eine umfangreiche Berücksichtigung der konsumbezogenen Bedürfnisfelder ist selten vorhanden und bestimmte Bedürfnisfelder (insbesondere „Wohnen“, „Bekleidung“ und „Freizeit“) werden kaum berücksichtigt. Auch zu erwähnen ist die hohe Anzahl an übergreifenden Maßnahmen, wie z. B. Informationskampagnen zum Thema Klimaschutz oder „Leben ohne Plastik“, um Konsumenten und Konsumentinnen in das Problemfeld einzuführen. Bedürfnisfelderübergreifende Maßnahmen gehören zudem zu den beliebtesten Maßnahmen, obwohl sie von manchem Klimaschutzmanager und mancher Klimaschutzmanagerin als ineffizient bezeichnet werden.

Wie priorisieren Klimaschutzmanager und -managerinnen Maßnahmen in konsumbezogenen Bedürfnisfeldern? Die Interviews geben Aufschluss darüber, auf welchen Kriterien die Priorisierung der Bedürfnisfelder beruhen:

- ▶ **Erwartete Wirkung** auf das Klima (nicht immer faktenbasiert, da konsumbezogene Maßnahmen oft nur indirekte Wirkungen auf das Klima haben, und eine Evaluierung daher schwierig ist).
- ▶ **Zuständigkeit und Vorhandensein von fachlichen Kompetenzen, Zugängen und Erfahrung:** Aus Sicht von befragten Klimaschutzmanager und -managerinnen verfügen Kommunen über mehr oder weniger Einfluss je nach Bedürfnisfeld: Lebensstile und Konsumgewohnheiten würden viel mehr von Medien, von der Wirtschaft und der Gesellschaft beeinflusst als von Kommunen. Daher lohnen sich Investitionen in Maßnahmen beispielsweise in den Bereichen Bekleidung aus ihrer Sicht nicht, berichtet ein Befragter. Im Bereich „Ernährung“ seien Kommunen auch nur zum Teil (über Verwaltungs- und städtische Schulkantinen) zuständig. Bestimmte Bedürfnisfelder werden von Klimaschutzmanager und -managerinnen innerhalb der Verwaltung auch nicht verantwortet (z. B. Mobilität). In den Bedürfnisfeldern, die direkt vom Klimaschutzmanager oder der Klimaschutzmanagerin verantwortet werden, bestehen in der Regel bereits Erfahrung und Kontakte, auf die leicht(er) zugegriffen wird.
- ▶ **Kosteneffizienz der Maßnahmen:** Von welchen Maßnahmen werden die höchsten Wirkungen für das kleinste Budget erwartet? In der Regel werden zunächst Maßnahmen umgesetzt, die die kleinsten Ausgaben verursachen. Dies sind insbesondere Maßnahmen wie Informationskampagnen und Vernetzung und Maßnahmen, die keine direkten Ausgaben benötigen wie Förderprogramme.

4.2.3 Bevorzugte Maßnahmentypen in Klimaschutzkonzepten und aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen

In diesem Unterkapitel wird die Häufigkeit der jeweiligen Maßnahmentypen in den Klimaschutzkonzepten vorgestellt. Diese Ergebnisse werden mit den Angaben zu prioritären Maßnahmen aus der quantitativen Befragung verglichen.

Über alle untersuchten 89 Klimaschutzkonzepte hinweg konnten alle Maßnahmentypen aufgefunden werden, wobei sich die Häufigkeit der identifizierten Maßnahmen je nach Typ deutlich voneinander unterscheidet. Der mit Abstand häufigste Maßnahmentyp ist die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand. Dieser Maßnahmentyp ist in mehreren Bedürfnisfeldern vorzufinden, vorrangig allerdings in den Bedürfnisfeldern „Energieverbrauch in privaten Haushalten“, „Mobilität“ und „Arbeit“. Gleich danach kommen Informationsmaßnahmen. Als dritthäufigstes werden Bildungsmaßnahmen geplant.

Tabelle 13: Anzahl identifizierter konsumrelevanter Maßnahmen nach Maßnahmentypen und Anzahl untersuchter Konzepte ohne Maßnahmen eines bestimmten Typs

Maßnahmentyp	Anzahl identifizierter Maßnahmen		Anzahl Konzepte mit Maßnahmentyp
	in den Bedürfnisfeldern	in übergeordneten Maßnahmen	
Vorbild	203	38	85
Information	179	61	88
Bildung	117	47	85
Monitoring	90	58	70
Förderung	85	5	55
Produktion	46	7	43
Siegel	30	4	28
Feldforschung	19	4	16

Untersuchungsgegenstand: n = 89 regionale Klimaschutzkonzepte.

Wurden mehrere Maßnahmen eines Typs in einzelnen Bedürfnisfeldern gefunden (bspw. zwei Bildungsmaßnahmen im Bedürfnisfeld „Ernährung“), so wurden sie in der Zählung nur einmal berücksichtigt.

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Über die Online-Befragung werden Maßnahmentypen in einer ähnlichen Reihenfolge von den Klimaschutzmanagern und -managerinnen eingeordnet. Am häufigsten werden Maßnahmen des Typs „Verbraucherinformation“ umgesetzt (vgl. Tabelle 14). Dabei handelt es sich sowohl um Öffentlichkeitsarbeit und Informationskampagnen im Allgemeinen, als auch um zielgruppenspezifische Beratungsangebote (z. B. quartierspezifische Angebote) und Mitmachangebote (wie „Klimafrühstücke“, Veranstaltungen in „Repair-Cafés“, Organisation von Tauschbörsen), über welche Informationen verbreitet werden.

Maßnahmen zur Vorbildfunktion der öffentlichen Hand werden am zweithäufigsten von Klimaschutzmanager und -managerinnen in der Befragung als prioritäre Maßnahmen genannt. Bildungsmaßnahmen kommen an dritter Position, mit Lernmodulen, Demonstrationen (z. B. eines Elektroautos) sowie Mitmachaktivitäten in Schulen. Dies spiegelt die Ergebnisse aus der Dokumentenanalyse wider. Vorbild-, Informations- und Bildungsmaßnahmen werden demnach auch am häufigsten in den Konzepten geplant. Sie sind vergleichsweise kostensparend und leicht umzusetzen und werden deshalb am häufigsten ausgewählt. Jedoch berichten erfahrene Klimaschutzmanager und -managerinnen, dass diese nicht ausreichen, um Konsumenten und Konsumentinnen zu erreichen und Lebensstile zu verändern. Dies läge unter anderem daran, dass sie nicht zielgruppenspezifisch geplant werden würden.

„Produktionsprozesse“ werden sechsmal erwähnt. Nicht nur lokale landwirtschaftliche Betriebe und Unternehmen werden über Beratungsarbeit und Netzwerke dazu angeregt und unterstützt, klimaneutrale Produkte zu produzieren, sondern auch der lokale Handel und gewerbliche Akteure werden darüber informiert und sie werden gefördert, nachhaltige bzw. lokal erzeugte Produkte in ihr Sortiment aufzunehmen und anzubieten.

Eine finanzielle Förderung wird jedoch selten angeboten (fünf Nennungen). Siegel, vor allem regionale Siegel, wurden unter den prioritären Maßnahmen von zehn Kommunen gezählt; vier Nennungen beziehen sich auf „Fair-Trade Siegel“. Feldforschung wurde zweimal erwähnt, einerseits um eine Zielgruppenanalyse durchzuführen, andererseits um Handlungsoptionen zu entwickeln, wie Produkte verwertet werden können.

Tabelle 14: Anzahl der aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen prioritären Maßnahmen nach Maßnahmentyp

	Verbraucherinformation	Vorbildfunktion der öffentlichen Hand	Bildung	Siegel	Produktionsprozesse	Finanzielle Förderung	Feldforschung	Monitoring
M. 1	24	8	6	5	4	3	0	0
M. 2	20	13	4	0	2	1	2	0
M. 3	18	9	2	5	0	1	0	0
Summe	62	20	12	10	6	5	2	0

n = 60

Frage: Bitte geben Sie einige Anhaltspunkte zu den im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes umzusetzenden konsumbezogenen Maßnahmen / in Planung. [...] Nennen Sie die aus Ihrer Sicht prioritäre Maßnahme im oberen Feld, gefolgt von weiteren wichtigen Maßnahmen. Bitte nennen Sie zunächst die Titel der Maßnahmen.

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Monitoring-Maßnahmen können bei entsprechend guter Datenlage sehr wohl für einzelne Bedürfnisfelder entwickelt werden. Nicht ausreichende Bilanzdaten oder fehlende konsumrelevante Zielindikatoren sind allerdings oftmals Gründe für ein eher übergreifend ausgestaltetes Monitoring im Konsumbereich, vor allem abseits der Bedürfnisfelder „Energieverbrauch in privaten Haushalten“ und „Mobilität“.

4.2.4 Rolle von Prosuming

Die Diskussion um die Ausgestaltung der Energiewende findet auch auf Ebene der beteiligten Akteure statt. Der Einbezug von Akteursgruppen umfasst dabei nicht nur die Rolle von beispielsweise Bürgern und Bürgerinnen als Investoren, sondern auch als Marktteilnehmer. In dieser Rolle können sie zugleich als Produzenten und Produzentinnen und als Konsumenten und Konsumentinnen auftreten. Werden beide Rollen zugleich ausgefüllt, beispielsweise durch den Eigenverbrauch von mit Photovoltaik-Anlagen selbst erzeugter Strommengen, so spricht man von Prosumern und Prosumerinnen. Im Bereich der Energieerzeugung spielen die Wirtschaftlichkeit gegenüber dem Strombezug aus dem Netz sowie die Unabhängigkeit von Energieversorgern eine Rolle für die Entscheidung der Betätigung als Prosumer oder Prosumerin (vgl. beispielsweise Aretz et al. 2016).

Die Förderung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Prosumer und Prosumerinnen in verschiedenen Märkten kann eine Teilstrategie zur Einbindung von Konsumenten und Konsumentinnen in die Ausgestaltung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster sein. Die Bewertung

von Konsumalternativen und finanzieller Teilhabe, aber auch das direkte Mitwirken an Transformationsprozessen werden als entscheidende Aktivierungsfaktoren gesehen (vgl. Reisch 2013).

Neben der Konzeption von Maßnahmen wurden die regionalen Klimaschutzkonzepte zusätzlich auf Hinweise für die Hervorhebung der Bedeutung von Prosumern und Prosumerinnen für den Klimaschutz sowie konkrete Maßnahmen zur Förderung von Prosumern und Prosumerinnen untersucht. Die verwendeten Schlagworte der Konzeptanalyse finden sich in Anhang 8.1.

Im Ergebnis finden sich in zehn der 89 untersuchten Klimaschutzkonzepte Hinweise auf Prosuming-Aspekte. Dazu gehören konkrete Maßnahmen zur Förderung von Prosuming-Aktivitäten im Bereich der Energieerzeugung (vgl. beispielsweise Hirschl et al. 2015a, S. 229), Informationsveranstaltungen zu rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der energetischen Eigenversorgung (vgl. beispielsweise Suck et al. 2013, S. 178) oder Pilotprojekte zur Bilanzierung des Eigenverbrauchs im Strombereich (vgl. beispielsweise Eisenmann et al. 2014, S. 92). Allen zehn Konzepten, die sich dem Prosumer-Thema annehmen, ist allerdings gemein, dass sie sich auf den Bereich der Energieerzeugung beschränken und dabei insbesondere auf die Stromproduktion durch PV-Anlagen für den Eigenverbrauch. In anderen Bedürfnisfeldern werden Aspekte des Prosuming oder der Selbstversorgung nicht adressiert.

Über die Interviews wurde festgestellt, dass Prosuming-Maßnahmen oft nicht als solches von Klimaschutzmanagern und -managerinnen bezeichnet werden, dass jedoch einige Kommunen und Regionen solche Maßnahmen planen und umsetzen, insbesondere bei der Förderung von Stromerzeugungsanlagen (z. B. Quartierkraftwerke, Ausbau der Solarenergie auf privaten Dächern) und im Bereich „Urban gardening“. Jedoch ist eine Förderung aller Projekte nicht immer möglich und nicht alle Kommunen sind bereit, solche Förderprogramme aufzusetzen.

4.3 Rolle der Akteure

Welche Rollen werden welchen Akteuren zugeordnet? Welche Rollen tragen Wirtschaft, Verbände und Bürger und Bürgerinnen? Als Ausgangspunkt ist auf die Festlegung der Bundesregierung bei der Ausgestaltung eines nachhaltigen Konsums hinzuweisen, der als eine gemeinsame Aufgabe betrachtet wird: „Deutlich mehr Nachhaltigkeit beim Konsum ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Verantwortlich sind alle: öffentliche Hand, Handel, Industrie und jeder Einzelne. Eine Abwälzung der Verantwortung allein auf die Verbraucher und Verbraucherinnen darf nicht erfolgen, dennoch ist ihre engagierte Mitwirkung für eine erfolgreiche Politikgestaltung unverzichtbar“ (Bundesregierung 2016b). Wie schlägt sich dies nun in der Analyse der Klimaschutzkonzepte sowie der Befragung der Klimaschutzmanager und -managerinnen nieder? Welches Verständnis der Konsumentenrolle und welche Zuweisung von Verantwortung sind in den Klimaschutzprogrammen und unter Klimaschutzmanagern und -managerinnen aufzufinden?

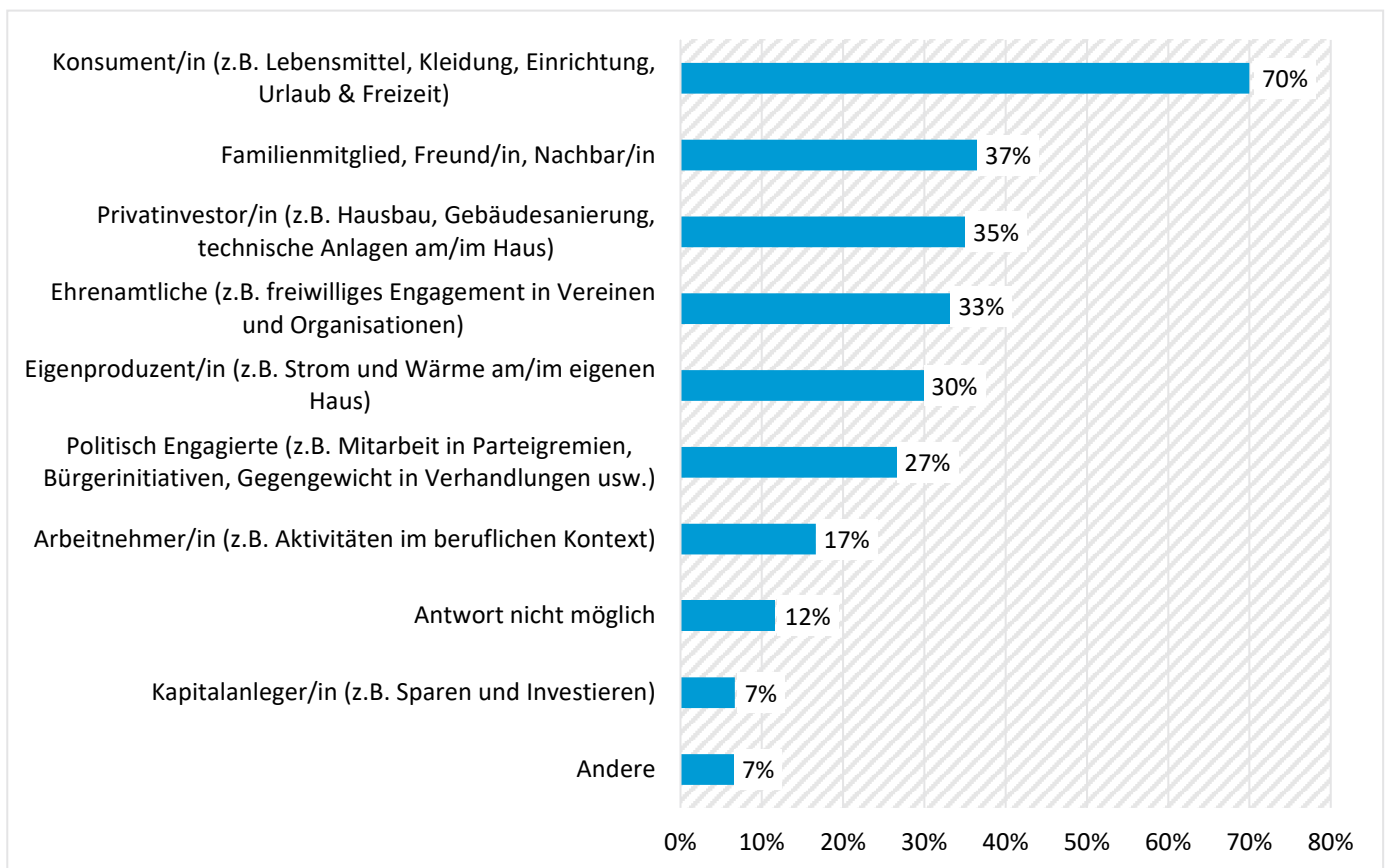
Adressierung von Konsumenten und Konsumentinnen und Rollenadressierung

Die Klimaschutzkonzepte wurden im Hinblick auf die konkrete Adressierung der Konsumenten und Konsumentinnen als zu aktivierende Akteursgruppe und auf die konkrete Zuweisung von Verantwortung für die Erreichung der Klimaschutzziele analysiert. Es zeigt sich, dass etwa ein Drittel der untersuchten Konzepte diese Thematik behandelt. Dabei werden am häufigsten die Zusammenhänge zwischen Konsummustern bzw. Lebensstilen und dem Klimawandel nur erwähnt (Lempert et al. 2012; Bregelmann et al. 2015; Heinz et al. 2012) bzw. ein allgemeiner Hinweis auf die Notwendigkeit von Veränderungs- und Anpassungsprozessen gegeben (Seitz et al. 2013; Rahlf et al. 2013; Stadt Osnabrück 2014). Dabei ist zu beachten, dass in vielen Konzepten, die entweder nur auf das Verantwortungsbewusstsein der Konsumenten und Konsumentinnen hinweisen oder diesen Aspekt gar nicht explizit ansprechen, teilweise konkrete Maßnahmen entwickelt werden, die auf konkrete Konsumpro-

zesse und die Bewusstseinsbildung abzielen. Allerdings wird dabei nicht immer direkt auf das Rollenverständnis der Konsumenten und Konsumentinnen hingewiesen. Konkretere Hinweise und vor allem die Verdeutlichung der Notwendigkeit einer breiten Mitwirkung fehlen bei etwa zwei Drittel der Konzepte.

Einige Klimaschutzkonzepte gehen darüber hinaus und behandeln konkret Suffizienzmaßnahmen sowie den Wandel von Lebensstilen. Auf diesem Wege wird Verantwortung an Konsumenten und Konsumentinnen übertragen (Hirschl et al. 2015b; Eisenmann et al. 2014). Die gezielte Schärfung eines Verantwortungsbewusstseins bei Konsumenten und Konsumentinnen wird in nur wenigen der untersuchten Konzepte als konkrete Maßnahme identifiziert (Wolters und Wermers 2013; Auge und Voßbürger 2013).

Abbildung 12: Rolle der Bürger und Bürgerinnen in prioritären konsumbezogenen Maßnahmen



n = 60

Aggregierte Fragen: „Mit der Maßnahme 1 sollen Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als „...“ angesprochen werden“ (mehrfache Antworten möglich)

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Die Analyse der Klimaschutzkonzepte konnte durch die Befragung der Klimaschutzmanager und -managerinnen ergänzt und vertieft werden: Unter den Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Gebieten wurde nach der Rollenadressierung gefragt. Dabei wurden verschiedene potentiell adressierbare Rollen unterschieden, wie etwa Privatinvestor, Kapitalanleger oder Eigenproduzent. Als Ergebnis zeigt sich, dass zwei Drittel der Klimaschutzmanager und -managerinnen angeben, Bürger und Bürgerinnen vorrangig in ihrer Rolle als Konsumenten anzusprechen (Abbildung 12). Es folgen in absteigender Reihenfolge die

Rolle als Familienmitglied, Privatinvestor und Ehrenamtlicher (von ungefähr einem Drittel der Kommunen/ Regionen jeweils angegeben). Selten bis sehr selten adressiert werden die Rolle als Arbeitnehmer (17 %) und Kapitalanleger (7 %).¹⁵

Diese Rollen deuten auf eine Lücke in der strategischen Ansprache durch die Kommunen und Regionen hin, die die Rolle der Bürger und Bürgerinnen als Netzwerker und potentielle Multiplikatoren noch nicht als strategische Ressourcen ansehen. Diese Rollen könnten verstärkt aktiviert werden, um private Verbraucher und Verbraucherinnen für die Erreichung der Klimaschutzziele zu mobilisieren.

Partizipation in der Erstellung und Ausgestaltung von Klimaschutzkonzepten

Die Mitwirkung an dem Klimaschutzkonzept stellt eine weitere Form der Aktivierung und der gezielten Einbindung der Bürger und Bürgerinnen dar und reicht über die Ansprache in ihrer Konsumentenrolle hinaus.

Die Desktop-Analyse der Klimaschutzkonzepte erbrachte, dass ca. 50 % der untersuchten Konzepte einen partizipativen Charakter sowohl im gesamten Erstellungsprozess als auch bei der Einbindung regionaler Akteure in der Ausgestaltung einzelner Prozesse aufweisen. Diese Analyse ist jedoch noch nicht ausreichend: Es ist auch von Interesse, in welchem Stadium eines Policy-Cycles die Bürger und Bürgerinnen einbezogen werden – in der Konzeption, in der Umsetzung und/ oder in der Verstetigung? Werden Bürger und Bürgerinnen direkt oder indirekt über zivilgesellschaftliche Organisationen involviert? Aus welchen Gründen werden diese einbezogen?

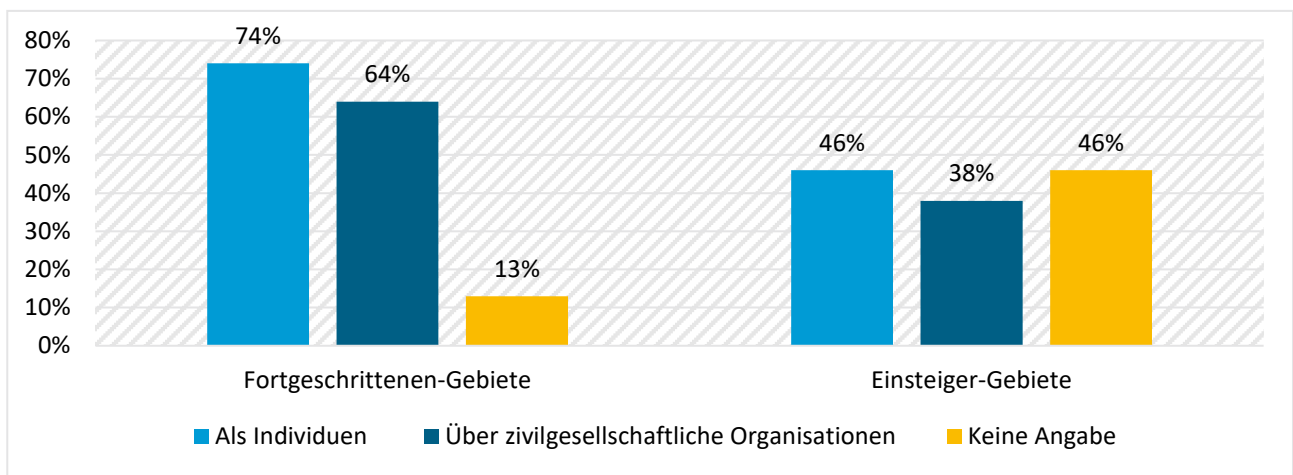
Darauf wird im Folgenden eingegangen, wobei eine Differenzierung zwischen Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Gebieten vorgenommen wird¹⁶.

Werden Bürger und Bürgerinnen bei der Planung bzw. Umsetzung der Maßnahme als Individuen oder über zivilgesellschaftliche Organisationen einbezogen? In den Einsteiger-Gebieten scheint noch eine beträchtliche Unsicherheit zu herrschen, denn nur etwas über die Hälfte der Gebiete beantwortete diese Frage. Knapp die Hälfte der Klimaschutzmanager und -managerinnen der Einsteiger-Gebiete plant, Bürger und Bürgerinnen in prioritären geplanten Maßnahmen als Individuen einzubeziehen, eine ähnliche Größenordnung (38 %) erreichte die zusätzliche Möglichkeit des Einbezugs der Bürger und Bürgerinnen über zivilgesellschaftliche Organisationen. Unter den Fortgeschrittenen-Gebieten ist die Unsicherheit geringer: 64 % dieser Regionen beziehen Bürger und Bürgerinnen über zivilgesellschaftliche Organisation in prioritären Maßnahmen und 74 % als Individuen ein (vgl. Abbildung 13).

¹⁵ Darüber hinaus trugen zwei befragte Personen zusätzlich ein, Bürger und Bürgerinnen in ihrer Rolle als Hersteller nachhaltiger Produkte anzusprechen und als Verwaltungsmitarbeiter. Dies spiegelt die Aufzählung der prioritären Maßnahmen wieder, die einerseits relativ viele Maßnahmen der Art „Vorbildfunktion der öffentlichen Hand“, andererseits auch den Handel adressieren.

¹⁶ Diese Frage wurde den Starter-Gebieten nicht gestellt, da diese keine Erfahrungen in der Einbeziehung von Bürgern und Bürgerinnen im Rahmen von Klimaschutzkonzepten aufweisen konnten.

Abbildung 13: Einbezug der Bürger und Bürgerinnen als Individuen bzw. über Organisationen



Fortgeschrittenen-Gebiete: n = 47

Frage: In welcher Form werden die Bürger und Bürgerinnen bei der Umsetzung der Maßnahme einbezogen? (mehrfache Antworten möglich)

Einsteiger-Gebiete: n = 13

Frage: In welcher Form sollen die Bürger und Bürgerinnen bei der Planung der Maßnahme einbezogen werden? (mehrfache Antworten möglich)

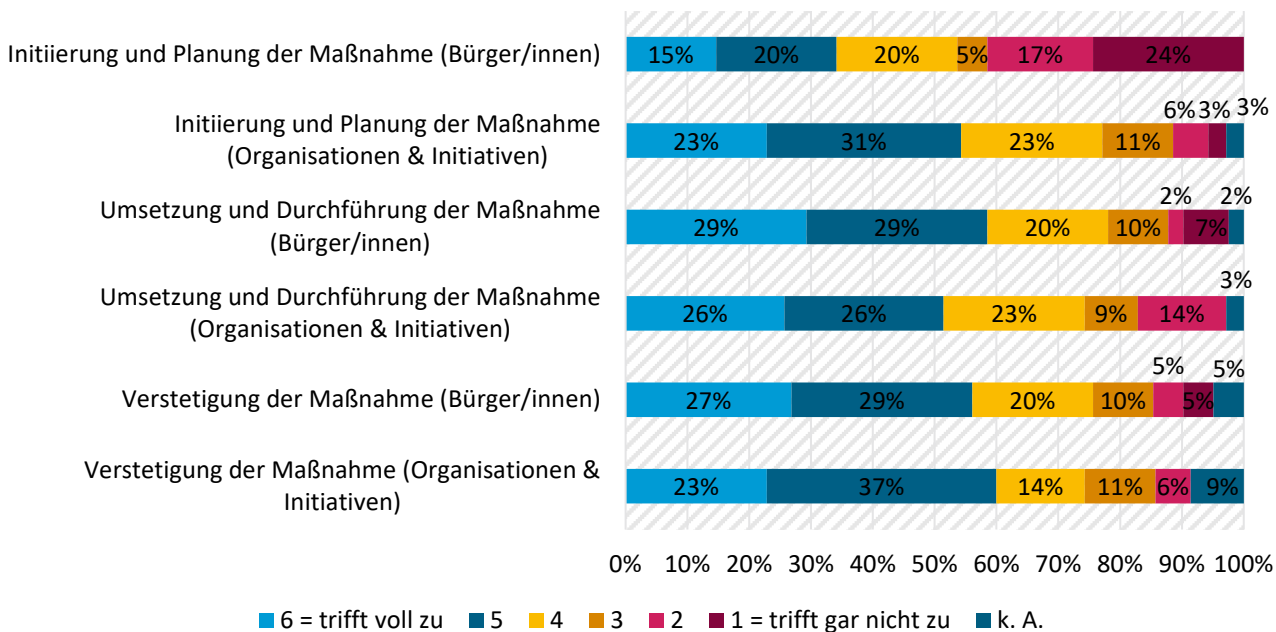
Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Zu welchem Zeitpunkt werden Bürger und Bürgerinnen bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen/Bürgerinitiativen einbezogen?¹⁷ Unterschiede bestehen insbesondere bei der Initiierung bzw. Planung einer Maßnahme: Knapp 35 % der Klimaschutzmanager und -managerinnen geben an, Bürger und Bürgerinnen bei der Initiierung und Planung einzubeziehen, demgegenüber werden zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürgerinitiativen von über der Hälfte (54 %) der Antwortenden in diesem Stadium einbezogen. Keine wesentlichen Unterschiede zeigen sich bei den späteren Schritten des Policy-Cycles: Im Falle der Umsetzung einer Maßnahme werden beide Zugänge etwa in gleichem Ausmaße genutzt (58 % bzw. 52 %). Zur Verstetigung liegen die Zahlen noch etwas höher: 56 % bei Individuen bzw. 60 % bei zivilgesellschaftlichen Organisationen (vgl. Abbildung 14).

60 % der Fortgeschrittenen-Gebieten geben an, dass sie Bürger und Bürgerinnen bei der Umsetzung der Maßnahme eher bis stark einbeziehen; demgegenüber geben 23 % der befragten Klimaschutzmanager und -managerinnen der Einsteiger-Gebiete an, dass Bürger und Bürgerinnen eher bis stark bereits in der Planung einbezogen werden sollten (vgl. Abbildung 15). Bemerkenswert sind die Unterschiede zwischen Kommunen und Landkreisen: Kommunen beziehen nach Angaben der Klimaschutzmanager und -managerinnen deutlich öfter Bürger und Bürgerinnen ein als Landkreise. Dies könnte daran liegen, dass auf kommunaler Ebene bereits vielfältige Kanäle und Wege der Einbeziehung bestehen, während dies auf Landkreisebene seltener der Fall ist. Zudem könnten die Strukturen sowie die Vielzahl der Gemeinden auf Landkreisebene als Herausforderung, doch zugleich auch als Chance gesehen werden, wenn Netzwerke und Kooperationen geschlossen werden.

¹⁷ Diese Frage wurde den Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Gebieten gestellt, da nur diese mehrere Phasen des Policy-Cycle durchlaufen haben.

Abbildung 14: Zeitpunkt des Einbezugs privater Verbraucher und Verbraucherinnen bzw. zivilgesellschaftlicher Organisationen und Bürgerinitiativen



n = 41

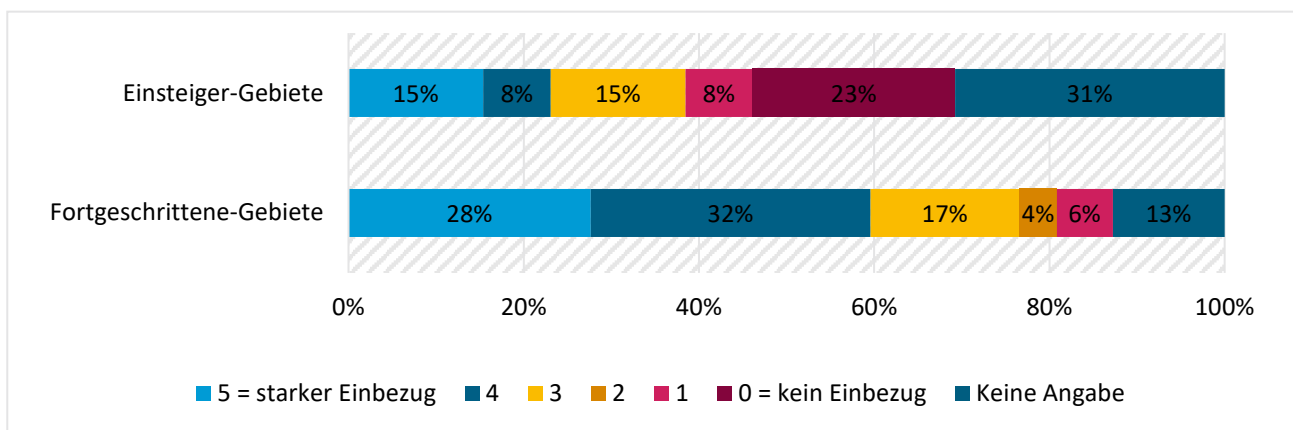
Fragen 16/ 31 aggregiert: Private Verbraucher und Verbraucherinnen werden/ wurden in folgende Schritte einbezogen/ sollen einbezogen werden

n = 35

Fragen 17/ 32 aggregiert: Zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen werden/ wurden in folgende Schritte einbezogen/ sollen einbezogen werden

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Abbildung 15: Einbezug der Bürger und Bürgerinnen in priorisierte konsumbezogene Maßnahmen



n = 13 Einsteiger-Gebiete

Frage: Inwieweit sollen Bürgerinnen und Bürger bei der Planung der Maßnahme einbezogen werden?

n = 47 Fortgeschrittene-Gebiete

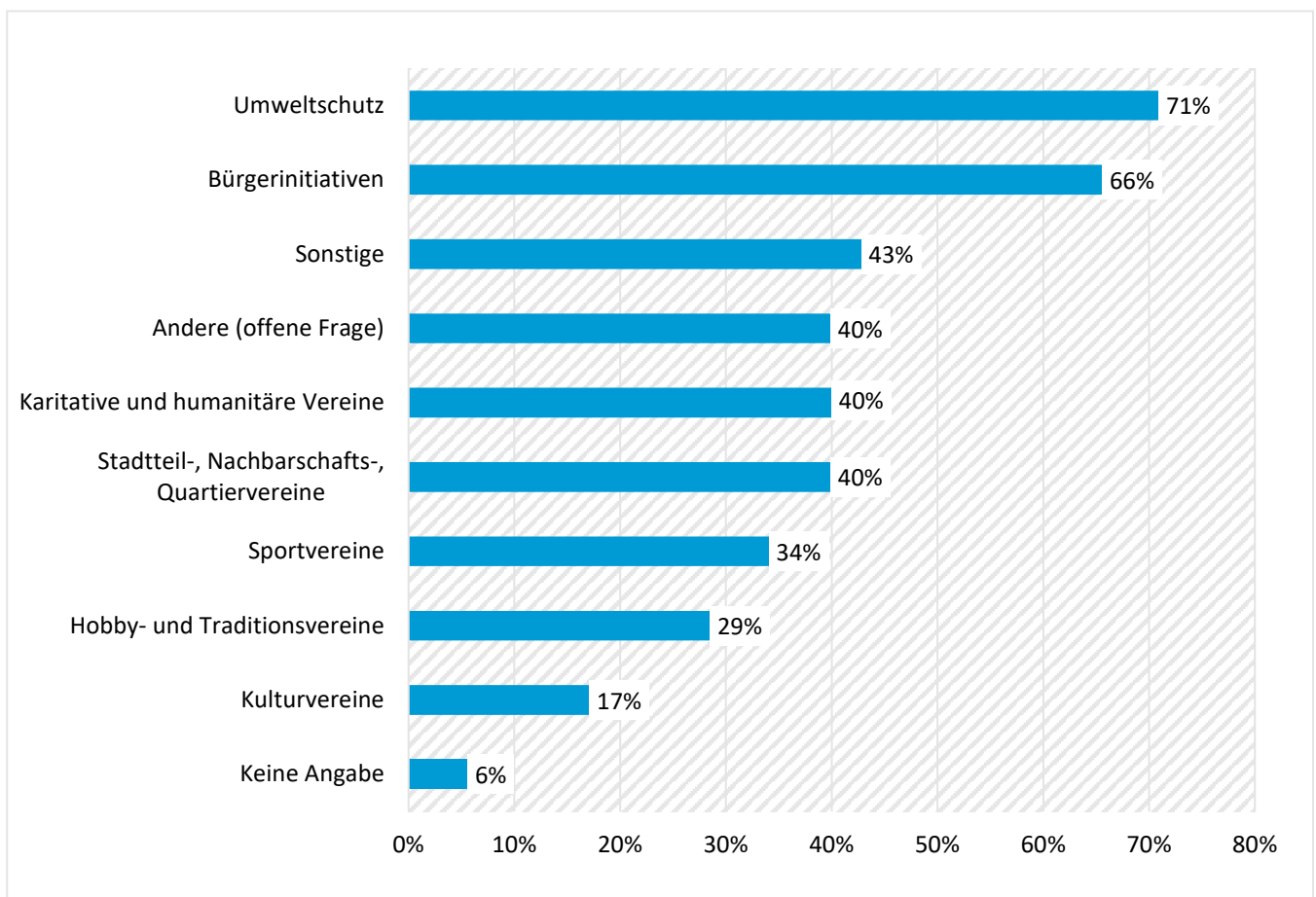
Frage: Inwieweit werden Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung der Maßnahme einbezogen?

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Eine weitere Frage analysiert, welche zivilgesellschaftlichen Organisationen in priorisierten Maßnahmen einbezogen werden¹⁸: Vorrangig sind Umweltschutz- und Naturschutzvereine (71 % der Kommunen/ Regionen) sowie Bürgerinitiativen (66 %) einbezogen (vgl. Abbildung 16). Zu einem geringeren Anteil werden Stadtteil-, Nachbarschafts-, Quartiervereine (40 %) sowie Hobby- und Traditionsvereine (29 %) einbezogen. Sportvereine werden in 34 % der Fälle und Kulturvereine in 17 % der Fälle einbezogen. Daneben geben die Befragten an, Gemeinderäte, Ortsbeiräte, Landwirte, lokaler Handel und Dienstleister, Elternbeiräte, Bürgerkonferenzen, Bildungseinrichtungen, Innungen, Kammern, Wirtschaft, Kirchen, Heimatbund, Arbeiterwohlfahrt (AWO), Agendaverband, Bürgergenossenschaften, Weltläden oder freie Bildungsträger einzubeziehen.

Die Strategie, die von Kommunen in den Interviews dargestellt wird, Zielgruppen über ihre Kerninteressen anzusprechen und für Klimaschutzmaßnahmen darüber zu mobilisieren, deutet auf ein Potenzial hin, lokale Organisationen und Strukturen stärker für die Erreichung der Klimaziele einzubeziehen. Insbesondere sollen Initiativen und Organisationen einbezogen werden, die keinen direkten Bezug zu Umwelt und Nachhaltigkeit haben.

Abbildung 16: Art der einbezogenen und einzubeziehenden Bürgerinitiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen



n = 35

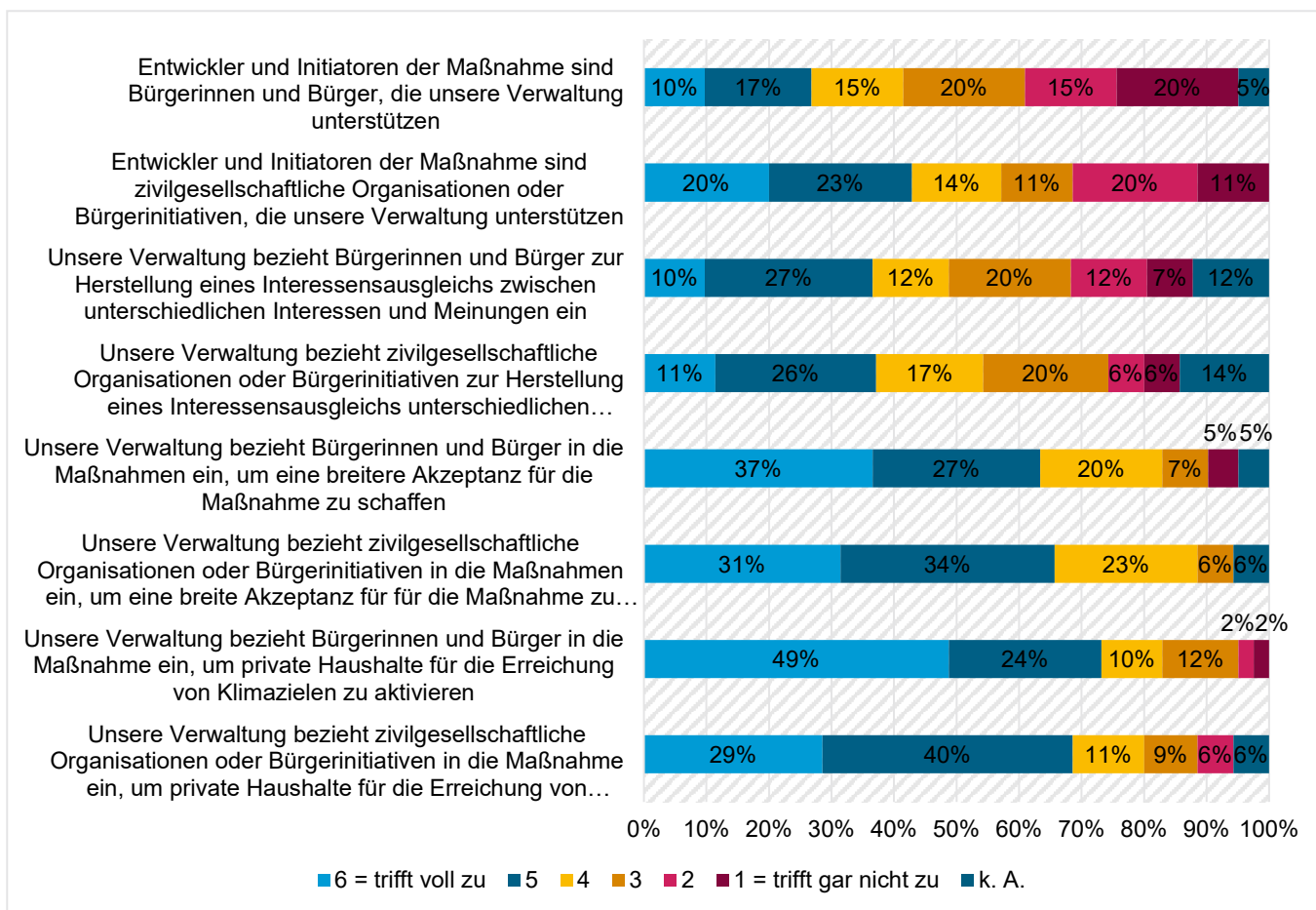
Aggregierte Fragen: Welche bürgerbezogenen Organisationen werden/ wurden einbezogen? (Mehrfachantworten)

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

¹⁸ Diese Frage wurde den Gebieten, die angaben, zivilgesellschaftliche Organisationen und/ oder Bürgerinitiativen in prioritären Maßnahmen einzubeziehen, gestellt.

Unsere Analyse zeigt, dass die Gründe des Einbezugs zwischen Bürgern und Bürgerinnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sich nur unwesentlich voneinander unterscheiden. Insgesamt werden Bürger und Bürgerinnen bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen vorrangig in prioritären Maßnahmen einbezogen, um private Haushalte für die Erreichung der Klimaziele zu aktivieren. Dies gaben 73 % der Gebiete, die Bürger und Bürgerinnen in prioritären Maßnahmen einbeziehen und 69 % der Gebiete, die zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen (vgl. Abbildung 16), an. Als zweiten Grund beziehen Gebiete Bürger und Bürgerinnen bzw. Organisationen ein, um eine breite Akzeptanz für die Maßnahmen zu schaffen (64 bzw. 65 %). An nächster Stelle folgen der Einbezug zur Herstellung eines Interessens- und Meinungsausgleichs (jeweils 37 %) sowie der Einbezug als Entwickler und Initiatoren von Maßnahmen. Bei diesem Grund gibt es eine beträchtliche Divergenz zwischen dem Einbezug von Bürgern und Bürgerinnen, der nur von 27 % der antwortenden Klimaschutzmanager und -managerinnen als vollständig bzw. zutreffend betrachtet wird, und dem Einbezug zivilgesellschaftlicher Organisationen bzw. Bürgerinitiativen, der von 43 % als bedeutsam eingestuft wird. Insgesamt sind es jedoch wenige Unterschiede zwischen Gründen des Einbezugs von Privatpersonen und Organisationen. Bemerkenswert ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen stärker als Entwickler und Initiatoren von Maßnahmen angesehen werden (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17: Gründe des Einbezugs von Individuen versus zivilgesellschaftlichen Organisationen



n = 41

Fragen 14 (n = 6) / 29 (n = 35) aggregiert: Wie schätzen Sie die Aktivität/ Rolle der Bürgerinnen und Bürger als Privatperson bei der geplanten/ umgesetzten Maßnahme ein?

n = 35

Fragen 15 (n = 5) / 30 (n = 30) aggregiert: Wie schätzen Sie die Aktivität/ Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Bürgerinitiativen bei der geplanten/ umgesetzten Maßnahme ein?

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Diese Verweise auf die Gründe deuten zum einen darauf hin, dass Bürger und Bürgerinnen als Zielgruppe von einer großen Zahl der Befragten wahrgenommen und akzeptiert sowie auch in strategischer akzeptanzfördernder Art eingesetzt werden. Zum zweiten scheint die Frage eines Interessensausgleichs auf lokaler Ebene nicht stark als Herausforderung wahrgenommen zu werden. Hier ist zu vermuten, dass sich eine Interessenasymmetrie aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen lokal nicht ausgeprägt darstellt. Zum dritten werden die unten dargestellten Befunde zur relativ geringen Nutzung der Bürger und Bürgerinnen in der Planung von Maßnahmen bestätigt (vgl. Abbildung 14).

Erfahrungen mit Partizipationsansätzen

Um die Erfahrung von Klimaschutzmanagern und -managerinnen mit der Einbeziehung von Verbrauchern und Verbraucherinnen, Bürgerinitiativen und/ oder zivilgesellschaftlichen Organisationen in Klimaschutzmaßnahmen zu erfassen, wurden alle Klimaschutzmanager und -managerinnen aus den Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Gebieten gebeten, Aussagen zum Thema Beteiligung basierend auf ihren persönlichen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit privaten Haushalten und/ oder zivilgesellschaftlichen Organisationen zu treffen (vgl. Abbildung 18).

75 % der Befragten geben an, ihre Einbeziehung sei zur Erreichung der Klimaziele unabdingbar. Knapp zwei Drittel betrachten die Partizipation als Hilfe zur Aktivierung für den Klimaschutz. Mehr als die Hälfte (58 %) schätzt ein, dass ihre Einbeziehung der zielgruppenspezifischen Gestaltung der Maßnahmen helfe. Jedoch finden 60 % der befragten Personen, dass Partizipationsansätze die Komplexität bei der Planung und den Aufwand von Maßnahmen erhöhen würden und 38 %, dass dies Partialinteressen und Lobbygruppen aktiviere. Schließlich meint etwa ein Drittel der antwortenden Klimaschutzmanager und -managerinnen, dass die Einbeziehung auch in Fällen erfolge, in denen die Privatverbraucher und Privatverbraucherinnen nicht direkt von einer Maßnahme betroffen seien.

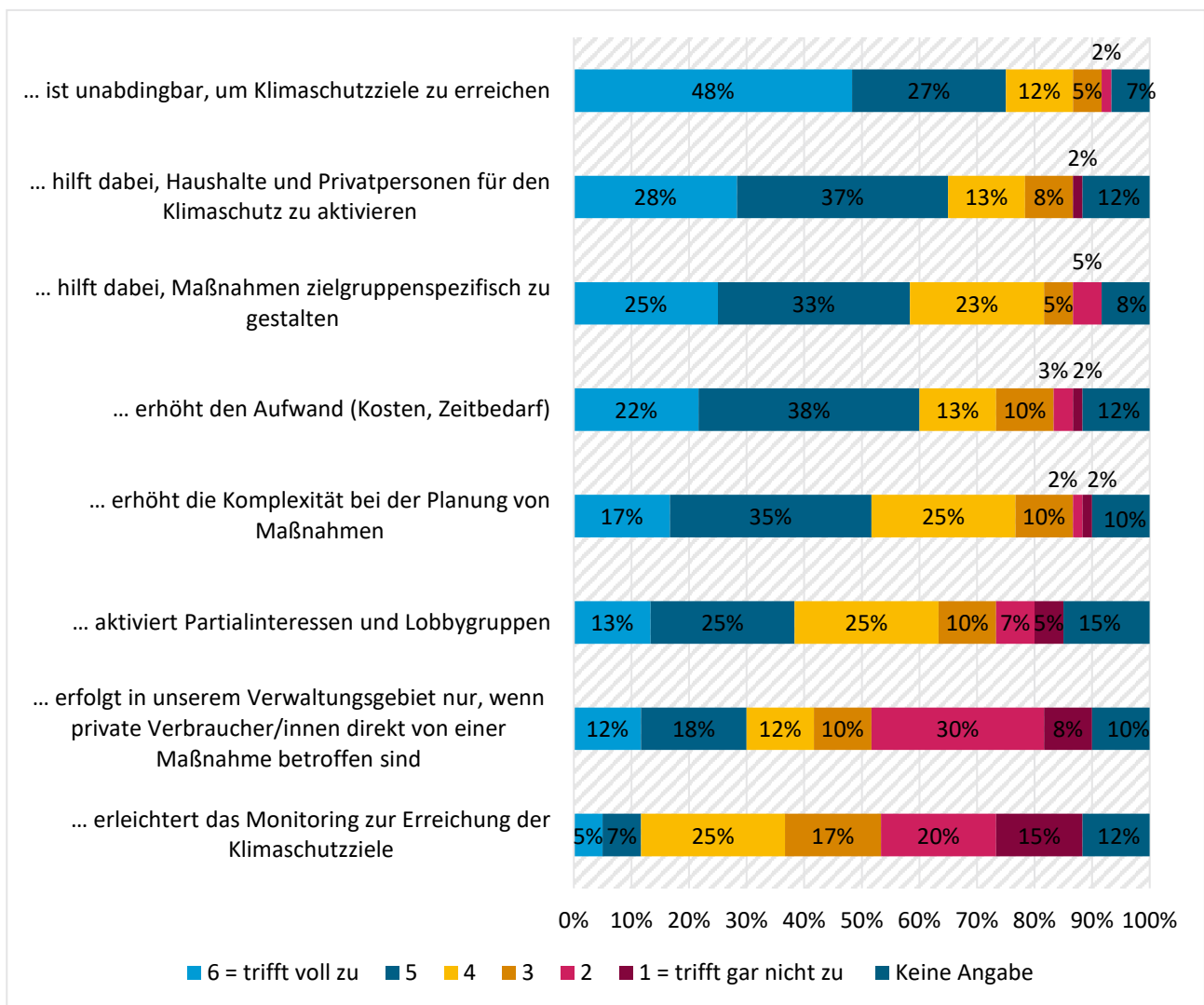
Kommunen, die Bürger und Bürgerinnen einbeziehen bzw. stark einbeziehen, schätzen die Gründe dafür und dagegen anders ein als diejenigen, die es eher nicht bis gar nicht tun. Obwohl Kommunen, die Bürger und Bürgerinnen eher bis sehr stark einbeziehen, den Aufwand und die Komplexität noch höher einschätzen als diejenigen, die es eher nicht bis gar nicht tun, betrachten diese Kommunen die Vorteile davon als positiver als diejenigen, die es nicht tun.

4.4 Das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ – Kenntnisse und Erwartungen

Die Bundesregierung hat Anfang 2016 das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ beschlossen (Bundesregierung 2016b). Ziel ist es, den nachhaltigen Konsum in den Bereichen Wohnen und Haushalt, Mobilität, Ernährung, Arbeiten und Büro, Bekleidung sowie Freizeit und Tourismus systematisch zu stärken und auszubauen. Damit soll ein wichtiger Beitrag für den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit geleistet werden. In dem Programm werden übergreifende Handlungsansätze und konkrete Maßnahmen definiert, die nachhaltigen Konsum von der Nische in den Mainstream befördern sollen. Das Programm dient der Umsetzung erfolgversprechender Ansätze sowie der Initiierung neuer Projekte unter Einbindung aller Stakeholder. Zugleich will das Programm eine Plattform für die gesellschaftliche Diskussion über nachhaltige Lebensstile und die Weiterentwicklung des Konsumverhaltens schaffen. In diesem Zusammenhang sind Kommunen und Regionen wichtige Adressaten und zugleich Treiber für die Ziele des Programms.¹⁹

¹⁹ Im Programm selbst (BMUB 2016, S. 67) wird erwähnt, dass ein nationales Netzwerk Nachhaltiger Konsum gegründet werden soll, das „(...) die Intensivierung eines fachübergreifenden und praxisorientierten Dialogs sowie die Kooperation zwischen Akteuren aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft fördert“. Das Netzwerk ist

Abbildung 18: Erfahrung mit Partizipationsansätzen



n = 60

Frage: Die Einbeziehung von Verbrauchern und Verbraucherinnen, Bürgerinitiativen und/ oder zivilgesellschaftlichen Organisationen in Klimaschutzmaßnahmen ...

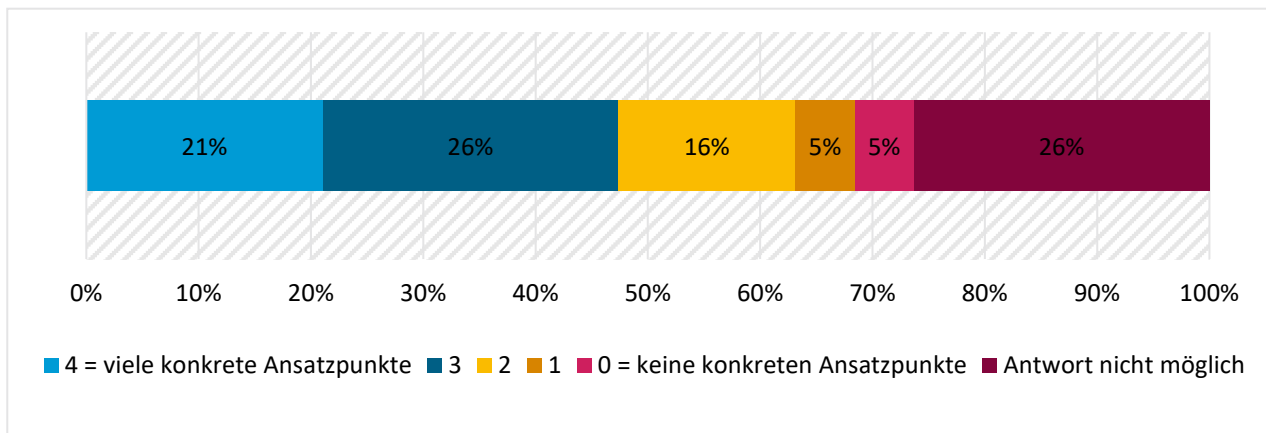
Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Bekanntheit und Nutzen des Programms „Nachhaltiger Konsum“

Das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ ist bisher einer Minderheit der befragten Klimaschutzmanager und -managerinnen bekannt: Rund 22 % der befragten Klimaschutzmanager und -managerinnen geben an, es zu kennen. Allerdings hat das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ etwa 47 % derjenigen, die es kannten, eine Reihe von Ansatzpunkten für Maßnahmenentwicklungen und -planungen aufgezeigt (vgl. Abbildung 19).

mittlerweile gegründet worden, allerdings waren im November 2017 nur zwei Kommunen bzw. Gebietskörperschaften als Mitglieder vertreten.

Abbildung 19: Nutzen des „Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum“ für die Maßnahmenplanung



n = 19

Frage: Das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum liefert unserem Verwaltungsgebiet für die Maßnahmenplanung ...

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Die Diskrepanz zwischen einem niedrigen Niveau der Kenntnis des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum und der Hilfestellung, die es aus Sicht der Klimaschutzmanager und -managerinnen anbietet, weist auf das Potenzial hin, dass eine intensivere Verbreitung des Programms und seiner Inhalte das Verständnis des Ansatzes erweitern würde. Darüber hinaus würde es Klimaschutzmanager und -managerinnen helfen, konsumbezogene Aspekte im Rahmen von Klimaschutzkonzepten zu konkretisieren, Maßnahmen zu planen und umzusetzen. Damit könnten die Klimaschutzkonzepte weitere Handlungs- und Bedürfnisfelder adressieren.

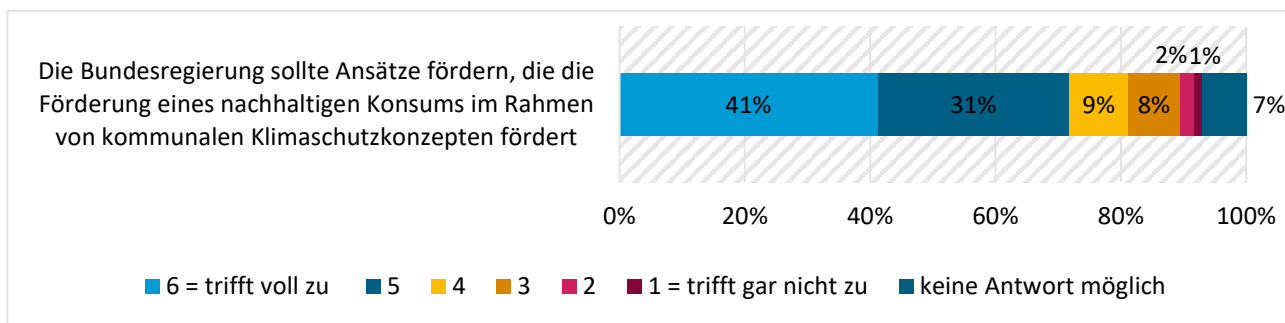
Nachhaltiger Konsum und Klimaschutz im deutschen Mehrebenensystem

Das Programm der Bundesregierung ist ein bundesweites Programm, in dem Klimaschutz als eine von vielen verschiedenen ökologischen Herausforderungen benannt wird. Klimaschutz wird im Programm mehrfach angesprochen, ohne dabei jedoch eine Bündelung von Aktivitäten vorzunehmen. Die im Rahmen dieses Berichts vorgenommene Befragung der kommunalen/ regionalen Klimaschutzmanager und -managerinnen ergänzt die Sicht des Nationalen Programms in einer doppelten Art: Zum einen wird quasi die „Bottom-up“-Resonanz im Sinne einer Rezeption des Programms durch Kommunen dargestellt. Zum anderen werden Informationen zur Verbreitung des Programms in andere umweltpolitische Kontexte, nämlich hier die Klimapolitik, als eine zentrale umweltpolitische Herausforderung analysiert.

Bemerkenswerterweise geben – unabhängig vom „Aktionsniveau“ – 72 % der Befragten²⁰ an, dass die Förderung eines nachhaltigen Konsums im Rahmen kommunaler Klimaschutzkonzepte von der Bundesregierung unterstützt werden sollte (vgl. Abbildung 20).

²⁰ Dabei stieg die Zustimmung nach Maßgabe des Aktivitätsgrads an: Von knapp 60 % bei den Potenzial-Gebieten, über knapp 70 % bei den Einsteiger-Gebieten auf fast 80 % bei den Fortgeschrittenen-Gebieten.

Abbildung 20: Einschätzung der Förderung durch die Bundesregierung



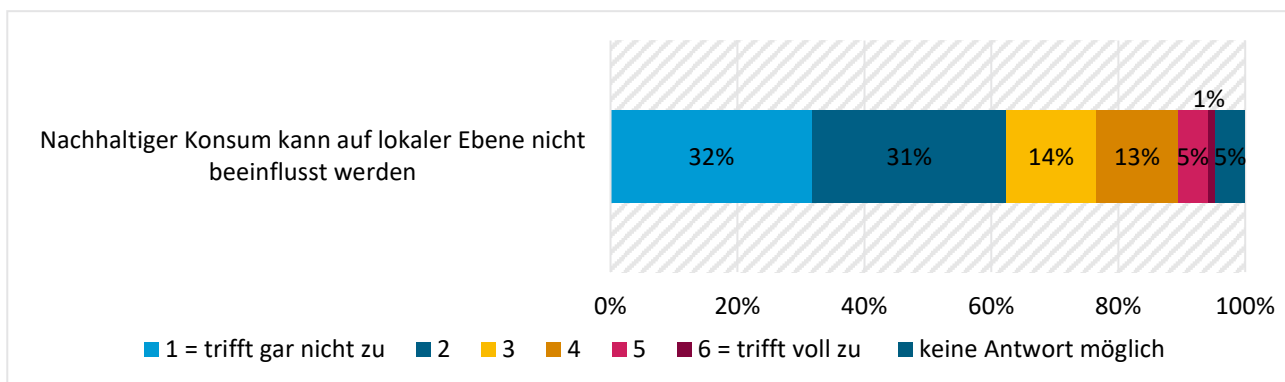
n = 85

Frage: Die Bundesregierung möchte den nachhaltigen Konsum durch das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum fördern und sondiert unterschiedliche Förderstrategien. Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu: ...

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Diese hohe Zustimmung einer Unterstützung durch die Bundesebene korrespondiert mit einer hohen Zustimmung zur Frage, inwieweit nachhaltiger Konsum auf lokaler Ebene beeinflusst werden könne: Nur 6 % geben an, dass nachhaltiger Konsum auf lokaler Ebene nicht beeinflusst werden könne (vgl. Abbildung 21).²¹ Dagegen sehen beinahe zwei Drittel (63 %) dies als möglich an. Diese Antworten reflektieren jedoch den Gesamtansatz, unabhängig von der Setzung von Klimaschutzzielen oder kommunaler Klimaschutzaktivitäten.

Abbildung 21: Beeinflussbarkeit des nachhaltigen Konsums auf lokaler Ebene



n = 85

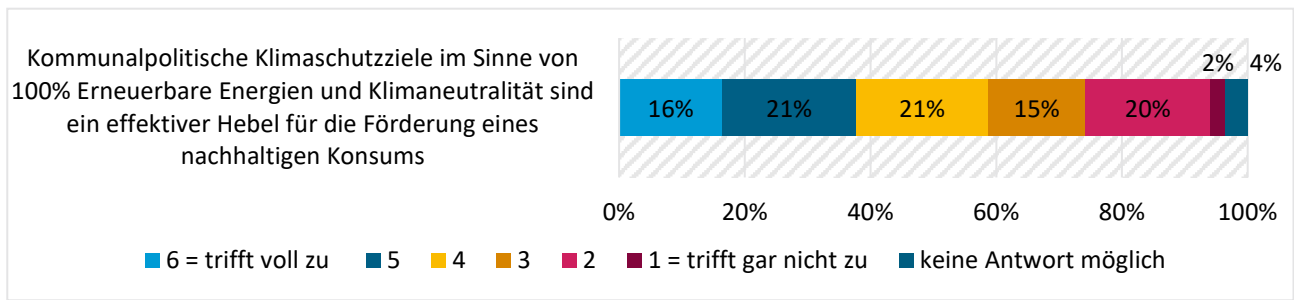
Frage: Die Bundesregierung möchte den nachhaltigen Konsum durch das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum fördern und sondiert unterschiedliche Förderstrategien. Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Allerdings gilt jedoch auch eine Einschränkung des „Bottom-up“-Ansatzes (vgl. Abbildung 22) In Bezug auf die Förderung eines nachhaltigen Konsums durch kommunalpolitische Klimaschutzziele meinen 22 % der Befragten, dass kommunalpolitische Klimaschutzziele kein effektiver Hebel für die Förderung eines nachhaltigen Konsums seien.

²¹ Diese Frage wurde gemeinsam mit zwei anderen Fragen gestellt. Eine Besonderheit bei dieser Frage war, dass sie negativ fragte, also inwieweit nachhaltiger Konsum auf lokaler Ebene nicht beeinflusst werden könne und die Antworten, die dieses Statement ablehnten, von „Trifft gar nicht zu“ bis „Trifft voll zu“ reichten. Aus der doppelten Verneinung ergab sich eine positive Zustimmung zur Aussage „Nachhaltiger Konsum kann auf lokaler Ebene beeinflusst werden.“ Die Plausibilität der Antworten wurde geprüft und als valide eingeschätzt.

Abbildung 22: Einschätzung der Effektivität von kommunalen Klimaschutzziele zur Förderung eines nachhaltigen Konsums



n = 85

Frage: Die Bundesregierung möchte den nachhaltigen Konsum durch das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ fördern und sondiert unterschiedliche Förderstrategien. Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Erwartungen an die Politik

Wie kann das Thema „Nachhaltiger Konsum“ in Klimaschutzkonzepten unterstützt und verbreitet werden? Aus den Antworten auf offene Fragen der Befragung und aus den Interviews lassen sich einige Ansatzpunkte identifizieren und clustern:

► Governance:

Im deutschen Mehrebenensystem ist eine Zusammenarbeit auf vertikaler und horizontaler Ebene eine Herausforderung und zugleich auch ein Anspruch. Mehrfach wird auf die Tendenz, Aufgaben von der Bundes- sowie der Landesebene auf die kommunale Ebene zu verlagern, hingewiesen und beklagt. Dabei wird eine Reihe von Maßnahmen angeregt, jedoch nur kurz skizziert:

- *Zusammenarbeit in und zwischen Gebietskörperschaften:* Die Kooperation sollte im Sinne einer bidirektionalen Zusammenarbeit verstärkt werden. Dies beinhaltet die Stärkung der Zusammenarbeit innerhalb einer bzw. zwischen mehreren – auf der gleichen horizontalen Ebene liegenden – Gebietskörperschaften sowie auch die Kooperation zwischen den verschiedenen vertikalen Verwaltungsebenen aus Bund, Ländern und Kommunen.
- *Information:* Bisher scheint die Durchlässigkeit der Informationen noch eine Herausforderung zu sein: Mehrfach wird eine Verbesserung der Informationstransmission zwischen den verschiedenen Ebenen eingefordert.
- *Zusammenarbeit mit Externen:* Neben der behördlichen Zusammenarbeit wird häufig auf die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft bzw. Verwaltung und Wirtschaft bzw. Handel hingewiesen, die ausgebaut werden sollte. Als konkrete Maßnahme wird die Schaffung von Anlaufstellen, Koordinationseinrichtungen und ähnlichem angeregt, die finanziell unterstützt werden sollten.

► **Übergreifend:**

- *Gesetzgebung*²²: Die Rahmenkompetenz des Bundes und die fehlenden eindeutigen Signale werden mehrfach beklagt. Es werden klare und verlässliche ordnungsrechtliche Vorgaben eingefordert. Diese Forderung wird jedoch nicht einheitlich erhoben. Auch ein stärker deregulierter libertärer Ansatz wird diesem regulativen entgegengestellt.²³
- *Öffentlichkeitsarbeit und Informationen*: Die Bereitstellung und Verbreitung von Informationen zum nachhaltigen Konsum wird aufgrund von begrenzter fachlicher und personeller Kapazitäten durch Kommunen nur äußerst begrenzt möglich sein. Aus diesem Grund wird es als notwendig betrachtet, entsprechende Informationen seitens der Bundesebene bereit zu stellen und deren Verbreitung durch Kampagnen oder andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Das Zusammenspiel zwischen Bund und Kommunen sollte hierbei besondere Aufmerksamkeit erhalten.
- *Agenda 2030*: Die Förderung nachhaltigen Konsums sollte mit sozialen Themen verbunden werden, um damit die dazu gehörenden politischen Ziele, wie sie in den Sustainable Development Goals (United Nations 2015) bzw. der aktualisierten deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Bundesregierung 2016c) zusammengefasst werden, zu unterstützen.
- *Förderprogramme*: An vielen Stellen wird immer wieder auf die Bedeutung von Förderprogrammen oder finanziellen Unterstützungsleistungen für Kommunen hingewiesen, um damit verschiedene Aktivitäten zu unterstützen, die ansonsten als freiwillige kommunale Aktivitäten nicht angepackt oder nur sporadisch begonnen werden.
- *Datenbereitstellung*: Kommunen sind nicht in der Lage, komplexe eigene Datenerhebungen durchzuführen, wie etwa zu Lieferketten oder zu indirekten Treibhausgasemissionen. Die Weitergabe entsprechender und aufbereiteter Daten wurde mehrfach als ein Wunsch an die Bundesebene geäußert, um auf deren Grundlagen kommunale Aktivitäten zu ergreifen.

► **Klimaschutz:**

Nicht überraschenderweise wird mehrfach auf die Stärkung des Klimaschutzes hingewiesen. Hierzu wird eine Reihe von Maßnahmen angeregt, die vielfach auf die finanzielle und personelle Ausstattung der Gebietskörperschaften abhebt, wie etwa:

- Feste verbindliche Institutionalisierung eines Klimaschutzmanagements in Kommunen
- Zuweisung bzw. Bereitstellung entsprechender Finanzmittel²⁴
- Verbesserung der Datengrundlage.

²² Zitat aus einem Interview: „Erfahrungsgemäß entfalten (leider) nur zwei Hebel tatsächlich Wirkung: Ordnungsrecht (vgl. gesetzliche Mindestvorgabe für baulichen Wärmeschutz) und finanzielle Vorteile für den Einzelnen (vgl. EEG-Vergütung). Andere Ansätze (z. B. Informationen geben, Bildung, etc.) werden, falls überhaupt wahrgenommen, belächelt und verpuffen schlicht - angesichts massivst auf die Konsumenten einwirkender Werbebotschaften: ‚Nur wer viel konsumiert, ist glücklich.‘ Dem ist als Kommune leider kaum etwas entgegenzustellen.“

Zitat aus einem anderen Interview: „Nur mit Auflagen, positiver Beeinflussung und Restriktionsmaßnahmen in bestimmten Bereichen. Wir reden hier von einer Umerziehung, von einer kompletten Änderung unserer gewohnten Verhaltens- und Konsummuster. Das Denken muss weg von der Wachstumspolitik der Bundesregierung hin zu einer Belohnung von Wachstum ohne Ressourcenverbrauch.“

²³ Zitat aus einem Interview: „Nur über positive Anreize. Nachhaltiger Konsum muss mit Gewinn an Lebensqualität verbunden sein.“

²⁴ Zitat aus einem Interview: „Wir haben immer Beschlüsse, auch beim Masterplan (...), wo dann drinsteht: Ja, die Einzelumsetzung der Maßnahme (...) muss separat geschlossen werden. Also wenn wir z. B. ein Projekt, was wir im Bereich nachhaltigen Konsum vorhaben, wie etwa Coffee-to-go-Becher, dann muss ich wiederum gucken: Wie kriege ich diese Becher finanziert?“

► **Handlungs- und Aktivitätsfelder:**

- *Bauen und Wohnen:* Dieses Bedürfnisfeld ist ein ökologisch prioritäres Feld (vgl. Tukker et al. 2006), einige angeregte Maßnahmen waren:
 - Werbung für Konsumvermeidung (Sanieren statt Neubau),
 - Information zu ökologischen, langlebigen Materialien bei Gebäudesanierung
- *Abfallwirtschaft:* Das Thema Abfallwirtschaft gehört in aller Regel nicht zum Themenfeld Klimaschutz, ist aber mit Blick auf Entsorgung, Verwertung bzw. Wieder- und Weiterverwendung für den Klimaschutz von Bedeutung. Seitens der Klimaschutzmanager und -managerinnen wurde auf Aktivitäten wie beispielsweise Repair-Cafés, Kleidertauschbörsen oder Mehrwegsysteme im Außer-Haus-Konsum („Coffee-to-go“) hingewiesen: Als konkreter Unterstützungsbedarf wird – neben der Verbesserung der Finanzausstattung – die Bereitstellung von Materialien und Filmen sowie die Bewerbung von Plattformen im Bereich der Abfallvermeidung vorgeschlagen.
- *Lebensmittel / Ernährung:* Gebietskörperschaften wie Kommunen sind oft in ihren Aufgaben auf Überwachung bzw. Vollzug beschränkt. Die Thematisierung des Umgangs mit Lebensmitteln und der Ernährung spielt eine gewisse Rolle, vgl. dazu auch Kapitel 4.2.1. Als Maßnahmen, die ergriffen bzw. unterstützt werden sollen, werden genannt:
 - Förderung des Urban Gardening;
 - Thematisierung der Lebensmittelabfälle.
- *Bildung:* Bildung für Nachhaltigkeit oder Umweltbildung wird vielfach als ein erforderlicher Ansatzpunkt benannt, um eine langfristig wirksame Wertorientierung in Richtung Nachhaltigkeit voranzutreiben. Vorgeschlagene Maßnahmen sind:
 - Stärkung von Basisinitiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, etwa durch Fördermaßnahmen, aber auch durch eine institutionelle „Aufwertung“
 - Ausbau der Werbung für Nachhaltigkeit in den Medien
 - Institutionalisierung von Kooperationen zwischen Verwaltungen und Bildungseinrichtungen sowie Ehrenamtlichen²⁵
 - Angebot und Unterstützung von Fortbildungsmaßnahmen.

²⁵ Als Beispiel wurde die Durchführung eines „Klimatags“ in Schulen genannt. Teilnehmende sind Grund- und Sekundarschulen sowie Kindertageseinrichtungen.

5 Erfolgsfaktoren und Hemmnisse

In diesem Kapitel wird zunächst darauf eingegangen, warum bestimmte Kommunen, Regionen und Landkreise den nachhaltigen Konsum im Rahmen des Klimaschutzes fördern. Zweitens werden Erfolgsfaktoren sowie Hindernisse hierfür vorgestellt. Zuletzt wird aus einer übergeordneten umweltpolitischen Perspektive auf die Rolle von Kommunen und Landkreisen bei der Förderung nachhaltigen Konsums eingegangen.

5.1 Motivation zur Förderung nachhaltigen Konsums

Viele konsumbezogene Maßnahmen zielen auf die Erhöhung des Bewusstseins für das Thema „Nachhaltiger Konsum“, auf die Aktivierung der Verbraucher und Verbraucherinnen (z. B. durch Angebote in Schulen oder Mitmachaktivitäten wie Kochkurse) und auf Nachahmungseffekte (z. B. durch vorbildhaftes Handeln der öffentlichen Hand). Ihre Wirkungen sind eher indirekt und sind deshalb nur „schwer oder gar nicht messbar“, fasst eine befragte Person in einem Interview zusammen. Warum schreiben manche Verwaltungen der Förderung eines nachhaltigen Konsums trotzdem einen hohen Stellenwert zu?

Im Rahmen der Interviews mit Klimaschutzmanagern und -managerinnen wurden diese auch nach der Motivation gefragt, weswegen privaten Verbrauchern und Verbraucherinnen und dem nachhaltigen Konsum ein hoher Stellenwert zugeschrieben wird. Der meistgenannte Grund ist, dass die Klimaschutzziele ohne Verhaltensänderungen seitens der Bürger und Bürgerinnen nicht erreicht werden könnten. Da generell im Bereich Konsum bislang wenig gemacht wurde, stellten konsumbezogene Bedürfnisfelder des Klimaschutzes ein großes Potenzial für weitere Anstrengungen zur Erreichung der Klimaschutzziele dar, erzählt eine Befragte. Sie fasst diesen Gedanken wie folgt zusammen:

„Wie kann ich den Rest noch abfangen, jetzt, da alle kostengünstigen Maßnahmen umgesetzt wurden? [...] Das Thema [...] ist ein Schlüsselthema für erfolgreichen Klimaschutz. Aber es fällt nicht sofort ins Auge, und deshalb haben es viele Kommunen, weil es schwierig greifbar ist, eigentlich von Anfang an nicht so im Plan. Kommen aber jetzt offensichtlich alle irgendwie dazu, dass sie denken, naja, wie kann ich denn den Rest noch abfangen?“

Die Macht der Konsumenten und Konsumentinnen ist enorm, berichtet eine befragte Person. Es gäbe konsumbezogene Maßnahmen von denen Klimaschutzmanager und -managerinnen sich viel versprechen und die ohne das Mitwirken der Konsumenten und Konsumentinnen nicht umsetzbar wären.

Zudem könnten konsumbezogene Maßnahmen ein Türöffner für die Sensibilisierung der Konsumenten und Konsumentinnen in Bezug auf das Thema Klimaschutz und ihrer persönlichen Verantwortung dabei darstellen. Über einzelne Maßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit könnte klimaneutraleres Nutzerverhalten in verschiedenen Bedürfnisfeldern angesprochen werden: Spannende Beispiele könnten aufgearbeitet werden, um einerseits zur Nachahmung, andererseits aber auch zum Nachdenken über das Gesamtverhalten anzuregen.

„Solche Maßnahmen, die auf das Verhalten des Einzelnen abzielen, haben insofern [...] eine größere strategische Bedeutung als Infrastrukturen, weil sie [...] emotionaler den Einzelnen an Punkten ansprechen, die an den täglichen Entscheidungen anknüpfen und damit Nachdenken auslösen“, so ein Interviewpartner.

Die Regionen, die in nachhaltiges Konsumverhalten investieren, betrachten dies nicht als Ersatz für z. B. Investitionen in Infrastrukturen, sondern als komplementäre Maßnahmen, die für die Erreichung der Klimaschutzziele unabdingbar sind.

5.2 Erfolgsfaktoren und typische Barrieren

5.2.1 Gründe der fehlenden Berücksichtigung nachhaltigen Konsums

Die Förderung bzw. Unterstützung eines nachhaltigen Konsums im Rahmen des Klimaschutzes ist von einer Reihe von Faktoren abhängig. Über die quantitative Befragung wurde untersucht, welche Gründe bestehen, das Thema „Nachhaltiger Konsum“ im Klimaschutz nicht zu berücksichtigen (vgl. Abbildung 23). Dabei erfolgt eine Differenzierung zwischen Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Gebiete einerseits sowie den Starter-Gebieten andererseits.

Es zeigt sich, dass bei beiden Typen von jeweils etwa der Hälfte der Antwortenden fehlende personelle oder finanzielle Ressourcen als dominante Gründe genannt werden. Die Starter-Gebiete haben jedoch als wichtigsten Grund (60 %) die Nicht-Zuordnung dieses Thema zu ihrem Aufgabenbereich angegeben, bei den Einsteiger- und Fortgeschrittene-Gebieten führten diesen Grund nur 25 % an. Einen weiteren – mit 36 % nicht unwichtigen Grund – stellt bei den Starter-Gebieten auch das fehlende Fachwissen des Personals dar. Bei den Einsteiger- und Fortgeschrittenen-Gebieten zeigt sich daneben noch, dass das fehlende öffentliche Interesse bei rund einem Drittel einen Grund darstellt. Ein Viertel dieser Gebiete erklärt darüber hinaus, dass die Unterstützung wichtiger Akteure fehle.

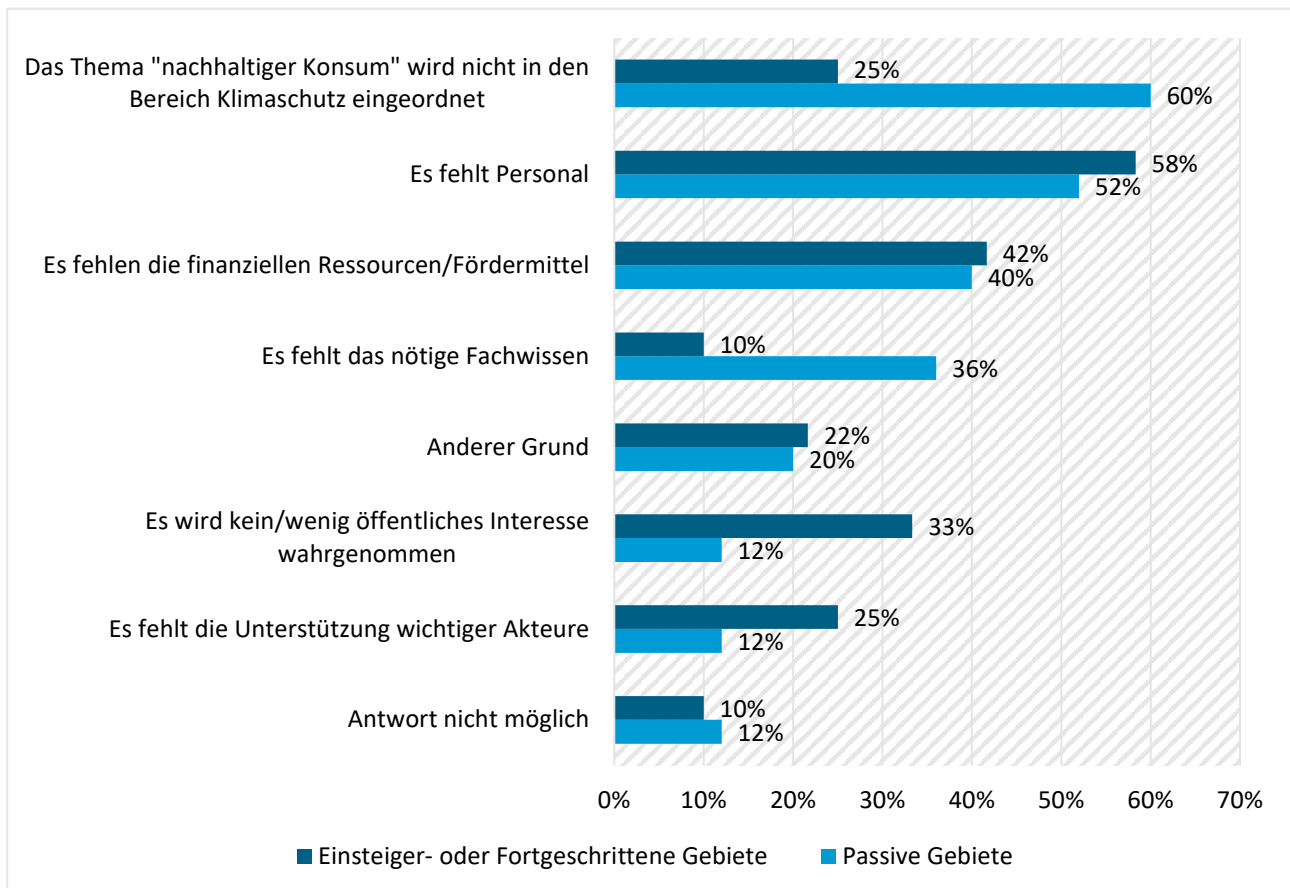
„Das Thema ‚Nachhaltiger Konsum‘ ist leider ein ‚Nicht-Thema‘. Weder lässt sich aus der Wahrnehmung der politischen Spitze daraus politisches Kapital schlagen, noch sind entsprechende Kapazitäten vorhanden/ geplant.“, schreibt eine befragte Person.

Darüber hinaus schreibt ein anderer Klimaschutzmanager, dass „nachhaltiger Konsum“ ein sehr unspezifischer Begriff sei. Teilbereiche von nachhaltigem Konsum würden betrachtet werden, jedoch stelle sich das Hervorrufen von Verhaltensänderungen bei Verbrauchern und Verbraucherinnen als schwierig dar. Es würden in der Regel nur Informationsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit als Maßnahmen umgesetzt werden. Diese stellten sich jedoch als unzureichend dar. *„Es ist schwierig ein Veranstaltungsformat zu finden, an dem die Bürger Interesse haben“*, schreibt eine befragte Person. Jemand anderes thematisiert, dass Informationsmaßnahmen nicht effizient genug seien. Jedoch seien für Fördermaßnahmen keine Fördergelder vorgesehen, sodass die Kommunen und Regionen nur auf Informationsmaßnahmen aufbauen könnten. Zudem merkt eine befragte Person an, dass nachhaltiger Konsum nicht ausreiche, um eine nachhaltige Transformation zu erreichen, sondern dass das Thema Suffizienz stärker in den Fokus der Regionen und Kommunen rücken solle.

Im offenen Antwortfeld konnten zusätzliche Gründe für die unzureichende Berücksichtigung des Themas genannt werden. Erstens sei das Thema *„ein Thema von vielen“*, schreibt eine befragte Person. Als Querschnittsaufgabe müssten viele Bereiche in kurzer Zeit bearbeitet werden: der nachhaltige Konsum könne dadurch zu kurz kommen (3 Nennungen). Zweitens fehle teilweise der politische Wille, sich dieser Thematik zu widmen (5 Nennungen). Laut den Befragten hängt dies mit folgenden Gründen zusammen: Kommunen sehen sich nicht in der Lage, den nachhaltigen Konsum zu beeinflussen und schätzen die Erfolgchancen als niedrig ein. Es wird teilweise von der Politik nicht zum Ziel erklärt, da Maßnahmen im Bereich des nachhaltigen Konsums als eine Bevormundung beim persönlichen Konsum wahrgenommen werden. Das Thema bleibt unbequem und unbeliebt und wird deshalb nicht adressiert. Wirtschaftliche Aspekte spielen eine zu große Rolle: *„Die lokalen Produzenten und Händler sollen nicht beeinträchtigt werden“* wird als Grund geäußert. Darüber hinaus stellt die Sorge um eine fehlende Akzeptanz in der Öffentlichkeit eine starke Bremse bei der Berücksichtigung des Themas dar. Drittens merken zwei Befragte an, dass eine Erhebung belastbarer Daten kaum möglich sei. Die Wirkung von Projekten zu nachhaltigem Konsum ließe sich nicht über die derzeit genutzten Monitoring-Instrumente (CO₂-Bilanzierungstools) erfassen. Viertens fehle das Wissen und die Informationen über konkrete Maßnahmen in dem Bereich, die über reine Informationsmaßnahmen hinausgehen. Solche Informationen seien *„(...) nicht leicht zu finden und umzusetzen“*. Zudem schreibt eine befragte Person,

dass die fehlende Flexibilität mancher Förderprogramme eine Bremse für die Planung und Umsetzung konsumbezogener Maßnahmen darstelle.

Abbildung 23: Gründe der Nicht- oder nicht stärkeren Berücksichtigung von nachhaltigem Konsum in Klimaschutzkonzepten



n = 60 Einsteiger- oder Fortgeschrittene-Gebiete

Frage (mehrfache Antworten möglich): Weshalb wird Ihrer Ansicht nach das Thema nachhaltiger Konsum im Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets nicht noch stärker berücksichtigt?

n = 25 Passive Gebiete

Frage (mehrfache Antworten möglich): Wieso werden in Ihrem Verwaltungsgebiet keine Maßnahmen zur Förderung nachhaltigen Konsums im Rahmen Ihres Klimaschutzkonzeptes umgesetzt oder sind in Planung?

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

5.2.2 Erfolgsfaktoren – Zusammenfassung

Insgesamt lassen sich aus der quantitativen Befragung und aus den Interviews eine Reihe von Erfolgsfaktoren und Hemmnissen zusammenstellen, die zur stärkeren Berücksichtigung des nachhaltigen Konsums im Rahmen lokaler und regionaler Klimaschutzkonzepte beitragen könnten bzw. gegenwärtig eine Herausforderung darstellen:

- ▶ **Unterstützung politischer Akteure und Zuweisung einer politischen Priorität für das Thema „Nachhaltiger Konsum“:** Verwaltungsinterne Hemmnisse liegen in der wahrgenommenen mangelnden Unterstützung wichtiger Akteure sowie in der administrativen Zuständigkeit für das Thema „Nachhaltiger Konsum“. Nachhaltiger Konsum bleibt in vielen Verwaltungen ein Randthema, dessen Potenzial nicht genügend ausgeschöpft wird. Falls Verwaltungen in diesem Be-

reich aktiv sind, ist die Zuständigkeit oft auf mehrere Schultern bzw. Ämter verteilt und die Verbindung zum Klimaschutz nicht direkt institutionalisiert. Aus diesen Gründen wird auch nur begrenzt in solche Strategien investiert.

Abbildung 24: Erfolgsfaktoren der Förderung von nachhaltigem Konsum im Rahmen vom Klimaschutz



Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

- **Finanzielle und personelle Ressourcen:** Angesichts der Vielfältigkeit kommunaler Aufgaben und dem Haushaltsdruck überrascht es nicht, dass die Knappheit an personellen und finanziellen Ressourcen als das wichtigste Hemmnis genannt wird, um nachhaltigen Konsum im Rahmen des Klimaschutzes voranzutreiben. Der Begriff „personelle Ressourcen“ umfasst dabei sowohl die personelle Ausstattung wie auch deren Qualifikationen und Kompetenzen. Zum einen sind weder der Klimaschutz noch der nachhaltige Konsum Pflichtaufgaben der Kommunen. Daher schwankt die Personalausstattung je nach Erfolg der Bewerbung an einem Förderprogramm. Auch um sich für Bundesprogramme zu bewerben braucht es Personal: „Ohne Kümmerner geht gar nichts“, erzählt ein Befragter in einem Interview. Dies erschwert die Kontinuität in der Planung und Umsetzung der Maßnahmen. Insbesondere sehen sich viele Kommunen und Landkreise als lokale Multiplikatoren und Vernetzter. Wenn eine Person nach Ablauf der Finanzierung geht, geht mit ihr das ausgebaute Netzwerk an persönlichen Kontakten. Zum zweiten sollen Klimaschutzmanager und -managerinnen über Kommunikationskompetenzen verfügen, um die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Organisationen über ihre Eigeninteressen für den Klimaschutz zu gewinnen.

- ▶ **Bedürfnisfeldübergreifende Adressierung des Konsums:** Die Ergebnisse (vgl. Kapitel 4.2.1) zeigen, dass sich die Aufmerksamkeit der Klimaschutzmanager und -managerinnen auf die Kernbereiche des Klimaschutzes fokussiert. Der Schwerpunkt liegt prioritär auf den Bedürfnisfeldern „Energieverbrauch“ und „Mobilität“. Zunehmend gewinnt unter Klimaschutzmanager und -managerinnen aber auch das Bedürfnisfeld „Ernährung“ an Bedeutung. Lebensstile und zum Teil auch indirekte und vorgelagerte Effekte von treibhausgasintensivem Reise- und Freizeitverhalten oder Textilkonsum werden derzeit kaum adressiert. Dies zeigt auch das Verständnis von „Nachhaltigem Konsum“, welches sich innerhalb der Gruppe von Klimaschutzmanagern und -managerinnen sehr unterscheidet, und das den Rahmen zu einer umfassenden Berücksichtigung von nachhaltigem Konsum bezüglich des Klimaschutzes begrenzt. Ein wichtiges Hemmnis besteht darin, dass Verwaltungen sich nicht immer für bestimmte Themen (z. B. Ernährung) als zuständig wahrnehmen.
- ▶ **Unterlegung der Bedürfnisfelder mit Maßnahmen:** Kein Bedürfnisfeld wird in der Tiefe adressiert, wie es die Potenziale dafür hergeben würden. Die avisierten bzw. realisierten Maßnahmen genügen noch nicht, um die privaten Verbraucher und Verbraucherinnen erreichen und ihre Lebensstile beeinflussen zu können. Viele Klimaschutzkonzepte beschränken sich auf Bildungs- und Informationsmaßnahmen, weil diese als einfach zu planen und umzusetzen wahrgenommen werden. Jedoch berichten im Rahmen von Interviews einige Kommunen, dass solche Maßnahmen nicht ausreichen, um Bürger und Bürgerinnen zu erreichen. Deswegen werden Maßnahmenbündel als Strategie entwickelt, um in einem Bedürfnisfeld unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen und verschiedene Kanäle anzuwenden.
- ▶ **Öffentliches Interesse:** Jenseits der verwaltungsinternen Hemmnisse ist die Resonanz in und durch die Öffentlichkeit ein weiterer Einflussfaktor. Klimaschutzmanager und -managerinnen nehmen teilweise ein geringes öffentliches Interesse wahr. Um den nachhaltigen Konsum zu fördern, müssen Verhaltensweisen geändert werden, was ein „langwieriger Umdenkprozess“ und zeitaufwendig ist, berichten Klimaschutzmanager und -managerinnen über die Interviews. Zudem ist die Beeinflussbarkeit durch die Kommunen begrenzt. Andere Kanäle wie Werbung können stärkere Effekte generieren. Dieser fehlende externe „Push“ wird innerhalb der Verwaltungen nicht als Stimulus aufgefasst und kann zu einer Zurückhaltung führen. Insbesondere wurde über die Interviews herausgefunden, dass Suffizienzmaßnahmen sowohl der Politik als auch den Bürgern und Bürgerinnen schwer vermittelbar sind.
- ▶ **Ansprache über das Eigeninteresse der Akteure:** Um die Öffentlichkeit zu mobilisieren werden Strategien entwickelt, in denen Maßnahmen zum klimaneutralen Verhalten als Nebeneffekt auftreten und über welche sowohl effizientes als auch suffizientes Verhalten gefördert werden kann. Erfahrene Klimaschutzmanager und -managerinnen berichten in der quantitativen Befragung und in den Interviews, dass positive Anreize und Assoziationen sowie prominente Schirmherren sehr wichtig seien, um Bürger und Bürgerinnen für den Klimaschutz zu aktivieren. Konsumenten und Konsumentinnen werden vorrangig über ihre Kerninteressen adressiert und darüber angesprochen, z. B. durch einen Genussspaziergang, Freizeitveranstaltungen, Gesundheitseffekte oder finanzielle Einsparungen. Dabei stellt sich heraus, dass die Entwicklung einer zielgruppenspezifischen Kommunikationsstrategie vor allem für die Planung und Umsetzung von Suffizienzmaßnahmen notwendig ist, um Bürger und Bürgerinnen für den nachhaltigen Konsum zu aktivieren. Die Zielgruppe wird über die Schaffung von Angeboten angesprochen, die an die Eigeninteressen von Bürgern und Bürgerinnen appellieren.
- ▶ **Vernetzung mit lokalen Unternehmen, Organisationen und Initiativen sowie Institutionalisierung dieser Netzwerke:** Das Vorhandensein und die Stärkung von lokalen/ regionalen Basisinitiativen (wie z. B. Urban Gardening-Initiativen, Repair-Cafés, Tauschbörsen, Restaurants, Läden usw.), die im Bereich nachhaltigen Konsums aktiv sind, die dauerhafte Einbindung der Zivilgesellschaft sowie die Vernetzung und stärkere Zusammenarbeit mit Unternehmen, dem lokalen Handel und Handwerk ist ein Anliegen vieler Klimaschutzmanager und -managerinnen. Sie wird von Kli-

maschutzmanagern und -managerinnen oft als weiterer Erfolgsfaktor angesehen. Auf bereits aktive zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationen stützen sich einige Klimaschutzmanager und -managerinnen, um gute Praxisbeispiele aufzuzeigen und Bürger und Bürgerinnen sowie Organisationen zur Nachahmung zu aktivieren.

- ▶ **Dokumentation, Verbreitung und Informationsaustausch:** Sowohl in der Befragung als auch in den Interviews wird mehrfach angemerkt, dass Informationen zu konsumbezogenen Bedürfnisfeldern nicht immer vorhanden seien. In klimabezogenen Netzwerken (European Energy Awards, lokale Treffen der Klimaschutzmanager und -managerinnen auf Bundesland- oder Landkreisebene) wird das Thema „nachhaltiger Konsum“ noch relativ selten diskutiert und gehört bisher noch eher zu den Randthemen. Gute Praxisbeispiele und Informationen über Aktivitäten und Maßnahmen anderer Regionen, so die Interviewpartner und Interviewpartnerinnen, seien jedoch höchst hilfreich, um Initiativen in der eigenen Kommune/ Region anzustoßen.
- ▶ **Datengrundlage:** Viele Klimaschutzmanager und -managerinnen berichten sowohl in der quantitativen als auch in der qualitativen Befragung, dass eine gute Datengrundlage für die Ausgestaltung und Evaluierung konsumbezogener Maßnahmen notwendig sei. Die Wirkung von Projekten zu nachhaltigem Konsum ließe sich nicht über die derzeit genutzten Monitoringinstrumente (CO₂-Bilanzierungstools) und vorliegenden Daten erfassen. Das Territorialprinzip setze Grenzen zu einer Evaluierung von Maßnahmen, deren Effekte zum Teil außerhalb des geographischen Gebiets wirken. Zudem wirken viele konsumbezogene Maßnahmen über einen langen Zeitraum und indirekt (beispielsweise Bildungsmaßnahmen). Daher ließen sich ihre Wirkungen über ein Monitoringprozess nicht oder nicht präzise darstellen.
- ▶ **Anreize über Förderbedingungen:** Bisher setzen Förderprogramme noch unzureichende Anreize für eine stärkere Berücksichtigung konsumbezogener Aspekte des Klimaschutzes. Beispielsweise findet sich im Merkblatt für Klimaschutzkonzepte nach den aktuellen NKI-Förderrichtlinien ein Hinweis zu Suffizienzmaßnahmen, die dort allerdings als „zusätzliche Maßnahmen“ bezeichnet werden. Klare Förderkriterien hinsichtlich der bedürfnisfelderübergreifenden Förderung nachhaltigen Konsums würden konsumbezogenen Maßnahmen auf lokaler Ebene Legitimation verleihen und die politische Vermittelbarkeit auf lokaler Ebene verstärken.

Diese Zusammenstellung von entscheidenden Faktoren ist im Zusammenhang der verschiedenen Elemente zu betrachten. Erst aus ihrem Zusammenspiel verstärken sie sich und unterstützen den dynamischen Prozess der Erarbeitung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten.

5.3 Rolle der Kommunen, Regionen und Landkreise

Kommunen und Regionen sind die untersten Verwaltungseinheiten im deutschen Mehrebenensystem. In Abhängigkeit von ihrer Bevölkerungsgröße sind sie teilweise noch in weitere Einheiten untergliedert. Ihr strategisches Potenzial liegt in ihrer „relativen“ Bürgernähe, die andere Formen eines Dialogs ermöglicht als dies für die Bundes- und Landesebenen normalerweise²⁶ möglich ist. Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Querauswertung der Gründe zur Berücksichtigung des Themas „nachhaltiger Konsum“ im Rahmen des Klimaschutzes und der Ideen und Anregungen, die über offene Antwortfelder der Umfrage und über die Interviews gesammelt werden konnten, zusammengefasst. Sie

²⁶ Mittlerweile werden auch auf EU-, Bundes- und Landesebene Bürgerdialoge initiiert, vgl. z. B. die Bürgerdialoge der EU-Kommission zu „Debatte zur Zukunft Europas“ (https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/citizens-dialogues-future-europe_de.pdf), der Bundesregierung zu „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ (https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Jahresbericht_2014_2015/09_Soziale-Sicherheit-Lebensqualitaet/8_Buergerdialog/_node.html) oder der Landesregierung Baden-Württemberg zu „Fortsetzung der guten nachbarschaftlichen Beziehung mit Frankreich in Baden-Württemberg“ (<http://www.rmtmo.eu/de/zivilgesellschaft/aktuell/news-reader-zivilgesellschaft/buergerdialoge-fortsetzung-der-guten-nachbarschaftlichen-beziehung-mit-frankreich-in-baden-wuerttemberg.html>).

geben Ansatzpunkte dafür, wie „Nachhaltiger Konsum“ stärker im Rahmen des Klimaschutzes gefördert werden könnte. Auf diese Ansatzpunkte wird dann in Kapitel 6 weiter eingegangen.

Kommunen als Vorbild

Kommunen haben mit ihren Aktivitäten einen beträchtlichen Anteil an der kommunalen Wertschöpfung. Sie agieren gleichzeitig als Vorbild, etwa wenn es um beispielhafte Maßnahmen geht, und können damit als Impulsgeber vorangehen. Insofern agieren sie auch als Setzer von Standards im jeweiligen lokalen Umfeld, was von den lokalen Akteuren auch wahrgenommen wird.

Die kommunale öffentliche Beschaffung nach Maßgabe eines klimafreundlichen Konsums bedarf eines klaren Mandats²⁷ und einer Nutzung der vielfältig vorhandenen Unterstützungsmaterialien²⁸. Die Kommunikation einer – auch – auf die Klimafreundlichkeit ausgerichteten Beschaffung könnte auch andere lokale/ regionale Akteure in ihren Beschaffungs- und Einkaufswegen unterstützen.

Neben der Beschaffung ist auch die Schulung und Fortbildung der eigenen kommunalen Bediensteten von Bedeutung. Diese haben nicht nur eine Rolle als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sondern sind auch Multiplikatoren und sozial vernetzte Personen (z. B. in Familien oder Freundeskreisen). Gerade deren Einbeziehung könnte neue Netze erschließen helfen.

Strukturen und Institutionalisierung von nachhaltigem Konsum

Klimaschutz bzw. die Erarbeitung von Klimaschutzkonzepten ist keine Pflichtaufgabe von Kommunen, sondern eine freiwillige Tätigkeit. Auch das Thema „Nachhaltiger Konsum“ liegt quer zu den normalen Verwaltungsstrukturen und ist nicht eindeutig einem kommunalen Handlungsfeld zuordenbar. Es liegt in der Hand von Kommunen und Regionen, das Thema „nachhaltiger“ bzw. „klimaneutraler Konsum“ in den relevanten Einheiten der Verwaltung zu verankern und zu institutionalisieren. Der klimaneutrale Konsum sei ein interdisziplinärer Ansatz, der für die Zielerreichung unabdingbar ist, schreibt ein Befragter. So sollen vielfältige Aufgabenbereiche der Verwaltung in der Planung und Umsetzung von Maßnahmen des nachhaltigen Konsums eingebunden werden, was teilweise auch schon stattfindet. Dafür müsse das Thema Klimaschutz als übergeordnetes Thema wahrgenommen und darauf eingegangen werden. Allerdings gibt es auch Gegenstimmen: So gaben zwei befragte Personen zu bedenken, dass dadurch jedoch das Risiko bestehe, das Thema Klimaschutz zu „überfrachten“²⁹.

In den Interviews und den Antworten auf eine offene Frage nahmen zwei Elemente eine bedeutsame Rolle ein: Die Aktivierung eines „Kümmerers“ oder einer „Kümmererin“ sowie die Schaffung von Strukturen. *„Also es braucht Kümmerer. Ohne Kümmerer geht gar nix“* – so eine Antwort auf eine offene Frage, die die Wichtigkeit eines federführenden Akteurs aufzeigt, der sich innerhalb einer Verwaltung einer Themenlinie annimmt, so auch dem nachhaltigen Konsum innerhalb des Klimaschutzes.

Nachhaltiger Konsum als Teil des Klimaschutzes liegt quer zu den Aufgabenbereichen und Zuständigkeiten. Deswegen ist vordringlich, eine Arbeitsgruppe, Koordinierungs- oder Stabstelle „Klimaschutz“

²⁷ Zitat aus einer Antwort auf eine offene Frage: *„Nachhaltiger Konsum kann durch gezielte Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen gefördert werden; die politischen Entscheidungsträger, der Bürgermeister und die Amtsleiter sind hierbei entscheidend“.*

²⁸ Vgl. etwa die Webseite <http://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/umweltfreundliche-beschaffung> des Umweltbundesamtes.

²⁹ Zitat aus einer Antwort auf eine offene Frage: *„Klimaschutz ist m.E. bereits jetzt überfrachtet. Die Aufgaben des Klimaschutzes sollten nicht weiter vermischt und somit weiter teilweise aufgeweicht werden. Ich betrachte es als sinnstiftender die Aufgaben, die wir bislang haben, erstmal abzuarbeiten. Wenn dann noch Geld vorhanden ist, kann man sich diesem Thema als Randthematik widmen. Eigentlich ist dies doch auch zum Großteil Sache der Landwirtschaft und/oder des Handels und weniger des Klimaschutzes. Ich warne davor zu viel und immer neue Themen aufzumachen, dadurch wird der gesamte Klimaschutz ineffizient.“*

zu institutionalisieren, die den Begriff „nachhaltiger Konsum“ oder „klimagerechter / klimaneutraler Konsum“ definiert, Aufgaben innerhalb der Verwaltung verteilt und die relevanten Aufgabenbereiche und Akteure (Ämter und Dezernate) in die Zielerreichung einbezieht. Dafür solle ein kontinuierlicher und institutionalisierter Prozess organisiert werden. Jede Organisationseinheit der Verwaltung solle mit Hilfe der Stabstelle konsumbezogene Klimaschutzmaßnahmen planen und umsetzen. Dafür könne die Stabstelle Handlungsleitfäden mit jeder relevanten Abteilung entwickeln, z. B. in Form einer Checkliste bei der Beschaffung, die von der Verwaltungsspitze und der Politik abgezeichnet werden, schlägt eine befragte Person vor.

Die konsequente Anwendung von Kriterien eines klimaneutralen Konsums bei der Beschaffung durch einen sogenannten „Nachhaltigkeitscheck von Beschlussvorlagen für die Kreisgremien“ ist ein Beispiel dafür³⁰. Schulungen, Aufklärungsaktivitäten sowie eine rechtliche Beratung sollten auch regelmäßig z. B. für Beschaffende angeboten werden. Dienstanweisungen und Beschaffungsrichtlinien sollen entwickelt bzw. regelmäßig angepasst werden. Die Stabstelle sollte dafür verantwortlich sein, das Thema „klimaneutraler Konsum“ in allen Verwaltungshandlungen zu berücksichtigen. Eine befragte Person regt an, dass die „*Schaffung eines Klima- und Energieverantwortlichen in jeder Abteilung als direkter Ansprechpartner*“ ein guter Weg dafür sein könne. Eine solche Koordinierungsstelle würde für die notwendige Vernetzung und Abstimmung innerhalb der Verwaltung sorgen. In den Interviews und den Antworten auf eine offene Frage wurden sehr viele Bereiche genannt, die dabei einbezogen werden sollten, so etwa:

- ▶ Ordnungsamt
- ▶ Stadt- und Bauleitplanung
- ▶ Liegenschaftsamt
- ▶ Hoch- und Tiefbau
- ▶ Verkehrsplanung
- ▶ Energiemanagement und kommunale Eigenbetriebe (z. B. Stadtwerke)
- ▶ Gesundheit
- ▶ Pressestelle
- ▶ Agenda-Gruppe
- ▶ Generationenbeauftragte
- ▶ Soziales (z. B. Schul- und Kindergarten)
- ▶ Wirtschaftsförderung
- ▶ Abfallwesen
- ▶ Kämmerei.

Um eine Integration in alle Themenfelder der Verwaltung zu gewährleisten, soll eine grundsätzliche Aufgabe dieser Stabstelle darin bestehen, die Bewusstseinsbildung für das Thema innerhalb der Verwaltung und die Vernetzung unter den Mitarbeitenden zu fördern. Zudem sollen zuallererst die Bereiche angesprochen werden, die bereits aktiv sind, nämlich da, wo Ideen, Gelder oder Kapazitäten vorhanden sind, und nicht unbedingt da, wo die höchsten Potenziale vorhanden sind, berichtet ein Befragter in einem Interview. Dadurch würden alle anderen mitgezogen und zur Nachahmung angeregt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch auf das Beispiel der Stadt München verwiesen, bei der seit 2013 elf Stellen im Klimaschutz geschaffen wurden, von denen neun in Vollzeit im Rahmen der NKI gefördert werden. Diese sind in acht verschiedenen Referaten der Stadtverwaltung (Referat Gesundheit und Umwelt, Stadtplanung und Bauordnung, Direktorium, Baureferat, Bildung und Sport, Arbeit

³⁰ Dieses Modell hat beispielsweise die Stadt Augsburg eingeführt (vgl. <http://www.nachhaltigkeit.augsburg.de/aktuelles/artikel/article/zukunftsleitlinien-fuer-augsburg.html>; Zugriff vom 17.11.2017).

und Wirtschaft, Kreisverwaltungsreferat, Kommunalreferat, Bildung und Sport (Technik)), die mit der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen betraut sind, angesiedelt.³¹

Verwaltung und politische Entscheidungsträger

Die verwaltungsinterne Zusammenarbeit bedarf eines politischen „Flankenschutzes“ sowie eines Mandats. Den lokalen politischen Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen müsse der politische Nutzen der Integration klimagerechter Maßnahmen gezeigt werden, da das Thema oftmals noch als „Luxusthema“ wahrgenommen wird. Deshalb sollten monetäre Vorteile für die Gesamtkommunen kalkuliert und aufgezeigt werden. Insbesondere sollte vermittelt werden, welche klimaschädlichen Auswirkungen das bisherige Handeln hat und welche zusätzlichen Vorteile mit einer Ausrichtung auf Klimaschutz einhergehen kann, z. B. regionale Wertschöpfung durch einen Ausbau der erneuerbaren Energieträger.³²

Vernetzung mit Zivilgesellschaft und Wirtschaft bzw. Handel

Jenseits der Verwaltung nehmen externe Akteure und bestehende Strukturen, wie Unternehmen, Bildungseinrichtungen (z. B. außerschulische Lernorte wie Volkshochschulen, Umwelteinrichtungen sowie Schulen und Kindergärten) und zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle ein, die daher für Kooperationen gewonnen werden sollten.

Es ist wichtig, hier einen guten Zugang zu den bedeutsamen Akteuren zu erschließen. Ein Interviewpartner stellt dies so dar:

„Also letztendlich ist es zu allen Maßnahmen immer wichtig, sich engagierte, passende Akteure dazu zu holen, die letztendlich in der Stadtgesellschaft auch wichtige Multiplikatoren sind, die weitere Leute ansprechen können. Also es gibt ja so ein paar Player, die man ja auch so kennt: Größere Firmen, Engagierte, wie auch immer, größere Vereine und Verbände, die zu dem Thema dann passend einladen. Also spricht, man entwickelt ein konkretes Projekt und überlegt dann, wer hat damit sowieso schon zu tun und was hat der danach vielleicht auch für einen Vorteil daraus. Demjenigen das dann so darstellen und sagen: Pass mal auf, wenn du hier mitmachst, dann hast du vielleicht später einen größeren Kundenstamm oder das und das. Und gleichzeitig hat man natürlich den Effekt, dass man damit dann den nachhaltigen Konsum und damit auch der Umwelt und den Klimazielen auch was Gutes tut. Also sprich gar nicht diese Klimaziele immer in den Vordergrund stellen, sondern eher die anderen Vorteile darstellen, wo dann auch das Klima und der Umweltschutz mitprofitieren. Also das ist glaube ich immer eine strategisch günstige Vorgehensweise, um solche Projekte dann umzusetzen.“

Diese Zusammenarbeit betreffe einerseits gemeinsame Initiativen mit Gewerbetreibenden, etwa aus dem Handel, aber auch aus dem Handwerk und der lokalen Wirtschaft. Diese könnten zum Stadtmarketing beitragen, dabei könnten auch wirtschaftliche Akteure als Sponsoren gewonnen werden. Ihre Kooperation sei notwendig, um klimaneutrales Konsumverhalten zu steuern. Ihnen sollte der ökonomische Nutzen auch gezeigt werden, regt eine befragte Person an.

³¹ Vgl. https://www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:0526e24e-5dfb-4b6f-8cb1-d605752027c7/broschuere_ks_management.pdf (Zugriff vom 12.4.2018).

³² Vgl. hierzu wissenschaftliche Publikationen des IÖW (2017) und ein Online-Angebot der Agentur für erneuerbare Energien (AEE) zur Ermittlung regionalökonomischer Effekte der Nutzung erneuerbarer Energien (AEE 2017b).

Außerdem schlägt eine weitere Person vor, ein arbeitsfähiges Gremium zu bilden, das aus Ehrenamtlichen und Hauptberuflichen bestehen würde. Durch eine gemeinsame Anlaufstelle könne die Vernetzung der örtlichen Akteure erleichtert werden.

Darüber hinaus sollten Basisinitiativen, wie etwa Repair-Cafés, Tauschbörsen oder Urban Gardening Initiativen, unterstützt und gestärkt werden, bis hin zur Erreichung eines gewissen politischen Gewichts. Insbesondere für Landkreise könne diese Funktion als Koordinierungsstelle sehr relevant sein. Der begrenzte Einfluss, den Landkreise auf Verkehrsmittelwahl, Unternehmen und Personen haben, könne über die Unterstützung lokaler Akteure vergrößert werden.

Kommunen und Lebenswirklichkeiten, Erfahrbarkeiten und Kerninteressen

Die Bürgernähe im Lokalen und/ oder auf Quartiersebene könnte auch eine Möglichkeit bilden, das Abstraktum der Erfahrbarkeiten nachvollziehbarer zu machen. Mehrfach wurde in den Interviews und den Antworten auf eine offene Frage darauf abgehoben, das öffentliche Interesse zu erhöhen, indem monetäre Vorteile dargestellt und positive Anreize gesetzt werden. „Nachhaltiger Konsum muss mit Gewinn an Lebensqualität verbunden sein“, regt eine befragte Person an. Jemand anderes schreibt: „Erfolg ist vor allem dann zu erwarten, wenn die Maßnahme an bürgerschaftliches Engagement geknüpft wird (z. B. Repair-Café) oder einen Gewinn an Lebensqualität verspricht.“ Die Entwicklung von Maßnahmen solle „(...) nah an der Lebenswirklichkeit der Menschen auf nachbarschaftlicher/ Quartiersebene“ stattfinden. Dafür rät eine Person dazu, die Motivation lokaler Akteure besser zu verstehen und persönliche Werte anzusprechen. Laut Erfahrung dieser Person fühlen sich die (meisten) Menschen beim Thema „Ernährung“ und „Selbermachen“ angesprochen. Ein Befragter regt an, den Klimaschutz nicht an erster Stelle zu erwähnen, sondern Argumente für den Klimaschutz über andere Kerninteressen der Bürger und Bürgerinnen zu vermitteln (z. B. Gesundheit, Ernährung). Die Bevölkerung sollte mit „(...) massiver Öffentlichkeitsarbeit (...)“ über neue Medien aufgeklärt werden. Insbesondere sollten die Bürger und Bürgerinnen zielgruppenspezifisch adressiert werden.³³ Informationsmaterialien wie z. B. regionale Einkaufsführer könnten mit Klimaschutzzahlen unterfüttert werden (z. B. 1 kg Tomaten aus dem Landkreis spart soundsovielmals kg CO₂ gegenüber 1 kg Tomaten aus Holland).

Rahmenbedingungen und Unterstützung

Mehrere Kommunen und Landkreise thematisieren, dass die Handlungsreichweite der kommunalen und regionalen Ebene begrenzt ist. Die Schaffung von nationalen Rahmenbedingungen auf Bundesebene sei notwendig, um eine tiefgreifende Transformation anzustoßen. Die Agenda 2030³⁴ sollte beispielsweise Synergien zwischen nachhaltigem Konsum, sozialer Gerechtigkeit und Klimaneutralität aufzeigen. Diese Rahmenbedingungen, vor allem im Bereich der Produktion und des Marketings, sollten umweltschädliches Verhalten stärker in den Fokus nehmen, bestrafen oder an der Quelle verteuern. Eine nationale Reglementierung sollte eine konsequente Pflicht zur Internalisierung aller externen Kosten einführen.

„Erfahrungsgemäß entfalten nur zwei Hebel tatsächlich Wirkung: Ordnungsrecht (vgl. gesetzliche Mindestvorgabe für baulichen Wärmeschutz) und finanzielle Vorteile für den Einzelnen (vgl. EEG)“, schreibt eine befragte Person.

³³ Zitat aus einer Antwort auf eine offene Frage: „Mit einer guten Argumentation für die ganz unterschiedlichen sozialen Milieus (Sinus). Wir brauchen eine bessere Klima- und Umweltkommunikation, die die neurobiologischen und psychologischen Erkenntnisse berücksichtigt. Das wird sehr anspruchsvoll“.

³⁴ Mehr Information dazu: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/presse/2015/2030-agenda_nachhaltige_entwicklung_sept_2015.pdf (Zugriff vom 13.11.2017).

Um zu vermeiden, dass beide Themen im tagespolitischen Geschehen untergehen, solle die Förderung von klimaneutralem Konsumverhalten eine Pflichtaufgabe der Kommunen, Städte und Landkreise werden und auch die Möglichkeit der Sanktionierung beinhalten. Darüber hinaus sollten Förderprogramme von Kommunen einfordern, dass der nachhaltige Konsum in der Bilanzierung als eigenes Bedürfnisfeld vorkommt oder dass zumindest die Flexibilität zur Berücksichtigung des nachhaltigen Konsums besteht. Jedoch sollten Möglichkeiten geschaffen werden, um Daten in diesem Bereich auf kommunaler Ebene zu erheben. Darüber hinaus sollten Informationen z. B. zu Suffizienzstrategien bereitgestellt werden. Auch die finanzielle Förderung von Gruppen wie auch von Initiatoren und Initiatorinnen, die sich einer Verbesserung des nachhaltigen Konsums verschrieben haben, sollte ermöglicht werden.

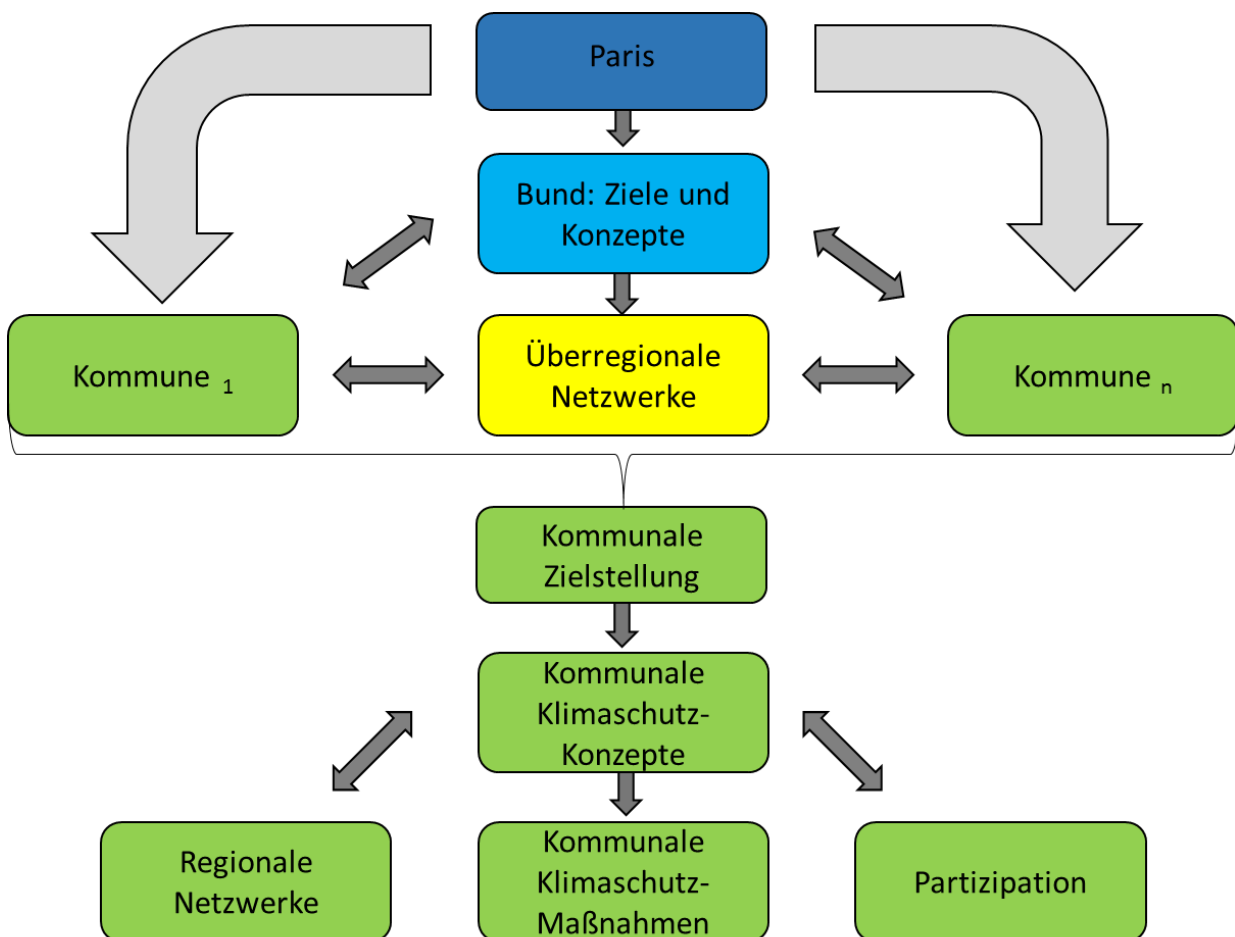
6 Strategien und Empfehlungen

Welche Schlussfolgerungen sind aus den bisher dargestellten empirischen Ergebnissen zu ziehen? Inwieweit lassen sich Klimaschutz und nachhaltiger Konsum miteinander in Verbindung bringen? Eignen sich Konzepte, wie „100 %-EE-Regionen“ oder „Klimaneutralität“ als Metastrategie zur Förderung nachhaltiger Konsummuster und Lebensstile? Welche Implikationen hat dies für die Umweltpolitik auf Ebene des Bundes und der Kommunen bzw. Regionen? Welche Möglichkeiten und Herausforderungen ergeben sich für die Umweltpolitik? Welche Ansatzpunkte bestehen, Kommunen und Regionen in das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ einzubinden? Auf diese Fragen soll in diesem Kapitel eingegangen werden.

6.1 Klimaneutralität als strategisches Konzept

Mit dem Pariser Klimaschutz-Übereinkommen vom Dezember 2015 hat die internationale Gemeinschaft das Kyoto-Protokoll fortgeschrieben und die bisher auf internationaler Ebene festgelegten CO₂-Reduktionsziele erstmals auf nationaler Ebene entsprechend der jeweiligen Möglichkeiten verankert (vgl. BMUB 2016b, 3ff.). Die ambitionierte Zielstellung der Begrenzung der Erderwärmung um deutlich unter 2°C hat die deutsche Bundesregierung im Klimaschutzplan 2050 in nationale Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen übertragen. Diese nationalen Zielstellungen sehen vor, die jährlichen Emissionen bis zum Jahr 2030 um 55 % gegenüber dem Jahr 1990 zu senken und langfristig bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 % (vgl. BMUB 2016c, 7).

Abbildung 25: Klimaschutz im Mehrebenensystem: Von Paris zu den Kommunen



Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Bereits das Pariser Klimaschutz-Übereinkommen adressiert explizit alle staatlichen Ebenen der nationalen Vertragspartner, um sich bei den Klimaschutzanstrengungen einzubringen und spricht damit auch die lokale bzw. kommunale Ebene an (vgl. BMUB 2016b, 3). In den jüngeren der im Rahmen dieser Untersuchung analysierten regionalen Klimaschutzkonzepte wird diese auf internationaler Ebene adressierte Verantwortung auch entsprechend angenommen und die Notwendigkeit eigener lokaler Anstrengungen deutlich gemacht (vgl. beispielsweise Hein et al. 2016, 13f.). Aber auch bereits vor der richtungsweisenden Klimakonferenz in Paris haben viele Kommunen und Städte in ihren regionalen Klimaschutzkonzepten ihre Verantwortung für den Klimaschutz und ihre potentielle Vorreiterrolle betont. Sie sehen sich hier oftmals in der Verantwortung für die Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen, verweisen aber zugleich auch auf die Notwendigkeit nationaler Rahmenbedingungen, Förderungen und internationaler Verpflichtungen. Dies unterstreicht die Verbindung zwischen nationalen, internationalen und lokalen Zielstellungen und Umsetzungsmaßnahmen (vgl. beispielsweise Hirschl et al. (2015b, 1f.), Weinand und Sievers (2010, 21) und Arff et al. (2013, 16f.)).

Klimaschutzkonzepte auf regionaler Ebene dienen vor dem Hintergrund dieser Verflechtungen verschiedener Politik-Ebenen der lokalen Umsetzung international vereinbarter und national konkreter Klimaziele. Sie nehmen die Beschlüsse von Paris quasi auf und bringen sie auf die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten stehende Verwaltungsebene. Dabei muss betont werden, dass Maßnahmen, die ausschließlich dem Klimaschutz dienen, nicht zu den Pflichtaufgaben deutscher Kommunen gehören, sondern als Aufgabe der freiwilligen Selbstverwaltung wahrgenommen werden (vgl. o.V. (2011)). Hieraus ergeben sich teilweise bürokratische Hürden bei der Priorisierung kommunaler Aufgaben und Hemmschwellen bezüglich der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen. Für die Erstellung von Klimaschutzkonzepten zielt die Kommunalrichtlinie mit der Förderung von Kommunen auf diese Finanzierungsschwierigkeiten ab und erleichtert damit zumindest den Start in eigene kommunale Klimaschutzanstrengungen. Dennoch wird die Finanzschwäche vieler Kommunen als wichtiges Hemmnis für den Klimaschutz erkannt und auch beforscht (vgl. beispielsweise Finus (2015, 4f.) und IÖW (2018)). Kommunen und Regionen sehen sich bezüglich der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen aufgrund mehrerer Argumente als geeignet bzw. auch in der Pflicht: Zum einen berühren einige Energiewendeaspekte kommunale Aufgaben zur Daseinsvorsorge beispielsweise in der Bereitstellung der Infrastruktur zur Energieversorgung oder im öffentlichen Personennahverkehr. Zum anderen steht die Kommune in vielen Belangen den Verursachern von THG-Emissionen näher und kann hier direktere Ansatzpunkte nutzen und an bestehende Initiativen anknüpfen (vgl. beispielsweise Weinand und Sievers (2010, 21) und Ahlke et al. (2014, 7)).

Die Aktivitäten der Kommunen und Kreise finden ihren Widerhall in einer Reihe von überregionalen zielorientierten Netzwerken, die dem Austausch, der Vernetzung, aber auch der Interessensbündelung dienen. Dazu gehören beispielsweise die **100 %-EE-Regionen**, die explizit die reale oder bilanzielle Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien anstreben und somit den EE-Ausbau als zentral für ihre Klimaschutzanstrengungen sehen. Angereizt durch die nationalen Rahmenbedingungen der Förderung durch das EEG, durch positive regionalökonomische Effekte und die Möglichkeit, die regionale Energieversorgung selbst zu gestalten, umfasst dieses Netzwerk bereits 154 Landkreise, Kommunen und Städte mit insgesamt ca. 25 Mio. Einwohnern (Stand: Oktober 2017; vgl. Universität Kassel 2018). Eingebunden sind beim Ausbau der erneuerbaren Energien eine Vielzahl von lokalen Akteuren, von Anlagenherstellern über Installateure und das lokale Handwerk. Auch Flächeneigentümer, Anwohner, Anlageneigentümer und Verwaltungsmitarbeiter werden eingebunden. Partizipations- wie auch (finanzielle) Teilhabeprozesse werden vielfach genutzt und teilweise wird auf altbewährte Instrumente zurückgegriffen, wie beispielsweise der genossenschaftlichen Firmierung von Anlageneigentümern mit gleichen Mitspracherechten für alle. Ein weiteres Netzwerk von Vorreiter-Regionen wurde mit der Förderung von **Masterplan-Kommunen** durch das BMU ab 2009 etabliert. Die Senkung der THG-Emissionen um 95 % bis 2050 soll in diesen Kommunen durch die gleichzeitige Halbierung des Endenergieverbrauchs ge-

stützt werden. Hier wird deutlich, dass neben der Dekarbonisierung der Energieerzeugung auch verbrauchsmindernde Strategien als notwendig erachtet werden, um eine umfassende Klimaneutralität zu erreichen. Diese zusätzlichen Effizienz- und teilweise auch Suffizienzansätze werden vielfach als unabdingbar zum Erreichen der Klimaschutzziele angesehen, so dass die Masterplan-Kommunen hier eine deutlich sichtbare Vorbildfunktion einnehmen und Strategien und Maßnahmen entwickeln, die auf andere Kommunen und Regionen übertragen werden können. Weiterhin erwähnenswert sind die **Bioenergieregionen**, die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) über die Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR) bis 2015 gefördert wurden. In diesen, zumeist ländlichen Regionen konzentriert man sich auf biogene Stoffströme und die Potentiale zur energetischen Nutzung. Dabei werden etablierte lokale land- und forstwirtschaftliche Wertschöpfungsketten und die beteiligten Akteure adressiert und eingebunden. Wichtige Co-Benefits wie regionale Wertschöpfungspotentiale stehen hier ebenso im Fokus, wie der gezielte Wissenstransfer an andere Regionen (vgl. beispielsweise Rupp et al. (2017) und FNR (2017b)).

Klimaschutzkonzepte sind mittlerweile in einer beträchtlichen Zahl von Regionen erstellt worden, Ende 2016 wurden allein über die NKI 2.000 geförderte Teil- und Gesamtkonzepte erfasst (vgl. Tabelle 1). Wird von exakten Zieljahren der angestrebten THG-Emissionsminderungen abgesehen, so weisen ca. 60 % mittelfristige und 87 % langfristige Klimaneutralitätsziele auf, die den Zielstellungen der Bundesregierung und des Klimaabkommens von Paris gerecht werden (vgl. Tabelle 8). Damit sind diese Regionen zurecht als Vorreiter der bundesweiten Klimaschutzbewegung anzusehen. Die weite Verbreitung in allen Regionen Deutschlands, über städtische und ländliche sowie ärmere und reichere Gebiete hinweg, macht aber auch deutlich, dass diese regionalen Aktivitäten längst keine kleine Nischenbewegung mehr darstellen. Vorreiterrollen, Vernetzungsaktivitäten und Kooperationen über mehrere administrative Ebenen hinweg sind Aspekte, welche diese Bewegung von innen heraus stärken und weiterwachsen lassen. Diese Eigendynamik und das Engagement regionaler Akteure geht sogar so weit, dass die regionalen THG-Minderungsziele teilweise über die Ziele der Bundesregierung hinausgehen und die Entwicklung unabhängig von übergeordneten Zielen vorantreiben können.

Ein wichtiges strategisches Element, das sich in vielen regionalen Klimaschutzkonzepten findet, ist die **Vernetzung lokaler Akteure** untereinander. Bereits in der Phase der Konzepterstellung ist im Idealfall eine Vielzahl von Akteuren beteiligt. Wird bereits hier auf partizipative Mitgestaltung Wert gelegt, werden auch Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Dadurch kann die Akzeptanz gesteigert werden, so dass sowohl die Zielstellung als auch die erarbeiteten Maßnahmen von einem breiten Teil der lokalen Akteure mitgetragen und vorangebracht werden. Im Detail kann die regionale Vernetzung dazu beitragen, die für die Maßnahmenentwicklungen notwendigen Informationen zusammenzutragen und die besten Ansatzpunkte für konkrete Maßnahmen zu finden. Gelingt die Ansprache und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, sind auch Maßnahmen durchführbar, die auf die klimaneutrale Ausgestaltung privater Bereiche wie dem Konsum oder Lebensstilen im Allgemeinen abzielen. Ebenso kann die Durchführung von gemeinsam geplanten Maßnahmen durch die Unterstützung geeigneter Akteure besser gelingen.

Diese verschiedenen Ansätze und Netzwerke wählen einen strategischen Zugang zum Klimaschutz. Durch den Bezug auf Klimaneutralität als Ziel wird eine Botschaft transportiert, die an das Pariser Übereinkommen andockt und es herunterbricht. Paris wird somit im lokalen Kontext nachvollziehbar und einem Monitoring unterworfen. Diese in Richtung Klimaneutralität ausgerichteten Kommunen können bereits über beträchtliche Erfolge berichten.³⁵

³⁵ Einzelne Regionen wie bspw. Lüchow-Dannenberg haben im Bereich der Stromversorgung bereits einen vollständigen (bilanziellen) Selbstversorgungsgrad durch den Ausbau erneuerbarer Energien erreicht (vgl. AEE (2013)) und nehmen sich nun weitere Bereiche wie die Mobilität und die Wärmeversorgung vor (vgl. Landkreis Lüchow-Dannenberg (2017)). Gemessen an den THG-Emissionen lassen sich noch weitere erfolgreiche Beispiele nennen. So hat Rostock im Jahr 2010

Klimaneutralität kann als die dem Klimaschutz übergeordnete Zielstellung verstanden werden, wie auch der nachhaltige Konsum über klimafreundliche Lebensstile hinausgeht. Anders herum gesprochen gilt aber auch, dass Klimafreundlichkeit in allen Konsumbereichen eine Mindestbedingung eines nachhaltigen Lebensstils bildet. Diese Beziehung macht deutlich, dass gerade regionale Anstrengungen zur Klimaneutralität ein wichtiger Ansatzpunkt für die Förderung nachhaltigen Konsums sein können. Zugleich muss sich aber die bisherige Perspektive regionaler Klimaschutzkonzepte für alle verschiedenen klimarelevanten Emissionspfade öffnen, um eine echte Klimaneutralität zu erreichen. Akteursnetzwerke, Erfahrungen mit Klimaschutzmaßnahmen und dem Ausbau erneuerbarer Energien sowie das gewachsene lokale Verantwortungsbewusstsein vor dem Hintergrund internationaler Klimaschutzvereinbarungen bieten hierfür ideale Voraussetzungen. Dabei stehen regionale Anstrengungen zur Erreichung von Klimaneutralität aber auch vor mehreren Herausforderungen, auf die in den folgenden Abschnitten eingegangen wird.

6.2 Klimaneutralitätsziele in Kommunen & Regionen

Die in diesem Bericht analysierten Klimaschutzkonzepte verfolgen anspruchsvolle Zielsetzungen. Diejenigen Kommunen, die sich Klimaneutralität als Ziel gesetzt haben, weisen noch anspruchsvollere Ziele auf (vgl. Kapitel 3.5.1). Die jeweiligen Ziele gehen in die Klimaschutzkonzepte ein, die die Grundlage für die lokalen bzw. regionalen Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes bieten. Klimaschutzkonzepte und die in ihnen erfolgte Bilanzierung des Status Quo der Treibhausgasemissionen stellen eine entscheidende Größe für eine Maßnahmenplanung und -priorisierung dar. Um derartige Bilanzen zu erstellen, werden umfassende Erhebungen bzw. Berechnungen vorgenommen, die – so die Analyse in diesem Bericht (vgl. Kapitel 3.5.2) – entweder dem Territorialprinzip oder einer kombinierten Anwendung des Territorial- und Verursacherprinzips³⁶ folgen. An diesen Daten der Treibhausgasemissionen können Klimaschutzmanager und -managerinnen sich orientieren und Schwerpunkte setzen. Aus ihrer Sicht und durch die Engführung vereinfachter Territorial-Bilanzen erfolgt dies bei den „Big points“ (Bilharz 2008), also bei den Bereichen, bei denen beträchtliche Potenziale bestehen, die Emission von Treibhausgasen zu verringern. Diese sind sehr häufig der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie Effizienzmaßnahmen zur Einsparung von Energieverbräuchen, oftmals in den eigenen öffentlichen Liegenschaften. Diese Fokussierung ist sinnvoll und ertragreich sowie auch kommunikationsfähig – sofern ein Monitoring erfolgt. Sie hilft, mit knappen öffentlichen Ressourcen verantwortungsvoll umzugehen und möglichst viel für den Klimaschutz „herauszuholen“.

Trägt nachhaltiger, klimabewusster Konsum bisher hierzu etwas bei? Nach den in diesem Bericht zusammengestellten Erkenntnissen wird klimabewusster, nachhaltiger Konsum in seinem ganzen Umfang noch nicht berücksichtigt. Worauf ist dies zurückzuführen?

- ▶ Zunächst einmal auf die „Blickführung“ des Bilanzierungstools: Wie erwähnt, dominiert das Territorialprinzip, das die THG-Bilanzierung auf die innerhalb der Regionsgrenzen emittierten THG-Mengen begrenzt und importierte indirekte Emissionen in anderen Bedürfnisfeldern des Konsums ausblendet. Diese Einschränkung lenkt den Blick auf die direkten THG-Emissionen der regionalen Energieerzeugung und weist somit auf den EE-Ausbau als wichtige Klimaschutzmaßnahme hin. Weitere Bedürfnisfelder des Konsums bleiben größtenteils unberücksichtigt, auch weil mangels

bereits eine Senkung der Emissionen um ca. 53 % gegenüber dem Jahr 1990 erreicht (vgl. Hilse et al. (2013)) und auch die Städte Bochum, Oelde und Stralsund gehören mit jeweils um ca. 50 % verminderten Emissionen zu den Vorreitern (vgl. Dietrich et al. (2015), Steinhoff et al. (2013) und Horenburg et al. (2010)). Im Bereich der erneuerbaren Stromversorgung erreichen sechs Regionen, deren Klimaschutzkonzepte im Rahmen dieser Untersuchung ausgewertet wurden, einen Selbstversorgungsgrad von über 100 % zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ihrer Konzepte. In weiteren 14 Regionen liegen diese Werte deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Diese fallweise bedeutsame und im Durchschnitt über alle untersuchten Regionen ebenfalls sehr starke Entwicklung zeigt auf, dass die kommunale Ebene und die Vielzahl der hier aktiven Akteure geeignet sind, um eine nachhaltige Entwicklung zu initiieren und zu fördern.

³⁶ Das Verursacherprinzip bezieht sich in fast allen Konzepten dann auf das Feld Mobilität.

Bilanzdaten nur wenige konkrete Ansatzpunkte bekannt sind und auf ihre Wirksamkeit hin bewertet werden können.

- ▶ Daneben müssen – notgedrungen – viele Kommunen zwischen Klimaschutzbestrebungen und finanziellen Zwängen abwägen. Sie konzentrieren sich auf die wichtigsten, kostengünstigsten oder für sie gewinnbringendsten Aktivitäten, wie den Ausbau und/ oder den Eigenbetrieb von EE-Anlagen.
- ▶ Zudem ist auf die Förderung der NKI zu verweisen: Die NKI, die 79 % der in diesem Bericht untersuchten 160 Klimaschutzkonzepte gefördert hat, gibt für regionalspezifische THG-Bilanzen das Territorialprinzip als Grundlage vor, welches für die Strom- und Wärmebereiche abweichend um die Verursacherperspektive erweitert werden sollte. Zugleich wird deutlich gemacht, dass graue Energie nicht bilanziert wird („BISKO-Standard“, Hertle et al. 2016, S. 6). So werden an dieser Stelle der THG-Bilanzierung Bedürfnisfelder ausgeblendet, die mit grauer Energie maßgeblich zu den THG-Emissionen und dem Klimawandel beitragen. Da die THG-Bilanz die Grundlage für die zu entwickelnden Klimaschutzmaßnahmen darstellt, mangelt es also zumeist schon an den informativischen Voraussetzungen zur Maßnahmengestaltung in diesen Bedürfnisfeldern.

Kommunen und Regionen können zweifelsohne mit ihren Aktivitäten Erfolge aufweisen. Diese Erfolge erbringen dann auch beträchtliche „Big points“, die sich in den THG-Bilanzen niederschlagen.³⁷ Dabei gilt: Je erfolgreicher diese sind, desto mehr wird der Blick auf andere Bereiche gelenkt, wie ein Klimaschutzmanager erläuterte: „Wie kann ich den Rest noch abfangen“ (vgl. S. 84). Dies eröffnet die Verbindung zu anderen Bereichen und Akteuren, die bisher weniger im Blick standen und an strategischer Bedeutung gewinnen können – womit private Haushalte und deren Konsummuster, Verhaltensweisen und Lebensstile ins Spiel kommen.

Diese Erweiterung des Zugangs zum Klimaschutz jenseits der direkten THG-Emissionspfade lenkt damit den Blick auch auf die im „Nationalen Programm für nachhaltiger Konsum“ (Bundesregierung 2016b) behandelten Bedürfnisfelder. Diese – quasi inhärente – Tendenz zur Berücksichtigung von Verbraucherinnen und Verbrauchern hätte deren verschiedene Rollen (vgl. Abbildung 12) und Bedürfnisfelder aufzugreifen. Bisher werden – jenseits dem Energieverbrauch im Haushalt und der Mobilität – andere Bedürfnisfelder nur recht spärlich im lokalen/ regionalen Klimaschutz behandelt. Einige wenige Konzepte nehmen weitere Bedürfnisfelder, wie beispielsweise die Ernährung, mit in den Blick. Die Erschließung sämtlicher relevanter Bedürfnisfelder für den Klimaschutz weist vielfach über die bisherigen Zugänge der Klimaschutzmanager und -managerinnen hinaus. Dieser Zugang zu den verschiedenen Bedürfnisfeldern und privaten Haushalten ist ein Kernansatz eines nachhaltigen Konsums und dem nationalen Programm (Bundesregierung 2016b). Aus diesem Grunde könnte die Mobilisierung eines nachhaltigen Konsums einen Mehrwert für die lokalen und regionalen Klimaneutralitätsziele bieten und diese weiter zu erschließen helfen.

³⁷ So sanken beispielsweise in der Masterplan-Kommune Heidelberg die CO₂-Emissionen von 1987 bis 2015 um 8 %, insbesondere im Zeitraum seit 2011. Dabei geht der größte Teil der Einsparungen auf eine Versorgungsoptimierung (Holzheizkraftwerk, BHKWs, Solarenergie) zurück Ifeu (2017).

6.3 Das nationale Programm für nachhaltigen Konsum

6.3.1 Klimaschutz und -neutralität: ein untergeordneter Teil des nationalen Programms für nachhaltigen Konsum

Das von der Bundesregierung auferlegte „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ (Bundesregierung 2016b) behandelt eine Reihe von übergreifenden Handlungsansätzen und Bedürfnisfeldern. „Nachhaltiger Konsum heißt heute so zu konsumieren, dass die Bedürfnisbefriedigung heutiger und zukünftiger Generationen unter Beachtung der Belastbarkeitsgrenzen der Erde nicht gefährdet wird.“ (Bundesregierung 2016b, 5). Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen im Bereich des Umweltschutzes (z. B. Klimaschutz, Biodiversität, Ressourcenschonung usw.) bilden einen vielfach gestreiften Hintergrund dieses Programms. Klimafreundlichkeit wird als eine Mindestbedingung eines nachhaltigen Lebensstils erwähnt und das Potential eines nachhaltigen Konsums für die Verringerung der Belastung des Klimas wird anerkannt. Die Wechselwirkungen und Bezüge zwischen Konsum und diesen Herausforderungen, insbesondere dem Klimaschutz, werden im nationalen Programm sporadisch angerissen. Übergreifende Handlungsansätze, in denen Klimaschutzziele erwähnt werden, sind vorhanden. Dies gilt insbesondere für die Begünstigung von klimaneutralen Mobilitätsformen, sowie im Bereich Reisen und Tourismus. In den Bedürfnisfeldern „Ernährung“ und „Wohnen“ sind die Bezüge deutlich schwächer. Sie werden bisher weder systematisch vorgestellt noch wird das Potential der erwarteten Wirkungen quantitativ abgeschätzt.

Verbraucherinnen und Verbraucher, Unternehmen, der Handel, die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft, Medien, Kommunen sowie auch die öffentliche Hand in ihrer Vorbildfunktion (BMUB 2017, S. 10) werden als Zielgruppe des Programms adressiert. Obwohl zum Teil (wenn auch nicht quantifiziert) konkrete Ziele und Maßnahmen benannt werden, bleibt die **Aufteilung der Verantwortung** zwischen Produzenten und Verbrauchern sowie zwischen Verwaltungsebenen in den meisten Bedürfnisfeldern unklar. Selten werden Verantwortung und Gestaltungsformen der Maßnahmen so klar wie im Bedürfnisfeld „Wohnen“ formuliert: *„Die veränderten Kommunikations- und Kooperationsformen gemeinschaftlicher Wohnprojekte stellen besondere Anforderungen an die Förderpolitik. Die Unterstützung ist in erster Linie eine Aufgabe der Kommunen, da sie über Informationen über den lokalen Wohnungsmarkt und die Kontakte zur Bauwirtschaft vor Ort und zu Wohlfahrtsverbänden verfügen.“* (BMUB 2017, S. 52). Zudem bleibt ungeklärt, in welchen Bedürfnisfeldern Kommunen, Landkreise und Regionen Maßnahmen prioritär entwickeln und umsetzen sollen und wie eine optimale Gestaltung von Maßnahmen erfolgen kann.

Letztlich wird im Programm auch wenig spezifiziert, wie und wo Kommunen und Regionen bei der Planung und Umsetzung konsumbezogener Maßnahmen Unterstützung finden. Lediglich einige bestehende Instrumente, auf die Kommunen sich auf der Suche nach finanzieller Förderung oder fachlichem Wissen stützen bzw. zugreifen können, werden erwähnt. Beispiele dafür sind die Nationale Klimaschutzinitiative oder das Netzwerk für faire Beschaffung der Servicestelle der Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Zudem wird eine Erweiterung des Kompass Nachhaltigkeit um einen kommunalen Kompass als Service für Beschaffungsverantwortliche in Kommunen von der Bundesregierung geplant. Auf Basis dieser Instrumente bleibt jedoch zum größten Teil unklar, wie Kommunen und Regionen die neuen Aufgaben, die über das Programm an sie herangetragen werden, konkret bewältigen können.

6.3.2 Klimaschutz und -neutralität: eine Gelegenheit für den nachhaltigen Konsum

Die Erweiterung des Zugangs zum Klimaschutz jenseits der direkten THG-Emissionspfade lenkt den Blick auf die im „Nationalen Programm für nachhaltiger Konsum“ (Bunderegierung 2016b) behandelten Bedürfnisfelder. Diese werden mit dem Fokus auf die direkt energierelevanten Bedürfnisfelder in den meisten Konzepten nur teilweise behandelt. Einige wenige Konzepte nehmen darüber hinaus auch weitere Bedürfnisfelder, wie beispielsweise Ernährung, mit in den Blick.

Die umfassende Erschließung sämtlicher relevanter Bedürfnisfelder geht jedoch vielfach über die bisherigen Zugänge der -managerinnen und der Klimaschutzmanager hinaus, erfordert neue verwaltungsinterne Kooperationen, Impulse aus verschiedenen Richtungen sowie eine stärkere Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Die sachliche Notwendigkeit, Klimaschutz auf die verschiedenen Pfade der Emissionen von THG auszurichten, öffnet den Blick auf Konsum- und Lebensstile. Mit den Klimaschutzkonzepten wurden in vielen Regionen bereits Grundlagen gelegt, Netzwerke aufgebaut und Aktivitäten ergriffen, um Schritte in Richtung Klimaschutz zu gehen. Auch wenn diese Konzepte noch nicht fest in den regionalen Strukturen institutionalisiert sowie dauerhaft etabliert sind und auch wenn Klimaneutralität nur bei einer Minderheit explizit als Ziel benannt wird, so bieten die Konzepte einen strategisch nutzbaren Einfallswinkel in kommunale bzw. regionale Umweltpolitik sowie deren Netzwerke und Kommunikationskanäle.

Klimaschutzkonzepte bieten einen Möglichkeitsraum für weitergehende Diskurse und Aktivitäten an. Sie sind deswegen als ein Ansatz zu verstehen, der in der Breite der kommunalen bzw. regionalen Akteure diffundiert und keineswegs als Nische einiger Vorreiterregionen zu betrachten ist.

Überregional haben sich verschiedene Netzwerke, wie 100 %-EE-Regionen, gebildet, die einen überregionalen, bundesweiten Erfahrungsaustausch erlauben. Veranstaltungen zu konsumnahen Themen wie Suffizienz werden allmählich entwickelt³⁸. Trotzdem wird das Thema „nachhaltiger Konsum“ von -managerinnen und -managern insgesamt noch nicht als zentral wahrgenommen und noch zu wenig in den stark zielfokussierten Netzwerken aufgegriffen. Somit werden die Bedeutung und das Potential des Themas für die Erreichung der Klimaschutzziele bisher unterschätzt. Jedoch stellen diese Netzwerke eine herausragende Eingangstür für den nachhaltigen Konsum dar. Über europäische und bundesweite Netzwerke (Klimaschutznetzwerk „Convenant of Mayors“, 100 %-EE-Regionen, Klimaschutzinitiative) hinaus sind Klimaschutzmanager und -managerinnen auch mit anderen auf Landkreis- und/ oder regionaler Ebene sowie auf Ebene der Bundesländer (z. B. über die Energie- und Klimaschutzagenturen) gut vernetzt und können gute Praxisbeispiele und -maßnahmen weitergeben. Zudem zeigen die Interviews, dass -managerinnen und -manager zur Erreichung der Klimaschutzziele innerhalb ihrer Kommunen/ Landkreise/ Gemeinden und innerhalb ihrer Verwaltung in der Regel sehr gut vernetzt sind und somit eine Bewältigung ihrer Aufgaben im Bereich einer erfolgreichen Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen möglich wäre. Sie verfügen über zahlreiche Kontakte zu Organisationen und Schlüsselakteuren wie beispielsweise zu Handwerkskammern, (Wohn-)Unternehmen, Bildungsstätten und Vereinen, welche für die Aktivierung von privaten Haushalten zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele zentral sind. Diese Akteure können vorbildliche Maßnahmen und Aktivitäten in ihren jeweiligen Lokalitäten weitertragen und Bürger und Bürgerinnen sowie Organisationen sowohl für die Erreichung der Klimaschutzziele als auch für die Erreichung der Konsumziele aktivieren.

³⁸ Z.B. Niedersachsen: Kommunale Suffizienzstrategien in der Nationalen Klimaschutzinitiative: <https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/aktuelles-1/veranstaltungen/nachlese-unserer-veranstaltungen/nachlese-klimaschutzmanagertreffen-juni-2017.html>

Die empirische Analyse zeigt, dass die Entwicklung und Umsetzung von konsumbezogenen Maßnahmen im Rahmen der Erstellung von Energie- und Klimaschutzkonzepten eine ambitionierte Zielsetzung benötigt: Klimaneutralitätsziele können nur dann erreicht werden, wenn Verbraucher und Verbraucherinnen sowie private Haushalte einbezogen und dazu angereizt werden, sich für den Klimaschutz über eine Änderung ihrer Lebensstile und Konsumgewohnheiten zu engagieren. Das Ziel der Klimaneutralität ist also einerseits eine Grundbedingung für die Erreichung der im Klimaschutzplan 2050 festgelegten Ziele und andererseits ein starkes Instrument für die Umsetzung von Maßnahmen für einen Wandel der Konsumpraktiken, wie sie im Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum festgelegt sind.

Die Klimaneutralitätsziele, die oft implizit hinter konsumbezogenen Maßnahmen stehen, können quantifiziert und aufgeschlüsselt werden, auch hinsichtlich der besonderen Rolle der Kommunen. Über die explizite Verknüpfung der Klimaschutzziele und der Ziele des nachhaltigen Konsums könnte der Mehrwert für den nachhaltigen Konsum herausgestellt und die Erreichung der Ziele des nachhaltigen Konsums beschleunigt werden, wenn Instrumente für die Nutzung von Synergien vorhanden sind. Zudem fehlt in den meisten Kommunen eine über die öffentliche Beschaffung hinaus ausgewiesene Zuständigkeit für den nachhaltigen Konsum. Die Förderung des nachhaltigen Konsums erfolgt „nebenbei“. Eine Aktivierung der Akteure und Strukturen „vor Ort“ über die Klimaschutzmanager und -managerinnen sowie Klimaschutzstellen könnte eine Schlüsselrolle in die Verankerung des nachhaltigen Konsums auf kommunaler oder regionaler Ebene spielen.

Die „Grand Challenge“ einer Klimaneutralität in der Breite ist im Gegensatz zu vielen anderen Themen und Ansätzen bereits sehr elaboriert, ausdifferenziert und mit politischen Zielen unterlegt, die quantifizierbar sind. Nachhaltiger und klimabewusster Konsum bildet daraus eine Teilmenge.

6.4 Implikationen für nationale und kommunale Umweltpolitiken

Die Förderung nachhaltigen Konsums, wie sie die Bundesregierung im Programm „Nachhaltiger Konsum“ (Bundesregierung 2016b) programmatisch entworfen hat, über die Nutzung der Metastrategie Klimaneutralität ist kein Selbstläufer. Dies haben die in den Kapiteln 4 und 5 dargestellten und analysierten empirischen Ergebnisse gezeigt: Sie deuten in eine doppelte Richtung:

- ▶ Zum einen sind auf **nationaler Ebene der Umweltpolitik** des Bundes Aktivitäten zu ergreifen und Maßnahmen zu initiieren, um Anreize und Rahmenbedingungen für kommunale und regionale Gebietskörperschaften anzubieten.
- ▶ Zum anderen sind auf **Ebene der Kommunen und Regionen** bereits derzeit bestehende und zukünftige möglicherweise vergrößerte Spielräume wahrzunehmen und zu nutzen.

Auf diese beiden Ebenen soll im Folgenden eingegangen werden, auf die eher operative Ebene der Arbeit von Klimaschutzmanagern und -managerinnen wird in Abschnitt 6.5 eingegangen.

6.4.1 Implikationen für die nationale Umweltpolitik

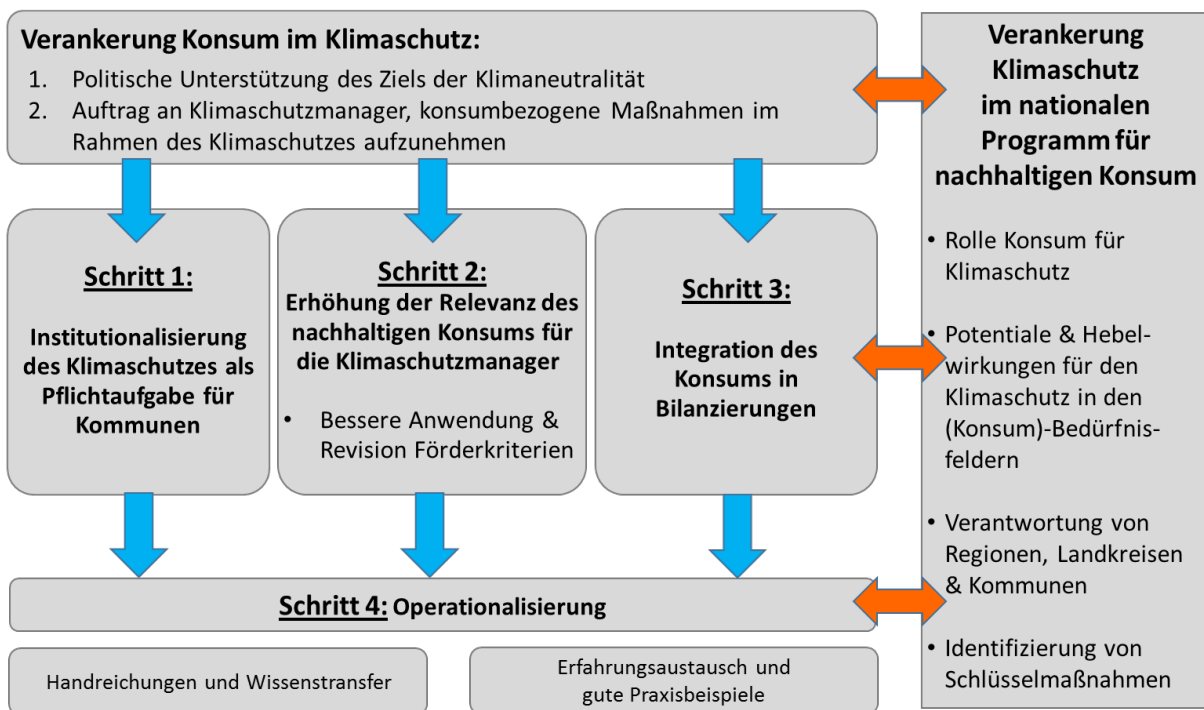
Im Folgenden werden einige Ansatzpunkte und Maßnahmen vorgestellt, die im Rahmen der nationalen Umweltpolitik aufgegriffen werden könnten, um nachhaltigen Konsum im Rahmen der Erstellung von Klimaschutzkonzepten mit dem Ziel der Klimaneutralität zu fördern:

6.4.1.1 Förderliche Rahmenbedingungen schaffen

Aus der empirischen Analyse wurde festgestellt, dass es für Klimaschutzmanager und -managerinnen nicht eingängig ist, den nachhaltigen Konsum im Rahmen ihrer Aktivitäten zu fördern und zu unterstützen. Konsumbezogene Maßnahmen werden noch selten entwickelt und umgesetzt bzw. nicht als prioritär betrachtet. Dies gilt insbesondere, wenn das Ziel der Klimaneutralität nicht von wichtigen Akteuren unterstützt wird und nicht politisch verankert ist. Häufig wird Konsum nicht in das Aufga-

benfeld des Klimaschutzes eingeordnet und eher als eine Art politische „Ungeschicklichkeit“ wahrgenommen: Es fehlt das öffentliche Interesse und daher die Unterstützung wichtiger Akteure. Zudem werden die monetären Vorteile und die Tragweite bisheriger Konsummuster hinsichtlich ihrer Wirkungen auf das Klima unterschätzt, so dass keine „natürlichen Anreize“ gegeben sind, konsumbezogene Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Die Beeinflussbarkeit der Konsumpraktiken auf lokaler Ebene ist keine Selbstverständlichkeit und ihre Effektivität wird noch häufig bezweifelt. Konsumbezogene Maßnahmen werden häufig als unmessbare Größe und „zusätzliche Last“ von Klimaschutzmanagern und -managerinnen wahrgenommen.

Abbildung 26: Ansatzpunkte für die nationale Umweltpolitik zur Förderung nachhaltigen Konsums im Rahmen der „Klimaneutralität“



Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Deswegen verlangt die Umsetzung konsumbezogener Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes:

1. eine **klare politische Unterstützung des Ziels der Klimaneutralität.**

Dadurch werden starke Anreize gesetzt, konsumbezogene Maßnahmen auf kommunaler und regionaler Ebene zu entwickeln und umsetzen. Nur durch eine politische Unterstützung können so die Klimaneutralitätsziele erreicht werden.

2. einen **klaren Auftrag an die Klimaschutzmanager und -managerinnen**, konsumbezogene Maßnahmen als Teil von Klimaschutzkonzepten aufzunehmen.

Der nachhaltige Konsum und die Änderung des Verbraucherverhaltens soll als zentrale Aufgabe der Klimaschutzmanager und -managerinnen politisch unterstützt und gefördert werden. Insbesondere sollen sie als Koordinatoren von Maßnahmen innerhalb der Verwaltung und in die lokale Bevölkerung hinein agieren sowie auf bestehende lokale Netzwerke für die Entwicklung, Umsetzung und Verbreitung der Maßnahmen aufbauen.

Um diese beiden Rahmenbedingungen zu schaffen, sind vier strategische Schritte notwendig:

Schritt 1: Institutionalisierung als Pflichtaufgabe

Eine wesentliche Problematik des Klimaschutzes auf kommunaler Ebene ist dessen fehlende verpflichtende **Institutionalisierung** im Rahmen der bestehenden Strukturen: Klimaschutz gehört weder zu den Pflichtaufgaben der Kommunen, noch zu denen von Regionen oder Landkreisen, auch wenn eine Vielzahl von Kommunen teilweise seit Jahrzehnten in diesem Bereich aktiv ist. Damit einher geht eine große Spannbreite des Detailgrades der in diesem Bericht analysierten Klimaschutzkonzepte. Viele Konzepte sind auf gut abgrenzbare und bilanzierbare Bedürfnisfelder begrenzt, so dass die Unterstützung nachhaltigen Konsums über diesen Ansatz bisher noch unterentwickelt ist.

Damit ist die Aufgabe angesprochen, Klimaschutz in das „Pflichtprogramm“ auf kommunaler/ regionaler Ebene aufzunehmen. Eine derartige strukturelle Reform bedarf des rechtlichen Impulses durch Bund und Bundesländer. Die Institutionalisierung ist abzusichern durch eine entsprechende Finanzausstattung, um die Wahrnehmung der Aufgabe überhaupt erst zu ermöglichen. Klarzustellen ist darüber hinaus auch, dass mit der Institutionalisierung kein Rückzug des Bundes oder der Bundesländer aus einer vorsorgenden nationalen und internationalen Klimapolitik verbunden sein darf.

Schritt 2: Erhöhung der Relevanz des nachhaltigen Konsums für die -managerinnen und -manager

Förderprogramme bieten einen wichtigen Rahmen für Klimaschutzkonzepte und damit gezielte Ansatzpunkte für die Förderung nachhaltigen Konsums über diesen Strategieansatz. Die Kommunalrichtlinie der NKI als wichtigstes Förderprogramm für die Erstellung von Klimaschutzkonzepten beinhaltet beispielsweise Vorgaben für die inhaltliche Struktur von Klimaschutzkonzepten. Darin wird die Treibhausgasbilanzierung sämtlicher klimarelevanter Bedürfnisfelder gefordert, zu denen auch nicht direkt energierelevante Bedürfnisfelder zählen. Bei den Masterplankommunen wurde mit dem Ziel „der Förderung eines nachhaltigen Lebensstiles bei Nutzern und Konsumenten sowie eines nachhaltigen Wirtschaftens in lokalen Unternehmen im Rahmen von entwickelten Suffizienz- und Konsistenzstrategien“ (BMU 2015, S. 3) ein Anreiz für eine stärkere Berücksichtigung der Rolle der Verbraucher und Verbraucherinnen eingeräumt. Das Suffizienzprinzip soll in die Maßnahmenprogrammatische einfließen. In integrierten Klimaschutzkonzepten können Sektoren wie „private Haushalte“ berücksichtigt werden.³⁹ Jedoch kommen die geförderten Klimaschutzkonzepte aufgrund der regional oftmals fehlenden Datenbasis dieser Forderung nicht immer nach. Andere Förderprogramme, die zum Teil auch auf Klimaneutralität abzielen und von deutschen Kommunen in Anspruch genommen werden, wie der European Energy Award, adressieren die Bedürfnisfelder des Konsums über ihre Förderbedingungen auch nicht direkt. Generell liegt der Fokus bei den Vorgaben der Klimaschutzkonzepte sehr stark auf Energie- maßnahmen, THG-Bilanzierung und Energieeffizienz, was zeigt, dass vor allem auf die Bedürfnisfelder Wert gelegt wird, in THG-Einsparungen direkt quantitativ messbar sind.

An dieser Stelle könnten die Förderkriterien also besser angewendet und mit Hilfsangeboten unterstützt werden, um die Fördermittellnehmer für die bisher nur unzureichend abgebildeten Bedürfnisfelder zu sensibilisieren. Dabei sollten Antragsteller aufmerksam gemacht werden, dass Maßnahmen prioritär entwickelt werden sollen, die folgende Kriterien erfüllen:

- ▶ Hohe erwartete positive Wirkung auf das Klima
- ▶ Hohe Resonanz unter den Verbrauchern und Verbraucherinnen
- ▶ Kosteneffizienz (insbesondere Maßnahmen, die vor allem Personalkosten verursachen und keine direkten Ausgaben wie Förderprogramme)

³⁹ <https://www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie> (Zugriff am 6.3.2018).

► **Zuständigkeit und Vorhandensein von fachlichen Kompetenzen, Zugängen und Erfahrung.**

Hinweise auf das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum, auf Publikationen zur Bedeutung der Bedürfnisfelder für die Treibhausgasbilanzen und auf Daten und Tools zur konkreten Bilanzierung in diesen Bedürfnisfeldern sollten die Grundsteine für solche Hilfestellungen bieten. Weiterhin wird über die Kommunalrichtlinie der Aufbau von institutionellen Kapazitäten vor Ort gefördert. Neben der Initiierung und der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen fallen darunter auch die Teilnahme an Schulungen und Vernetzungsaktivitäten für Klimaschutzmanager und -managerinnen. Diese Aktivitäten können explizit dazu genutzt werden, Fachwissen über die Relevanz der Bedürfnisfelder für die Treibhausgasbilanz und über gezielte Klimaschutzmaßnahmen zu erwerben sowie einen Austausch über erfolgreiche konsumrelevante Klimaschutzmaßnahmen unter den Regionen anzuregen. Voraussetzung hierfür sind die Konzeption und Bereitstellung von Schulungsmaterialien sowie von Plattformen für Vernetzungsaktivitäten. Die beobachtbaren Erfolge der Förderaktivitäten und der einzelnen Hilfsangebote in den direkt energierelevanten Bedürfnisfeldern zeigen auf, dass diese Ansätze im Allgemeinen zielführend sind und für die Förderung nachhaltigen Konsums über regionale Klimaschutzkonzepte und -aktivitäten genutzt werden sollten.

Daneben wäre zu überlegen, ob Programme wie beispielsweise das Programm „Kurze Wege für den Klimaschutz“⁴⁰ des BMU nicht stärker dezentralisiert werden könnten: Klimaaktive Kommunen könnten dabei die Möglichkeit erhalten, direkt vor Ort passgenau Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen zu unterstützen und dabei sehr viel zielgenauer zu agieren, als dies über die Förderung über ein zentral verwaltetes Bundesprogramm möglich ist.

Schritt 3: Integration des Konsums in Bilanzierungen

Die Analyse der Klimaschutzkonzepte zeigt, dass ein Schwerpunkt auf direkt energierelevante Bedürfnisfelder liegt und Bedürfnisfelder mit einem hohen Anteil grauer Energie selten berücksichtigt werden.⁴¹ Dies gilt bereits für die THG-Bilanzierung (vgl. Abschnitt 3.5.2), die als Grundlage für die Potenzialanalyse und die Maßnahmenentwicklung als Vorgabe für die Förderung über die NKI gilt. Dort wird explizit betont, dass alle „klimarelevanten Bereiche“ einzubeziehen sind (BMU 2016b, S. 10). Die im Förderprogramm der NKI empfohlene Bilanzierungsmethodik gibt für regionalspezifische THG-Bilanzen allerdings das Territorialprinzip an, welches für die Strom- und Wärmebereiche abweichend um die Verursacherperspektive erweitert werden sollte. Zugleich wird deutlich gemacht, dass graue Energie nicht bilanziert wird („BISKO-Standard“, Hertle et al. 2016, S. 6). So werden bereits an dieser Stelle der THG-Bilanzierung Bedürfnisfelder ausgeblendet, die mit grauer Energie maßgeblich zu den THG-Emissionen und dem Klimawandel beitragen. Da die THG-Bilanz die Grundlage für die zu entwickelnden Klimaschutzmaßnahmen darstellt, mangelt es also zumeist schon an den informativischen Voraussetzungen zur Maßnahmengestaltung in diesen Bedürfnisfeldern.

Grundsätzlich ließe sich das Problem durch erhöhte Anforderungen an die THG-Bilanzierung in den zu fördernden Konzepten oder durch Angebote zur Unterstützung der THG-Bilanzierung mittels entsprechender Datengrundlagen lösen. In den Vorgaben der NKI-Förderung regionaler Klimaschutzkonzepte

⁴⁰ Vgl. <https://www.ptj.de/klimaschutzinitiative/nachbarschaften> (Zugriff vom 12.4.2018).

⁴¹ Im Jahr 2012 lag der bundesweite Anteil für Waren und Dienstleistungen ohne direkten Energieverbrauch an den haushaltsbezogenen CO₂-Emissionen bei ca. 67 %; von allen direkten und indirekten Emissionen in Deutschland wurden ca. 31 % über Energie- und Wareneinkäufe aus dem Ausland importiert (Statistisches Bundesamt 2016, S. 8ff.), so dass dieser bundesweit durchschnittliche Anteil in regionalen THG-Bilanzen auf Basis des Territorialprinzips nicht berücksichtigt wird.

drückt sich allerdings eine Ambivalenz zwischen ambitionierten Klimaschutzzielen und einer schwierigen Datenlage zu regionalen indirekten THG-Emissionen aus.⁴²

Die für eine umfassende THG-Bilanzierung indirekt energierelevanter Bedürfnisfelder fehlenden Daten umfassen vor allem die regionalspezifischen Konsummuster. Produktspezifische THG-Emissionsfaktoren liegen dagegen für einige der relevanten Bedürfnisfelder vor.⁴³ Die Konsummuster müssten allerdings regionalspezifisch erhoben werden, und zwar in einer Form, die eine Verrechnung mit den THG-Emissionsfaktoren ermöglicht. Hier spielen beispielsweise der Detailgrad der zu betrachtenden Konsumgüter eine Rolle, aber auch die mit THG-Emissionen zu bewertenden Produktionsketten. Diese können nämlich zu unterschiedlichen Anteilen im In- oder Ausland liegen und somit für vergleichbare Endprodukte unterschiedliche THG-Emissionsfaktoren aufweisen. Der Aufwand für eine solche regionalspezifische Bilanzierung ist ohne konkrete Informationen nicht genau abschätzbar; er dürfte erheblich und damit ein Hauptgrund für die mangelnde Bilanzierung der indirekt energierelevanten Bedürfnisfelder sein.

Ohne den Bezug zu konkreten und detaillierten regionalen Konsummustern könnten auch vereinfachte Abschätzungen der THG-Emissionen indirekt energierelevanter Bedürfnisfelder vorgenommen werden: So stellen beispielsweise Fritsche/ Eberle (2007) und Noleppa (2012) THG-Emissionsfaktoren von verzehrfertigen Nahrungsmitteln bzw. Produktgruppen vor und greifen somit die Konsumentenperspektive im Bedürfnisfeld der Ernährung auf. Auch das Umweltbundesamt liefert beispielhafte THG-Emissionsfaktoren für verschiedene Konsumbereiche. Ohne die Hintergrundinformationen zu den dazugehörigen Produktionsprozessen und Lieferketten können hier nur Abschätzungen vorgenommen werden. Diese können allerdings mit deutlich weniger Aufwand betrieben werden, da die regionalen Konsummuster nicht im Detail entsprechend der THG-Emissionsfaktoren erhoben werden müssen. Der Detailgrad der THG-Bilanzierung beschränkt aber, wie auch in den direkt energierelevanten Bedürfnisfeldern, die potenziellen Anknüpfungspunkte für zielgerichtete Maßnahmen.

Die fehlende THG-Bilanzierung indirekt energierelevanter Bedürfnisfelder schlägt sich auch in den begrenzten Monitoring- und Controlling-Instrumenten nieder. Werden in diesen Bedürfnisfeldern Maßnahmen unabhängig von belastbaren Bilanzdaten entwickelt, so sind für eine sinnvolle Erfolgskontrolle der Maßnahmen dennoch fortgeführte detaillierte THG-Bilanzen oder zumindest andere geeignete Indikatoren notwendig. Da die nachhaltige Ausgestaltung einiger Bedürfnisfelder auf die langfristige Anpassung von Konsummustern und gar Lebensstilen abzielt, ist eine frühzeitige Maßnahmenentwicklung und -durchführung gegebenenfalls sogar vorzuziehen, so dass THG-Bilanzen als Monitoring-Instrument erst zu einem späteren Zeitpunkt um die entsprechenden Bedürfnisfelder ergänzt werden müssen.

Schritt 4: Operationalisierung über die Diffusion von Erfahrungswissen

Ein herausstehendes Hemmnis, das aus der empirischen Analyse abgeleitet wurde, ist das fehlende Wissen, konsumbezogene Maßnahmen zu entwickeln. Zur Überwindung dieses Hemmnisses bieten sich zwei Möglichkeiten an:

⁴² Einerseits wird die Berücksichtigung aller „klimarelevanten Bereiche“ (BMU 2016b, S. 3) gefordert, andererseits werden in der NKI Leitfäden empfohlen, welche die Verwendung handhabbarer, aber eingeschränkter territorialer THG-Bilanzen vorgeben (Difu 2011, S. 215ff.; Hertle et al. 2016, S. 6).

⁴³ Mengenspezifische THG-Emissionsfaktoren verschiedenster Produkte und Dienstleistungen finden sich in (teilweise kostenlosen) Datenbanken, wie bspw. GEMIS (IINAS 2017) oder ProBas (Umweltbundesamt 2017b). Diese THG-Emissionsfaktoren sind auf Basis vordefinierter Produktions- und Lieferketten ermittelt worden und sind daher entsprechend des Verursacherprinzips nutzbar. Damit lassen sich also die in einer Region durch konkrete Konsummuster verursachte THG-Emissionen in diesem Bedürfnisfeld ermitteln, sofern ausreichend Informationen über die Konsummuster selbst vorliegen.

Erfahrungsaustausch und gute Praxisbeispiele: Kommunen lernen oft von anderen Beispielen. Instruktive und spannende Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich Klimaschutz und nachhaltiger Konsum lassen sich derzeit an vielen Stellen finden, etwa in Newslettern oder Broschüren, auf Veranstaltungen oder auf Webseiten. Analog zur Darstellung guter Praxisbeispiele im Bereich Beschaffungswesen⁴⁴ könnte an zentraler Stelle, etwa beim Umweltbundesamt oder dem Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz der NKI, eine Sammlung und Darstellung guter Beispiele in diesem Bereich erfolgen. Insbesondere könnten die Kommunen, die im Bereich Ernährung bereits aktiv sind, über ihre Maßnahmen und das Überwinden intrinsischer Herausforderungen berichten.

Oft ist es vorteilhafter, gute Praktiken direkt aus erster Hand im persönlichen Kontakt zu erfassen. Aus diesem Grund könnte an verschiedenen Praktiker-Events wie etwa dem Netzwerk21-Kongress, dem Zukunftsforum Energiewende von deENet sowie der Kommunalen Klimakonferenz der Nationalen Klimaschutzinitiative als Side-Event ein Workshop angeboten werden, in dem es um beispielhafte Maßnahmen im Bereich konsumbezogener Klimaschutzkonzepte geht.

In den Bedürfnisfeldern, in denen seitens der Kommunen und Regionen noch wenig unternommen wird (Geldanlagen, Wohnen, Freizeit, Bekleidung), könnte recherchiert werden, welche Maßnahmen auf nationaler Ebene und in anderen Ländern in diesen Bedürfnisfeldern bereits geplant und umgesetzt werden und über welche Aufmerksamkeit und Interesse sie verfügen. Zudem könnte untersucht werden, inwiefern diese Aktivitäten auf Deutschland übertragbar sind. Möglicherweise könnten in die Vorstellung von Praxisbeispielen internationale kommunale Aktivitäten herangezogen und somit in Deutschland verbreitet werden.

Handreichungen und Wissenstransfer: Die Ansprache der Bürger und Bürgerinnen zum Thema nachhaltiger Konsum im Rahmen lokaler Klimaschutzkonzepte ist kein Selbstläufer: Klimaschutzmanager und -managerinnen und andere Akteure, die auf lokaler bzw. regionaler Ebene tätig sind, sollten deswegen umfassend durch die Bundesebene unterstützt werden. Hier sind folgende Möglichkeiten denkbar, um Städte und Gemeinden im Zugang zu und Umgang mit Bürgern und Bürgerinnen zu schulen. Dazu im Folgenden einige mögliche Ansatzpunkte:

- ▶ Erarbeitung einer **Argumentationshilfe**, um die Vorteile eines nachhaltigen Konsums im Rahmen eines Klimaschutzkonzepts zu verdeutlichen, etwa auf individueller Ebene (z. B. Verringerung der laufenden Kosten durch Stromeinsparungen, Erhöhung der Lebensqualität, der Gesundheit), auf regionaler Ebene (z. B. regionale Wertschöpfung) oder gesellschaftlicher Ebene (z. B. Reduktion der THG-Emissionen). Diese Argumentationshilfe soll zielgruppenspezifisch herausgearbeitet werden.
- ▶ Vorschläge zur **Identifizierung von Schlüsselakteuren**, Vorbildern oder Multiplikatoren. Multiplikatoren sind Personen, die aufgrund ihrer Positionen in der Öffentlichkeit (z. B. Populärwissenschaftler, Intellektuelle, Journalisten, Lehrer, Pfarrer, Politiker) und ihrer Fähigkeiten im Zuge ihrer beruflichen Tätigkeit, durch Informations- und Meinungsübermittlung in sozialen Netzwerken oder durch Gespräche die Verbreitung bestimmter Wertvorstellungen, Meinungen, Kenntnisse und Verhaltensmöglichkeiten in der öffentlichen Meinung nachhaltig fördern könnten. Vorbilder sind Personen, die aufgrund ihrer Aktivitäten beispielhaft für positive Erfahrungen im Rahmen eines klimagerechten Verhaltens stehen. Multiplikatoren und Vorbilder sind zentral, um Aktivitäten und Maßnahmen in der Bevölkerung zu verankern und städtische Politiken zu „erden“. Gerade auf kommunaler Ebene können Multiplikatoren nicht nur bundesweit bekannte Personen, sondern durchaus auch Personen sein, die nur im Stadtteil bekannt sind. Auch können Vorbilder in sozialen Netzwerken oder auf der Nachbarschaftsebene bekannt sein. Um diese Personen zu erschließen,

⁴⁴ Vgl. <http://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/umweltfreundliche-beschaffung/gute-praxisbeispiele> (Zugriff vom 17.11.2017).

sollte eine Art „Leitfaden“ erstellt werden, um diese zu ermitteln, zu priorisieren und Ansprachemöglichkeiten zusammenzustellen.

- ▶ Zusammenstellung einer **Sammlung von guten Beispielen oder generischen Hinweisen**, etwa Schwerpunktaktionen unter einem gemeinsamen Motto⁴⁵, aber auch von Hinweisen zu bereits bestehenden Informationsportalen. Diese sollen eine zielgruppenadäquate Ansprache und Aktivierung von Bevölkerungsgruppen ermöglichen und vom Erfahrungswissen anderer Kommunen profitieren und dieses in die eigenen Kontexte „übersetzen“. Dabei sollen Hinweise zur Nutzung verschiedener Kommunikationspfade sowohl „traditioneller“ Pfade als auch neuer Pfade (social media, Einsatz von Apps) gegeben werden.
- ▶ Nutzung der **Weiterbildungsangebote** für Klimaschutzmanagerinnen und -manager: Im mittlerweile beendeten Vorhaben „Klimaschutzdialoge – Change Agent Kurse“ wurden Schulungsskripte erstellt, die mit Blick auf die Relevanz eines nachhaltigen Konsums ergänzt werden könnten.

Insgesamt weisen diese Vorschläge auf bundesweite Maßnahmen hin, die den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften einerseits strukturelle Rahmenbedingungen schaffen, die aber andererseits auch eine Art dynamische Tool-Box für diese Akteure darstellen, deren Nutzung diesen freigestellt ist. Dabei ist diese eine „lebende“ und dynamische Tool-Box, die kontinuierlich weiterzuentwickeln ist und von Erfahrungsaustausch lebt.

6.4.1.2 Verankerungen des Klimaneutralitätsziels im nationalen Programm nachhaltiger Konsum

Das „Nationale Programm für nachhaltigen Konsum“ (Bundesregierung 2016b) ist zunächst einmal nur für eine Minderheit der Klimaschutzmanager und -managerinnen explizit hilfreich gewesen. Welche Möglichkeiten bestehen, Kommunen und Gebietskörperschaften in das nationale Programm einzubinden? Das nationale Programm für nachhaltigen Konsum kann auf Bundesebene als zentrales Instrument für die Konkretisierung dieser Strategie genutzt werden. Insbesondere soll die Rolle des Konsums für die Erreichung der Klimaschutzziele stärker herausgearbeitet und quantifiziert werden. Dafür sollen die „Big Points“ des Konsums hinsichtlich des Klimaschutzes evidenzbasiert spezifiziert werden (insbesondere Einsparungspotential im Bereich Energienutzung u.a. über die Sanierung von Gebäuden; im Bereich Ernährung usw.). Zudem sollen pro Bedürfnisfeld Verantwortliche (Verbraucher und Verbraucherinnen, Gewerbe und Handel, Kommunen, Regionen usw.) sowie ihre jeweiligen Hebelwirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten identifiziert werden. Letztlich sollen Schlüsselmaßnahmen für jede Zielgruppe in jedem Bedürfnisfeld dargestellt werden, wie das in diesem Kapitel für Kommunen und Regionen bereits gemacht wurde.

Im Folgenden werden einige Ansatzpunkte dargestellt:

- ▶ **Kompetenzzentrum Nachhaltiger Konsum:** Im Rahmen des Netzwerks werden Treffen zu nachhaltigem Konsum bzw. Konferenzen organisiert. Eine Möglichkeit der Einbindung könnte in der Ausrichtung eines derartigen Events auf Klimapolitik sein. Zielgruppe sollten die für den Klimaschutz Verantwortlichen auf Ebene der Gebietskörperschaften sein. Diese könnten über die Kontakte der NKI oder anderer Förderprogramme identifiziert werden. Eine derartige Veranstaltung sollte auf die Bedürfnisse dieser Personengruppe ausgerichtet sein und die Verbindungen zwischen Klimaschutz und nachhaltigem Konsum konzeptionell aufzeigen, gute Beispiele präsentieren sowie Angebote für die Zukunft formulieren.
- ▶ **Newsletter:** Es gibt eine Vielzahl von Newslettern im Bereich Klimaschutz, die sich an Akteure auf Ebene der Gebietskörperschaften wenden. Diese Newsletter sollten genutzt werden, etwa durch eine eigene Rubrik „Klimaschutz und nachhaltiger Konsum“, die durch das Umweltbundesamt oder

⁴⁵ Vgl. z.B. Klimagourmet in Frankfurt/Main (<http://www.klimagourmet.de/> - Zugriff vom 16.11.2017) oder faire Wochen (vgl. https://www.faire-woche.de/start/?no_cache=1 - Zugriff vom 16.11.2017).

einer beauftragten Organisation gestaltet wird. Ziel wäre es, durch kontinuierliche Informationen die Schnittmenge im Bewusstsein der kommunalen Akteure zu halten. Hierbei sollten auch Hinweise auf Fördermöglichkeiten im Bereich nachhaltiger Konsum und Klimaschutz enthalten sein.

- ▶ **Vernetzungs- und Informationsveranstaltungen:** Wie bereits oben gezeigt, stellen bestehende Veranstaltungsformate im Bereich kommunaler Klimaschutz ein geeignetes Forum zum Erfahrungsaustausch unter Kommunen und Regionen sowie zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften dar. Dabei könnte direkt am Thema Klimaschutz angedockt werden und Kommunen vermittelt über den „Filter“ Klimaschutz einbezogen werden.

6.4.2 Kommunen und Regionen als Akteure

Kommunen und Regionen können derzeit bereits bestehende Handlungsmöglichkeiten nutzen, um im Rahmen ihrer Klimaschutzkonzepte und -aktivitäten Möglichkeiten zur Förderung nachhaltigen Konsums wahrzunehmen. Dieser Möglichkeitsraum könnte sich durch die oben skizzierten Impulse der Umweltpolitik auf Bundesebene noch verändern und vergrößern.

6.4.2.1 Den Schlüssel finden: Institutionalisierung des Klimaschutzes in der kommunalen Verwaltung

Die in dieser Untersuchung analysierten regionalen Klimaschutzkonzepte und die Interviews mit den für die Konzepterstellung und -umsetzung verantwortlichen Akteuren zeigen auf, dass Kommunen in Sachen Klimaschutz bereits heute auf freiwilliger Basis sehr aktiv sind. Sie sind sich ihrer Verantwortung im Geflecht internationaler Klimaschutzvereinbarungen und nationaler Zielstellungen bewusst. Insgesamt ist eine Institutionalisierung des Klimaschutzes notwendig, die mindestens vier Elemente umfasst:

1. Einholen eines politischen Mandats

Der Verwaltungsaufbau von Kommunen unterscheidet sich zwischen den Bundesländern. Wie bereits erwähnt, gehört Klimaschutz derzeit noch nicht zum festen Aufgabenspektrum einer Kommune. Um dem Klimaschutz eine starke Position einzuräumen, sollte ein politisches Mandat durch die jeweiligen Kommunal- bzw. Kreisparlamente eingeholt werden, das möglichst breit getragen wird und auch eine langfristige Ausrichtung sicherstellt. Damit zu verbinden ist die Vorgabe, Klimaschutz als Querschnittsthema zu verankern und ein „Klimaschutz-Mainstreaming“ in Politik und Verwaltungshandeln sicherzustellen.

2. Langfristige Verankerung in der Verwaltung

Klimaschutzmanager und -managerinnen werden oft im Rahmen der geförderten Erarbeitung regionaler Klimaschutzkonzepte etabliert, hier insbesondere aus Mitteln der NKI. Dabei werden sie teilweise in bestehenden Umweltschutzressorts der kommunalen Verwaltung angesiedelt, sofern die Förderung keine ganze Stelle abdeckt. Daneben nehmen sie teilweise weitere Aufgaben in diesen Ressorts wahr und stehen vor der Herausforderung, die Klimaschutzanstrengungen entsprechend zu vertreten. Diese personelle Konstellation führt in vielen Regionen auch dazu, dass nach Ablauf des Förderzeitraums die Klimaschutzstelle entfällt und die gegebenenfalls im bestehenden Ressort noch angestellten Personen nicht mehr für die Umsetzung der in den Konzepten erarbeiteten Maßnahmen zuständig sind. Wird die Stelle des Klimaschutzmanagers oder der Klimaschutzmanagerin für die Konzepterstellung vollständig neu geschaffen und besetzt, so besteht die Gefahr, dass nach Ablauf der Förderdauer diese Stelle komplett wegfällt und damit auch die personellen Kompetenzen für die Maßnahmenumsetzung verloren gehen.

Gelöst werden kann dieses Problem durch eine festgelegte längerfristige Institutionalisierung einer solchen Stelle, die über eigene finanzielle Mittel oder geeignete andere finanzielle Unterlegungen auch

nach der Phase einer extern geförderten Konzepterstellung fortbestehen kann. Mit dieser zunächst einmal freiwilligen langfristigen Institutionalisierung kann auf kommunaler Ebene eine verlässliche Rahmenbedingung der Arbeit von Klimaschutzmanagern und -managerinnen gesetzt werden. Es wird somit dem Klimaschutz ein „Sprachrohr“ in der Verwaltung gegeben. Die Anbindung dieser Stelle kann unterschiedlich institutionell ausgerichtet sein – sei es als Stabsstelle beim Oberbürgermeister bzw. der Oberbürgermeisterin, als Referat in einem Umweltamt oder als eigenes Amt. Die personelle Ausstattung sollte dabei ausreichend sein, um die mit der Institutionalisierung verbundenen Aufgaben als „Sprachrohr“ auch wahrnehmen zu können.

3. Aufgabenklärung und -zuweisung

Das Aufgabenspektrum von Klimaschutzmanagern und -managerinnen umfasst zunächst einmal den Klimaschutz und die in Konzepten oder Strategien herausgestellten Elemente, wobei diese frühzeitig in die Konzepterstellung einzubeziehen sind, um damit einerseits deren Identifikation mit den Maßnahmen sicherzustellen und andererseits die bestehenden Kompetenzen auch optimal zu nutzen. Diese Aufgaben sollten in geeigneter Weise festgeschrieben werden. In dieser Aufgabenbeschreibung sollte auch auf die indirekten klimarelevanten Bereiche Bezug genommen werden.

Diese Klärung des Aufgabenspektrums ist ein wichtiger Schritt, um an die Tätigkeiten von Klimaschutzmanagern und -managerinnen anzuknüpfen. Bereits der Klimaschutz fällt nicht unter die kommunalen Pflichtaufgaben, so dass Verantwortungsbereiche zumeist ohne Vorgaben definiert und abgegrenzt werden. Schwierig zu erfassende Aspekte wie beispielsweise die Klimawirkung nachhaltiger Lebensstile oder der Eingriff in den privaten Lebensbereich der Bürger und Bürgerinnen zur Förderung nachhaltiger Konsummuster bleiben daher oft unberücksichtigt oder werden nicht umfassend abgedeckt. Hier muss sowohl bei den politischen Entscheidungsträgern als auch in der kommunalen Verwaltung ein erhöhtes Bewusstsein für die Bedeutung sämtlicher Bedürfnisfelder des Konsums für den Klimaschutz und den Möglichkeiten der nachhaltigen Ausgestaltung durch kommunale Anstrengungen geschaffen werden.

4. Verwaltungsinterne Kooperationen schaffen und Kommunikationsflüsse organisieren

Bei der Definition und der Vergabe von Verantwortlichkeiten und Befugnissen ist zu berücksichtigen, dass die Bedürfnisfelder nachhaltigen Konsums mehrere der etablierten kommunalen Verwaltungseinheiten berühren. Die Mitarbeit von Umweltämtern ist hier ebenso gefragt wie die von Verkehrs- und Bauämtern, der Wirtschaftsförderung, kommunalen Bildungseinrichtungen, der Stadtentwicklung und -planung sowie von den Versorgungsämtern. Hier müssen Kommunikations- und Kooperationsinstrumente geschaffen werden, aber auch Befugnisse einer zentralen Klimaschutzstelle gegenüber diesen etablierten Stellen bezüglich des Informationsaustausches und der Aufforderung zur Mitgestaltung und -umsetzung ausgestaltet und festgelegt werden. Dieser ämterübergreifende Austausch macht eine zentrale Klimaschutzstelle notwendig, aber eben auch die Übernahme von Verantwortung für den Klimaschutz und den oftmals unzureichend abgedeckten Bereich des nachhaltigen Konsums. Diese Notwendigkeit haben mehrere Praktiker und Praktikerinnen in den qualitativen Interviews betont.

6.4.2.2 Kommunale Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen kann auf verschiedene Weise erfolgen. Sie kann dem Erfahrungsaustausch und der Interessensbündelung z. B. in bundesweiten Netzwerken dienen.⁴⁶ Sie kann auch in institutionalisierter Form erfolgen, etwa durch die gemeinsame Gründung und Unterstützung

⁴⁶ Vgl. Kapitel 6.3.2.

von Klima- bzw. Energieagenturen, die auf Ebenen unterhalb der Bundesländer tätig sind.⁴⁷ Landkreise umfassen innerhalb einer Region mehrere kreisangehörige Gemeinden, die sich die Erledigung der Aufgaben, die von einer kreisfreien Stadt wahrgenommen werden, untereinander aufteilen. Einige Kreise, wie etwa der Kreis Steinfurt⁴⁸ oder die Region Hannover⁴⁹, haben Klimaschutzbüros-, -ämter oder -leitstellen eingerichtet, die für die Gemeinden klimabezogene Aktivitäten bündeln, Informationen bereitstellen und als Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Diese könnten auch klimabezogene Konsumfragen aufgreifen, bündeln und die kreisangehörigen Kommunen ermutigen, aktiv zu werden.

6.5 Klimaschutzmanager und -managerinnen als zentrale Akteure

Zur Abdeckung des erweiterten Aufgabenspektrums können Klimaschutzmanager und -managerinnen grundsätzlich an ihre bisherigen Klimaschutzaktivitäten anknüpfen. Regionale Klimaschutzkonzepte können gezielt um fehlende Bedürfnisfelder des nachhaltigen Konsums erweitert werden. Die zumeist vorherrschenden Rahmenbedingungen für Klimaschutzmanager und -managerinnen sind aber durch strategische Elemente anzupassen, um diesen Ansatz zielführend auszugestalten.

Als erstes wichtiges Strategieelement ist eine **Akteursanalyse** zu nennen. Die Vielfältigkeit der Bedürfnisfelder nachhaltigen Konsums sowie der potentiellen Maßnahmenausgestaltung machen es notwendig, ein umfassendes Bild über die zu adressierenden und einzubindenden Akteure zu erhalten. Um die Potentiale einer umfassenden und zugleich gezielten Vernetzung innerhalb der Region zu heben, sollte diese Analyse den folgenden Fragen nachgehen: Welche Akteursgruppen und Institutionen oder Organisationen sind in den einzelnen Bedürfnisfeldern relevant? Wo liegen die Interessen der einzelnen Akteure oder Gruppierungen? Verfolgen sie eigene Ziele und welche sind dies? Sind einzelne Akteure oder Gruppierungen bereits untereinander vernetzt? Gibt es hervorstechende Akteure mit besonderem Einfluss auf andere Akteure und Gruppen? Welche Zugangspunkte gibt es zu diesen und anderen Akteuren? Welche Akteure bringen materielle oder fachliche Ressourcen mit sich, die genutzt werden könnten? Welche Akteure sind bereits in den zentralen Bedürfnisfeldern des nachhaltigen Konsums aktiv?

Mit einem umfassenden Bild über die Akteurskonstellationen, über die Interessenslagen, über bestehende Vernetzungen und über bereits laufende Aktivitäten besteht eine Grundlage für eine strategische Zielsetzung, für die Ausgestaltung konkreter konsumrelevanter Maßnahmen sowie für die gewinnbringende Einbindung wichtiger Akteure in die Gestaltungs- und Umsetzungsprozesse (für eine ausführlichere Übersicht zur Aktivierung regionaler Akteure vgl. Müller et al. (2016)).

Die **Einbeziehung von interessierten Bürgern und Bürgerinnen** stellt ein wichtiges Erfolgskriterium auf verschiedenen Ebenen dar. Zum einen schafft – ernst gemeinte und ergebnisoffene – Bürgerbeteiligung in der Planung wie auch Durchführung von Politiken und Maßnahmen Akzeptanz – womit auch ein Resonanz- und Reflexionsraum für die Maßnahmengestaltung erhalten wird. Zum anderen ermöglicht dies eine Erweiterung der Wissensbasis, die eine Basis für eine bürger- und zielgruppen-nahe Gestaltung von Maßnahmen darstellt. Dabei ist es besonders wichtig, jene Bevölkerungsgruppen einzubeziehen, die auch als Zielgruppe der Maßnahmen adressiert werden.

⁴⁷ Viele haben sich in einem Dachverband zusammengeschlossen, vgl. <http://energieagenturen.de/> (Zugriff vom 17.11.2017). Ein Beispiel sind Vernetzungstreffen in Brandenburg, vgl. https://www.bbsm-brandenburg.de/taetigkeiten/netzwerke-veranstaltungen/kontaktstelle-energie/Fachveranstaltung_Energie_2018-03-20 oder <https://energie.wfbb.de/de/Aktuelles/Termine/4-Gemeinsame-Fachveranstaltung-f%C3%BCr-Klimaschutz-Sanierungs-und-Energiemanager-und>

⁴⁸ Vgl. https://www.kreis-steinfurt.de/kv_steinfurt/Kreisverwaltung/%C3%84mter/Amt%20f%C3%BCr%20Klimaschutz%20und%20Nachhaltigkeit/ (Zugriff am 16.11.2017).

⁴⁹ Vgl. <https://www.klimaschutz-hannover.de/> (Zugriff am 16.11.2017).

Beteiligung sollte bereits in der Genese von Maßnahmen mitgedacht und darf auch dabei nicht als einseitige „Information“ verstanden werden, sondern sollte – durch die Verwendung geeigneter Beteiligungsverfahren (Alcántara et al. 2014; BUND 2013) – eine wechselseitige Kommunikation inklusive Konsultation und auch Mitwirkung an der Entscheidungsfindung beinhalten. Der Zeitpunkt der Beteiligung sollte möglichst früh gewählt werden. So können bereits bei der Maßnahmenentwicklung bestimmte Akteursgruppen Fachwissen und Informationen einbringen, die den Prozess von Beginn an bereichern. So wird eine aufwändige Anpassung unzureichend unterlegter Maßnahmen vermieden und die Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Umsetzung der Maßnahmen gestärkt. Auch eine passive Beteiligung in Form von Transparenz und Informationsbereitstellung kann dabei helfen, die Akzeptanz für spätere Maßnahmen vorab zu steigern und die spätere Einbindung zu erleichtern. Insgesamt kann eine frühzeitige Beteiligungsstrategie im gesamten weiteren Prozess von Wert sein. Bei der Maßnahmengestaltung ist das Abholen der Bürgerinnen und Bürger von deren Lebenswelten und Kontexten wichtig, um eine langfristige Ausrichtung und Umsetzung denkbar zu machen. Seitens der Psychologie wurde jüngst der Begriff der solidarischen Lebensqualität (Matthies 2017) eingeführt, um damit auf das Mitdenken der Verhaltensabsichten bei der Maßnahmenentwicklung aufmerksam zu machen.

Neben den Bürgern und Bürgerinnen sind auch **zivilgesellschaftliche Organisationen** (auch ohne direkten Umwelt- oder Klimaschutzbezug), aber auch lokale privatwirtschaftliche Unternehmen und Forschungsinstitutionen **einzubeziehen**. Positive Effekte sind hier, neben den oben genannten Aspekten der Akzeptanzsteigerung und zielgruppenspezifischeren Ausgestaltung der Maßnahmen, zusätzlich die Einbeziehung organisationalen und institutionellen Wissens sowie die Vernetzung mit und zwischen möglichen Kooperationspartnern in der Gestaltung alltags- und klimaschutzbezogener Maßnahmen. Klimaschutzmanager und -managerinnen können dabei aber vor allem auch auf bereits bestehende eigene Vernetzungsaktivitäten zurückgreifen, etablierte Beziehungen und Vertrauenspositionen nutzen und Synergiepotentiale zu konsumrelevanten Maßnahmen heben. Dazu gehören auch bestehende lokale Initiativen wie Bürgervereinigungen, regionale Unternehmenszusammenschlüsse und Informations- und Bildungsinitiativen. In diese Netzwerke sollten auch Initiativen, die sich mit dem Bereich nachhaltiger Konsum beschäftigen, integriert werden (wie etwa Repair-Cafés, Tauschbörsen, Transition Towns, Urban Gardening, Food-Sharing und –Saving Initiativen). Deren zivilgesellschaftliches Engagement überschreitet oft das Thema Klimaschutz, jedoch ist es wichtig, derartigen Initiativen ein Forum zur Präsentation und Vernetzung zu geben, womit Impulse unter den Netzwerkpartnern erzielt und vermeintliche Nischenthemen in die Breite getragen werden könnten. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der Inklusion von zivilgesellschaftlichen Organisationen zukommen, die Bündnismöglichkeiten zur Berücksichtigung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit eröffnen, um einseitige verteilungsverschärfende Belastungen zu vermeiden.

Auch die **überregionalen Netzwerke**, die sich seit vielen Jahren in der Community des kommunalen Klimaschutzes entwickelt haben, sind geeignet, neue Ansätze zur Entwicklung und Umsetzung konsumrelevanter Maßnahmen zu stärken und zu begleiten. Hier liegen oftmals bereits gute Kontakte für einen Austausch über geeignete Maßnahmen und Erfahrungen vor. Gemeinsam kann das Verantwortungsbewusstsein für Konsumaspekte geschärft werden. Der Austausch von Instrumenten, Tools, Ansprechpartnern für die Umsetzung, Fördermöglichkeiten sowie auch Überlegungen zu gemeinsamen Aktivitäten sind hier bereits etabliert und können helfen, das erweiterte Aufgabenspektrum zu schärfen, anzugehen und optimal umzusetzen.

In Deutschland gibt es eine Vielzahl von **Energie- oder Klimaagenturen**, die auf Ebenen unterhalb der Bundesländer tätig sind und wichtige Knotenpunkte in regionalen und überregionalen Netzwerken darstellen. Diese Einrichtungen sind zumeist gut vernetzt bezüglich konkreter Klimaschutzmaßnahmen, aber auch bezüglich der Verstetigung des Klimaschutzes in den jeweiligen Regionen verankert. Die vielfältigen aktiven Kontakte dieser Einrichtungen bieten die Möglichkeit, Zusammenhänge sowie Lösungsansätze zur Förderung des nachhaltigen Konsums als bedeutsamen Teilaspekt des Kli-

maschutzes weiter zu tragen. Zugleich können sie aber auch die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen anregen. Oftmals stellen Energie- und Klimaschutzagenturen auch Informationsmaterial und Linksammlungen für Datenquellen und nützliche Tools in Online-Portalen bereit und bieten so Anlaufstellen für interessierte Nutzer und Nutzerinnen. Die Informationsportale bieten daher ebenso die Möglichkeit, Materialien zur Förderung nachhaltigen Konsums zu verbreiten.

Die Erstellung und Überarbeitung von **Klimaschutzkonzepten** fällt bzw. sollte auch in das Aufgabengebiet der Klimaschutzmanager und –managerinnen fallen. Deren Erarbeitung ist ein intensiver Prozess, der eine umsichtige Kooperationsstrategie in der Verwaltung sowie mit externen Akteuren bedarf. Neben der Fokussierung auf die aus Sicht des Klimaschutzes vorrangigen Bereiche wie Energieerzeugung und Dämmung könnten in diesen Konzepten erste konsumbezogene Maßnahmen skizziert werden. Gerade bei der Befassung mit diesen Bereichen ist die Einbindung der Zivilgesellschaft aktiv erforderlich.

Weiterhin lohnt sich ein Blick auf die bereits in den untersuchten regionalen Klimaschutzkonzepten vertretenen Maßnahmen in einzelnen Bedürfnisfeldern des nachhaltigen Konsums. So finden sich beispielsweise die **Bedürfnisfelder „Energieverbrauch in privaten Haushalten“ und „Mobilität“** in fast allen untersuchten Konzepten wieder und werden auch durchgängig mit gezielten und vielfältigen Maßnahmen unterlegt (vgl. Tabelle 11). Diese weite Verbreitung resultiert aus dem Fokus nationaler und regionaler Klimaanstrengungen auf energetische Konsumgüter wie elektrischem Strom, Wärme oder Kraftstoffen. Weitere Konsumgüter, zu deren Produktion und Transport zu den Konsumenten und Konsumentinnen ebenfalls Energie verbraucht und Treibhausgase emittiert werden, bleiben dagegen in den untersuchten Konzepten viel häufiger unberücksichtigt. Dies legt eine noch unzureichende Beschäftigung lokaler Akteure mit der Relevanz sämtlicher Konsumaktivitäten für den Klimaschutz offen. Aber einige wenige der untersuchten regionalen Klimaschutzkonzepte beschäftigten sich auch mit nicht direkt energierelevanten Bedürfnisfeldern und können so als Vorbilder gelten bzw. deutlich machen, an welchen Stellen mit einfachsten Mitteln, mit Synergien zu anderen Bedürfnisfeldern und unter Einbezug bestehender regionaler Initiativen erste Schritte zur umfassenden Berücksichtigung konsumrelevanter Aspekte erste Erfolge erbracht werden können.

Hier ist laut Tabelle 11 das **Bedürfnisfeld „Arbeit“** hervorzuheben, welches vor allem mit Maßnahmen der Vorbildwirkung der öffentlichen Hand unterlegt ist. Dabei ist zu beachten, dass die Vorbildwirkung für die Bürger und Bürgerinnen nicht notwendigerweise die erste und wichtigste Intention der Kommunen ist. Vielmehr sind zwei gänzlich andere Aspekte hervorzuheben. Zum einen können Maßnahmen in eigenen öffentlichen Liegenschaften und Betrieben ohne Einbindung anderer Akteure und ohne die Hemmnisse durch den Eingriff in die Konsumgewohnheiten Dritter sehr viel einfacher konzipiert und umgesetzt werden. Zum anderen gehören zu den Maßnahmen mit Vorbildwirkung die Einrichtung von Energiemanagementsystemen, nachhaltige Standards in der Beschaffung von Strom- und Wärmeenergie und Vorgaben für die nachhaltige Ausgestaltung von Arbeitsprozessen, die sämtlich mit Effizienz- und daher auch mit Kostensenkungspotentialen verbunden sind. Das Eigeninteresse steht hier also noch deutlich im Vordergrund. Trotzdem gibt es eine Vorbildwirkung, wenn mit diesen Maßnahmen zugleich eine Schulung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der öffentlichen Einrichtungen verbunden ist und die Maßnahmen zum Zwecke der Vorbildwirkung ausreichend transparent gemacht werden. Weiterhin kann der Erfahrungsaustausch mit privatwirtschaftlichen Unternehmen, aber auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Vereinen der Verbreitung von erfolgreichen Maßnahmen und Maßnahmenbündeln dienen. Die Ausweitung der konkreten Maßnahmen auf angrenzende bzw. überlappende Bedürfnisfelder wie beispielsweise der Ernährung oder der Mobilität bietet außerdem Synergiepotentiale, die einen Einstieg in diese Bedürfnisfelder erleichtern kann. Informations- und Schulungsmaßnahmen können auf den privatwirtschaftlichen Bereich übertragen werden. Kooperationen mit Lieferanten nachhaltiger Investitions- und Konsumgüter können die Grundlage für regionale Lieferketten oder für an Bürger und Bürgerinnen gerichtete Konsumempfehlungen sein.

Ein weiteres Bedürfnisfeld des nachhaltigen Konsums, das bereits in ca. einem Drittel der untersuchten regionalen Klimaschutzkonzepte berücksichtigt und mit Maßnahmen unterlegt wird, ist die **Ernährung**. Dieses Bedürfnisfeld bietet aus verschiedensten Gründen die Möglichkeit, zielgerichtet hohe Potentiale zu heben. Der Konsum von Nahrungsmitteln gehört zum Alltagshandeln aller Konsumenten und Konsumentinnen und hat deshalb eine große Bedeutung für diese. Auch wenn damit ein zumeist höheres Maß an Selbstbestimmung und Ablehnung von staatlichen Eingriffen verbunden ist, sind viele Konsumenten und Konsumentinnen offen für Anregungen, da eine gesunde Ernährung oftmals mit einem besseren Lebensgefühl verbunden ist. Hier sind eindeutig Synergien mit gesundheitlicher Aufklärung vorhanden, die im Rahmen gegebenenfalls bereits bestehender Informations- und Bildungsmaßnahmen genutzt werden können. Auch die Zusammenarbeit mit Initiativen, die Lebensmittel teilen und abholen, die andernfalls entsorgt würden („Foodsharing“), mit „Foodsaving“-Initiativen, die Lebensmittel beim Handel bzw. Erzeuger abholen und verteilen, sind in diesem Zusammenhang zu nennen.

Weiterhin kann die regionale Herkunft von Nahrungsmitteln von der oftmals sehr wirksamen Identifizierung mit regionalen Produkten profitieren. Hier kann durch die Vermeidung von Transportemissionen eine nachhaltigere Ausgestaltung der Wertschöpfungsketten erreicht werden. Für die regionale Ausgestaltung von Wertschöpfungsketten der Nahrungsmittelproduktion können regionale Hersteller mit einem hohen Eigeninteresse an regionaler Vermarktung eingebunden werden. Gegebenenfalls bestehen hier bereits Netzwerke und Initiativen, die offen sind für die Gestaltung von Nachhaltigkeitsiegeln für die Kennzeichnung regionaler Produktherkunft und für die Ansprache der regionalen Konsumenten und Konsumentinnen. Der Aufbau regionaler Marken und Lieferketten kann auch eine hohe Signalwirkung entfalten, wenn sich die Betätigungsfelder der beteiligten Produzenten und Produzentinnen sowie Lieferanten und Lieferantinnen über die regionalen Grenzen hinaus erstrecken und die Produkte komplett oder zum Teil mit regionalen Siegeln versehen werden. Gestärkte regionale Wertschöpfungsketten bieten mit den Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotentialen auch die für viele Akteure wichtigen Co-Benefits, indem sie die regionale Wirtschaft insgesamt stärken können.

In diesem Bedürfnisfeld ist außerdem eine hohe Effektivität zu sehen, da aufgrund der alltäglichen Konsumaktivitäten und der Bedeutung nachhaltiger Produktionsprozesse in der Agrar- und Lebensmittelindustrie große Minderungspotentiale für THG-Emissionen und andere Umwelteffekte bestehen. Aufgrund des alltäglichen Charakters des Lebensmittelkonsums bieten Maßnahmen in diesem Bedürfnisfeld auch das Potential einer Sensibilisierung der Konsumenten und Konsumentinnen für Nachhaltigkeitsaspekte im Allgemeinen. Zum Abbau von Hemmnissen ist die Berücksichtigung von sozioökonomischen Faktoren, wie dem privaten Haushaltseinkommen, auch hier angeraten.

Ein weiteres strategisches Element kann die Entwicklung eines Projektes, Netzwerkes oder einer konkreten Maßnahme mit **starker Signalwirkung** in der Region sein. So können beispielsweise regionale Dachmarken oder-Siegel, wie z. B. „100 %-EE-Region“, „Klima-Kommune“⁵⁰ oder regionale Unternehmensverbände mit Nachhaltigkeitszielen, übergreifende Zielstellungen in die Breite tragen, für öffentliche Aufmerksamkeit sorgen, eine gemeinsame Identität stiften und mehrere einzelne Maßnahmen oder Maßnahmenbündel unter einer Marke zusammenfassen. Sofern Anknüpfungspunkte an Marken oder Netzwerke für neue Konsumbereiche oder neue Akteure gegeben sind, kann so eine Dachmarke stetig in ihrem Umfang und ihrer Wirkung wachsen.

Eine solche Signalwirkung können aber auch einzelne **„Gute Praxisbeispiele“** entfalten. Erfolgsversprechend ist auch hier die Einbindung verschiedener Akteursgruppen, um Netzwerk-Beziehungen aufzubauen und Nachhaltigkeitsziele auch über die konkreten Projektziele hinaus bekannt zu machen und zu etablieren. Derartige Projekte können in die Breite ausstrahlen, sie lassen ihre Erfolge für sich

⁵⁰ http://www.klimakommune-saerbeck.de/city_info/webaccessibility/index.cfm?item_id=861109

sprechen und können mit ihrer Vorbildwirkung Überzeugungsarbeit leisten, Nachahmungseffekte auslösen und damit auch eine Breitenwirkung in die Fläche erzielen. Hierbei ist eine größtmögliche Transparenz bei den Zielstellungen und der Erfolgskontrolle wichtig, damit die Vorbildwirkung entfaltet werden kann. Kombiniert mit Informationsmaßnahmen zu Zielen und Erfolgen (Veranstaltungen, Kampagnen, Publikationen), möglichst mit breiter Beteiligung, einer gewissen Regelmäßigkeit und bei gegebener Übertragbarkeit mit gewissen Aktivierungsanreizen (Leitfäden, Mitmach-Veranstaltungen, etc.) sind hier ein großes Potential für eine tiefe Durchdringung in der Region und je nach Konsumbereich auch ein großes Wirkungspotential gegeben. Erfolgreiche Praxisbeispiele können dann auch den Grund bereiten für die Entwicklung und Durchführung weiterer Maßnahmen, indem die Akzeptanz für nachhaltige Lebensweisen erhöht und die Zielstellungen verstetigt werden.

Weiterhin ist zu bedenken, dass vor dem Hintergrund der vielfältigen strategischen Ansätze und Maßnahmentypen sowie der großen Zahl an beteiligten Akteuren der regionale Klimaschutz ein **dynamischer Prozess** ist, der von vielen Einflussfaktoren gestärkt oder gebremst werden kann. Um der Bedeutung der nicht direkt energierelevanten Bedürfnisfelder des Konsums für die Klimaschutzziele und der Verantwortung der lokalen Konsumenten Rechnung zu tragen, müssen konsumbezogene Zielsetzungen und Maßnahmen in vorangestellten Klimaschutzkonzepten mitgedacht werden. Die Dynamik, die durch erste Erfolge einfacher umzusetzender Maßnahmen durchaus Ziele und Anstrengungen stützen kann, kann auch zu neuen Maßnahmenideen, zu neuen Akteurskonstellationen und strategischen Allianzen führen. Durch ein wachsendes Umwelt- und Klimaschutzbewusstsein in der Bevölkerung, aber auch bei politischen Verantwortlichen können manch neue Ansätze erst wirksam werden und auch der Austausch mit anderen Kommunen und Regionen über ihre Erfahrungen kann neuen Schwung in die regionale Entwicklung bringen. Insofern sind regionale Klimaschutzkonzepte nicht als finale und starre Instrumente zu verstehen. Durch intelligente Monitoring- und Anpassungsmaßnahmen können sie selbst dynamische Entwicklungsprozesse anregen und sollten auch darüber hinaus offen für neue Anregungen sein.

Klimaschutzmanager und -managerinnen sollten auch bestehende Weiterbildungsangebote nutzen. So wurden in dem mittlerweile beendeten Vorhaben „Klimaschutzdialoge – Change Agent Kurse“ Schulungsskripte erstellt, die über thematische Schwerpunkte wie Partizipation und Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Methoden (Akteursanalyse), Einführung Verwaltung, Prozessmanagement, Bilanzierung, Controlling und Finanzen informieren.⁵¹

6.6 Zentrale Empfehlungen

Welche zentralen Aufgaben stehen nun an? Was sind zentrale Botschaften an die Umweltpolitik der in diesem Bericht vorgelegten Analysen? Diese werden nachfolgend in komprimierter Form dargestellt.

1. Hohe Akzeptanz der globalen, nationalen und regionalen Klimaziele

Die Ziele der deutschen Klimapolitik finden eine breite Akzeptanz, das Erreichen einer Treibhausgasneutralität ist für fast 90 % der Bevölkerung sehr wichtig oder eher wichtig (BMUB/ UBA 2017, S. 38). Diese breite Akzeptanz der Klimaziele findet sich auch auf lokaler Ebene wieder, wie eine Reihe von Beispielen zeigen (z. B. Kress und Landwehr 2012; Andes et al. 2015). Diese Mehrebenenakzeptanz schafft die Verbindung der globalen mit der lokalen Ebene. Konzepte wie „Klimaneutrale Kommunen“, „100 %-Kommunen“ oder „Bioenergieregionen“ transportieren die Ziele von Paris auf die lokale Ebene – eine globale Vereinbarung wird lokal spürbar, über Zielvorgaben messbar und kommunizierbar: Paris ist quasi „überall“. Mit diesen Konzepten werden globale Reduktionsziele in lokale Ziele transformiert und lokal verankert. Die lokalen Ziele bieten auf lokaler Ebene nicht nur der Politik, sondern auch NGOs und privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern eine Zielperspektive. Die quantifizierbaren und

⁵¹ Die Materialien sind unter <https://www.klimaschutz.de/service/publikationen> (Zugriff vom 12.4.2018) downloadbar.

überprüfbarere Ziele können in der Kommunikation zum nachhaltigen Konsum aufgegriffen werden und eine Orientierung des Handelns bilden. Aus einer diffusen Debatte über nachhaltige Konsummuster, nachhaltige Lebensstile, Suffizienz und umweltfreundlichem Handeln kann so eine zielgerichtete und handlungswirksame Debatte entstehen.

Zentrale Empfehlung: Breit akzeptierte Klimaschutzziele für eine klimaneutrale Gesellschaft offensiv als Zielperspektive für die Kommunikation zur Förderung eines nachhaltigen Konsums nutzen.

Abbildung 27: Übersicht der zentralen Empfehlungen zur Förderung eines nachhaltigen Konsums im Rahmen der Metastrategie „Klimaneutrale Regionen“



Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

2. Klimaschutzkonzepte mit dem Ziel einer Klimaneutralität als Chance für nachhaltigen Konsum

Klimaschutzkonzepte, insbesondere solche, die auf Klimaneutralität abzielen, haben eine beträchtliche Verbreitung gefunden: Mittlerweile liegen über 2.000 Konzepte vor. Die auf 100 % Erneuerbare Energieträger abzielenden Konzepte haben sich sehr weitreichende und elaborierte Ziele gesetzt und umfassen mittlerweile über 150 Kommunen mit mehr als 25 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Diese Regionen sind in Netzwerken zusammengeschlossen und weisen Erfolge auf. Dies stellt eine Chance für die Thematisierung eines nachhaltigen Konsums dar. Denn Klimaneutralitätsziele können nur dann erreicht werden, wenn Verbraucher und Verbraucherinnen sowie private Haushalte einbezogen und dazu angereizt werden, sich für den Klimaschutz über eine Änderung ihrer Lebensstile und Konsumgewohnheiten zu engagieren. Dies spiegelt sich im empirischen Ergebnis dieser Studie wider, wonach nur die

Kommunen nachhaltigen Konsum explizit und intensiver adressieren, die auch weitgehende Klimaschutzziele verfolgen. Das Ziel der Klimaneutralität ist also einerseits eine Grundbedingung für die Erreichung der im Klimaschutzplan 2050 festgelegten Ziele und andererseits ein starkes Instrument für die Umsetzung von Maßnahmen für einen Wandel der Konsumpraktiken, wie sie im Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum festgelegt sind.

Zentrale Empfehlung: Klimaneutralitätskonzepte als einen zentralen Zugang für die Diffusion eines nachhaltigen Konsums auf lokaler und regionaler Ebene verstehen und entsprechend fördern.

3. „Big points“ gibt es auch beim Konsum und den indirekten Emissionen

Klimaschutzkonzepte umfassen Ziele, Maßnahmen und Daten. Sie unterstützen Klimaschutzmanager und -managerinnen und ermöglichen es, strategisch fundiert Prioritäten zu setzen. Prioritär sind zunächst einmal Maßnahmen mit beträchtlichen THG-Reduktionspotenzialen („Big Points“). Die untersuchten Klimaschutzkonzepte fokussieren dabei aus nachvollziehbaren Gründen auf die direkten Treibhausgasemissionen in der betrachteten Region. Hieraus werden dann Maßnahmen wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Region, energetische Gebäudesanierungen und andere direkten Energieeinsparungen in und für die Region abgeleitet. Denn diese Maßnahmen lassen sich relativ gut mit quantitativen Zielen hinterlegen, sie lassen sich relativ einfach prüfen und mit lokalen und regionalen Verantwortlichkeiten in Beziehung setzen. Mit einer – erfolgreichen – Umsetzung dieser Maßnahmen gewinnen allerdings andere Bereiche an Relevanz für die Zielerreichung Klimaneutralität.

Denn auch die in den Klimaschutzkonzepten im Allgemeinen nicht berücksichtigten Importe verursachen in hohem Maße Treibhausgasemissionen. Bei diesen „indirekten Emissionen“ gibt es ebenfalls „Big Points“ wie Flugreisen, Überlandfahrten mit dem Auto, Ernährung (v.a. tierische Nahrungsmittel), ressourcenintensive Güter wie Baustoffe und Autos oder auch die Art der Geldanlage. Obwohl die Emissionen außerhalb der betrachteten Region anfallen, können diese „Big Points“ auf lokaler und regionaler Ebene adressiert werden. Das Monitoring dieser Maßnahmen wird der Struktur der Emissionen folgend („indirekte“ Emissionen) eher „indirekt“ erfolgen müssen. Aber es gibt durchaus gangbare und bereits praktizierte Ansätze (z. B. Modal Split im Verkehr, Anteil von Car-Sharing-Fahrzeugen, Angebot von vegetarischen Gerichten in Kantinen, Verbraucherbefragungen etc.). Es ist deshalb sinnvoll, diese „Big Points“ der indirekten Emissionen und damit in hohem Maße Konsumthemen im Klimaschutzkonzept frühzeitig mitzudenken und vorzubereiten. Dazu gehört auch, die Gestaltungspotenziale privater Haushalte mit ihren Rollen als Konsumenten und Konsumentinnen sowie als Investoren und Investorinnen stärker in den Blick zu nehmen.

Zentrale Empfehlung: Anpassung der Förderrichtlinien für Klimaschutzkonzepte zur stärkeren Berücksichtigung indirekter Emissionspfade und damit der „Big Points“ privater Haushalte.

4. Berücksichtigung von indirekten Emissionen erfordert konzeptionelle Weiterentwicklung der Klimaschutzkonzepte

Die verstärkte Erfassung von indirekten Emissionen und damit von weiteren Konsummaßnahmen erfordert eine konzeptionelle Weiterentwicklung bestehender Klimaschutzkonzepte im Hinblick auf Handlungsfelder, Akteure, Maßnahmen und Indikatoren. Insbesondere werden geeignete Methoden und Daten für die Berücksichtigung der indirekten Emissionen in den Treibhausgasbilanzen benötigt.

Einzelne Klimaschutzkonzepte haben hierfür schon Lösungen entwickelt. Die meisten Kommunen und Regionen bräuchten aber hierbei stärkere Unterstützung, einerseits durch geeignete Indikatoren, die etwa dem Pressure-State-Responses-Ansatz folgen könnten, andererseits durch eine Verbesserung der Datengrundlage indirekt energierelevanter Bedürfnisfelder.

Zentrale Empfehlung: Stärkere Unterstützung durch den Bund bei der Erarbeitung von lokalen Konsumindikatoren und der Schaffung von Datengrundlagen für indirekte Emissionen auf lokaler und regionaler Ebene.

5. Klimaschutzmanagerinnen und -manager als Schlüsselakteure – auch für die Einbindung von nachhaltigem Konsum

Klimaschutz gehört bisher noch nicht zu den kommunalen und regionalen Pflichtaufgaben. Die derzeitigen Aktivitäten vieler Städte und Kommunen sind freiwilliger Natur: Die Stellen von Klimaschutzmanagern und -managerinnen sind oft projektgefördert (vor allem aus den Mitteln der NKI), Klimaschutzkonzepte werden – wie auch einzelne Maßnahmen – aus verschiedenen Töpfen gefördert.

Klimaschutz ist jedoch eine Aufgabe, die nicht nach Maßgabe einer erfolgreichen Fördermittelakquise und gewissermaßen dem Zufallsprinzip erfolgen darf, sondern erfordert eine klare und kontinuierliche Ausrichtung und Fokussierung: Es braucht eine dauerhafte Institutionalisierung auf lokaler Ebene, was eben auch eine ausreichende und vor allem dauerhafte personelle Ausstattung und hier insbesondere eine längerfristige Institutionalisierung der Klimaschutzmanagerinnen und -manager erfordert. Diese institutionelle finanzielle Unterlegung sollte aus öffentlichen Mitteln des Bundes, der Länder oder aus Sondervermögen geleistet werden. Dies käme nicht nur dem Klimaschutz im Allgemeinen, sondern auch der Förderung des nachhaltigen Konsums zu Gute. Indirekte Emissionen und die damit zusammenhängenden vielfältigen Themen des nachhaltigen Konsums werden nämlich erst im späteren Stadium von bzw. in anspruchsvolleren Klimaschutzkonzepten adressiert. Es ist aus der Perspektive des nachhaltigen Konsums deshalb essentiell, dass der regionale und lokale Klimaschutz dauerhaft voranschreitet und anspruchsvolle Ziele verfolgt. Hierfür sind Klimaschutzmanagerinnen und -manager die Schlüsselakteure. Ihre längerfristige Etablierung ist deshalb auch eine notwendige Bedingung für die Integration und Förderung von nachhaltigem Konsum.

Zentrale Empfehlung: Stärkere finanzielle Förderung und Institutionalisierung von Klimaschutzmanagerinnen und -managern zur kontinuierlicheren und anspruchsvolleren Umsetzung von lokalen und regionalen Klimaschutzkonzepten mit der Integration von Konsumthemen.

6. Stärkerer Erfahrungsaustausch in Bezug auf erfolgreiche Konsummaßnahmen nötig

Im deutschen Mehrebenensystem sind Kommunen und Regionen die untersten Verwaltungseinheiten. In Abhängigkeit ihrer Größe können sie noch weiter untergliedert sein. Ihr strategisches Potenzial liegt zum einen in ihrer „relativen“ Bürgernähe, die andere Formen eines Dialogs ermöglicht als dies für die Bundes- und Landesebenen möglich ist. Zum anderen können sie bürgernah erfahrbare Maßnahmen gestalten und somit mehr Handlungsdruck erzeugen, als dies auf Ebene des Bundes sowie der Bundesländer möglich ist. In vielen Kommunen und Regionen sind Maßnahmen angegangen worden, die – neben den Themenfeldern Energie und Mobilität – auf Felder eines nachhaltigen klimafreundlichen Konsums abzielen. Erfahrungen werden noch nicht systematisch, sondern stärker anekdotisch oder singulär ausgetauscht. Hier könnte mit dem im Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum

angedachten Netzwerk der Erfahrungsaustausch zur Förderung nachhaltigen Konsums im Rahmen von Klimaschutzkonzepten und lokalen und regionalen Prozessen zur Erreichung von Klimaneutralität systematisch gefördert und ausgebaut werden.

Zentrale Empfehlung: Systematische Einbindung von Klimaschutzmanagerinnen und -managern in das Netzwerk Nachhaltiger Konsum zur Stärkung des Erfahrungsaustausches und zur Diffusion erfolgreicher Maßnahmen zur Förderung eines nachhaltigen Konsums im Rahmen von Klimaschutzkonzepten.

7. Irreführende Preissignale durch fehlende Internalisierung von Klimaschäden

Klimaschutz auf privater, gewerblicher und öffentlicher Ebene orientiert sich an den aktuellen Rahmenbedingungen. Die Preissignale der Energiemärkte leiten hier oft nicht in eine nachhaltige Richtung, sondern spiegeln ökologisch verzerrte Preis wider: Durch den Klimawandel verursachte – gegenwärtige sowie auch zukünftige – Schäden stellen Externe Kosten da, weil sie bisher nur unzureichend von den Marktakteuren bezahlt werden müssen. Vielmehr werden sie auf die Allgemeinheit und zukünftige Generationen abgewälzt. Sie signalisieren damit nicht die langfristigen Knappheiten, sondern spiegeln einen verzerrten Status Quo wider, etwa bei den Preisen des Emissionshandels oder den Erdölpreisen. Erst durch Internalisierungen, die langfristige Knappheiten wiedergeben, ergeben sich neue relative Preise, die Güterknappheiten abbilden. Durch eine Veränderung relativer Preise, etwa durch eine Energie- oder CO₂-Steuer, könnten sich für private Haushalte Klimaschutzmaßnahmen rechnen, die sich bisher noch nicht gerechnet haben. Klimabewusstes Kauf- und Nutzungsverhalten könnte damit an Attraktivität gewinnen und so den nachhaltigen Konsum fördern. Dies wiederum würde dazu führen, dass sich regionale und lokale Klimaschutzmaßnahmen automatisch stärker mit den Fragen eines nachhaltigen Konsums befassen müssten. Umgekehrt wären dann auch private Haushalte motivierter und besser erreichbar für Fragen eines nachhaltigen Konsums.

Zentrale Empfehlung: Besteuerung von Energie und knappen Umweltressourcen durch Internalisierungsstrategien wie beispielsweise eine Kerosin- oder CO₂-Steuer.

7 Literaturverzeichnis

- Adapton Energiesysteme AG [Gelsenkirchen] (2011): Stadt Gelsenkirchen - Integriertes Klimaschutzkonzept Abschlussbericht. Hg. v. Stadt Gelsenkirchen. 1. Mai. https://www.gelsenkirchen.de/de/infrastruktur/umwelt/klima/klimaschutz/klimaschutzprojekte/klimaschutzkonzepte/_doc/iksk_ge_eb_2011_05_18.pdf.
- AEE [Agentur für erneuerbare Energien e.V.] (2013): Lüchow-Dannenberg gibt mehr als 100 Prozent. Website: <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/strom/luechow-dannenberg-gibt-mehr-als-100-prozent>.
- AEE [Agentur für Erneuerbare Energien] (2017a): Auflistung aller Energie-Kommunen. *Kommunal Erneuerbar*. Website: <http://www.kommunal-erneuerbar.de/de/energie-kommunen/energie-kommunen/auflistung-aller-energie-kommunen.html>.
- AEE [Agentur für Erneuerbare Energien] (2017b): Online-Wertschöpfungsrechner. Website: <http://www.kommunal-erneuerbar.de/kommunale-wertschoepfung/rechner.html>.
- Ahlborn, Battina, Dinah Epperlein, Nina Hemprich, Annerose Hörter, Dedo von Krosigk, Patrick Nestler und Klaus Plaisir [Göttingen] (2014): Masterplan 100% Klimaschutz Göttingen - Konzept für die Umsetzung der Klimaneutralität bis 2050 für die Stadt Göttingen. Hg. v. Stadt Göttingen. 15. Januar. https://goettingen.de/pics/medien/1_1391679462/MPGoe_Bericht_komplett_2014-03-05_neu.pdf.
- Ahlke, Ulrich, Silke Wesselmann, Jutta Höper, Rüdiger Wagner und Bernd Tenberg [Steinfurt (LK)] (2014): Masterplan 100% Klimaschutz für den Kreis Steinfurt. https://www.kreis-steinfurt.de/kv_steinfurt/Kreisverwaltung/%C3%84mter/Amt%20f%C3%BCr%20Klimaschutz%20und%20Nachhaltigkeit/energieland2050/Masterplan%20100%25%20Klimaschutz/Downloads/Masterplanbericht_Langfassung%20.pdf.
- Andes, Lisa, Sophie Buessler, Guillaume Christen, Oliver Decken, Werner Götz, Philippe Hamman, Matthias Jehling, Stefan Jergentz, Edith Kindopp, Norbert Lewald, et al. (2015): Akzeptanz von erneuerbaren Energien: lokale Akteure gestalten die Energiewende. Universität Koblenz-Landau, Deutsch-Französische Hochschule, TRION-climate Netzwerk für Energie und Klima.
- Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Hrsg. [Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.] (2015): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2014. <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/?lang=de-DEoder%20www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp#Gesamtrechnungen>.
- Aretz, Astrid, Mark Bost, Swantje Gähns und Bernd Hirschl (2016): Prosumer für die Energiewende. *Ökologisches Wirtschaften*, Nr. 2/2016: 14–15.
- Arff, Rike, Michael Danner, Ilka Erfurt, Astrid Hoffmann-Kallen, Annerose Hörter, Thomas und Cheryl Meiseberg, Anne Scheuermann, Gabi Schlichtmann, Anke Surmann, Doris Wagner, et al. [Hannover (Region)] (2013): Masterplan Stadt und Region Hannover. http://www.hannover.de/content/download/523928/12010773/file/MP_Klimaschutz_Endbericht_Phase_1_fin.pdf.
- Auge, Johannes und Petra Voßbürger [Rheinisch-Bergischer Kreis] (2013): Endbericht (3. Entwurfsfassung) Integriertes Klimaschutzkonzept für den Rheinisch-Bergischen Kreis. <http://www.rbk-direkt.de/integriertes-klimaschutzkonzept.pdf?forced=false>.
- Barden, Sabine, Frank Lempert, Matthias Rausch, Wiebke Gerhardt und Stadt Altensteig [Altensteig] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept Stadt Altensteig. <https://www.altensteig.de/ceasy/modules/core/re-sources/main.php?id=5618-2>.
- Blumberg, Arne, Udo Schoofs, Harald Schwieder und Florian Schmid [Bad Säckingen] (2015): Integriertes Klimaschutzkonzept Stadt Bad Säckingen. Hg. v. Stadt Bad Säckingen. 18. Dezember. <http://www.bad-saeckingen.de/basae2/buergerservice/natur-umwelt/iKSK-Bad-Saeckingen.pdf>.
- BMU, Hrsg. [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit] (2014): Aktionsprogramm Klimaschutz 2020. http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Aktionsprogramm_Klimaschutz/aktionsprogramm_klimaschutz_2020_broschuere_bf.pdf.
- BMU [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit] (2015): Merkblatt Förderung von Masterplan-Kommunen. Hinweise zur Antragstellung. https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/merkblatt_masterplan-richtlinie.pdf.

- BMU [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit] (2016a): Klimaschutzplan 2050. http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf.
- BMU, Hrsg. [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit] (2016b): Merkblatt Erstellung von Klimaschutzkonzepten. https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/page/downloads/merkblatt_klimaschutzkonzepte_1.pdf.
- BMU [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit] (2016c): Übereinkommen von Paris. http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf.
- BMU, Hrsg. [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit] (2016d): Klimapolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung - BMUB-Hausentwurf vom 06.09.2016. 6. September. http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_entwurf_bf.pdf.
- BMU [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit] (2017a): Zahlen und Fakten. Website: <https://www.klimaschutz.de/de/zielgruppen/kommunen/foerderung/zahlen-und-fakten>.
- BMU [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit] (2017b): Das Klimaschutzkonzept. Gute Planung zahlt sich aus. Website: <https://www.klimaschutz.de/de/zielgruppen/kommunen/foerderung/das-klimaschutzkonzept-gute-planung-zahlt-sich-aus>.
- BMWi [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie] (2015): Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbare Energien im Wärmemarkt. http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/marktanreizprogram-map-foerderichtlinien-waermemarkt-2015-03.pdf?__blob=publicationFile&v=2.
- BMWi, Hrsg. [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie] (2016): Struktur des Energieverbrauchs Deutschland. 27. Juli. www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/Binaer/Energiedaten/energiegewinnung-und-energieverbrauch3-struktur-energieverbrauch,property=blob,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.xlsx.
- Bottenbruch, Rolf, Ekaterina Wamboldt, Lutz Winter, Matthias Pöhler und Matthias Wangelin [Dithmarschen (LK)] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Dithmarschen. http://www.dithmarschen.de/media/custom/647_8081_1.PDF?1366263454.
- Brengelmann, Simone, Martin Demmeler, Marianne Pfaffinger, Markus Kleeberger, Matthias Heinz, Mirjam Schumm, Antonia Blasi und Katrin Vogt [Moosburg] (2015): Integriertes Klimaschutzkonzept Stadt Moosburg. <http://www.moosburg.de/INTEGRIERTES-KLIMASCHUTZKONZEPT.o4825.html>.
- Bundesregierung (2016a): Klimaschutzplan 2050. http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf.
- Bundesregierung (2016b): Nationales Programm für nachhaltigen Konsum. http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Produkte_und_Umwelt/nat_programm_konsum_bf.pdf.
- Bundesregierung (2016c): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016. https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuauflage_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=7.
- Darge, Ekkehard, Tina Krüger, Armin Raatz und Matthias Wangelin [Niestetal] (2009): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Gemeinde Niestetal. http://www.niestetal.de/gv_niestetal/Bauen%20&%20Klimaschutz/Klimaschutz/Klimaschutzkonzept/integriertes%20klimaschutzkonzept%20fr%20die%20gemeinde%20niestetal.pdf.
- Demmeler, Dr. Martin, Pia Bolkart, Mirjam Schumm, Matthias Heinz, Petter Keller, Simone Brengelmann, Jakob Graf, Nina Hehn, Prof. Dr. Manfred Miosga, Willi Steincke, et al. [Augsburg] (2011): Regionales Klimaschutzkonzept - Wirtschaftsraum Augsburg. 1. Oktober. <https://www.landkreis-augsburg.de/Dox.aspx?docid=ab46daa3-f4cc-40ae-b6b6-4127f0ce603f>.
- Dezernat Klimaschutz Stadt Karben, Hrsg. [Karben] (2012): Karben - Mit Energie Voran - Klimaschutzkonzept und Aktionsplan der Stadt Karben. 1. September. http://100kommunen.hessen-nachhaltig.de/files/Kommunen/downloads/aktionsplaene_und_klimaschutzkonzepte_von_unterzeichnerkommunen/Klimaschutzkonzept%20der%20Stadt%20Karben.pdf.
- Dietrich, Carolin, Thomas Pöhlker und Daniela Windsheimer [Bochum] (2015): Energie und Klimaschutzkonzept Bochum 2030. Hg. v. Stadt Bochum. [http://www.bochum.de/C125708500379A31/vwContentByUNID/ABAE9D7CAA980584C1257F40003EC395/\\$FILE/20151109_Abschlussbericht_EKK_BO_finalred.pdf](http://www.bochum.de/C125708500379A31/vwContentByUNID/ABAE9D7CAA980584C1257F40003EC395/$FILE/20151109_Abschlussbericht_EKK_BO_finalred.pdf).

Difu [Deutsches Institut für Urbanistik] (2011): Klimaschutz in Kommunen. <https://leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de/sites/leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de/files/pdf/klimaschutzleitfaden.pdf>.

Eichstädt, Dr. Wulf, Phillip Heiduk, Christoph Lange, Uwe Schwarz, Birgit Wittkowski, Rainer Malmberg, Albert Wiedemann, Roland Spranz, Jörn Baetge, Dorothea Ludwig, et al. [Potsdam] (2010): Gutachten zum Integrierten Klimaschutzkonzept 2010. Hg. v. Stadtverwaltung Potsdam Koordinationsstelle Klimaschutz. 30. September. <https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/IntegriertesKlimaschutzkonzept2010.pdf>.

Eisenmann, Lothar, Dr. Martin Pehnt, Frank Dünnebeil, Frank Kutzner, Hans Hertle, Angelika Paar, Jannis Hoeg, Sebastian Blömer, Corinna Schmidt und Tobias Schopper [Heidelberg] (2014): Konzept für den Masterplan 100% Klimaschutz für die Stadt Heidelberg - Endbericht. Hg. v. Stadt Heidelberg. 1. April. http://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-656386139/heidelberg/Objektdatenbank/31/PDF/Energie%20und%20Klimaschutz/31_pdf_Masterplan%20Bericht%20und%20Ma%3%9Fnahmen.pdf.

Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ (2011): Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft. https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2011/07/2011-07-28-abschlussbericht-ethikkommission.pdf;jsessionid=43C61FF73A8CFF95A85553AFF1CBBC63.s2t2?_blob=publicationFile&v=4.

Finus, Oliver (2015): Runter von der Klimaschutz-Bremse. http://www.coaching-kommunaler-klimaschutz.de/fileadmin/inhalte/Dokumente/Argumentationshilfe/Argumentationshilfe_Langversion.pdf.

FNR [Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe] (2017a): Liste der 21 Bioenergie-Regionen. *FNR Bioenergie*. Website: <http://bioenergie.fnr.de/bioenergie-regionen/bioenergie-regionen-2012-2015/liste-der-21-bioenergie-regionen/>.

FNR [Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe] (2017b): Fördermaßnahme: Die Bioenergieregionen. *FNR Bioenergie*. Website: <https://bioenergie.fnr.de/bioenergie-regionen/foerdermassnahme/>.

Frings, Ellen, Ralf Schüle, Holger Fiedler, Lothar Hitzler, Ajo Hinzen, Marcel Bayer und Stefan Frerichs (2002): Lokale Agenda 21 im Kontext der kommunalen Steuerungsinstrumente auf kommunaler Ebene. <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/2151.pdf>.

Fritsche, Uwe und Ulrike Eberle (2007): Treibhausgasemissionen durch Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln. <https://www.oeko.de/oekodoc/328/2007-011-de.pdf>.

Gemeinde Enkenbach-Alsenborn, Hrsg. [Enkenbach-Alsenborn] (2014): Masterplan 100% Klimaschutz Enkenbach-Alsenborn. http://www.enkenbach-alsenborn.de/fileadmin/user_upload/media/pdf/%C3%96kologie/Masterplan_Gemeinde_Enkenbach-Alsenborn_end.pdf.

Hein, Martin, Martina Hofmann, Verena Marggraff und Stephanie Schmid [Heidenheim (LK)] (2016): Endbericht Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Heidenheim und seine Städte und Gemeinden. Hg. v. Landkreis Heidenheim. 1. April. https://www.landkreis-heidenheim.de/idc/groups/web/documents/web_asset/cms007776.pdf.

Heinz, Matthias, Peter Keller, Pia Bolkart, Dr. Martin Demmeler, Simone Brengelmann, Mirjam Schumm, Willi Steincke, Nina Hehn und Katharina Zangl [Ebersberg] (2012): Integriertes kommunales Klimaschutzkonzept - Stadt Ebersberg. Hg. v. Stadt Eberswalde. 1. Juni. http://www.ebersberg.de/fileadmin/ebersberg/E._Ipsen/Klimaschutzkonzept_Stadt_Ebersberg_low.pdf.

Hertle, Hans, Frank Dünnebeil, Benjamin Gugel, Eva Rechsteiner und Carsten Reinhard (2016): Empfehlungen zur Methodik der kommunalen Treibhausgasbilanzierung für den Energie- und Verkehrssektor in Deutschland. https://www.ifeu.de/energie/pdf/Bilanzierungs-Systematik_Kommunal_Kurzfassung.pdf.

Hilse, Hagen, Cindy Dengler und Hanstestadt Rostock Amt für Umweltschutz [Rostock] (2013): Masterplan 100% Klimaschutz für die Hansetsadt Rostock - Abschlussbericht. 20. Dezember. http://rat-haus.rostock.de/sixcms/media.php/144/Masterplan_20140403.pdf.

Hirschl, Bernd, Fritz Reusswig, Julika Weiß, Lars Bölling, Mark Bost, Ursula Flecken, Leilah Haag, Philipp Heiduk, Patrick Klemm, Christoph Lange, et al. [Berlin] (2015a): Für ein klimaneutrales Berlin - Entwurf für ein Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK). 1. Dezember. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/klimaschutz/bek_berlin/download/BEK-Endbericht-und-AnhangA.pdf.

Hirschl, Bernd, Fritz Reusswig, Julika Weiß, Lars Bölling, Mark Bost, Ursula Flecken, Leilah Haag, Philipp Heiduk, Patrick Klemm, Christoph Lange, et al. [Berlin] (2015b): Für ein klimaneutrales Berlin - Entwurf für ein Berliner

Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK), Anhang B: ergänzende methodische Erläuterungen. Hg. v. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin. 1. Dezember. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/klimaschutz/bek_berlin/download/AnhangB-BEK-Endbericht.pdf.

Hohmeyer, Olav, Helge Maas, Martin Beer, Emöke Kovač, Hannah Köster, Simon Laros, Christina Maas, Jens Brammann, Almut Burkowitz und Hanna Fekete [Flensburg] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept Flensburg - Der Kurs zur CO₂-Neutralität 2050. Hg. v. Stadt Flensburg. http://www.flensburg.de/PDF/int_klimaschutzkonzept_fl.PDF?ObjSvrID=2306&ObjID=1847&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1456208037.

Horenburg, Rainer, Matthias Ahlhaus, Stefan Biertümpel, Tilman Langner und Kathrin Schult (2010): Klimaschutzkonzept der Hansestadt Stralsund. Hg. v. Hansestadt Stralsund. 1. Oktober. <http://klimaschutz.stralsund.de/export/sites/klimamanagement/Klimaschutz/Klimaschutzkonzept.pdf>.

Ifeu [Institut für Energie- und Umweltforschung] (2017): CO₂-Bilanzierung 2012 bis 2015 sowie Evaluation des Masterplan 100% Klimaschutz der Stadt Heidelberg. Endbericht. Heidelberg: ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-1374681771/heidelberg/Objektdatenbank/31/PDF/Energie%20und%20Klimaschutz/31_pdf_masterplan_CO2_Bilanz_und_Klimaschutzevaluation_2017.pdf.

IINAS [Internationales Institut für Nachhaltigkeitsanalysen und -strategien] (2017): GEMIS - IINAS. *IINAS*. Website: <http://iinas.org/gemis-de.html>.

infas enermetric Consulting GmbH [Bottrop] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Bottrop (Langfassung zum Klimabericht). Hg. v. Stadt Bottrop Umweltamt. 1. Januar. https://www.bottrop.de/umwelt/120523_Langfassung_Integriertes_Klimaschutzkonzept.pdf.

infas enermetric Consulting GmbH [Lippe (LK)] (2014): Integriertes Klimaschutzkonzept Kreis Lippe. http://www.kreis-lippe.de/media/custom/2001_6133_1.PDF?1449740238.

IÖW [Institut für ökologische Wirtschaftsforschung] (2017): Kommunale Wertschöpfung und Beschäftigung durch Erneuerbare Energien. Website: <https://www.ioew.de/frisch-im-ioew-fokus/kommunale-wertschoepfung/>.

IÖW [Institut für ökologische Wirtschaftsforschung] (2018): Projekt-Seite „Zwischen Wertschöpfungseffekten und haushaltsrechtlichen Restriktionen: Qualifizierung finanzschwacher Kommunen zur Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen“. Website: https://www.ioew.de/projekt/zwischen_wertschoepfungseffekten_und_haushaltsrechtlichen_restriktionen_qualifizierung_finanzschwach/.

Karg, Ludwig, Michael Wedler, Torsten Blaschke, Denise Pielniok und Martin Sailer [München (LK)] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis München und die fünf beteiligten Gemeinden Baierbrunn, Gräfelfing, Kirchheim bei München, Schäftlarn und Unterföhring. Hg. v. Landkreis München. 30. Juli. http://www.kirchheim-heimstetten.de/wp-content/uploads/2016/05/Klimaschutzkonzept_LK_Muenchen.pdf.

Karg, Ludwig, Michael Wedler, Torsten Blaschke, Denise Pielniok, Martin Sailer und Sandra Giglmaier [Würzburg] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Würzburg. Hg. v. Stadt Würzburg. 4. Dezember. http://www.wuerzburg.de/media/www.wuerzburg.de/org/med_19983/415559_bericht_ikk_wuerzburg_130318.pdf.

Kreis Ostholstein, Hrsg. [Ostholstein (LK)] (2016): Integriertes Klimaschutzkonzept - Kreis Ostholstein. 1. März. https://www.kreis-oh.de/media/custom/2454_522_1.PDF?1464859576.

Kress, Michael und Ines Landwehr (2012): Akzeptanz Erneuerbare Energien in EE-Regionen. Ergebnisse einer telefonischen Bevölkerungsbefragung in ausgewählten Landkreisen und Gemeinden. *Diskussionspapier des IÖW* 66, Nr. 12. https://www.ioew.de/uploads/tx_ukioewdb/IOEW_DP_66_Akzeptanz_Erneuerbarer_Energien.pdf.

Kriebs, Kerstin, Michael Münch, Birte Leibrecht, Markus Bastek, William Clauß, Joachim Comtesse, Simon Haas, Verena Honeck, Marcus Meurer, Nina Rauth, et al. [Bodenheim (VG)] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept und Klimaschutzteilkonzepte, integrierte Wärmenutzung und eigene Liegenschaften Verbandsgemeinde Bodenheim. Hg. v. VG Bodenheim. 23. August. http://www.vg-bodenheim.de/vg_bodenheim/Wohnen%20&%20Leben/Umwelt/Kommunaler%20Klimaschutz/Klimaschutzkonzept/Klimaschutzkonzept%20der%20VG.pdf.

Länderarbeitskreis Energiebilanzen (2017): Methodik der Energiebilanzen. <http://www.lak-energiebilanzen.de/methodik-der-energiebilanzen/?format=pdf>.

Landkreis Lüchow-Dannenberg (2017): Masterplan 100% Klimaschutz in Lüchow-Dannenberg. http://www.luechow-dannenberg.de/Portaldata/1/Resources/lk-dokumente/zeitlos/Masterplanbericht_100_Klimaschutz_in_DAN.pdf.

Lempert, Frank, Matthias Rausch, Dabine Barden, Wiebke Gerhardt, Karin Wonn, Udo Benz und Rigobert Zimpfer [Lahr] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept Lahr 2012. Hg. v. Stadt Lahr. 1. September. https://www.lahr.de/sixcms/media.php/7/2012-12-06%20%20Klimaschutzkonzept_web.pdf.

Matthies, Ellen (2017): Vom Umweltbewusstsein zur solidarischen Lebensqualität - Ein Blick in jüngste Vergangenheit und Zukunft der Umweltpsychologie. *Umweltpsychologie* 21, Nr. 1: 94–100.

Müller, Ria, Jan Hildebrand, Frieder Rubik, Diana Rode, Sigrid Söldner und Sabine Bietz (2016): Der Weg zum Klimabürger - Kommunale Unterstützungsmöglichkeiten, Strategien und Methoden. https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2016/Klima-Ci-toyen_Wegweiser_Klimabuenger.pdf.

Münch, Michael, Kerstin Kriebs, Markus Bastek, William Clauß, Joachim Comtesse, Marie-Isabel Hoheisel, Birte Lotichius, Marc Meurer, Jochen Schied, Marcus Sinß, et al. [Wörrstadt (VG)] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept der Verbandsgemeinde Wörrstadt. Hg. v. Verbandsgemeinde Wörrstadt Fachbereich Bauen und Umwelt. 29. Juni. http://www.vgwoerrstadt.de/media/custom/1751_1559_1.PDF?1371544462.

Noleppa, Steffen (2012): Klimawandel auf dem Teller. Hg. v. WWF Deutschland. https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Klimawandel_auf_dem_Teller.pdf.

o.V. (2011): Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe. <https://fragdenstaat.de/files/foi/48559/wd-3-118-11-pdf-data.pdf>.

Planersocietät [Burbach] (2013): Klimaschutzteilkonzept Klimafreundlicher Verkehr Gemeinde Burbach. Hg. v. Gemeinde Burbach. 1. August. https://www.burbach-siegerland.de/media/custom/2024_1642_1.PDF?1418830274.

Projekträger Jülich (2017): Masterplan 100 % Klimaschutz. *Projekträger Jülich*. Website: <https://www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen/masterplan>.

Rahlf, Staphanie, Jochen Rienau, Dedo von Krosigk, Dietrich Kraetzschmer und Jan-Christoph Sicard [Osterode am Harz (LK)] (2013): OHA-Klima+ - Regionales Klimaschutzkonzept für den Landkreis Osterode am Harz. Hg. v. Landkreis Osterode am Harz. 1. August. http://www.landkreis-osterode.de/media/custom/119_708_1.PDF?1381162388.

Reisch, Lucia (2013): Verhaltensbasierte Elemente einer Energienachfragepolitik. In: *Grenzen der Konsumentensouveränität*, hg. v. Martin Held, Gisela Kubon-Gilke, und Richard Sturn, 12: S. 139–159. Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik. Marburg: Metropolis.

Rückert-John, Jana, Melanie Jaeger-Erben und Martina Schäfer (2014): Soziale Innovationen im Aufwind. Ein Leitfaden zur Förderung sozialer Innovationen für nachhaltigen Konsum. Hg. v. Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/soziale_innovationen_im_aufwind_bf_1.pdf.

Rückert-John, Jana, Melanie Jaeger-Erben, Martina Schäfer, Gerd Scholl und Maike Gossen (2016): Nachhaltiger Konsum durch soziale Innovationen – Konzepte und Praxis. Hg. v. Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_40_2016_nachhaltiger_konsum_durch_soziale_innovation.pdf.

Rupp, Johannes, Katharina Heinbach, Astrid Aretz und André Schröder (2017): Ermittlung der Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte in drei ausgewählten Bioenergie-Regionen. https://www.ioew.de/publikation/ermittlung_der_wertschoepfungs_und_beschaefigungseffekte_in_drei_ausgewaehlten_bioenergie_regionen/.

Scheele, Ulrich, Peter Schaal, Ingo Mose, Vasco Brummer, Matthias Kramer, Julia Oberdörffer und Silke Badewien [Bremerhaven (Region)] (2014): Integriertes Klimaschutzkonzept Regionalforum Bremerhaven - Endbericht. Hg. v. Magistrat der Stadt Bremerhaven. 1. September. http://www.bremerhaven.de/downloads/394/86784/20140917_Endbericht+IKS+Regionalforum+Bremerhaven.142090.pdf.

Schön, Heidi [Bobingen] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Bobingen. Hg. v. Energie- und Umweltzentrum Allgäu. 23. April. www.stadt-bobingen.de/export/download.php?id=5672.

Schweizer-Ries, Petra, Irina Rau, Jan Zoellner, Katrin Nolting, Johannes Rupp und Dorothee Keppler (2010): Aktivität und Teilhabe - Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern. Projektabschlussbericht. Magdeburg: Forschungsgruppe Umweltpsychologie. https://www.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/Abschlussbericht_Aktivitaet_Teilhabe_FKZ_0325052.pdf.

Seitz, Wolfgang, Ralf Mützel, Tina Paulus und Marion Burkhardt [Neumarkt in der Oberpfalz] (2013): Masterplan 100% Klimaschutz Stadt Neumarkt i.d.OPf. http://www.klimaschutz-neumarkt.de/fileadmin/redakteure/pdf/MASTERPLAN_NM_final_Stadt_Neumarkt_28.10.13.pdf.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin (2016): *Gesetz zur Umsetzung der Energiewende und zur Förderung des Klimaschutzes in Berlin (Berliner Energiewendegesetz). EWG Bln.* <http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=EWendG+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true>.

Stadt Osnabrück, Hrsg. [Osnabrück] (2014): Masterplan 100% Klimaschutz Osnabrück. 30. Juni. http://www.osnabrueck.de/fileadmin/user_upload/Daten_Fakten_Gutachten_Masterplan_100_Klimaschutz_P005462053_.pdf.

Statistisches Bundesamt (2015): Gemeindeverzeichnis Gebietsstand 31.12.2014. Statistische Ämter des Bundes und der Länder. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/GVAuszug/31122014_Auszug_GV.html.

Statistisches Bundesamt (2016): Direkte und indirekte CO₂-Emissionen in Deutschland 2005-2012. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/UmweltoekonomisheGesamtrechnungen/CO2EmissionenPDF_5851305.pdf?__blob=publicationFile.

Statistisches Bundesamt (2017): Gemeindeverzeichnis Gebietsstand 1. Quartal 2017. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/GVAuszugQ/AuszugGV1QAktuell.xlsx?__blob=publicationFile.

Steinhoff, Jens, Dr. Grauthoff, Matthias Abel, Peter Rauch und Johannes Waldmüller [Oelde] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Oelde. Hg. v. Stadt Oelde. 1. Juni. <http://web.pregocms.de/oelde/media/original/45229.pdf>.

Suck, Dr. André, Daniela Schmöller und Stephan Heider [Freising] (2013): Integriertes Klimaschutzprojekt der Großen Kreisstadt Freising. Hg. v. Stadt Freising. 1. August. http://www.freising.de/fileadmin/user_upload/61_Stadtplanung_Umwelt/6110_pdf-Files/metz/ZREU_KSK_Freising_Schlussf_65_.pdf.

Tukker, Arnold, Gjalt Huppes, Jeroen Guinée, Reinout Heijungs, Arjan de Koning, Lauran van Oers, Sangwon Suh, Theo Geerken, Mirja Van Holderbeke, Bart Jansen, et al. (2006): Environmental Impact of Products (EIPRO). Analysis of the life cycle environmental impacts related to the final consumption of the EU-25. IPTS/ESTO project. Technical Report Series. European Commission, Joint Research Centre (DG JRC), Institute for Prospective Technological Studies. http://ec.europa.eu/environment/ipp/pdf/eipro_report.pdf.

Umweltbundesamt (2017a): Treibhausgas-Emissionen in Deutschland. *Umweltbundesamt*. Website: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-deutschland>.

Umweltbundesamt (2017b): ProBas - Prozessorientierte Basisdaten für Umweltmanagementsysteme. *Umweltbundesamt*. Website: <http://www.probas.umweltbundesamt.de/php/index.php>.

United Nations (2015): Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development. <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf>.

Universität Kassel (2017): 100%-Erneuerbare-Energie-Regionen, Stand: Oktober 2016. http://www.100-ee.de/fileadmin/redaktion/100ee/Downloads/broschuere/100ee-Karte_Liste_Oktober_2016.pdf.

Universität Kassel (2018): 100%-Erneuerbare-Energie-Regionen, Stand: Oktober 2017. http://www.100-ee.de/fileadmin/redaktion/100ee/Downloads/broschuere/100ee-Karte_Liste_Oktober_2017.pdf.

Weinand, Daniela und Hermann Sievers [Lüchow-Dannenberg (LK)] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept Landkreis Lüchow-Dannenberg - Status Quo, Potenziale, Ziele, Maßnahmen. Hg. v. Landrat des Landkreises Lüchow-Dannenberg. 1. Mai. http://www.luechow-dannenberg.de/Portaldaten/2/Resourcen/kld_dateien/landkreis/landkreis_dokumente/Klimaschutzkonzept_LK_Luechow-Dannenberg_neues_layout.pdf.

Welke, Mareike (o.J.): Die Nationale Klimaschutzinitiative. http://www.ecologinstitut.de/uploads/media/Welke_NKI_Ziele.pdf.

Wolters, Michael und Guido Wermers [Rheine] (2013): Wir wollen weniger erreichen - Wir haben einen Plan. Masterplan 100% Klimaschutz für Rheine. Hg. v. Stadt Rheine. 10. Dezember. http://www.unser-plan.de/wp-content/uploads/2016/07/MasterplanRheine_131212final_%C3%BCberarbeitet.pdf.

8 Anhang

8.1 Liste der zur Analyse der Klimaschutzkonzepte verwendeten Schlagworte

Tabelle 15: Schlagworte der Konzeptanalyse für die Bedürfnisfelder

Bedürfnisfeld Ernährung	Bedürfnisfeld Freizeit	Bedürfnisfeld Bekleidung	Bedürfnisfeld Arbeit	Bedürfnisfeld Energieverbrauch private Haushalte	Bedürfnisfeld Wohnen	Bedürfnisfeld Mobilität	Bedürfnisfeld Geldanlagen
Ernährung	Freizeit	Kleidung	Arbeit	Energieverbrauch	Möbel	Mobilität	Finanzen
Versorgung	Ferien	Bekleidung	Beruf	Energiebedarf	Hausrat	Verkehr	Investition
Nahrung	Erholung	Textilien	Beschäftigung	Strom	Mobiliar	Reisen	Geldanlagen
Essen	Urlaub	Textilhandel	Arbeitsplatz	(Raum-) Wärme	Einrichtung	Weg	Kapitalanlagen
Lebenshaltung	Unterhaltung	Garderobe	Arbeitsstelle	Warmwasser	Haushalt	Auto	Fonds
Lebensmittel	Tourismus	Second-Hand	Job	Beheizen	Ausstattung	Individualverkehr	Unternehmensbeteiligungen
Kantine	Reisen		Erwerbstätigkeit	Heizung		PKW	Unternehmensanleihen
Essgewohnheit	Club		Lebensunterhalt	Heizen		ÖPNV	Aktien
Mittagessen	Musik		Büro	Sanierung		Öffentliche Verkehrsmittel	Kohlenstoffblase
Urban Gardening	Veranstaltungen		Arbeitsmittel	Weißer Ware		Zu Fuß	Carbon Bubble
Veggie	Hotel		Arbeitswagen	Küchengerät		Fahrrad	Divestment
	Sport			Haushaltsgerät		Fahrzeug	
	Event			Elektrowaren		Fuhrpark	
				Elektrogeräte		Flotte	
				Solarstromanlage			
				Sonnenkollektoren			

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Tabelle 16: Schlagworte der Konzeptanalyse für die Maßnahmentypen

Maßnahmentyp Bildung	Maßnahmentyp Information	Maßnahmentyp Siegel	Maßnahmentyp Vorbildfunktion der öffentlichen Hand	Maßnahmentyp nachhaltige Ausgestaltung regionaler Produktionsprozesse	Maßnahmentyp regionale Feldforschung	Maßnahmentyp Monitoring	Maßnahmentyp finanzielle Förderung
Bildung	Kampagne	Label	Vorbild	Produktion	Feldforschung	Monitoring	Förderung
Schule	Sensibilisierung	Siegel	Vorbildwirkung	Produktionsprozesse	Studie	Controlling	Zuschuss
Unterricht	Informationskampagne	Zertifikat	Vorgehen	Wertschöpfungskette	Pilotprojekt	Bilanz	Rabatt
Kindergarten	Broschüre	Gütesiegel	(gutes) Beispiel	Herstellung	Pilotstudie	Evaluation	Gutschein
Hochschule	Flyer	Zeichen	Nachahmungseffekt	Herstellungsprozesse	Forschungsprojekt	Kontrolle	finanzielle Unterstützung
Uni	Internetseite	Ökostrom-Label	öffentliche Beschaffung		Erhebung	Zielerreichung	Anreiz
Campus	Webseite	Strom-Label	kommunale Einrichtung		Befragung	Feedback	Prämie
Kinder	Beratung	Marke					Subvention
Jugendliche	Workshop	(grüne) Hausnummer					
Volkshochschule		Plakette					

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

Tabelle 17: Schlagworte der Konzeptanalyse für Prosuming-Aspekte

Prosuming-Aspekte
Prosuming
Prosumenten
Selbstversorgung
Selbsterzeugung
Selbstverbrauch
Eigenerzeugung
Eigenverbrauch
Urban Gardening
Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften

Quelle: Eigene Darstellung, IÖW

8.2 Verzeichnis der aufgefundenen regionalen Klimaschutzkonzepte

- Adapton Energiesysteme AG [Gelsenkirchen] (2011): Stadt Gelsenkirchen - Integriertes Klimaschutzkonzept Abschlussbericht. Hg. v. Stadt Gelsenkirchen. https://www.gelsenkirchen.de/de/infrastruktur/umwelt/klima/klimaschutz/klimaschutzprojekte/klimaschutzkonzepte/_doc/iksk_ge_eb_2011_05_18.pdf.
- Adapton Energiesysteme AG [Geilenkirchen] (2013a): Integriertes kommunales Klimaschutzkonzept für die Stadt Geilenkirchen - Anhang: Maßnahmen. Hg. v. Stadt Geilenkirchen. <https://www.geilenkirchen.de/cache/dl-d4002251879fb190630f80a01c2a2bd7-3370.pdf>.
- Adapton Energiesysteme AG [Geilenkirchen] (2013b): Integriertes kommunales Klimaschutzkonzept für die Stadt Geilenkirchen. Hg. v. Stadt Geilenkirchen. <https://www.geilenkirchen.de/cache/dl-a07c8feff77dc28ffcc9a5ad2d3fae97-3370.pdf>.
- Ahlborn, Battina, Dinah Epperlein, Nina Hemprich, Annerose Hörter, Dedo von Krosigk, Patrick Nestler und Klaus Plaisir [Göttingen] (2014): Masterplan 100 % Klimaschutz Göttingen - Konzept für die Umsetzung der Klimaneutralität bis 2050 für die Stadt Göttingen. Hg. v. Stadt Göttingen. https://goettingen.de/pics/medien/1_1391679462/MPGoe_Bericht_komplett_2014-03-05_neu.pdf.
- Ahlhaus, Prof. Dr. Matthias, Stefan Biertümpel, Rainer Horenburg, Tilman Langner und Kathrin Schult [Stralsund] (2010): Klimaschutzkonzept der Hansestadt Stralsund. <http://klimaschutz.stralsund.de/export/sites/klimamanagement/Klimaschutz/Klimaschutzkonzept.pdf>.
- Ahlke, Ulrich, Silke Wesselmann, Jutta Höper, Rüdiger Wagner und Bernd Tenberg [Steinfurt (LK)] (2014): Masterplan 100 % Klimaschutz für den Kreis Steinfurt. https://www.kreis-steinfurt.de/kv_steinfurt/Kreisverwaltung/%C3%84mter/Amt%20f%C3%BCr%20Klimaschutz%20und%20Nachhaltigkeit/energieland2050/Masterplan%20100%25%20Klimaschutz/Downloads/Masterplanbericht_Langfassung%20.pdf.
- Arff, Rike, Michael Danner, Ilka Erfurt, Astrid Hoffmann-Kallen, Annerose Hörter, Thomas und Cheryl Meiseberg, Anne Scheuermann, Gabi Schlichtmann, Anke Surmann, Doris Wagner, et al. [Hannover (Region)] (2013): Masterplan Stadt und Region Hannover. http://www.hannover.de/content/download/523928/12010773/file/MP_Klimaschutz_Endbericht_Phase_1_fin.pdf.
- Auge, Johannes und Petra Voßbürger [Rheinisch-Bergischer Kreis] (2013): Endbericht (3. Entwurfsfassung) Integriertes Klimaschutzkonzept für den Rheinisch-Bergischen Kreis. <http://www.rbk-direkt.de/integriertes-klimaschutzkonzept.pdf?forced=false>.
- Ball, Elizabeth, Sebastian Scholz, Andre Stech und Dina Walter [Segeberg (LK)] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Segeberg. https://www.segeberg.de/media/custom/1822_165_1.PDF?1340889601.
- Barden, Sabine, Frank Lempert, Matthias Rausch, Wiebke Gerhardt und Stadt Altensteig [Altensteig] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept Stadt Altensteig. <https://www.altensteig.de/ceasy/modules/core/resources/main.php?id=5618-2>.
- Barth, Dr. Hans-Jörg, Florian Botzenhart und Dr. Kerstin Koenig-Hoffmann [Murnau] (2012): Energiekonzept Murnau 2020 - Integriertes Klimaschutzkonzept für die Marktgemeinde Murnau. Hg. v. Marktgemeinde Murnau. 26. Juli. http://www.murnau.de/media/files/energie-umwelt/Energiekonzept_Murnau_2020.pdf.
- Barth, Dr. Hans-Jörg, Martin Sambale und Energie- und Umweltzentrum Allgäu [Lindenberg] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Lindenberg. http://www.lindenberg.de/se_data/_filebank/klimaschutz/Klimaschutzkonzept_2010.pdf.
- Bastek, Markus, William Clauß, Joachim Comtesse, Jonas Pies und Mario Stalpes [Rheingau-Taunus-Kreis] (2014): Masterplan Energie Rheingau-Taunus-Kreis. http://www.kee-rtk.de/files/bericht_mpe_rheingau-taunus-kreis_endversion.pdf.
- B.A.U.M. Consult GmbH, Hrsg. [Ebersberg (LK)] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Ebersberg. <http://www.energiewende-ebersberg.de/Down.asp?Name=%7BMCGEBKLINN-713201214647-ZNYJAYJMAB%7D.pdf>.
- Baumgärtner, Jörg, Josef Broll und Tobias Nusser [Speyer] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Speyer. Hg. v. Stadt Speyer. http://www.speyer.de/sv_speyer/de/Umwelt/Klimaschutz/Klimaschutzkonzept/29302_Speyer%20Klimaschutzkonzept.pdf.
- Baumgärtner, Jörg, Josef Broll und Tobias Nusser [Baden-Baden] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept - Strategischer Entwicklungsplan Baden-Baden 2020. Hg. v. Stadt Baden-Baden. http://www.baden-baden.de/mam/files/umwelt/energie/klimaschutzkonzept_baden-baden.pdf.
- Baur, Frank, Peter Heck und Axel Thös [Merzig] (2012a): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Merzig - Endbericht. Hg. v. Kreisstadt Merzig. <http://www.merzig.de/media/download-51bed76f31caa>.

Baur, Prof. Frank, Barbara Dröschel, Sonja Kay, Markus Lilling, Florian Noll, Hans-Ulrich Thalhofer, Axel Thös, Bernhard Wern und Sabine Zägel [Saarlouis] (2012b): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Kreisstadt Saarlouis. Hg. v. Kreisstadt Saarlouis. http://www.izes.de/sites/default/files/publikationen/ST_11_001.pdf.

Beck, Sven, Markus Conrad, Mona Dellbrügge, Christian Faller, Robert Fritz, Martin Haas, Kevin Hahn, Jasmin Jost, Christian Koch, Jochen Meisberger, et al. [Odenwaldkreis] (2013a): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Odenwaldkreis mit dem Ziel einer 100 % erneuerbaren Wind- und Stromversorgung. Hg. v. Landrat Dietrich Kübler, Der Kreisausschuss des Odenwaldkreises. http://www.odenwaldkreis.de/fileadmin/odenwaldkreis/pdf/Klimaschutzkonzept_Odenwaldkreis_Abschlussbericht.pdf.

Beck, Sven, Markus Konrad, Christian Faller, Jens Frank, Kevin Hahn, Jasmin Jost, Wiebke Klingenberger, Ralf Köhler, Jochen Meisberger, Manuel Schraubt, et al. [Saarlouis (LK)] (2013b): Wirtschaftsförderung Klimaschutz Regionale Wertschöpfung - Ein Konzept für den Landkreis Saarlouis und seine 13 Kommunen. Hg. v. Landratsamt Saarlouis. www.kreis-saarlouis.de/city_info/display/dokument/show.cfm?region_id=389&id=373886&design_id=9526&type_id=0&titletext=1.

Bell, Monika, Klaus Holler, Armin Kraft, Sebastian Kroemer, Arnold Niederau, Christiane Schneider und Matthias Rau [Heilbronn] (2010): Klimaschutzkonzept für die Stadt Heilbronn. Hg. v. Stadt Heilbronn. https://www.heilbronn.de/fileadmin/daten/stadtheilbronn/formulare/umwelt_klima/klimaschutz/Klimaschutzkonzept_Heilbronn_Endbericht.pdf.

Besnier, Loic, Marion Elle, Sebastian Kücken, Stefan Lange, Hermann Sievers, Andreas Steege, Erika Villa und Ulrike Wolf [Peine (LK)] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept 2013 Landkreis Peine. http://www.klimaschutz-landkreis-peine.de/wp-content/uploads/2014/02/KSK_LK_PE_Langfassung_web.pdf.

bgmr Landschaftsarchitekten und BLS Energieplan GmbH [Eberswalde] (2013): Kommunales Energiekonzept für die Stadt Eberswalde (Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept). Hg. v. Stadtentwicklungsamt Eberswalde. https://eberswalde.de/fileadmin/bereich-eberswalde/user/ewschwarz/Klimaschutz/EW_Endbericht_final_gesamt_01.pdf.

Bieber, Harald, Volker Kienzlen, Thomas Steidle, Claire Vasseur, Heike Wiest, Helmut Brodt und Martin Kagerbauer [Pforzheim] (2011a): Klimaschutzkonzept Pforzheim - Maßnahmenkatalog. Hg. v. Stadt Pforzheim. [https://di0pda1wg490s.cloudfront.net/fileadmin/user_upload/umwelt/klimaschutz/Klimaschutzkonzept/Ma %C3 %9Fnahmenkatalog_final_klein.pdf](https://di0pda1wg490s.cloudfront.net/fileadmin/user_upload/umwelt/klimaschutz/Klimaschutzkonzept/Ma%C3%9Fnahmenkatalog_final_klein.pdf).

Bieber, Harald, Volker Kienzlen, Thomas Steidle, Claire Vasseur, Heike Wiest, Helmut Brodt, Martin Kagerbauer und Ursula Rath [Pforzheim] (2011b): Klimaschutzkonzept für die Stadt Pforzheim. Hg. v. Stadt Pforzheim. https://di0pda1wg490s.cloudfront.net/fileadmin/user_upload/umwelt/klimaschutz/Klimaschutzkonzept/KSK_Pforzheim_Bericht_final_klein.pdf.

Biedermann, Anna, Florian Finkenstein, Ronny Krutzsch, Irina Hoppe, Lisa Gerlach, Denisa Zábajník, Ingmar Reichert und Antje Strohbach [Zwickau] (2013): Integriertes kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept Stadt Zwickau. Hg. v. Stadt Zwickau. https://www.zwickau.de/de/politik/verwaltung/aemter/dezernat2/umweltamt/publikationen/Energie-_und_Klimaschutzkonzept_Stadt_Zwickau_2013.pdf.

Blumberg, Arne, Udo Schoofs, Harald Schwieder und Florian Schmid [Bad Säckingen] (2015): Integriertes Klimaschutzkonzept Stadt Bad Säckingen. Hg. v. Stadt Bad Säckingen. <http://www.bad-saeckingen.de/basae2/buergerservice/natur-umwelt/iKSK-Bad-Saeckingen.pdf>.

Böhm, Thorsten, Martin Sambale und Heidi Schön [Ostallgäu (LK)] (2012): Masterplan Energiezukunft 2020 Landkreis Ostallgäu. [https://www.landkreis-ostallgaeu.de/fileadmin/landkreis/klimaschutz/Ziele_und_Ma %C3 %9Fnahmen/Masterplan.pdf](https://www.landkreis-ostallgaeu.de/fileadmin/landkreis/klimaschutz/Ziele_und_Ma%C3%9Fnahmen/Masterplan.pdf).

Bottenbruch, Rolf, Ekaterina Wamboldt, Lutz Winter, Matthias Pöhler und Matthias Wangelin [Dithmarschen (LK)] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Dithmarschen. http://www.dithmarschen.de/media/custom/647_8081_1.PDF?1366263454.

Brasche, Julia, John Sievers, Peter Momper, Annette Kurth und Landkreis Gießen - Der Kreisausschuss [Gießen (LK)] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Gießen - Endbericht. http://www.region-giessen.de/fileadmin/grafiken_content/Aktuelles/neues_2014/endbericht-klischu-NEU.pdf.

Brengelmann, Simone, Dr. Martin Demmeler, Mirjam Schumm, Nicola Holtmann, Peter Keller, Matthias Heinz und Prof. Dr. Manfred Miosga [Kelheim] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept Stadt Kelheim. http://www.kelheim.de/pdf/_archiv/sonstiges/klimaschutzkonzept.pdf.

Brengelmann, Simone, Martin Demmeler, Marianne Pfaffinger, Markus Kleeberger, Matthias Heinz, Mirjam Schumm, Antonia Blasi und Katrin Vogt [Moosburg] (2015): Integriertes Klimaschutzkonzept Stadt Moosburg. <http://www.moosburg.de/INTEGRIERTES-KLIMASCHUTZKONZEPT.o4825.html>.

- Brieden-Segler, Michael und Katrin Dittmann [Gütersloh] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept Gütersloh - Teil 1: CO₂-Bilanz 2011. Hg. v. Stadt Gütersloh Fachbereich Umweltschutz. <http://www.guetersloh.de/Z3VldGVyc2xvaGQ0Y21zOjYxMDU1.x4s>.
- Brieden-Segler, Michael, Katrin Dittmann, Hubert Grobecker und Claudia Reckefuß [Gütersloh] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Gütersloh - Teil 2: Endbericht. Hg. v. Stadt Gütersloh Fachbereich Umweltschutz. www.guetersloh.de/servelet/it.d4cms.custom.std.download.DownloadServ-let/005101023654Zw5zY09CNGlQQU1SQzB4QUUyY21WbjhYVkvKdFNDdE5IaEF6Q1M4RUhsWjBHak5XYndaRkNHGJl-QUpYUVNwR1dpSUhURXhpZVZSNkQzTm5HQWdTREN0dVpVTWdaMDVWUkVnZFRteGxQd2s9/GT-KSK-Teil2-Endbericht.pdf?IE55_OR_SP1_BUG=.pdf.
- Burkel, Alexander, Peter Heymann, Erich Maurer, Nicola Polterauer und Wolfgang Seitz [Bayreuth (LK)] (2014): Integriertes Klimaschutzkonzept CO₂-Bilanz & Energiebilanz - Landkreis Bayreuth. Hg. v. Landkreis Bayreuth. https://www.klima.landkreis-bayreuth.de/media/1557/co2-bilanz_und_energiebilanz.pdf.
- Darge, Ekkehard, Tina Krüger, Armin Raatz und Matthias Wangelin [Niestetal] (2009): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Gemeinde Niestetal. http://www.niestetal.de/gv_niestetal/Bauen%20&%20Klimaschutz/Klimaschutz/Klimaschutzkonzept/integriertes%20klimaschutzkonzept%20fr%20die%20gemeinde%20niestetal.pdf.
- Demmeler, Dr. Martin, Pia Bolkart, Mirjam Schumm, Matthias Heinz, Petter Keller, Simone Brengelmann, Jakob Graf, Nina Hehn, Prof. Dr. Manfred Miosga, Willi Steincke, et al. [Augsburg] (2011): Regionales Klimaschutzkonzept - Wirtschaftsraum Augsburg. <https://www.landkreis-augsburg.de/Dox.aspx?docid=ab46daa3-f4cc-40ae-b6b6-4127f0ce603f>.
- Deutsches Energieberater-Netzwerk (DEN) e.V., febis Service GmbH und merkWATT GmbH [Rödermark] (2012): Klimaschutzkonzept Rödermark - im Rahmen der Kommunalen Klimaschutzinitiative der Bundesregierung. Hg. v. Stadt Rödermark. 11. September. <http://www.roedermark.de/uploads/media/Klimaschutzkonzept.pdf>.
- Dezernat Klimaschutz Stadt Karben, Hrsg. [Karben] (2012): Karben - Mit Energie voran - Klimaschutzkonzept und Aktionsplan der Stadt Karben. http://100kommunen.hessen-nachhaltig.de/files/Kommunen/downloads/aktionsplaene_und_klimaschutzkonzepte_von_unterzeichnerkommunen/Klimaschutzkonzept%20der%20Stadt%20Karben.pdf.
- Dietrich, Carolin, Thomas Pöhlker und Daniela Windsheimer [Bochum] (2015): Energie und Klimaschutzkonzept Bochum 2030. Hg. v. Stadt Bochum. [http://www.bochum.de/C125708500379A31/vwContentByUNID/ABAE9D7CAA980584C1257F40003EC395/\\$FILE/20151109_Abschlussbericht_EKK_BO_finalred.pdf](http://www.bochum.de/C125708500379A31/vwContentByUNID/ABAE9D7CAA980584C1257F40003EC395/$FILE/20151109_Abschlussbericht_EKK_BO_finalred.pdf).
- Dresdner ÖKOTHERM GmbH und Janine Szelig [Westlausitz] (2009): Energiekonzept für die Region Westlausitz. http://www.region-westlausitz.de/tl_files/inhalte/downloads/Energiekonzeption-Region-Westlausitz.pdf.
- Duscha, Markus, Frank Dünnebeil, Elke Dünnehoff, Benjamin Gugel, Hans Hertle, Carsten Kuhn und Sebastian Traub [Frankfurt am Main] (2008): Energie- und Klimaschutzkonzept für die Stadt Frankfurt am Main 2008. Hg. v. Frankfurt am Main. https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/IFEU_KSK_Frankfurt_Endbericht_Aug09_1.pdf.
- Eichstädt, Dr. Wulf, Phillip Heiduk, Christoph Lange, Uwe Schwarz, Birgit Wittkowski, Rainer Malmberg, Albert Wiedemann, Roland Spranz, Jörn Baetge, Dorothea Ludwig, et al. [Potsdam] (2010): Gutachten zum Integrierten Klimaschutzkonzept 2010. Hg. v. Stadtverwaltung Potsdam Koordinationsstelle Klimaschutz. <https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/IntegriertesKlimaschutzkonzept2010.pdf>.
- Eisenmann, Lothar, Dr. Martin Pehnt, Frank Dünnebeil, Frank Kutzner, Hans Hertle, Angelika Paar, Jannis Hoeg, Sebastian Blömer, Corinna Schmidt und Tobias Schopper [Heidelberg] (2014): Konzept für den Masterplan 100 % Klimaschutz für die Stadt Heidelberg - Endbericht. Hg. v. Stadt Heidelberg. http://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-656386139/heidelberg/Objektdatenbank/31/PDF/Energie%20und%20Klimaschutz/31_pdf_Masterplan%20Bericht%20und%20Ma%C3%9Fnahmen.pdf.
- Emminghaus, Dr. Christoph, Sarah Herms, Nadeem Niwaz, Kristine Larsen Underbjerg, Matthias Wangelin und Guido Zinke [Dresden] (2013): Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept der Landeshauptstadt Dresden 2030 - Dresden auf dem Weg zur Energieeffizienten Stadt. Hg. v. Umweltamt Landeshauptstadt Dresden. https://www.dresden.de/media/pdf/umwelt/IEuKk_FINAL_2013.pdf.

Energieagentur Region Trier GmbH, Hrsg. [Trier (Region)] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Region Trier - Strategie zur Senkung kommunaler Emissionen. http://energieagentur-region-trier.de/fileadmin/user_upload/PDF/Klimaschutzkonzept_Region_Trier_01.pdf.

Engelhardt, Stefan, Stephan Baering, Karin Binnewies, Agnieszka Paschek und Sabine Schröder [Meppen] (2012): Klimaschutzteilkonzept zur Erschließung der Erneuerbaren-Energien-Potenziale in der Stadt Meppen. Hg. v. Stadt Meppen. http://www.meppen.de/pics/medien/1_1370598770/Teilkonzept_Erneuerbare_Energien_-_Endfassung.pdf.

Engelhardt, Stefan, Agnieszka Paschek und Sabine Schröder [Meppen] (2016): Integriertes Kommunales Klimaschutzteilkonzept für die Stadt Meppen. Hg. v. Stadt Meppen. http://www.meppen.de/pics/medien/1_1370598017/Integriertes_Kommunales_Klimaschutzkonzept_-_Endfassung.pdf.

e&u Energiebüro GmbH [Gütersloh] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept Gütersloh - Zusammenfassung der Maßnahmenvorschläge. Hg. v. Stadt Gütersloh Fachbereich Umweltschutz. www.guetersloh.de/servlet/it.d4cms.custom.std.download.DownloadServlet/005101023654ZW5zY09CNGIQQU1SQzB4QUUyY21WbjhYVkvKdFNDDe5laEF6Q3k4RUhsWjBHak5XYndaRkNHeGJl-QUpYUVNwR1dpSUhURXhpZVZSNkQzTm5HQWdTREN0dVpVTWdaMDVWUkVnZFRteGxQd2s9/GT-KSK-Teil3-Massnahmenuebersicht.pdf?IE55_OR_SP1_BUG=.pdf.

Finkenstein, Florian, Lisa Gerlach, Corinna Jopke, Ronny Krutzsch, Ingmar Reichert, Stephan Sommer, Antje Strohbach und Anna Biedermann [Meiningen] (2014): Klimaschutzkonzept der Stadt Meiningen. Hg. v. Stadt Meiningen. http://www.meiningen.de/media/custom/2501_68_1.PDF?1428647756.

Fley, Elisabeth, Christian Feigs, Thomas Leyener, Johannes Werthenbach, Martin Rabe, Carolin Vomhof, Bernd Tenberg, Rüdiger Wagner, Dana Kurz und Stefan Mehlhorn [Burbach] (2014): Lebens-WERTE Dörfer mit Energie - Der Masterplan 100 % Klimaschutz für die Gemeinde Burbach. Hg. v. Gemeinde Burbach. 3. Januar. https://www.burbach-siegerland.de/media/custom/2024_1641_1.PDF?1418830274.

Frauenholz, Dieter, Helen Mädler, Jan Kirschtowski, Christoph Lahner, Sascha Erb, Dr. Jörg Knieling, Miguel Morcillo, Carsten Kuhn, Madoka Omi, Ulrike Janssen, et al. [Hameln-Pyrmont (LK)] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Hameln-Pyrmont und seinen Städten und Gemeinden. Hg. v. Landkreis Hameln-Pyrmont. <http://www.metropolregion.de/wp-content/uploads/2016/04/Hamel-Pyrmont-Klimaschutzkonzept.pdf>.

Gemeinde Burbach, Hrsg. [Burbach] (2008): IKKK Burbach - Integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept Gemeinde Burbach. https://www.burbach-siegerland.de/media/custom/2024_1059_1.PDF?1418827396.

Gemeinde Enkenbach-Alsenborn, Hrsg. [Enkenbach-Alsenborn] (2014): Masterplan 100 % Klimaschutz Enkenbach-Alsenborn. http://www.enkenbach-alsenborn.de/fileadmin/user_upload/media/pdf/%C3%96kologie/Masterplan_Gemeinde_Enkenbach-Alsenborn_end.pdf.

GEO-NET Umweltconsulting GmbH [Gehrden] (2010a): Klimaschutzkonzept für die Stadt Gehrden. <https://www.gehrden.de/downloads/datei/OTA1MDAwNTUxOy07L3Vzci9sb2NhbC9odHR-wZC92aHRkb2NzL2dlaHJkZW4vZ2VocmRlbi9tZWRpZW4vZG9rdW1lbnRlLzRfMDIlfMDAaX2tsaW1hc2NodXR6Z2VocmRlbi9lbnRiZlRlY2h0cmV2MDBfMjdfMDhfMjAxMF9vX2Exa2Y2fGVuLnBkZg%3D%3D>.

GEO-NET Umweltconsulting GmbH [Braunschweig] (2010b): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Braunschweig. Hg. v. Stadt Braunschweig. https://www.braunschweig.de/leben/umwelt_naturschutz/klima/klimaschutzprojekt/Klimaschutzkonzept_BS_Endfassung.pdf.

Gertec Ingenieurgesellschaft und mobilité Unternehmensberatung [Beckum] (2010a): Integriertes Klimaschutzkonzept Endbericht - Stadt Beckum. Hg. v. Stadt Beckum. https://www.beckum.de/fileadmin/daten-stadt/pdf/UMWELT/Klima_Energie/IKSK_Beckum_Endbericht.pdf.

Gertec Ingenieurgesellschaft und mobilité Unternehmensberatung [Gladbeck] (2010b): Stadt Gladbeck - Integriertes Klimaschutzkonzept Endbericht. Hg. v. Stadt Gladbeck. <https://eservice2.gkd-re.de/bsointer140/DokumentServlet?dokumentname=140I5334.pdf>.

Gertec Ingenieurgesellschaft und Planersocietät [Waldbröl] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Waldbröl - Endbericht. Hg. v. Stadt Waldbröl Dienststelle Bauen. http://www.waldbroel.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Endbericht_mit_Anhang.pdf.

- Gertec Ingenieurgesellschaft und Planersocietät [Witten] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept Endbericht - Stadt Witten. Hg. v. Stadt Witten Baudezernat. http://www.witten.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/sta61/Kommunaler_Klimaschutz/IKSK_WI_EB_2013_04_08.pdf.
- Göllinger, Dr. Thomas [Landau in der Pfalz] (2012): Integriertes Klimaschutz-Konzept (SEAP) - Sustainable Energy Action Plan Stadt Landau in der Pfalz. <https://info.landau.de/getfile.asp?id=23475&type=do&>.
- Göppel, Walter, Frank Jehle und Sarah Berdias [Bodenseekreis] (2015): Energie - und Klimaschutzkonzept für den Bodenseekreis. Hg. v. Energieagentur Ravensburg GmbH - Niederlassung Bodenseekreis. <https://www.bodenseekreis.de/fileadmin/bodenseekreis/aemter/uwa/downloads/energie-und-klimaschutzkonzept-bodenseekreis-2012-2050.pdf>.
- Gribsch, Heiko und Dr. Matthias Mann [Jena] (2015): Klimaschutzkonzept der Stadt Jena 2015. Hg. v. Stadtverwaltung der Stadt Jena. https://www.schritt-fuer-schritt.net/sixcms/media.php/2178/Klimaschutzkonzept%20Jena_20151217.pdf.
- Gruben, Tobias, Jens Frank, Markus Conrad, Wiebke Klingenberger, Christian Koch, Ralf Köhler, Jochen Meisberger, Eleni Savvidou, Manuel Schaubt, Sara Schierz, et al. [St. Wendel (LK)] (2012): Null-Emission - Landkreis St. Wendel. Hg. v. Landkreis St. Wendel. http://www.null-emission-wnd.de/fileadmin/user_upload/pdf/2012.12.12_Abschlussbericht_KSI_LK_WND.pdf.
- Grüttner, Dr. Frank, Dr. Dorothee Keppler, Dr. Benjamin Nölting und Dr. Elke Bruns [Mecklenburgische Seenplatte] (2013): Regionales Energiekonzept Mecklenburgische Seenplatte bis 2030 (Entwurf Mai 2013). http://www.region-seenplatte.de/sites/default/files/downloads/attachment/regionales_energiekonzept_msp_entwurf.pdf.
- Haufe, Michael, Karl Hildebrand, Dr. Thomas Hamacher, Martin Bartelt, Michael Busch, Dr. Ditmar Hunger, Tobias Schönefeld, Dr. Ruth Bördlein, Dr. Konrad Ott und Steffi Deickert [Greifswald] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - Langfassung. Hg. v. Stadtbauamt Greifswald. http://www.greifswald.de/de/.galleries/dokumente/Staedtische-Konzepte/Klimaschutzkonzept/Integriertes_Klimaschutzkonzept__Langfassung.pdf.
- Heck, Dr. Peter, Thomas Anton, Jens Frank, Bianca Gaß, Bernd Göldner, Dennis Gellert, Marco Grabowski, Christian Koch, Helmut Krames, Patrick Marx, et al. [Cochem-Zell (LK)] (2010): Klimaschutzkonzept für den Landkreis Cochem-Zell - zur Etablierung einer CO₂-neutralen Tourismusregion. http://www.bioenergieregion-cochem-zell.de/kv_cochem_zell_bioenergie/Null-Emissions-Landkreis%20Cochem-Zell/Klimaschutzkonzept_klein.pdf.
- Heck, Dr. Peter, Tobias Gruben, Christian Koch und Michael Müller [Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Mainz-Bingen] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept und Teilkonzept „Erschließung der verfügbaren Erneuerbare-Energien-Potenziale“ in den Landkreisen Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Mainz-Bingen. Hg. v. Kreisverwaltung Alzey Worm, Kreisverwaltung Bad Kreuznach, und Kreisverwaltung Mainz-Bingen. http://www.kreis-badkreuznach.de/fileadmin/media/downloads/02_Aemter/Amt_6_Bauen_und_Schulen/2013-02-26_Klimaschutzkonzept_RHN.pdf.
- Hein, Martin, Martina Hofmann, Verena Marggraff und Stephanie Schmid [Heidenheim (LK)] (2016): Endbericht Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Heidenheim und seine Städte und Gemeinden. Hg. v. Landkreis Heidenheim. https://www.landkreis-heidenheim.de/idc/groups/web/documents/web_asset/cms007776.pdf.
- Heinz, Matthias, Peter Keller, Pia Bolkart, Dr. Martin Demmeler, Simone Brengelmann, Mirjam Schumm, Willi Steincke, Nina Hehn und Katharina Zangl [Ebersberg] (2012): Integriertes kommunales Klimaschutzkonzept - Stadt Ebersberg. Hg. v. Stadt Eberswalde. http://www.ebersberg.de/fileadmin/ebersberg/E._Ipsen/Klimaschutzkonzept_Stadt_Ebersberg_low.pdf.
- Hertle, Hans, Markus Duscha, Ulrike Bliss und Martin Klima [Aachen] (2006): EnergieEffizienzKonzept für die Stadt Aachen - Endbericht. Hg. v. EVA Aachen. https://www.ifeu.de/energie/pdf/EEK_Aachen_LANGFASSUNG.pdf.
- Hertle, Hans, Benjamin Gugel, Ruben Miranda und Volker Blee [Karlsruhe] (2009): Klimaschutzkonzept Karlsruhe 2009 - Handlungsrahmen für den kommunalen Klimaschutz. Hg. v. Stadt Karlsruhe Umwelt- und Arbeitsschutz. https://www.karlsruhe.de/b3/natur_und_umwelt/klimaschutz/klimakonzept/HF_sections/content/ZZjZDc9wllIPAFm/ZZjZDdirk99XsX/KlimaschutzkonzeptKarlsruhe2009.pdf.
- Hertle, Hans, Angelika Paar, Benjamin Gugel, Inge Kastenhuber, Helmut Brodt und Stefan Richter [Ettlingen] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Ettlingen. Hg. v. Stadt Ettlingen. http://www.ettlingen.de/site/Ettlingen/get/documents_E-275273675/ettlingen/Dokumente/AWG/Abteilung%20Umwelt%20und%20Energie/0.Klimaschutz/Klimaschutzkonzept_Ettlingen.pdf.

Heymann, Peter und Nicola Polterauer [Bayreuth (LK)] (2015): Integriertes Klimaschutzkonzept Energetische Bewertung kommunaler Liegenschaften - Landkreis Bayreuth. Hg. v. Landkreis Bayreuth. https://www.klima.landkreis-bayreuth.de/media/1556/energetische_bewertung_kommunaler_liegenschaften.pdf.

Hilse, Hagen, Cindy Dengler und Hanstestadt Rostock Amt für Umweltschutz [Rostock] (2013a): Masterplan 100 % Klimaschutz für die Hansetsadt Rostock - Abschlussbericht. http://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/144/Masterplan_20140403.pdf.

Hilse, Hagen, Cindy Dengler, Stefan Zorn und Hansestadt Rostock Amt für Umweltschutz [Rostock] (2013b): Ergebnisbericht zum Arbeitspaket Nr. 1 „Analyse des Ist-Zustandes“ - Masterplan 100 % Klimaschutz für die Hansestadt Rostock.

Hirschl, Bernd, Fritz Reusswig, Julika Weiß, Lars Bölling, Mark Bost, Ursula Flecken, Leilah Haag, Philipp Heiduk, Patrick Klemm, Christoph Lange, et al. [Berlin] (2015a): Für ein klimaneutrales Berlin - Entwurf für ein Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK). http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/klimaschutz/bek_berlin/download/BEK-Endbericht-und-AnhangA.pdf.

Hirschl, Bernd, Fritz Reusswig, Julika Weiß, Lars Bölling, Mark Bost, Ursula Flecken, Leilah Haag, Philipp Heiduk, Patrick Klemm, Christoph Lange, et al. [Berlin] (2015b): Für ein klimaneutrales Berlin - Entwurf für ein Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK), Anhang B: ergänzende methodische Erläuterungen. Hg. v. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/klimaschutz/bek_berlin/download/AnhangB-BEK-Endbericht.pdf.

Hohmeyer, Olav, Helge Maas, Martin Beer, Emöke Kovač, Hannah Köster, Simon Laros, Christina Maas, Jens Brammann, Almut Burkowitz und Hanna Fekete [Flensburg] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept Flensburg - Der Kurs zur CO₂-Neutralität 2050. Hg. v. Stadt Flensburg. http://www.flensburg.de/PDF/int_klimaschutzkonzept_fl.PDF?ObjSvrID=2306&ObjID=1847&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1456208037.

infas enermetric Consulting GmbH [Brakel] (2010a): Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Brakel (Klimabericht). Hg. v. Stadt Brakel. https://www.brakel.de/media/custom/2209_191_1.PDF?1358764130.

infas enermetric Consulting GmbH [Willich] (2010b): Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Willich (Klimabericht - Langversion). Hg. v. Stadt Willich Objekt- und Wohnungsbau. [https://www.stadt-willich.de/C125744A003FFE9D/files/klimabericht_willich_langversion.pdf/\\$file/klimabericht_willich_langversion.pdf?OpenElement](https://www.stadt-willich.de/C125744A003FFE9D/files/klimabericht_willich_langversion.pdf/$file/klimabericht_willich_langversion.pdf?OpenElement).

infas enermetric Consulting GmbH [Telgte] (2010c): Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Telgte (Klimabericht). Hg. v. Stadt Telgte. http://www.telgte.de/pics/medien/1_1323959027/Klimabericht_Telgte_Langversion_101209.pdf.

infas enermetric Consulting GmbH [Bottrop] (2011a): Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Bottrop (Langfassung zum Klimabericht). Hg. v. Stadt Bottrop Umweltamt. https://www.bottrop.de/umwelt/120523_Langfassung_Integriertes_Klimaschutzkonzept.pdf.

infas enermetric Consulting GmbH [Rietberg] (2011b): Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Rietberg. Hg. v. Stadt Rietberg. https://www.rietberg.de/wp-content/uploads/klimabericht_rietberg_endversion_02.pdf.

infas enermetric Consulting GmbH [Cloppenburg] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Cloppenburg. Hg. v. Stadt Cloppenburg. http://cloppenburg.de/uploads/files/klimabericht_stadt_cloppenburg_180612_korrektur_2_.pdf.

infas enermetric Consulting GmbH [Steinfurt] (2013a): Integriertes Klimaschutzkonzept der Kreisstadt Steinfurt. Hg. v. Umweltausschuss der Stadt Steinfurt. http://formulare.kaaw.de/findform?shortname=kstst_000000000032&formtecid=2&areashortname=Kreisstadt_Steinfurt.

infas enermetric Consulting GmbH [Hamminkeln] (2013b): Klimaschutz Hamminkeln macht mit! - Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Hamminkeln. Hg. v. Stadt Hamminkeln. [https://www.hamminkeln.de/C12573E90046E5CC/files/klimaschutzkonzept.pdf/\\$file/klimaschutzkonzept.pdf?OpenElement](https://www.hamminkeln.de/C12573E90046E5CC/files/klimaschutzkonzept.pdf/$file/klimaschutzkonzept.pdf?OpenElement).

infas enermetric Consulting GmbH [Lippe (LK)] (2014): Integriertes Klimaschutzkonzept Kreis Lippe. http://www.kreis-lippe.de/media/custom/2001_6133_1.PDF?1449740238.

infas enermetric Consulting GmbH, Thomas Pöhlker und David Sommer [Ostholstein (LK)] (2016): Integriertes Klimaschutzkonzept Kreis Ostholstein. https://www.kreis-oh.de/media/custom/2454_522_1.PDF?1464859576.

Institut für Energietechnik IfE GmbH [Neustadt a.d. Waldnaab (LK)] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für den westlichen Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab. Hg. v. Stadtbauamt Grafenwöhr. <http://www.neue-energien-west.de/wp-content/uploads/2013/02/Integriertes-Klimaschutzkonzept-NEW4.pdf>.

Institut für Energietechnik IfE GmbH an der Hochschule Amberg-Weiden [Lauf] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Lauf a.d. Pegnitz. http://lauf.com/db_files/download/9193_2011_integriertes_klimaschutzkonzept_lauf.pdf?PHPSESSID=qzlpceuj.

Jergentz, Dr. Stefan und Oliver Decken [Landau-Land (VG)] (2016): Integriertes Klimaschutzkonzept Landau-Land. http://www.klimaschutz-landau-land.de/fileadmin/user_upload/klimaschutz/klimaschutzkonzept_landau_land_final.pdf.

Jung, Armin, Rüdiger Wagner, Bernd Tenberg, Kathrin Herz, Christian Deilke, Detlef Großjohann, Franz Gilles, Wolfgang Seidel, Claudia Fründ, Peter Kremer, et al. [Herten] (2009): Hertener Klimakonzept 2020 - Grundlagen und Potenziale. Hg. v. Stadt Herten. http://www.gemeinsam-fuers-klima.de/fileadmin/webpflege/gemeinsam_fuers_klima/pdf/Klimakonzept2020_Fassung_11_09.pdf.

Karg, Ludwig, Sandra Giglmaier, Martin Sailer, Torsten Blaschke, Denise Pielniok, Philipp Reiß und Michael Wedler [Berchtesgardener Land (LK)] (2013a): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Berchtesgardener Land. Hg. v. Landkreis Berchtesgardener Land. https://www.lra-bgl.de/fileadmin/user_upload/content/doc/Umwelt_und_Natur/Energie_und_Klimaschutz/Klimaschutzkonzept_Berchtesgadener_Land.pdf.

Karg, Ludwig, Michael Wedler, Torsten Blaschke, Denise Pielniok, Sandra Giglmaier und Martin Sailer [Neu-Ulm (LK)] (2013b): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Neu-Ulm. Hg. v. Landratsamt Landkreis Neu-Ulm. <http://www.baumgroup.de/fileadmin/interface/files/CDSEQUDZKD-12232014164918-DAQZMTGPEA.pdf>.

Karg, Ludwig, Michael Wedler, Torsten Blaschke, Denise Pielniok und Martin Sailer [München (LK)] (2013c): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis München und die fünf beteiligten Gemeinden Baierbrunn, Gräfelfing, Kirchheim bei München, Schäftlarn und Unterföhring. Hg. v. Landkreis München. http://www.kirchheim-heimstetten.de/wp-content/uploads/2016/05/Klimaschutzkonzept_LK_Muenchen.pdf.

Karg, Ludwig, Michael Wedler, Torsten Blaschke, Denise Pielniok, Martin Sailer und Sandra Giglmaier [Würzburg] (2012a): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Würzburg. Hg. v. Stadt Würzburg. http://www.wuerzburg.de/media/www.wuerzburg.de/org/med_19983/415559_bericht_ikk_wuerzburg_130318.pdf.

Karg, Ludwig, Michael Wedler, Torsten Blaschke, Denise Pielniok, Martin Sailer, Sandra Giglmaier, Christian Huber, Robert Fröhler, Lukas Schrott, Martin Tschurtschenthaler, et al. [Garmisch-Partenkirchen (LK)] (2012b): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Hg. v. Landratsamt Garmisch-Partenkirchen. http://www.lra-gap.de/media/files/wirt-tour_energie-klimaschutz/Klimaschutzkonzept.pdf.

Karg, Ludwig, Michael Wedler, Torsten Blaschke, Denise Pielniok, Martin Sailer und Stadt Marktheidenfeld [Marktheidenfeld] (2013d): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Marktheidenfeld. http://stadt-marktheidenfeld.de/container/jqueryup-load/upload/uploads/20131206093553_Bericht %20Integriertes %20Klimaschutzkonzept.pdf.

Karg, Ludwig, Michael Wedler, Torsten Blaschke, Martin Sailer, Sandra Giglmaier, Denise Pielniok und Philipp Reiß [Bad Tölz-Wolfratshausen (LK)] (2013e): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Hg. v. Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. http://www.lra-toelz.de/fileadmin/pdf/Behoerdenleistungen/Klimaschutz_Energie/2013-10-31_Konzept_print_und_web.pdf.

Kay, Sonja, Katja Weiler, Katharina Laub, Florian Noll, Cornelia Vogler, Ina Klein, Nadja Carius, Frank Baur, Sabine Zägel, Markus Lillig, et al. [St. Ingbert/Bliesgau] (2014): Integriertes Klimaschutzkonzept mit Null-Emissions-Strategie für das Biosphärenreservat Bliesgau. http://www.biosphaere-bliesgau.eu/images/klimaschutz/1.Endbericht_MS_final.pdf.

Keller, Peter, Dr. Martin Demmeler, Mirjam Schumm, Simone Brengelmann, Nicola Holtmann, Matthias Heinz und Maria Theresa Hofeneder [Fünfseenland] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept Fünfseenland. http://www.lk-starnberg.de/media/custom/613_12650_1.PDF?1292293840.

K.GREENTECH GmbH und AS&P - Albert Speer & Partner GmbH [Bensheim] (2014): Masterplan 100 % Klimaschutz - Abschlussbericht für die Stadt Bensheim. Hg. v. Magistrat der Stadt Bensheim. https://www.bensheim.de/fileadmin/media/bensheim/04-Leben-in-Bensheim/Klimaschutz/Masterplan-Klimaschutz_Endbericht_Bensheim_Masterplan_April_2014.pdf.

Klein, Alexander, Kristian Bochnick, Armin Raatz, Anja Witzel, Christine Pieper, Matthias Wangelin und Janina Bodmann [Nidda] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Nidda. Hg. v. Magistrat der Stadt Nidda. http://www.nidda.de/sv_nidda/Leben %20in %20Nidda/Umwelt %20- %20Klima %20- %20Abfall/Klimaschutz/Klimaschutzkonzept/130829_IKK_Nidda.pdf.

- Klingenberger, Wiebke, Michael Müller, Sven Beck, Markus Conrad, Mona Dellbrügge, Christian Faller, Robert Fritz, Martin Haas, Kevin Hahn, Jasmin Jost, et al. [Birkenfeld (LK)] (2013): „Integriertes Klimaschutzkonzept“ für den Landkreis Birkenfeld Abschlussbericht. Hg. v. Kreisverwaltung Birkenfeld. http://www.vgv-baumholder.de/vg_baumholder/de/Wirtschaft/Energie%20&%20Klima/Nationale%20Klimaschutzinitiative/klimaschutzkonzept_landkreis_birkenfeld.pdf.
- Koenig-Hoffmann, Dr. Kerstin und Florian Botzenhart [Buchloe] (2013): Energiekonzept Buchloe 2020 - Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Buchloe. https://www.landkreis-ostallgaeu.de/fileadmin/landkreis/klimaschutz/Koordination_Kommunen/2013-09-16-Klimaschutzkonzept_Buchloe.pdf.
- Konrad, Josef, Rainer Lukas, Daniela Schmöller und Wolfgang Wagner [Tirschenreuth (LK)] (2010): Landkreis Tirschenreuth Klimaschutzkonzept Endbericht. Hg. v. Landkreis Tirschenreuth. http://www.kreis-tir.de/fileadmin/user_upload/Umwelt/Klima_Energie/Klimaschutzkonzept/Ldkr_Tirschenreuth_Konzept_Endfassung_170311_Web.pdf.
- Kreis Borken, Fachbereich Natur und Umwelt, Hrsg. [Borken (LK)] (2014): Klimaschutzkonzept für den Kreis Borken 2014. https://kreis-borken.de/fileadmin/internet/downloads/fe66/4.1_Klimaschutz/Klimaschutzkonzept_2014.pdf.
- Kreisausschuss Main-Taunus-Kreis, Hrsg. [Main-Taunus-Kreis] (2016): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Main-Taunus-Kreis - Sbschlussbericht. http://www.mtk.org/cps/rde/xbcr/mtk_internet/Klimaschutzkonzept_Abschlussbericht.pdf.
- Kriebs, Kerstin, Michael Münch, Birte Leibrecht, Markus Bastek, William Clauß, Joachim Comtesse, Simon Haas, Verena Honeck, Marcus Meurer, Nina Rauth, et al. [Bodenheim (VG)] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept und Klimaschutzteilkonzepte, integrierte Wärmenutzung und eigene Liegenschaften Verbandsgemeinde Bodenheim. Hg. v. VG Bodenheim. http://www.vg-bodenheim.de/vg_bodenheim/Wohnen%20&%20Leben/Umwelt/Kommunaler%20Klimaschutz/Klimaschutzkonzept/Klimaschutzkonzept%20der%20VG.pdf.
- Krüger, Michael, Dominik Böhlein, Jana Zapf und Rainer Schütz [Gotha (LK)] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Gotha und seine Kommunen. Hg. v. Landkreis Gotha. <http://www.klimaschutz-gotha.de/images/downloads/Klimaschutzkonzept%20Gotha.pdf>.
- Kucharczak, Lioba, Peter Moser, Patrick Nestler, Patrick Ehmann, Cord Hoppenbrock, Axel Stemmann und Hans Georg Weishaar [Marburg-Biedenkopf (LK)] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Hg. v. Landrat Lasndkreis Marburg-Biedenkopf. http://klimaschutz.marburg-biedenkopf.de/uploads/Content/PDF/Klimaschutzkonzept/KSI_Konzept_Marburg_Biedenkopf_final_web.pdf.
- Lempert, Frank, Matthias Rausch, Dabine Barden, Wiebke Gerhardt, Karin Wonn, Udo Benz und Rigobert Zimpfer [Lahr] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept Lahr 2012. Hg. v. Stadt Lahr. https://www.lahr.de/sixcms/media.php/7/2012-12-06%20%20Klimaschutzkonzept_web.pdf.
- Mann, Dr. Matthias, Nils Boenigk, Anita Beblek, Melanie Mechler, Dr. Carsten Gutzler, Dr. Götz Uckert, Dr. Holger Kreft, Thomas Beck, Dr. Michael Griesbaum, Heiko Griebsch, et al. [Uckermark-Barnim (Region)] (2013): Endbericht zum Regionalen Energiekonzept Uckermark-Barnim. http://www.uckermark-barnim.de/images/projekte/regionales_energiekonzept/Berichte/2013-10-28_endbericht_formatiert.pdf.
- Maurer, Erich, Nicola Polterauer, Wolfgang Seitz und Ulrich Weigmann [Coburg (LK)] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept des Landkreises Coburg. Hg. v. Landkreis Coburg/ Wirtschaftsförderung. https://www.landkreis-coburg.de/files/integriertes_klimaschutzkonzept.pdf.
- Michel, Florian, Dr. Bernhard Michel und Dr. Wulf Rührich [Buseck] (2010): Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept Buseck. Hg. v. Stadt Buseck. <http://www.buseck.de/~FILES/DOC/KlimaschutzkonzeptBuseck.pdf>.
- Mouchard, Claire, Harald Bieber, Dr. Volker Kienzlen, Thomas Steidle und Heike West [Schwäbisch-Hall] (2013a): Klimaschutzkonzept für die Stadt Schwäbisch Hall - Teil 2: Maßnahmenkatalog. Hg. v. Stadt Schwäbisch Hall. http://www.schwaebisch-hall.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Buergerstadt/Energiebeauftragter/131017_KSK_SHA_Massnahmenkatalog_130930_final.pdf.
- Mouchard, Claire, Harald Bieber, Volker Kienzlen, Thomas Steidle und Heike West [Schwäbisch-Hall] (2013b): Klimaschutzkonzept für die Stadt Schwäbisch Hall - Kurzfassung. Hg. v. Stadt Schwäbisch Hall. http://www.schwaebischhall.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Buergerstadt/Energiebeauftragter/131017_KSK_SHA_Kurzfassung_130930_final.pdf.

- Müller, Michael, Wiebke Klingenberg, Thomas Anton, Georg Krömer, Christian Koch, Michael Müller, Sven Leißner, Christoph Pietz, Eleni Savvidou, Manuel Schaubt, et al. [Birkenfeld (VG)] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept mit Teilkonzept „Erneuerbare Energien“ für die Verbandsgemeinde Birkenfeld - Abschlussbericht. Hg. v. Verbandsgemeinde Birkenfeld. <http://www.klimaschutzformt-zukunft.de/fileadmin/downloads/Klimaschutzkonzept.pdf>.
- Münch, Michael, Kerstin Kriebs, Markus Bastek, William Clauß, Joachim Comtesse, Marie-Isabel Hoheisel, Birte Lotichius, Marc Meurer, Jochen Schied, Marcus Sinß, et al. [Wörrstadt (VG)] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept der Verbandsgemeinde Wörrstadt. Hg. v. Verbandsgemeinde Wörrstadt Fachbereich Bauen und Umwelt. http://www.vgwoerrstadt.de/media/custom/1751_1559_1.PDF?1371544462.
- Neef, Sabine, Michael Fuder, Katja Gagnon, Jan Altstädter, Astrid Hilmer und Stadt Salzgitter - Fachdienst Stadtplanung, Umwelt, Bauordnung und Denkmalschutz [Salzgitter] (2014): Klimaschutzkonzept für die Stadt Salzgitter. <http://www.metropolregion.de/wp-content/uploads/2016/04/Klimaschutzkonzept-SZ.pdf>.
- Nüsse, Andrea, Antoinette Rechberg, Dina Walter und Stadt Iserlohn Abteilung Umwelt- und Klimaschutz [Iserlohn] (2012): Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept - Stadt Iserlohn. 9. Januar. http://www.iserlohn.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Umwelt/Energie_Klimaschutz/Kommunales_Klimaschutzkonzept_Iserlohn__11_2012.pdf.
- Olbrisch, Antti, Eleni Savvidou, Alexander Reis, Patrick Huwig, Manuel Schaubt, Michael Schuchhardt, Pascal Thome, Jens Frank, Jochen Meisberger, Sara Schierz, et al. [Rügen/Hiddensee] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Inseln Rügen/ Hiddensee. http://www.lk-vr.de/media/custom/2152_799_1.PDF?1353060615.
- Osterholzer, Laura, Sabine Held, Verena Lohner und Rita Kienberger [Straubing-Bogen] (2012): Regionales Energie-Entwicklungs-konzept - Fortschreibung. http://www.bioenergie.straubing-bogen.de/DynDox/D714433F-23DF-4595-9700-EDEC75EE4BC8/Endfassung_REEK2012.pdf.
- Peickert, Ulrich, Lutz Modes, Uwe Kunze, Rolf Schwanzara-Bennoit, Christian Hildmann, Wolfgang Gerber und Hans-Werner Greß [Hoyerswerda] (2010): Das funktionale Energie- und Klimaschutzkonzept für die Stadt Hoyerswerda. Hg. v. Stadt Hoyerswerda. http://www.hoyerswerda.de/documente/Energie-_%20und_%20Klimaschutz/EKK_HY10_kleinfin.pdf.
- Planersocietät [Burbach] (2013): Klimaschutzteilkonzept Klimafreundlicher Verkehr Gemeinde Burbach. Hg. v. Gemeinde Burbach. https://www.burbach-siegerland.de/media/custom/2024_1642_1.PDF?1418830274.
- Polterauer, Nicola, Markus Ruckdeschel und Wolfgang Seitz [Bayreuth (LK)] (2014): Integriertes Klimaschutzkonzept Maßnahmenkatalog - Landkreis Bayreuth. Hg. v. Landkreis Bayreuth. <https://www.klima.landkreis-bayreuth.de/media/1559/massnahmenkatalog.pdf>.
- Raatz, Armin, Matthias Wangelin, Janina Bodmann, Kathrin Kappes-Kühnemuth, Matthias Pöhler, Anja Witzel, Sengül Ay, Michael Volpert, Jakob Leitner, Antje Janßen, et al. [Kassel] (2012a): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Kassel. https://klima-kommunen.hessen-nachhaltig.de/files/Kommunen/downloads/aktionsplaene_und_klimaschutzkonzepte_von_unterzeichnerkommunen/Klimaschutzkonzept_%20Stadt_%20Kassel_%20Langfassung.pdf.
- Raatz, Armin, Matthias Wangelin, Janina Bodmann, Anja Witzel und Lennart Schmidt [Fulda] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Fulda. Hg. v. Magistrat der Stadt Fulda. https://www.fulda.de/fileadmin/buergerservice/pdf_amt_67/klimaschutzkonzept/Integriertes_Klimaschutzkonzept_2013-05.pdf.
- Raatz, Armin, Matthias Wangelin und Anja Witzel [Ahnatal] (2012b): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Gemeinde Ahnatal. Hg. v. Gemeinde Ahnatal. http://www.ahnatal.de/fileadmin/IKK_Ahnatal.pdf.
- Rahlf, Staphanie, Jochen Rienau, Dedo von Krosigk, Dietrich Kraetzschmer und Jan-Christoph Sicard [Osterode am Harz (LK)] (2013): OHA-Klima+ - Regionales Klimaschutzkonzept für den Landkreis Osterode am Harz. Hg. v. Landkreis Osterode am Harz. http://www.landkreis-osterode.de/media/custom/119_708_1.PDF?1381162388.
- Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (2016): Monitoringbericht REGIONAL Berichtsjahr 2015. https://www.zab-energie.de/de/system/files/media-downloads/monitoringbericht_regional_2015_havelland-flaeming.pdf.
- Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald (2016): Monitoringbericht REGIONAL Berichtsjahr 2015. https://www.zab-energie.de/de/system/files/media-downloads/monitoringbericht_regional_2015_lausitz-spreewald.pdf.
- Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (2015): Monitoringbericht REGIONAL Berichtsjahr 2014. https://www.zab-energie.de/de/system/files/media-downloads/monitoringbericht_regional_2014_oderland-spree.pdf.

- Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel (2014): Monitoringbericht REGIONAL Berichtsjahr 2013. [https://www.zab-energie.de/de/system/files/media-downloads/Monitoringbericht %20REGIONAL %202013 %20Prignitz-Oberhavel-7893.pdf](https://www.zab-energie.de/de/system/files/media-downloads/Monitoringbericht%20REGIONAL%202013%20Prignitz-Oberhavel-7893.pdf).
- Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim (2015): Monitoringbericht REGIONAL Berichtsjahr 2014. https://www.zab-energie.de/de/system/files/media-downloads/monitoringbericht_regional_2014_uckermark-barnim.pdf.
- Reichel, Johannes und Markus Ruckdeschel [Bayreuth (LK)] (2014): Integriertes Klimaschutzkonzept für Öffentlichkeitsarbeit - Landkreis Bayreuth. Hg. v. Landkreis Bayreuth. <https://www.klima.landkreis-bayreuth.de/media/1558/konzept-oeffentlichkeitsarbeit.pdf>.
- Reichmuth, Matthias, Werner Bohnenschäfer, Christoph Voigtländer, Ilka Erfurt und Alexander Schiffler [Aßlar, Leun, Solms, Wetzlar] (2013): Energie- und Klimaschutzkonzept für Aßlar, Leun, Solms, Wetzlar - Endbericht. Hg. v. enwag mbH, Gasversorgung Lahn-Dill GmbH. [https://www.enwag.de/fileadmin/enwag/website/media/Aktualisierungen_2013/april/2013-03-27 %20Endbericht %20ALSW-final.pdf](https://www.enwag.de/fileadmin/enwag/website/media/Aktualisierungen_2013/april/2013-03-27%20Endbericht%20ALSW-final.pdf).
- Rhein-Neckar-Kreis, Hrsg. [Rhein-Neckar-Kreis] (2013): Klimaschutzkonzept für die Einrichtungen und Gesellschaften des Rhein-Neckar-Kreises - Abschlussbericht. http://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-Neckar-Kreis-2016/get/pa-rams_E2018754112_Dattachment/1873857/Klimaschutzkonzept_Rhein-Neckar-Kreis.pdf.
- Rieck, Dr. Ricarda, Britta Schulz, Antoinette Rechberg, Felix Fredrich, André Butz und Katja Dinges [Emden] (2016): Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept - Stadt Emden. Hg. v. Stadt Emden. https://www.emden.de/fileadmin/media/stadtemden/PDF/FB_300/FD_362/Energie_Klima/klimaschutzkonzept_gesamt_endversion.pdf.
- Röpken, Cord, Sandra Giglmaier, Waldemar Geist, Julia Bethke und Torben Behrens [Eckernförde] (2015a): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Eckernförde. Hg. v. Stadt Eckernförde. http://www.eckernfoerde.de/media/custom/2460_918_1.PDF?1450787224.
- Röpken, Cord, Sandra Giglmaier, Philipp Reiß, Johannes Gattringer, Julia Bethke und Stadt Neumünster [Neumünster] (2015b): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Neumünster. <https://w2.neumuenster.de/session/bi/getfile.php?id=42910&type=do&>.
- Rummel, Jürgen, Sebastian Scholz, Felix Schwabedal und Andre Stech [Halle] (2013): Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept. Hg. v. Stadt Halle (Saale). http://www.halle.de/VeroeffentlichungenBinaries/581/685/klimaschutzkonzept_halle.pdf.
- Sahling, Udo, Udo Scherer, Mareike Bußkamp, Christiane Dietrich, Tina Wostradowski, Wolfgnag Kleine-Limberg, Kathrin Osterwald, Dedo von Krosigk und Benedikt Siepe [Seelze] (2010): Ein integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Seelze - handlungs- und umsetzungsorientiert. Hg. v. Stadt Seelze. http://www.klimaschutz-hannover.de/uploads/media/Klimaschutzkonzept_Seelze_Bericht_final_01.pdf.
- Sahling, Udo, Tina Wostradowski, Christiane Dietrich, Udo Scherer, Anne-Kathrin Bosse, Dedo von Krosigk, Benedikt Siepe und Stadt Laatzen [Laatzen] (2012): Ein integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Laatzen - handlungs- und umsetzungsorientiert. http://www.klimaschutz-hannover.de/uploads/media/121203_Komplettfassung_Bericht.pdf.
- Sambale, Martin, Carmen Cremer, Dr. Hans-Jörg Barth, Margit Spöttle, Florian Botzenhart, Leonie Wiesiollek und Alexander Elzer [Unterallgäu (LK)] (2012): Klimaschutzkonzept Unterallgäu - Integriertes kommunales Klimaschutzkonzept für den Landkreis Unterallgäu. Hg. v. Landkreis Unterallgäu. https://www.landratsamt-unterallgaeu.de/fileadmin/eigene_dateien/landratsamt/buergerservice/natur_und_umwelt/klimaschutzkonzept/dokumente/Klimaschutzkonzept_lang.pdf.
- Scheele, Ulrich, Peter Schaal, Ingo Mose, Vasco Brummer, Matthias Kramer, Julia Oberdörffer und Silke Badewien [Bremerhaven (Region)] (2014): Integriertes Klimaschutzkonzept Regionalforum Bremerhaven - Endbericht. Hg. v. Magistrat der Stadt Bremerhaven. http://www.bremerhaven.de/downloads/394/86784/20140917_Endbericht+IKS+Regionalforum+Bremerhaven.142090.pdf.
- Schirmmayer, Julia, Jördes Wüstermann, Martin Beer, Olav Hohmeyer, Martin Jahn, Eva Wiechers, Kayvan Maysami und Felix Höltling [Flensburg (Region)] (2015): Integriertes Klimaschutzkonzept Region Flensburg - mit dem Ziel der CO₂-Klimaneutralität bis zum Jahr 2050. http://www.scs-flensburg.de/2014/wp-content/uploads/2015/04/Klimaschutzkonzept_Region_Flensburg.pdf.
- Schlosser, Tobias [Schrobenhausen] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Schrobenhausen. Hg. v. Stadt Schrobenhausen. http://ioev.dev-test2.de/uploads/tx_ioevexample/iKSK-SOB-Endbericht_02.pdf.
- Scholz, Sebastian, Tilman Müller, Jürgen Rummel, Andre Stech und Dina Walter [Hohen Neuendorf] (2013): Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept Stadt Hohen Neuendorf. Hg. v. Stadt Hohen Neuendorf. http://www.hohen-neuendorf.de/sites/default/files/beteiligungsverfahren/klimaschutzkonzept_hohenneuendorf.pdf.

- Schön, Heidi [Bobingen] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Bobingen. Hg. v. Energie- und Umweltzentrum Allgäu. www.stadt-bobingen.de/export/download.php?id=5672.
- Seitz, Wolfgang, Ralf Mützel, Tina Paulus und Marion Burkhardt [Neumarkt in der Oberpfalz] (2013): Masterplan 100 % Klimaschutz Stadt Neumarkt i.d.OPf. http://www.klimaschutz-neumarkt.de/fileadmin/redakteure/pdf/MASTERPLAN_NM_final_Stadt_Neumarkt_28.10.13.pdf.
- Soike, Roman, Stephan Kathke und Tobias Schmeja [Ludwigsfelde] (2016): Kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept für die Stadt Ludwigsfelde. Hg. v. Stadt Ludwigsfelde. http://ludwigsfelde.de/media/Rathaus_online/Projekte__Konzepte/Energie-und_Klimaschutzkonzept-2016.pdf.
- Stadt Karlsruhe Umwelt- und Arbeitsschutz, Hrsg. [Karlsruhe] (2011): Klimaschutz in Karlsruhe - Erster Fortschrittsbericht 2010. https://www.karlsruhe.de/b3/natur_und_umwelt/klimaschutz/klimakonzept/HF_sections/content/ZZjZDc9wIIPAFm/ZZkZLhJG-NiePJ3/#Fortschrittsbericht%202010_endg.pdf.
- Stadt Karlsruhe Umwelt- und Arbeitsschutz, Hrsg. [Karlsruhe] (2012): Klimaschutz in Karlsruhe - Zweiter Fortschrittsbericht 2011. https://www.karlsruhe.de/b3/natur_und_umwelt/klimaschutz/klimakonzept/HF_sections/content/ZZjZDc9wIIPAFm/ZZkCH3zgeEpwB3/Fortschrittsbericht%202011_endg.pdf.
- Stadt Karlsruhe Umwelt- und Arbeitsschutz, Hrsg. [Karlsruhe] (2014): Klimaschutz in Karlsruhe - Dritter Fortschrittsbericht. https://www.karlsruhe.de/b3/natur_und_umwelt/klimaschutz/klimakonzept/HF_sections/content/ZZjZDc9wIIPAFm/ZZIAdYKiWgs-Zlj/Dritter%20Fortschrittsbericht_final.pdf.
- Stadt Kempten, Hrsg. [Kempten] (2013): Masterplan 100 % Klimaschutz bis 2050. <http://www.kempten.de/de/media/masterplan-konzept-klimaschutz2050-kempten1213.pdf>.
- Stadt Osnabrück, Hrsg. [Osnabrück] (2014): Masterplan 100 % Klimaschutz Osnabrück. http://www.osnabrueck.de/fileadmin/user_upload/Daten_Fakten_Gutachten_Masterplan_100_Klimaschutz_P005462053_.pdf.
- Stadt Pforzheim, Hrsg. [Pforzheim] (2011): Klimaschutzkonzept Pforzheim - Anhang. https://di0pda1wg490s.cloudfront.net/fileadmin/user_upload/umwelt/klimaschutz/Klimaschutzkonzept/KSK_Pforzheim_Anhang_klein.pdf.
- Stadt Sarstedt, Hrsg. [Sarstedt] (2010a): Stadt Sarstedt - Integriertes Klimaschutzkonzept. <http://www.metropolregion.de/wp-content/uploads/2016/04/Stadt-Sarstedt-klimaschutzkonzept.pdf>.
- Stadt Sarstedt, Hrsg. [Sarstedt] (2010b): Stadt Sarstedt - Integriertes Klimaschutzkonzept Anhang. http://www.sarstedt.de/media/custom/1737_503_1.PDF?1269505801.
- Stadtentwicklung GmbH [Filderstadt] (2014): Integriertes Klimaschutzkonzept Stadt Filderstadt. Hg. v. Stadt Filderstadt. https://www.filderstadt.de/site/Filderstadt-Internet/get/params_E224003378/6256531/KSI%20Filderstadt_Endbericht_incl_Anhang_2014-03-28.pdf.
- Stadtverwaltung Weimar, Hrsg. [Weimar] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept Strom, Wärme, Kälte der Stadt Weimar. http://stadt.weimar.de/uploads/media/111206Klimaschutzkonzept_01.pdf.
- Steidle, Thomas, Udo Benz, Harald Bieber, Volker Kienzlen, Claire Vasseur, Heike Wiest und Rigobert Zimpfer [Offenburg] (2012a): Klimaschutzkonzept Stadt Offenburg - Teil 1: Bericht. Hg. v. Stadt Offenburg. http://www.offenburg-klimaschutz.de/fileadmin/media/downloads/Bericht_web.pdf.
- Steidle, Thomas, Udo Benz, Harald Bieber, Volker Kienzlen, Claire Vasseur, Heike Wiest und Rigobert Zimpfer [Offenburg] (2012b): Klimaschutzkonzept Stadt Offenburg - Teil 2: Maßnahmenkatalog. Hg. v. Stadt Offenburg. http://www.offenburg-klimaschutz.de/fileadmin/media/downloads/Massnahmen_web.pdf.
- Steidle, Thomas, Harald Bieber, Horst Fernsner, Claus Greiser, Volker Kienzlen und Claire Vasseur [Aalen] (2010): Aalen schafft Klima - Klimaschutzkonzept für die Stadt Aalen. Hg. v. Stadt Aalen. www.aalen-schafft-klima.de/klimaschutzkonzept-aalen-335-seiten.35230.239.htm.
- Steinhoff, Jens und Dr. Grauthoff [Marl] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Marl. Hg. v. Stadt Marl. http://www.marl.de/fileadmin/dokumente/Bauen_und_Wohnen/Klimaschutz/2013_Integriertes_Klimaschutzkonzept_Marl.pdf.
- Steinhoff, Jens und Dr. Grauthoff [Siegen-Wittgenstein (LK)] (2014a): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Siegen-Wittgenstein und die Städte und Gemeinden Bad Berleburg, Bad Laasphe, Erndtebrück, Freudenberg, Netphen, Neunkirchen, Siegen und

Wilnsdorf. Hg. v. Landrat Kreis Siegen-Wittgenstein. [http://www.si-co2.de/images/pdf/IKSK %20Siegen %20Wittgenstein %20Bericht %2007-05-2014 %20final.pdf](http://www.si-co2.de/images/pdf/IKSK%20Siegen%20Wittgenstein%20Bericht%2007-05-2014%20final.pdf).

Steinhoff, Jens und Dr. Grauthoff [Siegen-Wittgenstein (LK)] (2014b): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Siegen-Wittgenstein und die Städte und Gemeinden Bad Berleburg, Bad Laasphe, Erndtebrück, Freudenberg, Netphen, Neunkirchen, Siegen und Wilnsdorf - Anlagenband. Hg. v. Landrat Kreis Siegen-Wittgenstein. [http://www.si-co2.de/images/pdf/Abschlussbericht %20IKSK %20Si-Wi %20Anlagenband %2007-05-2014_aktuell_klein.pdf](http://www.si-co2.de/images/pdf/Abschlussbericht%20IKSK%20Si-Wi%20Anlagenband%2007-05-2014_aktuell_klein.pdf).

Steinhoff, Jens, Dr. Grauthoff, Matthias Abel, Peter Rauch und Johannes Waldmüller [Oelde] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Oelde. Hg. v. Stadt Oelde. <http://web.pregocms.de/oelde/media/original/45229.pdf>.

Suck, Dr. André, Daniela Schmöller und Stephan Heider [Freising] (2013): Integriertes Klimaschutzprojekt der Großen Kreisstadt Freising. Hg. v. Stadt Freising. http://www.freising.de/fileadmin/user_upload/61_Stadtplanung_Umwelt/6110_pdf-Files/metz/ZREU_KSK_Freising_Schlussf_65_.pdf.

Team für Technik GmbH und Ing.-Büro PGA - Büro Planung Gutachten Analytik GmbH [Fürstenfeldbruck (LK)] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept des Landkreises Fürstenfeldbruck sowie seiner Städte und Gemeinden. <http://www.lra-ffb.de/lra/bau/klimaschutz/klimaschutz-ergebnisse2.shtml>.

Technische Universität Chemnitz und Prof. Dr. Wolfgang Schufft [Vogtlandkreis] (2012): Energiekonzept Vogtlandkreis. http://www.energieleitstelle-vogtland.de/images/new/konzepte/energiekonzept/energiekonzept_vogtlandkreis_tu_chemnitz_v2.pdf.

Voigtländer, Christoph, Ilka Erfurt, Kyriakos Louca, Josephin vom Schloß, Christian Rost und Juliane Weber [Mansfelder Grund-Helbra (VG)] (2016): Integriertes Klimaschutzkonzept VerbGem Mansfelder Grund-Helbra. Hg. v. Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra. http://www.verwaltungsamt-helbra.de/uploads/media/Klimaschutzkonzept_2016-08-22_EKK_Helbra_Bericht.pdf.

Wagner, Oliver, Dr. Kurt Berlo, Nikolaus Richter, Anja Bierwirth, Gerhard Wohlauf, Stefan Lechtenböhrer und Thomas Hanke [Bad Hersfeld] (2008): Kommunales Klimaschutzkonzept Bad Hersfeld. Hg. v. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH. [http://100kommunen.hessen-nachhaltig.de/files/Kommunen/downloads/aktionsplaene_und_klimaschutzkonzepte_von_unterzeichnerkommunen/Klimaschutzkonzept %20Bad %20Hersfeld.pdf](http://100kommunen.hessen-nachhaltig.de/files/Kommunen/downloads/aktionsplaene_und_klimaschutzkonzepte_von_unterzeichnerkommunen/Klimaschutzkonzept%20Bad%20Hersfeld.pdf).

Wagner, Oliver, Dr. Wolfgang Irrek, Kurt Berlo, Anja Bierwirth, Dr. Rudolf Petersen, Nikolaus Richter, Dr. Stefan Thomas, Ulrich Janzen, Steven März, Sophie Arens, et al. [Nordfriesland (LK)] (2011): Klimaschutzkonzept für den Kreis Nordfriesland- Endbericht. <http://klimakreis.org/wp-content/uploads/2012/04/Endbericht-KSK-Nordfrisland.pdf>.

Wagner, Rüdiger, Berg Tenberg, Bodo Wirtz, Stefan Mehrhorn, Dana Kurz und Christian Deilke [Herten] (2013): Hertener Klimakonzept 2020+ - Ein Masterplan für 100 % Klimaschutz in Herten. Hg. v. Stadt Herten. http://www.gemeinsam-fuers-klima.de/fileadmin/webpflege/gemeinsam_fuers_klima/pdf/159_tx_ergebnisbericht_MPH_digitalversion_130717kleinNEU.pdf.

Wallraven, Guido und Manfred Grauthoff [Geldern] (2013): Stadt Geldern - Integriertes Klimaschutzkonzept und Klimaanpassungskonzept. Hg. v. Stadt Geldern. [https://www.geldern.de/C125721A002E05DC/files/endfassung_stadt_geldern_klimaschutzkonzept.pdf/\\$file/endfassung_stadt_geldern_klimaschutzkonzept.pdf?OpenElement](https://www.geldern.de/C125721A002E05DC/files/endfassung_stadt_geldern_klimaschutzkonzept.pdf/$file/endfassung_stadt_geldern_klimaschutzkonzept.pdf?OpenElement).

Wedler, Michael, Sandra Giglmaier, Philipp Reiß und Matthias Rose [Amberg-Weizbach (LK)] (2013): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Amberg-Weizbach. Hg. v. Landkreis Amberg-Weizbach. http://www.zen-ensdorf.de/downloads/iksk/Klimaschutzkonzept_Amberg-Sulzbach_131114.pdf.

Weinand, Daniela und Hermann Sievers [Lüchow-Dannenberg (LK)] (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept Landkreis Lüchow-Dannenberg - Status Quo, Potenziale, Ziele, Maßnahmen. Hg. v. Landrat des Landkreises Lüchow-Dannenberg. http://www.luechow-dannenberg.de/Portaldata/2/Resourcen/kld_dateien/landkreis/landkreis_dokumente/Klimaschutzkonzept_LK_Luechow-Dannenberg_neues_layout.pdf.

Wetter, Prof. Dr. Christof, Elmar Brüggling, Prof. Dr. Holger Buxel, Prof. Dr. Petra Teitscheid, Dr. Carsten Buchtmann, Johannes Dierker und Alois Plüster [Saerbeck] (2008): Integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept Gemeinde Saerbeck. http://www.klimakommune-saerbeck.de/city_info/display/dokument/show.cfm?region_id=408&id=344506&design_id=9885&type_id=0&titletext=1.

Wilde, Ralf und Christine Tegtmeier [Hameln] (2010): Kommunales Klimaschutzkonzept der Stadt Hameln 2010-2020. Hg. v. Stadt Hameln. http://www.hameln.de/_mediafiles/1649-klimaschutzkonzept.pdf.

Witte, Andreas, Inga Lehmkuhl, Detlef Vagelpohl, Aloys Graw, Karsten Reisdorf, Dieter Genske, Ariane Ruff, Thomas Jödecke, Dr. Peter Moser und Cord Hoppenbrock [Osnabrück (LK)] (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept des Landkreis Osnabrück. Hg. v. Landrat Landkreis Osnabrück. http://nwerk-eg.de/files/klimaschutzkonzept_abschlussbericht.pdf.

Witzenhausen-Institut für Abfall, Umwelt und Energie GmbH und IGLux Witzenhausen GmbH [Werra-Meißner-Kreis] (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Region Werra-Meißner-Kreis. http://www.werra-meissner-kreis.de/fileadmin/01_Homepage_Kreisverwaltung/Fachbereiche_und_Einrichtungen/FB7_Bauen_Umwelt/7.5_Abfallwirtschaft_und_Erneuerbare_Energien/2012.03.23._KSK_WMK_Endbericht.pdf.

Wolters, Michael und Guido Wermers [Rheine] (2013): Wir wollen weniger erreichen - Wir haben einen Plan. Masterplan 100 % Klimaschutz für Rheine. Hg. v. Stadt Rheine. http://www.unser-plan.de/wp-content/uploads/2016/07/MasterplanRheine_131212final_%C3%BCberarbeitet.pdf.

Worbs, Andreas, Stefan Wenske, Katrin Geißler und Cornelia Gilis [Radeberg] (2012): Große Kreisstadt Radeberg - Kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept (KEKK). Hg. v. Stadt Radeberg. http://www.radeberg.de/inhalte/radeberg/_inhalt/wirtschaft/klimaschutzkonzept/ksk.pdf.

Zwander, Harald [Landshut] (2010): Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Landshut. Hg. v. Stadt Landshut. www.landshut.de/fileadmin/files_stadt/downloadbereich_aemter/umweltschutz/downloads/Energie-_und_Klimaschutzkonzept_der_Stadt_Landshut.pdf.

8.3 Fragebogen der quantitativen Befragung

Vorwort

Diese Befragung wendet sich an Klimaschutzmanager und Klimaschutzbeauftragte in Kommunen, Landkreisen und anderen Regionen.

Herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit für unsere Befragung nehmen!

Mit dieser Befragung bitten wir Sie um Ihre Einschätzung und Erfahrung als Klimaschutzmanager hinsichtlich der Berücksichtigung von Privatverbrauchern (private Haushalte und Privatpersonen) in Klimaschutzkonzepten und -maßnahmen Ihrer Kommune, Landkreis oder einer anderen Region. Ein Klimaschutzkonzept definiert Ziele, Indikatoren und Aktivitäten auf dem lokalen bzw. regionalen Weg zur Energiewende und zum Klimaschutz. Sofern in Ihrer Kommune vorhanden, umfasst dies möglicherweise einen Masterplan und/ oder integrierte Klimaschutz- und Energiekonzepte bzw. Energie-Effizienz-Konzepte.

Mit dieser Befragung möchte das Umweltbundesamt (UBA) herausfinden, welche Erfahrungen Ihre Kommune bereits damit gesammelt hat, Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Klimaschutzkonzepte zu aktivieren, zu motivieren und zu unterstützen sowie ihr Verhalten in verschiedenen Bedürfnisfeldern klimaschonend und energiesparend auszurichten. Die Bezeichnung dafür ist "Nachhaltiger Konsum".

Der Fragebogen ist in fünf thematische Blöcke aufgeteilt. Block 1 beinhaltet allgemeine Fragen zum Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets. In Block 2 wird auf konsumbezogene Maßnahmen in ihrem Verwaltungsgebiet eingegangen. Block 3 behandelt die Erfahrungen mit Partizipationsansätzen und Herausforderungen und Block 4 das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum und Unterstützungsbedarfe. Den Abschluss bildet Block 5 mit kleineren Abfragen zu den Basisdaten.

Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig und anonym. Ihre Antworten werden nach den gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzes streng vertraulich behandelt.

Autor

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Nr.	Frage
Block 1: Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets (für alle KSM)	
1	Wir sind an der Einbeziehung von Akteuren im Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets interessiert. Bitte kreuzen Sie zutreffendes an.
	<ul style="list-style-type: none"> Welche strategische Bedeutung wird privaten Verbrauchern bzw. privaten Haushalten im Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets zugeschrieben?
	Antwortmöglichkeit: sehr gering bis sehr hoch
	Wir sind an Ihrer Meinung als Klimaschutzmanager bezüglich der Einbeziehung von Akteuren zur Erreichung der Klimaschutzziele interessiert. Bitte kreuzen Sie zutreffendes an.
	<ul style="list-style-type: none"> Private Verbraucher bzw. private Haushalte werden im Klimaschutzkonzept unseres Verwaltungsgebiets angemessen berücksichtigt, um die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen.
	Antwortmöglichkeit: trifft gar nicht zu bis trifft voll zu
	<ul style="list-style-type: none"> Die Einbeziehung von Verbraucher/ n, Bürgerinitiativen und/ oder zivilgesellschaftlichen Organisationen ist wichtig, um die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen.
	Antwortmöglichkeit: trifft gar nicht zu bis trifft voll zu
2	<ul style="list-style-type: none"> Was verstehen Sie persönlich unter „Nachhaltigem Konsum“ im Kontext des Klimaschutzkonzeptes Ihres Verwaltungsgebiets?
	Offene Antwort
3	Wir sind am Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets interessiert. Bitte kreuzen Sie zutreffendes an.
	<ul style="list-style-type: none"> Welche strategische Bedeutung wird der Förderung von nachhaltigem Konsum im Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets zugeschrieben?
	Antwortmöglichkeit: sehr geringe bis sehr hohe
	Wir sind an Ihrer Meinung als Klimaschutzmanager bezüglich des Klimaschutzkonzeptes Ihres Verwaltungsgebiets interessiert.
	<ul style="list-style-type: none"> Die Förderung von nachhaltigem Konsum im Klimaschutzkonzept unseres Verwaltungsgebiets wird angemessen berücksichtigt, um die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen.
	Antwortmöglichkeit: trifft gar nicht zu bis trifft voll zu
Block 2: Klimaziele des Verwaltungsgebiets: Konsumbezogene Maßnahmen	
4	Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.
	<ul style="list-style-type: none"> Werden in Ihrem Verwaltungsgebiet konkrete Maßnahmen zur Förderung nachhaltigen Konsums im Rahmen Ihres Klimaschutzkonzeptes umgesetzt?
	Ja, es werden bereits konkrete Maßnahmen umgesetzt. (weiter mit 21) Nein, es werden noch keine konkreten Maßnahmen umgesetzt. (weiter mit 5)
5	Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.

Nr.	Frage	
	<ul style="list-style-type: none"> Sind in Ihrem Verwaltungsgebiet konkrete Maßnahmen zur Förderung nachhaltigen Konsums im Rahmen Ihres Klimaschutzkonzeptes in Planung? 	Ja, es sind konkrete Maßnahmen in Planung. (weiter mit 6) Nein, es sind keine konkreten Maßnahmen in Planung. (weiter mit 38)
6	Bitte wählen Sie Zutreffendes aus.	
	<ul style="list-style-type: none"> Wie viele Maßnahmen beabsichtigt Ihr Verwaltungsgebiet zur Förderung eines nachhaltigen Konsums im Rahmen Ihres Klimaschutzkonzeptes durchzuführen? 	Eine Maßnahme. 2-3 Maßnahmen. 4-5 Maßnahmen. Mehr als 5 Maßnahmen.
7	Bitte geben Sie einige Anhaltspunkte zu den im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes geplanten konsumbezogenen Maßnahmen. Im späteren Verlauf des Fragebogens soll lediglich für Maßnahme 1 eine ausführlichere Beschreibung erfolgen, daher nennen Sie die aus Ihrer Sicht prioritäre Maßnahme im oberen Feld, gefolgt von weiteren wichtigen Maßnahmen.	
	<ul style="list-style-type: none"> Bitte nennen Sie zunächst die Titel der Maßnahmen. 	Maßnahme 1: Maßnahme 2: Maßnahme 3:
8	Bitte beschreiben Sie kurz die geplante <u>Maßnahme 1</u> im Rahmen Ihrer Klimaschutzaktivitäten Ihres Verwaltungsgebiets zur Förderung von nachhaltigem Konsum.	
	<ul style="list-style-type: none"> Nennen Sie dabei die Zielsetzung und Art der Aktivität. 	Offene Antwort
9	<ul style="list-style-type: none"> Wie oft soll die Maßnahme durchgeführt werden? 	Einmalig. Mehrmals jährlich. Jährlich. Fortlaufend.
10	<ul style="list-style-type: none"> Wo soll die Maßnahme durchgeführt werden? 	Im gesamten Verwaltungsgebiet. In einem oder mehreren Stadtteilen/ Teilen des Verwaltungsgebiets.
11	<ul style="list-style-type: none"> Inwieweit sollen Bürgerinnen und Bürger bei der Planung der Maßnahme einbezogen werden? 	Klicken Sie auf den Schieberegler, um Ihren Wert zu setzen. Skala.: Kein Einbezug bis starker Einbezug.
12	Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.	
	<ul style="list-style-type: none"> In welcher Form sollen die Bürgerinnen und Bürger bei der Planung der Maßnahme einbezogen werden? 	Als Individuen (weiter mit 14) Über zivilgesellschaftliche Organisationen (weiter mit 13)
13	<ul style="list-style-type: none"> Welche bürgerbezogenen Organisationen werden einbezogen? 	Stadtteil-, Nachbarschafts-, Quartiervereine Umweltschutz- und Naturschutzvereine Bürgerinitiativen (z. B. Umwelt-Initiativen, Repair Café, Foodcoop) Hobby- und Traditionsvereine (z. B. Kleingärtner- und Tierzüchtervereine, Kegelklubs, Schützenvereine) Kulturvereine (z. B. Karnevalsvereine)

Nr.	Frage	
		karitative und humanitäre Vereine Sportvereine Sonstige (z. B. Genossenschaften, Verbraucherorganisationen) Andere, und zwar: (weiter mit 15)
14	<p>Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.</p> <ul style="list-style-type: none"> Wie schätzen Sie die Aktivität/ Rolle der Bürgerinnen und Bürger als Individuen bei der geplanten Maßnahme ein? <p>Entwickler und Initiatoren der Maßnahme sind Bürgerinnen und Bürger, die unsere Verwaltung unterstützt.</p> <p>Unsere Verwaltung bezieht Bürgerinnen und Bürger zur Herstellung eines Interessenausgleichs zwischen unterschiedlichen Interessen und Meinungen ein.</p> <p>Unsere Verwaltung bezieht Bürgerinnen und Bürger in die Maßnahmen ein, um eine breitere Akzeptanz für die Maßnahme zu schaffen</p> <p>Unsere Verwaltung bezieht Bürgerinnen und Bürger in die Maßnahme ein, um private Haushalte für die Erreichung von Klimazielen zu aktivieren.</p>	Antwortmöglichkeiten: Trifft gar nicht zu bis trifft voll zu (weiter mit 16)
15	<p>Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.</p> <ul style="list-style-type: none"> Wie schätzen Sie die Aktivität/ Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Bürgerinitiativen bei der geplanten Maßnahme ein? <p>Entwickler und Initiatoren der Maßnahme sind zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen, die unsere Verwaltung unterstützt.</p> <p>Unsere Verwaltung bezieht zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen zur Herstellung eines Interessenausgleichs zwischen unterschiedlichen Interessen und Meinungen ein.</p> <p>Unsere Verwaltung bezieht zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen in die Maßnahmen ein, um eine breitere Akzeptanz für die Maßnahme zu schaffen.</p>	Antwortmöglichkeiten: trifft gar nicht zu bis trifft voll zu (weiter mit 17)

Nr.	Frage	
	<p>Unsere Verwaltung bezieht zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen in die Maßnahme als Mittler ein, um private Haushalte für die Mitwirkung an der Erreichung von Klimazielen zu aktivieren.</p>	
16	Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.	
	<ul style="list-style-type: none"> • Es ist vorgesehen, dass private Verbraucher in folgende Schritte einbezogen werden sollen: <p>Initiierung und Planung der Maßnahme. Umsetzung und Durchführung der Maßnahme. Verstetigung der Maßnahme.</p>	<p>Antwortmöglichkeiten: trifft gar nicht zu bis trifft voll zu (weiter mit 18)</p>
17	Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.	
	<ul style="list-style-type: none"> • Es ist vorgesehen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen in folgende Schritte einbezogen werden sollen: <p>Initiierung und Planung der Maßnahme. Umsetzung und Durchführung der Maßnahme. Verstetigung der Maßnahme</p>	<p>Antwortmöglichkeiten: trifft gar nicht zu bis trifft voll zu</p>
18	Bitte wählen Sie Zutreffendes aus.	
	<ul style="list-style-type: none"> • Mit der Maßnahme 1 sollen Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als "... " angesprochen werden: 	<ul style="list-style-type: none"> • Konsument (z. B.: Lebensmittel, Kleidung, Einrichtung, Urlaub und Freizeit) • Privatinvestor (z. B.: Hausbau, Gebäudesanierung, technische Anlagen am/ im Haus) • Kapitalanleger (z. B.: Sparen und Investieren) • Eigenproduzent (z. B.: Strom und Wärme am/ im eigenen Haus) • Arbeitnehmer (z. B.: Aktivitäten im beruflichen Kontext) • Ehrenamtliche (z. B.: freiwilliges Engagement in Vereinen und Organisationen) • Politisch Engagierte (z. B.: Mitarbeit in Parteigremien, Bürgerinitiativen, Gegengewicht in Verhandlungen usw.) • Familienmitglied, Freund, Nachbar • Andere, und zwar:
19	Bitte beschreiben Sie kurz die geplante <u>Maßnahme 2</u> im Rahmen Ihrer Klimaschutzaktivitäten Ihres Verwaltungsgebiets zur Förderung von nachhaltigem Konsum.	
	<ul style="list-style-type: none"> • Nennen Sie dabei die Zielsetzung und Art der Aktivität. 	Offene Antwort

Nr.	Frage
20	<p>Bitte beschreiben Sie kurz die geplante <u>Maßnahme 3</u> im Rahmen Ihrer Klimaschutzaktivitäten Ihres Verwaltungsgebiets zur Förderung von nachhaltigem Konsum.</p> <ul style="list-style-type: none"> Nennen Sie dabei die Zielsetzung und Art der Aktivität.
	<p>Offene Antwort (weiter mit 36)</p>
21	<p>Bitte wählen Sie Zutreffendes aus.</p> <ul style="list-style-type: none"> Wie viele Maßnahmen setzt Ihr Verwaltungsgebiet zur Förderung eines nachhaltigen Konsums im Rahmen Ihres Klimaschutzkonzeptes um?
	<p>Eine Maßnahme. 2-3 Maßnahmen. 4-5 Maßnahmen. Mehr als 5 Maßnahmen.</p>
22	<p>Bitte geben Sie einige Anhaltspunkte zu den im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes umzusetzenden konsumbezogenen Maßnahmen.</p> <p>Im späteren Verlauf des Fragebogens soll lediglich für Maßnahme 1 eine ausführlichere Beschreibung erfolgen, daher nennen Sie die aus Ihrer Sicht prioritäre Maßnahme im oberen Feld, gefolgt von weiteren wichtigen Maßnahmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Bitte nennen Sie zunächst die Titel der Maßnahmen.
	<p>Maßnahme 1: Maßnahme 2: Maßnahme 3:</p>
23	<p>Bitte beschreiben Sie kurz die umzusetzende <u>Maßnahme 1</u> im Rahmen Ihrer Klimaschutzaktivitäten Ihres Verwaltungsgebiets zur Förderung von nachhaltigem Konsum.</p> <ul style="list-style-type: none"> Nennen Sie dabei die Zielsetzung und Art der Aktivität.
	<p>Offene Antwort</p>
24	<ul style="list-style-type: none"> Wie oft wird die Maßnahme durchgeführt?
	<p>Einmalig. Mehrere Male jährlich. Jährlich. Fortlaufend.</p>
25	<ul style="list-style-type: none"> Wo wird die Maßnahme durchgeführt?
	<p>Im gesamten Verwaltungsgebiet. In einem oder mehreren Stadtteilen/Teilen des Verwaltungsgebiets.</p>
26	<ul style="list-style-type: none"> Inwieweit werden Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung der Maßnahme einbezogen?
	<p>Klicken Sie auf den Schieberegler, um ihren Wert zu setzen. Skala: kein Einbezug bis starker Einbezug</p>
27	<p>Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.</p> <ul style="list-style-type: none"> In welcher Form werden die Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung der Maßnahme einbezogen?
	<p>Als Individuen (weiter mit 29) Über zivilgesellschaftliche Organisationen (weiter mit 28)</p>
28	<ul style="list-style-type: none"> Welche bürgerbezogenen Organisationen werden einbezogen?
	<ul style="list-style-type: none"> Stadtteil-, Nachbarschafts-, Quartiervereine Umweltschutz- und Naturschutzvereine Bürgerinitiativen (z. B. Umwelt-Initiativen, Repair Café, Foodcoop)

Nr.	Frage	
		<ul style="list-style-type: none"> • Hobby- und Traditionsvereine (z. B. Kleingärtner- und Tierzüchtervereine, Kegelklubs, Schützenvereine) • Kulturvereine (z. B. Karnevalsvereine) • karitative und humanitäre Vereine • Sportvereine • Sonstige (z. B. Genossenschaften, Verbraucherorganisationen) • Andere, und zwar: (weiter mit 30)
29	<p>Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wie schätzen Sie die Aktivität/ Rolle der Bürgerinnen und Bürger als Individuen bei der umzusetzenden Maßnahme ein? <p>Entwickler und Initiatoren der Maßnahme sind Bürgerinnen und Bürger, die unsere Verwaltung unterstützt.</p> <p>Unsere Verwaltung bezieht Bürgerinnen und Bürger zur Herstellung eines Interessensausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen und Meinungen ein.</p> <p>Unsere Verwaltung bezieht Bürgerinnen und Bürger in die Maßnahmen ein, um eine breitere Akzeptanz für die Maßnahme zu schaffen.</p> <p>Unsere Verwaltung bezieht Bürgerinnen und Bürger in die Maßnahme ein, um private Haushalte für die Erreichung von Klimazielen zu aktivieren.</p>	<p>Antwortmöglichkeiten: Trifft gar nicht zu bis trifft voll zu (weiter mit 31)</p>
30	<p>Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wie schätzen Sie die Aktivität/ Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Bürgerinitiativen bei der umzusetzenden Maßnahme ein? <p>Entwickler und Initiatoren der Maßnahme sind zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen, die unsere Verwaltung unterstützt.</p> <p>Unsere Verwaltung bezieht zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen zur Herstellung eines Interessensausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen und Meinungen ein.</p>	<p>Antwortmöglichkeiten: Trifft gar nicht zu bis trifft voll zu (weiter mit 32)</p>

Nr.	Frage
	<p>Unsere Verwaltung bezieht zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen in die Maßnahmen ein, um eine breitere Akzeptanz für die Maßnahme zu schaffen.</p> <p>Unsere Verwaltung bezieht zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen in die Maßnahme als Mittler ein, um private Haushalte für die Mitwirkung an der Erreichung von Klimazielen zu aktivieren.</p>
31	<p>Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Private Verbraucher werden in folgende Schritte einbezogen: <p>Initiierung und Planung der Maßnahme. Umsetzung und Durchführung der Maßnahme. Verstetigung der Maßnahme.</p> <p>Antwortmöglichkeiten: Trifft gar nicht zu bis trifft voll zu (weiter mit 33)</p>
32	<p>Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürgerinitiativen werden in folgende Schritte einbezogen: <p>Initiierung und Planung der Maßnahme. Umsetzung und Durchführung der Maßnahme. Verstetigung der Maßnahme.</p> <p>Antwortmöglichkeiten: Trifft gar nicht zu bis trifft voll zu</p>
33	<p>Bitte wählen Sie Zutreffendes aus.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mit der Maßnahme 1 sollen Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als "... " angesprochen werden: <ul style="list-style-type: none"> • Konsument (z. B.: Lebensmittel, Kleidung, Einrichtung, Urlaub und Freizeit) • Privatinvestor (z. B.: Hausbau, Gebäudesanierung, technische Anlagen am/ im Haus) • Kapitalanleger (z. B.: Sparen und Investieren) • Eigenproduzent (z. B.: Strom und Wärme am/ im eigenen Haus) • Arbeitnehmer (z. B.: Aktivitäten im beruflichen Kontext) • Ehrenamtliche (z. B.: freiwilliges Engagement in Vereinen und Organisationen) • Politisch Engagierte (z. B.: Mitarbeit in Parteigremien, Bürgerinitiativen, Gegengewicht in Verhandlungen usw.) • Familienmitglied, Freund, Nachbar • Andere, und zwar:

Nr.	Frage	
34	Bitte beschreiben Sie kurz die umzusetzende <u>Maßnahme 2</u> im Rahmen Ihrer Klimaschutzaktivitäten Ihres Verwaltungsgebiets zur Förderung von nachhaltigem Konsum.	
	<ul style="list-style-type: none"> Nennen Sie dabei die Zielsetzung und Art der Aktivität. 	Offene Antwort
35	Bitte beschreiben Sie kurz die umzusetzende <u>Maßnahme 3</u> im Rahmen Ihrer Klimaschutzaktivitäten Ihres Verwaltungsgebiets zur Förderung von nachhaltigem Konsum.	
	<ul style="list-style-type: none"> Nennen Sie dabei die Zielsetzung und Art der Aktivität. 	Offene Antwort (weiter mit 36)
Verwaltungsgebiete, die keine Maßnahmen planen/ umsetzen		
38	<ul style="list-style-type: none"> Werden unabhängig vom Klimaschutzkonzept, konsumbezogene Klimaschutzmaßnahmen von Ihrer Verwaltung derzeit geplant oder umgesetzt? 	Ja Nein
39	<ul style="list-style-type: none"> Wieso werden in Ihrem Verwaltungsgebiet keine Maßnahmen zur Förderung nachhaltigen Konsums im Rahmen Ihres Klimaschutzkonzeptes umgesetzt oder sind in Planung? 	<ul style="list-style-type: none"> Das Thema "Nachhaltiger Konsum" wird nicht in den Bereich Klimaschutz eingeordnet. Es wird kein öffentliches Interesse wahrgenommen. Es fehlen die finanziellen Ressourcen/ Fördermittel. Es fehlt Personal. Es fehlt das nötige Fachwissen. Es fehlt die Unterstützung wichtiger Akteure. Anderer Grund: (weiter mit 40)
Block 3 Erfahrungen mit Partizipationsansätzen und Herausforderungen		
36	(Nur für KSM mit Maßnahmen in Umsetzung / Planung, nicht für KSM die 38 und 39 beantworten)	
	Basierend auf Ihren persönlichen Erfahrungen als Klimaschutzmanager in der Zusammenarbeit mit privaten Haushalten und/ oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Bitte sagen Sie uns, welche Meinung aus Ihrer Sicht eher zutrifft!	
	<ul style="list-style-type: none"> Die Einbeziehung von Verbraucher/ n, Bürgerinitiativen und/ oder zivilgesellschaftlichen Organisationen in Klimaschutzmaßnahmen: <p>... erfolgt in unserem Verwaltungsgebiet nur, wenn private Verbraucher direkt von einer Maßnahme betroffen sind.</p> <p>... erhöht die Komplexität bei der Planung von Maßnahmen.</p>	Antwortmöglichkeiten: trifft gar nicht zu bis trifft voll zu

Nr.	Frage	
	<p>... hilft dabei, Maßnahmen zielgruppenspezifisch zu gestalten.</p> <p>... hilft dabei, Haushalte und Privatpersonen für den Klimaschutz zu aktivieren.</p> <p>... aktiviert Partialinteressen und Lobbygruppen.</p> <p>... erhöht den Aufwand (Kosten, Zeitbedarf).</p> <p>... ist unabdingbar, um Klimaschutzziele zu erreichen.</p> <p>... erleichtert das Monitoring zur Erreichung der Klimaschutzziele.</p>	
37	<p>(Nur für KSM mit Maßnahmen in Umsetzung/ Planung)</p> <ul style="list-style-type: none"> Weshalb wird Ihrer Ansicht nach das Thema nachhaltiger Konsum im Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets nicht noch stärker berücksichtigt? 	<ul style="list-style-type: none"> Das Thema "Nachhaltiger Konsum" wird nicht in den Bereich Klimaschutz eingeordnet. Es ist für das Gesamtziel von nachrangiger Bedeutung. Es wird nur wenig öffentliches Interesse wahrgenommen. Es fehlen die finanziellen Ressourcen/ Fördermittel. Es fehlt Personal. Es fehlt das nötige Fachwissen. Es fehlt die Unterstützung wichtiger Akteure. Anderer Grund: (weiter mit 40)
40	<ul style="list-style-type: none"> Wie könnte Ihrer Meinung nach im Klimaschutzkonzept Ihres Verwaltungsgebiets die Förderung eines nachhaltigen Konsums effektiver verankert werden? 	Offene Antwort
41	<ul style="list-style-type: none"> Wie schätzen Sie die Wirksamkeit des kommunalpolitischen Handelns Ihres Verwaltungsgebiets in Bezug auf folgende politische Ziele ein: Förderung erneuerbarer Energien Förderung von Energiesparen Förderung eines nachhaltigen Konsums 	Antwortmöglichkeit: sehr gering bis sehr hoch
Block 4 Nationales Programm und Unterstützungsbedarfe (für alle KSM)		
42	<p>Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.</p> <ul style="list-style-type: none"> Kennen Sie das Nationale Programm für Nachhaltigen Konsum? 	<p>Ja (weiter mit 43) Nein (weiter mit 44)</p>

Nr.	Frage	
43	Bitte wählen Sie einen Wert aus.	
	<ul style="list-style-type: none"> Das Nationale Programm für Nachhaltigen Konsum liefert unserem Verwaltungsgebiet für die Maßnahmenplanung: Klicken Sie auf den Schieberegler, um Ihren Wert zu setzen. 	Antwortmöglichkeiten: keine konkreten Ansatzpunkte bis viele konkrete Ansatzpunkte
44	Die Bundesregierung möchte den nachhaltigen Konsum durch das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum fördern und sondiert unterschiedliche Förderstrategien.	
	<ul style="list-style-type: none"> Inwieweit stimmen sie folgenden Aussagen zu: <p>Kommunalpolitische Klimaschutzziele im Sinne von 100 % Erneuerbare Energien und Klimaneutralität sind ein effektiver Hebel für die Förderung eines nachhaltigen Konsums.</p> <p>Nachhaltiger Konsum kann auf lokaler Ebene nicht beeinflusst werden.</p> <p>Die Bundesregierung sollte Ansätze fördern, die die Förderung eines nachhaltigen Konsum im Rahmen von kommunalen Klimaschutzzkonzepten fördert.</p>	Antwortmöglichkeiten: Trifft gar nicht zu bis trifft voll zu
45	<ul style="list-style-type: none"> Wie können andere Aufgabenbereiche Ihres Verwaltungsgebiets (Dezernate, Abteilungen, Referate) die Erreichung der Klimaschutzziele unterstützen? 	Offene Antwort
46	Bitte erläutern Sie kurz.	
	<ul style="list-style-type: none"> Wie lassen sich Ihrer Einschätzung nach Klimaschutz und nachhaltiger Konsum auf der lokalen Ebene stärker miteinander verknüpfen? 	Offene Antwort
Block 5 Basisdaten (für alle KSM)		
47	<ul style="list-style-type: none"> Bitte wählen Sie die Stadt/ Region aus, in der Sie tätig sind. 	
48	<ul style="list-style-type: none"> Bitte nennen Sie uns den Namen der Institution, in der Sie tätig sind. Zum Beispiel „Amt für Kreisentwicklung und Baurecht“, „Umweltbüro des Landkreises“ oder „Referat für Energie- und Klimaschutz der Stadt“. 	Offene Antwort
49	<ul style="list-style-type: none"> Ihre Mitteilung an uns: An dieser Stelle haben Sie die Möglichkeit uns etwas mitzuteilen, Verlinkungen zu Dokumenten, Pressemitteilungen etc. einzufügen. 	Offene Antwort
Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme!		

8.4 Gesprächsleitfaden der qualitativen Interviews

Einleitung:

- ▶ Vorstellung des Projekts und des Fokus
- ▶ Bisherige Aktivitäten und Ergebnisse
- ▶ Zweck der qualitativen Befragung und Verortung (Zielgruppe, Datum der Veröffentlichung, Form der Fallbeispiele)
- ▶ Einverständnis zur digitalen Aufzeichnung
- ▶ Rückfragen zu Themen des Fragebogens

Block 0 – Einstieg und organisationale Verortung

- ▶ Zur Person und Verwaltungseinheit:
 - Wie lange arbeiten Sie bei der Stabstelle Energie und Umwelt? Was ist Ihre Funktion?
 - Wie ist Ihre Stellenbezeichnung? Was sind Ihre Kernthemen und Aktivitäten?
 - Ggfs. in welchem [Referat/ Dezernat]? Wofür ist Ihr [Referat / Dezernat] zuständig? Ist Ihr [Referat] für die Planung und Umsetzung des Klimakonzepts federführend zuständig? Wie groß ist Ihr [Referat]?
 - In welcher Verwaltungseinheit ist die Förderung des [klimabezogenen] nachhaltigen Konsums in Ihrer Kommune angesiedelt?
 - Wurden Teile der Klimaschutzaktivitäten bereits evaluiert? Ist ein Evaluationsbericht bereits vorhanden und für uns zugänglich?
- ▶ Zur Kommunikation und Zusammenarbeit:
 - Gibt es andere [Referate / Dezernate], die für die Themen Klimaschutz und nachhaltigen Konsum zuständig sind?
 - Haben Sie an Fortbildungen / Vernetzungsveranstaltungen mit anderen kommunalen Klimaschutzverantwortlichen teilgenommen? Wurde der nachhaltige Konsum angesprochen? Waren die Veranstaltungen hilfreich?
- ▶ Zum Masterplan/ Klimaschutzkonzept:
 - Erzählen Sie bitte etwas über die Genese des Klimakonzepts
 - Haben alle für den Klimaschutz und nachhaltigen Konsum relevanten Einheiten an der Erstellung des Masterplans mitgewirkt? An der Umsetzung?

Block 1 – Bedürfnisfelder

Ihre Kommune ist in mehreren konsumbezogenen Bedürfnisfeldern aktiv.

- ▶ Ihrer Erfahrung nach: **In welchen der folgenden Bedürfnisfelder** sollen [Kommunen, Landkreise und Regionen] **nachhaltiges Konsumverhalten** insbesondere fördern, um die Klimaschutzziele zu erreichen? **Warum?**

Bedürfnisfelder: Ernährung, Freizeit, Bekleidung, Arbeit, Energieverbrauch, Wohnen, Mobilität, Geldanlagen

- Von welchen **konsumbezogenen** Bedürfnisfeldern erhofften Sie sich den größten Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele?
- Wurden die Erfolge bereits evaluiert? Inwiefern haben sich die Maßnahmen bewährt?
- ▶ In welchen der vorhin genannten **konsumbezogenen** Bedürfnisfelder sind Ihrer Erfahrung nach Maßnahmen am **leichtesten zu planen und umzusetzen?**

- Welche Bedürfnisfelder sind außerhalb der **Zuständigkeit** Ihrer kommunalen Verwaltung?
- ▶ Inwiefern können Maßnahmen zur Förderung des („**Prosuming**“) zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen?
 - Ist Ihre Kommune in diesem Bereich bereits aktiv? Im Fragebogen hatten Sie beispielsweise Urban Gardening als umzusetzende konsumbezogene Maßnahme aufgezählt.

Bürgerinnen und Bürger können in Ihrer Rolle als Marktteilnehmende - zugleich als Produzentinnen und Produzenten als auch als Konsumentinnen und Konsumenten - auftreten. Werden beide Rollen zugleich ausgefüllt, beispielsweise durch den Eigenverbrauch von mit Photovoltaik-Anlagen selbst erzeugter Strommengen oder durch den Eigenverbrauch von mit urban gardening selbst erzeugten Nahrungsmitteln, so spricht man von Prosumern.

- ▶ Inwiefern können Maßnahmen zur Förderung von **suffizientem Verhalten** – sprich absolute Reduktion des Konsumniveaus - zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen? Ist Ihre Kommune in diesem Bereich bereits aktiv?
 - Sind Suffizienz-Maßnahmen politisch vermittelbar? Wenn ja, wie?

Block 2 – Zu Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Förderung nachhaltiger Konsum

- ▶ Was sind aus Ihrer Sicht **Erfolgsfaktoren** der Förderung von nachhaltigem Konsum im Rahmen des Klimaschutzes?
- ▶ Welche **Herausforderungen / Blockaden** sind bei der Integration des nachhaltigen Konsums in die Gesamtklimastrategie aufgetreten?
 - Welche finanziellen und personellen **Ressourcen** stehen für die Förderung des nachhaltigen Konsums im Rahmen des Klimaschutzes zur Verfügung? Ggfs. warum? Woher kommen die finanziellen Ressourcen? Waren sie ausreichend? Wie wird die Umsetzung finanziert?
 - Welche **verwaltungsexternen Akteure** nehmen Sie als eher fördernde Akteure wahr? Welche Akteure hingegen als eher hemmend?
 - In wie fern wurden die genannten Akteure in die Planung und Umsetzung konsumbezogener Maßnahmen **einbezogen**?
- ▶ **Was wäre notwendig**, um den nachhaltigen Konsum im Rahmen der Klimaschutzstrategie stärker zu fördern?

Block 3 – besondere Maßnahme

Im Online-Fragebogen nannten Sie folgende Maßnahmen als prioritär: [Klimamenü, Repair-café, Tauschtage und Urban Gardening]. Die erste Maßnahme [Klimamenü] scheint uns besonders bemerkenswert zu sein. Wie wichtig ist diese Maßnahme Ihrer Ansicht nach, um die Klimaziele zu erreichen?

Ggfs. was wäre eine wichtige konsumbezogene Maßnahme aus Ihrer Perspektive?

In Bezug auf diese Maßnahme:

- ▶ Wird diese **Maßnahme** bereits umgesetzt? Welchen **Stand der Umsetzung** hat die Maßnahme erreicht?
- ▶ Welche **Erwartungen** hatten Sie in Bezug auf diese Maßnahmen? Inwiefern soll diese Maßnahme zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen (ggfs. **Zielgröße**)?
- ▶ Inwiefern wurden diese **Erwartungen** bislang erfüllt?
- ▶ Bürger und Bürgerinnen wurden in ihrer Rolle als Konsumentinnen und Konsumenten, Ehrenamtliche und politisch Engagierte adressiert. Wie geschah das?

Block 4 – Zur strategischen Bedeutung nachhaltiger Konsum und privater Verbraucher im Aufgabenbereich „Klimaschutz“

- ▶ Im Fragebogen gaben Sie an, dass nachhaltiger Konsum in Ihrem Klimaschutzkonzept eine [eher geringere] strategische Bedeutung hat und dass die Förderung dessen [nicht] angemessen berücksichtigt wird, um die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen. Können Sie mir erläutern, warum?
 - Wie **wichtig oder unwichtig** ist nachhaltiger Konsum **im Vergleich** zu anderen Strategien (z. B. Investition in EE, Gebäudesanierung, Infrastrukturen, Förderung von Energieeffizienz) im Konzept? **Warum?**
 - Was denken Sie: Hat die Förderung nachhaltigen Konsums in Ihrer Kommune **die Aufmerksamkeit** von zentralen politischen Klimazielen abgelenkt oder hat sie eine **positive Verstärkung** dargestellt?
- ▶ In der Online-Befragung erwähnten Sie, dass Sie die Einbeziehung von Verbrauchern und Verbraucherinnen als [wichtig] erachten, um die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen. Welche Erfolge erhoffen Sie sich davon?
 - In welcher **Rolle** sollen Bürger und Bürgerinnen über konsumbezogene Maßnahmen prioritär angesprochen werden?
 - In welcher **Form** sollen Bürger und Bürgerinnen prioritär adressiert werden?
- ▶ Inwieweit wird dieses **Verständnis** in Ihrer Verwaltung und von Ihrem Gemeinderat geteilt?
- ▶ Hat sich das **Bewusstsein** für dieses Thema in den letzten 5 Jahren innerhalb der Verwaltung Ihrer Kommune verändert? In welche Richtung?

Block 5 – Zur strategischen Bedeutung nachhaltiger Konsum und privater Verbraucher im Aufgabenbereich „nachhaltiger Konsum“

- ▶ Inwiefern profitiert nachhaltiger Konsum von den Maßnahmen, die Sie umsetzen, um Ihre Klimaschutzziele zu erreichen?
- ▶ Was kann die **Förderung nachhaltigen Konsums** von Ihrem Prozess zur Klimaneutralität lernen?
- ▶ Wäre es für Sie denkbar, die Lebensstile der Einwohner in ihrem Klimaschutzplan direkt zu adressieren, und somit den klimaneutralen Konsum?

Block 6 – Empfehlungen

- ▶ Was würden Sie anderen Kommunen **empfehlen**, die die Klimaschutzziele auch über konsumbezogene Maßnahmen erreichen wollen?

Block 7 – Abschluss

- ▶ Können wir die **Beispiele** der prioritären Maßnahmen in die Broschüre aufnehmen?
- ▶ Danke und Info über das weitere Vorgehen

8.5 Abgrenzung konsumrelevanter Maßnahmen auf regionaler Ebene

Umwelt- und klimaschonende Konsummuster können seitens regionaler und kommunaler Akteure mit Hilfe verschiedener Maßnahmen angeregt werden. Sie unterscheiden sich je nach Zielgruppe, Bedürfnisfeld und Anknüpfungspunkt. Mögliche Formate und Ansatzpunkte reichen von breiten Bildungsmaßnahmen über zielgerichtete Informationskampagnen bis hin zu produktspezifischen Umwelt- und Sozialzeichen.

Die Vermittlung von Wissen um die klimarelevanten Wirkungen von Konsumententscheidungen und Lebensstilen (**Bildung** für nachhaltigen Konsum) adressiert die mangelnde Informationslage eines Großteils der Konsumenten und Konsumentinnen und die ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen ihrer Handlungen. Da Lebensstile und Konsummuster bereits in frühen Lebensjahren geprägt werden, sollten Bildungsmaßnahmen bereits in der frühkindlichen bis weiterführenden Bildung ansetzen. Neben der reinen Wissensvermittlung sollen vor allem sogenannte Gestaltungskompetenzen vermittelt werden, die Konsumenten zu eigenständigen Entscheidungen befähigen und nachhaltige Konsumhandlungen begünstigen. Auf internationaler und nationaler Ebene liegen bereits umfangreiche Handlungsempfehlungen für die Ausweitung der Bildungsangebote zur Förderung nachhaltiger Konsummuster vor. Auf regionaler Ebene steht daher die Umsetzung der Bildungsmaßnahmen im Vordergrund. Das schließt sowohl die Befähigung von Lehrkräften, als auch die Bereitstellung von beispielsweise finanziellen Ressourcen für die Maßnahmen ein (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 16ff.).

Neben Bildungsmaßnahmen, die sowohl der Wissensvermittlung als auch dem Aufbau und der Stärkung von Gestaltungskompetenzen dienen, kann die gezielte **Bereitstellung von Verbraucherinformationen** den Hemmnisfaktor einer mangelnden Informationsbasis der Konsumenten und Konsumentinnen adressieren. Dabei soll vor allem ein hoher Praxisbezug hergestellt werden, damit das Bewusstsein über die Wirkungen alltäglicher Konsumententscheidungen geschärft wird und Umwelt- und Klimaschutz weniger als abstrakte Vorgänge empfunden werden, sondern das eigene Verantwortungsbewusstsein geschärft wird (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 18ff.). Neben der direkten Ansprache von Konsumenten und Konsumentinnen können Informationsmaßnahmen aber auch an Multiplikatoren und Multiplikatorinnen gerichtet sein, die ihrerseits eine breite Masse an Verbrauchern und Verbraucherinnen erreichen. Hier könnten Verbraucherschutzorganisationen, aber auch Umweltschutzorganisationen und Bildungseinrichtungen adressiert werden. Bei Letzteren ist zu bedenken, dass diese gegebenenfalls auch im Rahmen von konkreten Bildungsmaßnahmen mit entsprechenden Informationen versorgt werden und somit nicht immer von reinen Informationsmaßnahmen zu sprechen ist. Multiplikatoren und Multiplikatorinnen können zu einer besseren Kosteneffizienz von Informationsmaßnahmen sowie zu einer größeren Wirkung beitragen. Zudem kann ihnen in ihrer zumeist bestehenden Funktion als Experten der Kontakt zu den Verbrauchern und Verbraucherinnen leichter fallen.

Umwelt- und Sozialzeichen sollen die Informationsbasis für Konsumententscheidungen verbessern und zielen dabei direkt auf alltägliche Konsumsituationen und konkrete Produkte ab. Dies wird durch die Entwicklung von Produktkennzeichnungssystemen und Siegeln bzw. Labels für Produkte oder Produktgruppen erreicht (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 19f.). Da die Entwicklung von Siegeln auf nationaler oder gar internationaler Ebene geschieht, ist von regionalspezifischen Siegeln nur in bestimmten Bedürfnisfeldern oder gar für bestimmte Produkte auszugehen. Regionalspezifische Siegel adressieren beispielsweise die Herkunft von Produkten, da eine regionale Erzeugung und Bereitstellung oftmals nachhaltiger ausgestaltet werden kann.

Die **umweltgerechte Ausgestaltung von Produkten und Produktionsprozessen** wird für energieverbrauchsrelevante Produkte auf EU-Ebene über die Ökodesignrichtlinie 2009/125/EG vorgeschrieben und mit dem Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte (EBPG) auf nationaler Ebene umgesetzt. Weitere Anstrengungen sind nicht regulativer Natur und betreffen beispielsweise mit Auszeichnungen oder Preisen dotierte Wettbewerbe und die Stärkung von nachhaltiger Produktgestaltung in Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Es existieren insgesamt

starke Zusammenhänge zu Umwelt- und Sozialzeichen sowie zu Verbraucherinformationen als Instrumente zur Stärkung der Sichtbarkeit nachhaltiger Produkte (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 20f.). Diese Maßnahmen auf regionaler Ebene setzen eine gleichzeitige Rolle der Konsumenten und Konsumentinnen als Produzenten und Produzentinnen voraus und betreffen daher größtenteils die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen für den Eigenbedarf, wie beispielsweise die Förderung der Eigenstromerzeugung mittels Photovoltaik (PV-Anlagen).

Der Maßnahmentyp „**Vorbildwirkung der öffentlichen Hand**“ ergibt sich aus den Leitlinien der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Aufgrund des bedeutsamen Umfangs der Bedarfsdeckung der öffentlichen Hand besteht hier ein grundsätzlich großes Potenzial zur nachhaltigen Ausgestaltung von Konsummustern und der vorgelagerten Produktionsprozesse. Zugleich kann die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle einnehmen und anerkannte Umwelt- und Sozialstandards glaubwürdig selbst umsetzen (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 21ff.).

Die **Forschung für nachhaltigen Konsum** beschäftigt sich mit der Problembeschreibung und mit der Entwicklung von Lösungsansätzen zu nachhaltigen Konsummustern und Lebensstilen. Neben der Analyse der eigentlichen Konsumententscheidungen und -prozesse, sind auch Wirkungsweisen innovativer Ansätze und politischer Steuerungsinstrumente Gegenstand der Forschung. Zielgerichtete Forschungsansätze beschäftigten sich beispielsweise mit der zielgruppenorientierten Generierung und Bereitstellung von Informationen, entweder übergreifend für ganze Bedürfnisfelder oder auch spezifischer, wie beispielsweise für einzelne Produkte oder Produktgruppen (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 23f.).

Die **finanzielle Förderung** nachhaltiger Konsummuster und Lebensstile adressiert das Problem der zumeist auf individuellen Kostenvorteilen basierenden Konsumententscheidungen. Nachhaltig produzierte Lebensmittel, erneuerbar erzeugte Energiemengen und auch energieverbrauchende Produkte sind teilweise kostenintensiver als konventionelle Produkte und werden oftmals aus diesem Grund nicht erworben. Investitionszuschüsse beispielsweise für EE-Anlagen in privaten Haushalten, zur energetischen Gebäudesanierung oder zum Kauf von energieeffizienten Elektrogeräten können diesem Problem effektiv begegnen und so in kurzem Zeitraum messbare Wirkungen erzielen. Potenziell können finanzielle Fördermaßnahmen in allen Bedürfnisfeldern zum Einsatz kommen (BMWi 2015).

Um einen Überblick über die Umwelt- und Klimawirkungen von Konsummustern und Lebensstilen zu erhalten, ist eine **Energie- und THG-Bilanzierung (Monitoring)** unabdingbar. Detaillierte Bilanzen sollten möglichst spezifisch für jedes Bedürfnisfeld vorliegen, um entsprechend maßgeschneiderte Maßnahmen zur nachhaltigen Ausgestaltung der zugrundeliegenden Konsummuster und Lebensstile entwickeln zu können. In einigen Bedürfnisfeldern, wie beispielsweise dem Energieverbrauch in privaten Haushalten oder der Mobilität, stehen aufgrund der Bedeutung dieser Bereiche für die Erreichung der Klimaschutzziele und aufgrund bestehender Instrumente zur Datenerhebung teilweise sehr detaillierte regionale Informationen zur Verfügung, um Bilanzen aufzustellen. In anderen Bereichen, wie beispielsweise der Ernährung, fehlen oftmals, zumindest auf regionaler Ebene, Informationen zu den Konsummustern. Die Ausgestaltung zielgenauer Maßnahmen ist dann entsprechend schwierig bzw. kann nicht immer an konkreten Produkten oder Zielgruppen ansetzen.

Neben der Maßnahmenentwicklung ist auch die Erfolgskontrolle abhängig von einer fortgeführten Energie- und THG-Bilanzierung oder zumindest von einem Monitoring anderer relevanter Zielindikatoren. Insofern ist das Monitoring eine grundlegende, aber auch begleitende Maßnahme, die andere Maßnahmen unterstützt und flankiert (vgl. Bundesregierung 2016b, S. 25).